

München, 1960

**Die Aussagefähigkeit der
Bankbilanz**

Theodor Bock

DIE AUSSAGEFÄHIGKEIT DER BANKBILANZ

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig - Maximilians - Universität zu München

vorgelegt von
Dipl. - Kfm. Theodor Bock

1960



5349/60

Mit Genehmigung der Staatswirtschaftlichen Fakultät der
Universität München

Referent : Prof. Dr. O. Hintner

Korreferent: Prof. Dr. E. Heinen

Tag der mündlichen Prüfung : 23. Februar 1960

Meinen lieben Eltern

in Dankbarkeit



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554012_0094

VORWORT

Die Idee zu der vorliegenden Untersuchung entstand in einer Zeit der wirtschaftlichen Prosperität. Der ungeahnte Aufschwung, den die westdeutsche Wirtschaft nach der Währungsreform von 1948 erlebte, kam in einer fortwährenden Vermehrung des Sozialprodukts, der erreichten Vollbeschäftigung und der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zum Ausdruck.

Dieser Entwicklung auf der Güterseite der Wirtschaft stand im monetären Bereich eine beachtliche Erhöhung des Volkseinkommens gegenüber. Im Interesse der Vermeidung von Stauungen und Rückbildungstendenzen war es - solange der Beschäftigungsgrad noch erhöht werden konnte - erforderlich, die Geldversorgung der Wirtschaft dem wachsenden Gütervolumen anzupassen bzw. sogar mit Hilfe der Geldschöpfung die Anregung zur Ausweitung zu geben.

Die Ausdehnung des Geldvolumens findet ihren zahlenmäßigen Niederschlag in der Vermehrung des umlaufenden Bargeldes und in der Verlängerung der Bankbilanzen. Somit kommt in den Vermögenszahlen der Banken der Aufstieg der westdeutschen Wirtschaft zum Ausdruck.

Von den erwähnten Vorgängen angeregt, versuchte der Verfasser mit der vorliegenden Arbeit der Frage nachzugehen, inwieweit von einer Aussagefähigkeit der Bankbilanz gesprochen werden kann. Die Aufgabe bestand demnach einerseits darin, die volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge und Wirkungsfaktoren hervorzuheben, die das Bild der Bankbilanzen prägen; andererseits war zu untersuchen, ob aus dem Zahlenmaterial eine Erkenntnis der verursachenden gesamtwirtschaftlichen Vorgänge und des effektiven "standing" der einzelnen Bank gewonnen werden kann bzw. welche Momente eine umfassende Einblicknahme verhindern.

In den folgenden Ausführungen verwertete der Verfasser sowohl das in der theoretischen Ausbildung unter Führung seiner hochverehrten Lehrer, der Herren Professoren Dr. O. Hintner und Dr. Dr. h. c. K. Rößle erhaltene Gedankengut als auch die in über 6-jähriger Tätigkeit im Kreditgeschäft erworbenen praktischen Erfahrungen.

Für wertvolle Anregungen ist der Verfasser den Herren Dr. G. Mann und Dr. R. Hammerschmidt zu Dank verpflichtet.

München, im Februar 1960

Der Verfasser

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einleitung	1
<u>Erster Teil: Problemaufbereitung</u>	
I. Abgrenzung der Untersuchung	5
II. Die Bank als Wirtschaftsorganismus	9
1. Begriff und Wesen	9
2. Die Funktionen des Bankbetriebes im Spiegel der Bilanz	15
a) Die Passivfinanzierung	15
aa) Das Eigenkapital	15
bb) Das Einlagengeschäft	17
cc) Nostroverpflichtungen, eigene Akzepte und Treuhandgeschäfte	21
b) Die Aktivseite	25
aa) Die Barreserven	25
bb) Nostroguthaben, fällige Schuldverschrei- bungen, Zins- und Dividendenscheine und Scheckbestände	27
cc) Wechsel, Schatzwechsel und U-Schätze	28
dd) Wertpapiere, Ausgleichsforderungen und Konsortialbeteiligungen	29
ee) Debitoren, langfristige Ausleihungen und Treuhandgeschäfte	32
ff) Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	36
c) Koordinationsproblem und Koordinationsaufgabe	37
<u>Zweiter Teil: Problemanalyse</u>	
I. Begriff der Bankbilanz und rechtliche Grundlagen	44
II. Publizitätspflichten und Bankenaufsicht	49
III. Strukturanalyse der Bankbilanz	52
1. Maßstäbe der Beurteilung	52
2. Das Eigenkapital - Kennzeichen einer Struktur- wandlung	62

	Seite
a) Quotenentwicklung und Funktionen	62
b) Kapitalmarkt und Bankkapital	68
3. Die Depositen als Finanzierungsmittel	71
a) Quellen und konjunkturelle Entwicklungstendenzen der Depositen unter Berücksichtigung von Kaufkraftschwankungen	71
b) Betriebswirtschaftliche Bestimmungsfaktoren	81
4. Die Sonderstellung der Spareinlagen	87
a) Die volkswirtschaftliche Problematik des Kontosparens unter Berücksichtigung des Konjunkturverlaufs	87
b) Der Einfluß auf die bankbetriebliche Finanzierung - dargestellt an der unterschiedlichen Bedeutung der Spareinlagen für die Banken und die Sparkassen	98
5. Die Refinanzierungsinstrumente der Banken	102
a) Bankenverflechtung über Nostroverpflichtungen und Indossamentsverbindlichkeiten	102
b) Eigene Akzepte und Solawechsel als Kreditpapiere besonderer Art	106
c) Die Bedeutung der "unter dem Strich" ausgewiesenen Positionen	108
6. Kredittheorie, Kreditpraxis und Bankbilanz	112
a) Lehrmeinungen zum Problem der Kreditschöpfung	112
b) "Kaufkraftduplikation" und "Clearing ohne Salden" als wesentliche Bestimmungsgründe für die Geld- und Kreditschöpfungstätigkeit der Banken	124
c) Die Grenzen des Kreditgeschäfts	136
d) Die Geld- und Kreditschöpfung der Banken unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten	140
e) Die betriebswirtschaftliche Aussagefähigkeit des Debitorenausweises	145

	Seite
7. Wertpapiere im Aktivgeschäft	154
a) Die Bedeutung der Wertpapiere für die bank- wirtschaftlichen Grundprobleme der Liquidität, der Rentabilität und der Sicherheit	154
aa) Wechsel, Schatzwechsel und U-Schätze	156
bb) Wertpapiere, Ausgleichsforderungen und Konsortialbeteiligungen	160
b) Das Wertpapierportefeuille als Ausdruck der staatlichen Wirtschaftspolitik	168
IV. Die stillen Reserven - Zentralpunkt der Betriebs- politik	172
V. Die Gewinn- und Verlustrechnung	179
VI. Der Geschäftsbericht	184
<u>Dritter Teil: Ergebnis</u>	
I. Die Aussagefähigkeit der Bankbilanz für eine betriebswirtschaftliche Beurteilung	191
II. Betrachtung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt	199
Literaturverzeichnis	205

EINLEITUNG

Das geistige Leben der Menschen des 20. Jahrhunderts ist durch eine tendenzielle Entmythologisierung der Seins-Bereiche gekennzeichnet. Um so mehr überrascht es, daß die weltaufgeschlossene Denkungsart gerade auf dem wirtschaftlichen Sektor noch gewisse Reservate für mystische Vorstellungen zuläßt. Nichts geringeres ist tatsächlich festzustellen, wenn man die Ansichten der Allgemeinheit über die Banken und ihr Wirken verfolgt. Für die schlichte Volksmeinung sind auch heute noch die mit dem Geld und dem Kredit zusammenhängenden betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Probleme nicht rational erfaßbar. Man betrachtet das Geld als ein Mittel, das zum Erwerb von Gütern und zur Tilgung von Schulden verwendet werden kann und sieht in der Aufnahme von Krediten schlechthin ein Zeichen für finanzielle Schwierigkeiten.

In Anbetracht dieser Vorstellungen ist es erklärlich, daß die Bedeutung der volkswirtschaftlichen Erscheinungen des Geldes und des Kredites sowie die betriebswirtschaftliche Verfassung der Banken und ihre Geschäftsfunktionen für die Allgemeinheit gewissermaßen hinter einem Schleier verborgen bleiben. Dabei ist es bezeichnend, daß der Raum für eine gedankliche Erfassung der realen Daten um so geringer wird, je großartiger die Vorstellungen von der Machtkonzentration und der wirtschaftspolitischen Einflußmöglichkeit der Banken sind. In diesem Sinne sind die Bankbilanzen für die breite Volksmeinung wahre Rätsel und können nur von einem relativ kleinen Kreis von Spezialisten gelesen werden. Aber selbst das Urteil der Sachverständigen ist äußerst unterschiedlich. Es wird nämlich zuweilen die Auffassung vertreten, daß sich ein Studium der Bankbilanzen nicht lohne, da die wirklich entscheidenden Momente aus dem Zahlenmaterial nicht entnommen werden könnten oder jedenfalls bewußt verschleiert seien.

Entgegen derartigen Darstellungen verfolgt die vorliegende Studie eine Untersuchung der Aussagefähigkeit der Bankbilanz, wobei vorweg festgestellt werden kann, daß die gebotenen Einblicksmöglichkeiten ohne Schädigung betrieblicher Belange noch verbessert und erweitert werden könnten.

Zu der Frage, welche Daten aus der Analyse von Bankbilanzen gewonnen werden können, ist zunächst auf die unterschiedliche Lesart zwischen einer Betrachtung "von innen" und einer Beurteilung "von außen" zu verweisen. Selbstverständlich hat dabei der Bankier die bessere Ausgangsposition, da er die Bedeu-

tung der Werte und Vorgänge kennt, die nur andeutungsweise zum Ausdruck kommen oder überhaupt nicht in der Bilanz erscheinen.

Diese Umstände müssen jedoch den Außenstehenden nicht zur Resignation verurteilen; es bestehen genügend Anhaltspunkte, die aufschlußreiche Hinweise vermitteln. So gewährt der zeitliche Vergleich von Bilanzen einen bedeutsamen Einblick in die strukturelle Entwicklung der Banken. Mit Hilfe der Zahlen kann die jeweilige Bedeutung und Stellung des Geldes und des Kredites in der Volkswirtschaft ermessen werden. Das gegebene Korrelationsverhältnis zwischen der Geldseite und der Güterseite der Wirtschaft läßt die Bankbilanzen zu einem ausdrucksvollen Spiegelbild der konjunkturellen Erscheinungen werden. Für den Außenstehenden ist es nicht zuletzt von besonderem Interesse, daß die Zahlenwerke auch eine Beurteilung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung ermöglichen. Tatsächlich werfen die großen Ereignisse des monetären Bereichs der Wirtschaft ihre Schatten in den Bankbilanzen voraus.

Wenn zwar mit diesem Hinweis auf den Themenkreis bereits die Aufgabenstellung der vorliegenden Untersuchung umrissen ist, erscheint es doch zweckmäßig, darauf aufmerksam zu machen, daß bilanztechnische Fragen nur am Rande Berücksichtigung fanden. Insbesondere kann den nachfolgenden Ausführungen kein Leitfaden für die Erstellung einer Bankbilanz entnommen werden. Die Frage der Aufgliederung und Einordnung der einzelnen Bilanzpositionen ist kein theoretisches, sondern ein technisches Problem, das im übrigen im Hinblick auf die gesetzlichen Vorschriften und traditionellen Usancen als gelöst anzusehen ist.

Der Zweck der Untersuchung konnte ferner nicht darin gesehen werden, mit analytischen Zahlenreihen aus den Bankbilanzen und deren Besprechung aufzuwarten. Abgesehen davon, daß bei einer Themenbehandlung in dieser Form die jeweils zeitbedingten Einflüsse im Vordergrund stehen, würde es sich dabei um eine vorwiegend statistische Aufgabenstellung handeln. Unter Berücksichtigung dessen, wurden lediglich die für eine analytische Auswertung der Bilanzen zur Verfügung stehenden Maßstäbe erwähnt.

Die primäre Aufgabe der vorliegenden Untersuchung der Aussagefähigkeit der Bankbilanz ist darin zu sehen, daß die bankbetriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und Wirkungsfaktoren herausgestellt werden. Es soll somit insbesondere eine Antwort auf die Frage gefunden werden, in welchem Maße das Zahlenwerk in die Geschäfts- und Finanzstruktur Einblick gewährt und eine Aussage über die Bankbetriebspolitik, über die arteigenen Risiken und sonstige betriebswirtschaftliche Momente vermittelt. Darüber hinaus soll versucht werden aufzuzeigen, welchen betriebswirtschaftlichen Niederschlag

einzelne Maßnahmen der vom Staat bzw. von der Zentralbank verfolgten Geld- und Kreditpolitik finden und in welcher Form bestimmte volkswirtschaftliche Vorgänge bilanziellen Ausdruck erhalten.

Die Aufdeckung der in den Bankbilanzen enthaltenen Beurteilungsmomente setzt die Kenntnis der inneren Zusammenhänge voraus. Dementsprechend wurde im Rahmen der vorliegenden Untersuchung auf das Wesen der Bank und die bankbetriebliche Leistung eingegangen. Die Erwähnung der einzelnen Bilanzpositionen und ihrer Bedeutung für die Banken konnte im Hinblick auf den Zweck der Untersuchung nur skizzenhaft erfolgen; insbesondere mußten alle technischen Probleme außer Betracht bleiben. Nach einer Besprechung der rechtlichen Grundlagen, der Bankenpublizität und der zur Verfügung stehenden Beurteilungsmaßstäbe sind den für die Aussagefähigkeit bedeutsamen Angelpunkten der Bankbilanzen spezielle Abschnitte gewidmet. Dabei waren gewisse Wiederholungen in der Behandlung einzelner Daten nicht zu vermeiden, was darauf zurückzuführen ist, daß die betriebs- und volkswirtschaftlichen Probleme der Banken ineinander übergehen und somit nur die Perspektive gewechselt werden kann.

Als für die Aussagefähigkeit der Bankbilanzen bedeutsame Angelpunkte wurden vom Verfasser die Entwicklung des Eigenkapitals, der Depositen und Spareinlagen, die Bedeutung gewisser Refinanzierungsinstrumente sowie die Tendenzen im Kredit- und Wertpapiergeschäft erkannt. Da die Liquidität das zentrale Problem der Banken darstellt, könnte angenommen werden, daß dieses Thema als spezielle Beurteilungsgrundlage separat zu behandeln ist. Hierzu ist jedoch festzustellen, daß die Liquidität als ein Relationsproblem in materieller Hinsicht nur durch vergleichende Gegenüberstellung der absoluten Größen einzelner Bilanzpositionen annähernd erfaßt werden kann. Eine schlüssige Beurteilung der Liquidität ist dem Außenstehenden ohnedies nicht möglich, da die immanente Liquidität der einzelnen Positionen weitgehend unbekannt bleibt. Mit diesen Bemerkungen wird nicht verkannt, daß die Errechnung und Beurteilung von Liquiditätsquotienten bei der Analyse einzelner Bankbilanzen bedeutsame Anhaltspunkte vermittelt. Der Aufbau und der Zweck der vorliegenden Untersuchung ließen es jedoch im Hinblick auf die erwähnten Momente nicht geraten erscheinen, die Liquidität als Angelpunkt für die Aussagefähigkeit der Bankbilanz separat hervorzuheben. Die Bedeutung der Liquiditätsfrage wird vielmehr als durchgängiges Problem der Bankbilanzen im jeweiligen Zusammenhang mit den einzelnen Positionen erläutert.

Im Hinblick auf die überragende Bedeutung des Kreditgeschäftes wurde diesem

Problemkreis breiterer Raum gegeben. Die Bemühungen um eine ganzheitliche Schau veranlaßten in diesem Zusammenhang auch eine Berücksichtigung der Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Forschung, wobei von der Erkenntnis ausgegangen wurde, daß der von der Theorie dargestellte Datenverlauf in den Bankbilanzen zum Ausdruck kommen muß. Im Sinne dieser Auffassung war im Rahmen der vorliegenden Untersuchung auch ein Bekenntnis zur Kredittheorie erforderlich.

Erster Teil

PROBLEMAUFBEREITUNG

I. Abgrenzung der Untersuchung

Das deutsche Bankwesen weist eine äußerst vielgestaltige Entwicklung auf. Dabei ist es für die gegebenen Verhältnisse bezeichnend, daß ein exakt durchgebildetes System der Arbeitsteilung hinsichtlich der Geschäftssparten, wie dies in anderen Ländern, z. B. in Frankreich oder in England, bekannt ist, mit Ausnahme weniger Bereiche nicht zustande kam oder bewußt vermieden wurde. Die Ursachen für diese Gestaltung sind einerseits auf das in Deutschland vorherrschende Hausbankprinzip, d. h. auf die Tendenz des Publikums zurückzuführen, möglichst alle anfallenden bankmäßigen Geschäfte über ein Institut abzuwickeln; andererseits waren die Banken selbst bestrebt, durch verschiedenartige Betätigungsgebiete mehrere Erwerbsquellen zu erschließen und damit in sich selbst einen gewissen Risikoausgleich zu schaffen.

Wenn nun im deutschen Bankenapparat dennoch eine mannigfaltige Differenzierung vorliegt, so ist dies einmal darauf zurückzuführen, daß der Staat schon frühzeitig auf die Bankenstruktur Einfluß nahm, um damit ein wesentliches Instrument für die Durchsetzung der Wirtschaftspolitik oder für die Befriedigung fiskalischer Interessen zu erhalten; zum anderen ergab sich die Notwendigkeit, einem neuartigen, langfristigen Kreditbedarf, der im Zuge des wirtschaftsgeschichtlichen Intensivierungsprozesses, insbesondere der fortschreitenden Industrialisierung auftrat, Rechnung zu tragen, was nur mit Hilfe von Spezialbanken nachhaltig geschehen konnte. Auch bei dem Aufbau derartiger Institute war der Staat im Rahmen der jeweils vertretenen Wirtschaftspolitik maßgeblich beteiligt. Die überwiegende Zahl der auf dem langfristigen Sektor tätigen Kreditinstitute geht jedoch auf private Initiative zurück.

Die bemerkte Differenzierung des deutschen Bankwesens ist also nicht so sehr in einer arbeitsteiligen Trennung der allgemeinen Bankgeschäfte zu sehen, als vielmehr in den privaten oder öffentlichen Trägern der Kreditinstitute sowie in ihren Zwecksetzungen und Sonderaufgaben.

Ungeachtet der vielfältigen Arten der tätigen Institute wird die Bezeichnung "Bank" generell benützt. Die Behandlung von Einzelproblemen des Bankensektors macht es somit immer wieder erforderlich, Abgrenzungen zu schaffen und zusätzliche Erläuterungen darüber zu geben, welcher Bankentyp angesprochen wird. In diesem Sinne muß auch dem hier behandelten Thema eine Aussage darüber vorausgehen, welcher Bankentyp, d. h. zugleich welche Bankbilanz der Untersuchung zugrunde gelegt wird.

Die Notwendigkeit zur Abgrenzung gab wiederholt Anlaß, nach einer klaren Gruppierung der Kreditinstitute zu suchen. So umfaßt der Ordnungsvorschlag Kalverams ¹⁾ folgende Gliederungsmöglichkeiten:

- 1) nach den getätigten Geschäften (aktiv und passiv) ,
- 2) nach der Frist der gewährten Kredite,
- 3) nach dem Wirtschaftsprinzip,
- 4) nach der Rechtsform,
- 5) nach Betriebsgrößen, wobei als Maßstäbe das Eigenkapital, das Gesamtkapital, der Umsatz oder die Beschäftigtenzahl verwendet werden können,
- 6) staatliche, öffentlich-rechtliche und private Banken,
- 7) nach dem Kundenkreis,
- 8) nach dem geographischen Wirkungsbereich.

Die Durchführung einer Gliederung der bestehenden Kreditinstitute nach diesen Gesichtspunkten führt jedoch zu verhältnismäßig unbefriedigenden Ergebnissen. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß mit den angeführten Gliederungsmöglichkeiten im wesentlichen nur eine zahlenmäßige Kategorisierung erreicht wird, die für statistische Zwecke allerdings wesentlich ist. Eine Mitteilung, daß z. B. 300 Kreditinstitute nach dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip arbeiten, oder 50 Banken in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betrieben werden usw. wirkt aber sehr schematisch und zwingt jedenfalls organisch gewachsenen Leben der Wirtschaft in starre Formen. Für die deutschen Banktypen ist es geradezu symptomatisch, daß zu einer Veranschaulichung ihrer Art und ihres Wesens stets mehrere der angeführten Gliederungspunkte zugleich benötigt werden. Kalveram selbst schreibt dazu: "Jeder Versuch, die deutschen Kreditinstitute systematisch und eindeutig durchzugliedern, scheitert, weil sich eine große Zahl von Mischtypen herausgebildet hat und weil die Struktur vieler Institute sich immer wieder den aus der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung entspringenden Bedürfniswandlungen anpaßt." ²⁾

1) Kalveram, W., Bankbetriebslehre, Frankfurt/M. 1950, S. 8 ff.

2) Kalveram, W., a. a. O., S. 9

Wenn nun zwar eine Gliederung der deutschen Kreditinstitute und ihre vollkommene Erfassung nach einheitlichen Gesichtspunkten nicht möglich ist, so kann doch nicht übersehen werden, daß in der Allgemeinheit recht klare Vorstellungen über einzelne Banktypen bestehen. Dabei ist es für die gegebenen Verhältnisse charakteristisch, daß diese Vorstellungen an Bezeichnungen anknüpfen, die im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit der betreffenden Banken oder ihren Kundenkreis, die besonders geförderten Wirtschaftszweige oder die aufsichtführenden Stellen etc. zustande kamen. Die Bezeichnungen der Banktypen vermitteln damit in der Regel selbst schon ein aussagefähiges Bild von der Geschäftsstruktur und der Arbeitsweise der betreffenden Banken. Trotzdem dürfte es schwerfallen, den hier zu behandelnden Bankentyp in seinem gesamten Begriffsinhalt a priori positiv zu fixieren. Es erscheint somit berechtigt, einen Negativkatalog der Banktypen festzulegen, die nicht Gegenstand der Problemstellung sein sollen. In diesem Sinne werden ausgeschrieben:

- 1) die Zentralbank (Deutsche Bundesbank mit Landeszentralbanken) ,
- 2) die öffentlichen Bankbetriebe mit Sonderaufgaben (Landwirtschaftliche Rentenbank, Deutsche Genossenschaftskasse, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Industrie-Kreditbank AG., Lastenausgleichsbank etc.) ,
- 3) die Staatsbanken, Landesbanken und Kommunalbanken,
- 4) die Girozentralen und Sparkassen,
- 5) die öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Bodenkreditinstitute sowie die Schiffspfandbriefbanken,
- 6) die ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften nebst Zentralkassen,
- 7) alle Arten von Spezial-, Branche- und Hausbanken.

Nach Ausscheidung dieser Kreditinstitute verbleibt ein Bankentyp, der für die westdeutschen Verhältnisse repräsentativ ist und hinsichtlich des Umfanges seiner Verbundenheit mit allen Zweigen der Wirtschaft an erster Stelle steht. Dieser Bankentyp führt sämtliche bankmäßigen Leistungen durch und betätigt sich in allen Sparten der Bankgeschäfte mit Ausnahme der Notenausgabe, des Hypotheken- und des Pfandbriefgeschäftes. Das Depositengeschäft wird ebenso gepflegt, wie die Hereinnahme von Spareinlagen. Die Bank gewährt Diskont-, Lombard- und Akzeptkredit; sie verpflichtet sich durch Übernahme von Bürgschaften und vollzieht den Zahlungsverkehr ihrer Kunden. Zum Dienstleistungsprogramm gehören ferner in nicht geringerem Maße Devisen- und Effektenabschlüsse sowie Gründungs-, Emissions- und Beteiligungsgeschäfte. Den überwiegenden Teil ihrer Erträge zieht diese Bank unter normalen Verhältnissen jedoch aus dem Kreditgeschäft, das jedenfalls formell kurzfristiger Natur ist. Auf diesem Sektor ruht das Schwergewicht des Aktivgeschäftes, so daß es auch un-

ter Berücksichtigung des universellen Charakters berechtigt erscheint, diesen Bankentyp als "allgemeine Kreditbank" anzusprechen.

Der dargelegte Begriffsinhalt für die allgemeine Kreditbank ist zunächst von den getätigten Geschäften abgeleitet und damit, wie oben erwähnt, unzulänglich. Allgemeine Kreditbanken dieses Sinnes sind nämlich in der Regel auch die Staatsbanken und bis zu einem gewissen Grade die Kreditgenossenschaften. Es ist also eine Einschränkung des Begriffes dahingehend erforderlich, daß gleichartige Banken, die unter staatlichem Herrschaftsrecht stehen oder nach Versorgungswirtschaftlichen Prinzipien geführt werden, ausscheiden.

Der vorliegenden Untersuchung ist somit die allgemeine Kreditbank zugrunde gelegt, deren Kapital sich in privaten Händen befindet und die nach erwerbswirtschaftlichen Prinzipien betrieben wird. Eine Unterscheidung hinsichtlich der privatrechtlichen Unternehmungsformen ist, abgesehen von der als Sonderform außer Betracht bleibenden Genossenschaft, nicht getroffen. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die Wahl der Rechtsform den wirtschaftlichen Typus einer Unternehmung nicht verändert.¹⁾ Ebenso erfolgten keinerlei Einschränkungen hinsichtlich der Betriebsgröße, da die wesentlichen Kriterien des Bankgeschäftes, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, doch sowohl beim Kleinbetrieb wie beim Großbetrieb auftreten, bei der Lokalbank ebenso wie bei der Regional- und Großbank.

Wie die Kapitalgesellschaften allgemein, so erstellen auch die in diesen Rechtsformen betriebenen Banken neben der Handelsbilanz eine besondere Steuerbilanz. Diese Steuerbilanz ist jedoch nur für den internen Gebrauch und den Verkehr zwischen der steuerpflichtigen Bank und den Finanzbehörden bestimmt; eine Veröffentlichung dieses Zahlenmaterials erfolgt nicht. Für die Untersuchung können somit nur die Handelsbilanzen der allgemeinen Kreditbanken herangezogen werden.

Mit der Beschränkung auf die Handelsbilanzen wurde gleichzeitig der vom Betrachter eingenommene Standpunkt festgelegt. Die Buchhaltungsunterlagen der Banken sind nicht zugänglich, weshalb die generelle Darstellung einer Beurteilung der Bilanzen von innen her nicht möglich ist. Die Untersuchung muß sich somit auf den Standpunkt des Außenstehenden beschränken.

¹⁾ Vgl. Obst-Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Stuttgart 1955, S. 201

Jede Bilanz gibt ein Spiegelbild von der Lebensform und der Lebensweise der betreffenden Unternehmung. Die Praxis lehrt jedoch, daß das Zahlenmaterial allein keine geeignete Grundlage für eine schlüssige Beurteilung darstellt. Die Bilanzanalyse muß somit ergänzt werden durch Erläuterungen über das Wesen, die Wirkungsweise und die speziellen Probleme der Unternehmung. In diesem Sinne werden auch die folgenden Darlegungen über die Erscheinung der allgemeinen Kreditbank in der Wirtschaft der Untersuchung über die Aussagefähigkeit der Bankbilanz vorangestellt.

II. Die Bank als Wirtschaftsorganismus

1. Begriff und Wesen

Unter dem Begriff "Bank" ist ein Betrieb zu verstehen, welcher den Geld- und Kapitalverkehr durchführt und gewerbsmäßig als Hauptgeschäft, Kredit gibt und nimmt. ¹⁾

Spricht man von der Bank als gewerbsmäßiger Institution, so verbindet sich mit den Gedanken darüber unwillkürlich die Vorstellung vom Geld. Dies ist auch in jeder Hinsicht richtig, denn nur aus dem Zusammenwirken der Vorstellungen von einem Betrieb und seinem Umsatzträger, der Ware, kann ein aussagekräftiges Bild von der Tätigkeit der speziellen Unternehmung gewonnen werden.

Das Geld ist also eine "Ware" des Bankbetriebes. Für eine Darlegung dessen, was im Bankbetrieb als Geld angesehen wird, wäre eine Begriffsklärung unter rein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu weitgehend. Es trifft zwar zu, daß für das Geld, wie es im Bankbetrieb auftritt, die Eigenschaften eines allgemein gültigen und allgemein anerkannten Rechen- und Tauschmittels unabdingbar sind. In diesen Funktionen ist die Kaufkraft-Eigenschaft des Geldes eingeschlossen. Das Geld wird nicht um seiner selbst willen begehrt und erworben, sondern aufgrund seiner Fähigkeit, allen anderen Gütern des wirtschaftlichen Verkehrs gegenüber treten zu können. Diese Fähigkeit ist ihrerseits

1) Vgl. Obst-Hintner, a. a. O., S. 184

Ähnlich Kalveran W., a. a. O., S. 3

durch die allgemeine Gängigkeit des einen Wirtschaftsgutes "Geld" begründet. Das Geld ist somit einerseits Mittel des sachlichen Wertausgleichs und andererseits Mittel des gedanklichen Wertausgleichs. ¹⁾

Für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Voraussetzungen, die an das Geld gestellt werden, ist es jedoch grundsätzlich bedeutungslos, in welcher Erscheinungsform das Geld auftritt und ob es im Rahmen der staatlichen Rechtsordnung als Geld deklariert und geschützt wird, wenn es nur tatsächlich die erwähnten wirtschaftlichen Funktionen vollzieht. ²⁾ An dieser Stelle nun muß eine Unterscheidung zwischen dem Geld im Sinne der volkswirtschaftlichen Theorie und dem Geld der Bankpraxis vollzogen werden.

Im Bankbetrieb ist das Geld entweder in notale Form (staatliche Banknoten und Münzen) oder in girale Form gekleidet. Das Notalgeld der Banken der Gegenwart ist staatlich begründetes Geld, also chartales Zahlungsmittel im Sinne von Knapp. ³⁾ Die Banken der modernen Wirtschaft sind mit der staatlichen Geldordnung notwendigerweise so eng verbunden, daß eine Trennung davon nicht mehr denkbar ist. Für die Kreditinstitute ist es in entscheidendem Maße ausschlaggebend, daß das Geld in eine staatliche Rechtsordnung eingefügt und insbesondere mit einem allgemeinen Annahmewang ausgestattet ist.

Die zweite Erscheinungsform des Geldes im Bankbetrieb ist das Giralgeld. Sucht man analog den Ausführungen bezüglich des Notalgeldes nach dem Begründer des Giralgeldes, so ist festzustellen, daß sich der Staat wohl auch auf diesem Sektor umfangreich betätigt; der weitaus überwiegende Teil des bestehenden Giralgeldes einer Volkswirtschaft wird jedoch von den Banken selbst begründet. Dabei ist davon auszugehen, daß das Giralgeld grundsätzlich entsteht

- a) durch Einzahlung von Notalgeld auf Konto, oder
- b) durch eine von den Banken vorgenommene Monetisierung von Aktiva, die keine Zahlungsmittel sind ⁴⁾, oder
- c) durch Kreditgewährung.

¹⁾ Lukas E., Geld und Kredit, Heidelberg 1951, S. 19

²⁾ Vgl. Menger C., zitiert bei Forstmann A., Volksw. Theorie des Geldes, Bd. I, Berlin 1943, S. 82

³⁾ Vgl. Knapp G.F., Die Staatliche Theorie des Geldes, München-Leipzig 1921

⁴⁾ Vgl. Schneider E., Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Tübingen 1959, S. 16 ff

Während die unter b) erwähnte Möglichkeit für die Entstehung von Giralgeld stets auf einem Geldschöpfungsprozeß der Banken beruht, ist bezüglich der unter c) angeführten Entstehungsursache zu bemerken, daß die Kredite dargestellt werden, entweder aus vorhandenem Kapital oder ohne derartige Grundlage, als zusätzliche Kreditgewährung.¹⁾ Die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt als "Zusatzkredit" bezeichnete Erscheinung charakterisiert die viel besprochene Geldschöpfungstätigkeit der Banken, worauf noch an späterer Stelle zurückzukommen sein wird.²⁾ Hier genügt der Hinweis, daß die Geldschöpfung der zuletzt besprochenen Art vom Kreditgeber ausgeht, womit die große Bedeutung, die den Banken im Rahmen der Geldwirtschaft zukommt, erwiesen ist.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß im Bankbetrieb als Geld einmal jenes staatlich begründete und durch Rechtsordnung verankerte Notalgeld zu betrachten ist, zum anderen das beschriebene Giralgeld, welches in erheblichem Ausmaß durch die aktive Betätigung der Banken selbst erzeugt wird.

Das Geld ist nicht die einzige "Ware" des Bankbetriebes. In dem Bestreben, alle Geldgeschäfte der Kundschaft an sich zu ziehen, treten bei den Banken auch Ansprüche auf Geld und Geldersatzmittel als Umsatzträger auf. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Schecks und Wechsel aber auch um Zins- und Dividendenscheine etc., wobei die Banken den Zahlungsverkehr vermitteln bzw. sich direkt in die Kreditbeziehungen anderer Betriebswirtschaften einschalten.

Eine weitere Warenform der Banken sind die Effekten, die in vielfältiger Gestaltung erscheinen. Auf diesem Sektor kommen die Banken mit dem Kapitalmarkt in engste Berührung. Sie empfinden in besonders ausgeprägter Form die Intensität des Kapitalflusses und sind dabei in der Lage, auf die Bestimmung des landesüblichen Zinsfußes richtungsweisend einzuwirken. In ihrer Eigenschaft als Sammelstellen ermöglichen die Banken mit Hilfe der Effekten einerseits dem bereitstehenden Geldkapital eine rentable bzw. auch mit Herrschaftsrecht verbundene Anlage, die den Vorzug der Fungibilität genießt; andererseits erschließen und stabilisieren die Banken im Interesse der Emittenten den Markt. Mit der Einbeziehung der Effekten in den Geschäftskreis fällt den Banken eine besondere Aufgabe dadurch zu, daß sie auf dem organisierten Kapitalmarkt, d. h. im Rahmen der Börse, in den tendenziellen Ausgleich großen Stils zwischen Angebot und Nachfrage eingeschaltet sind.

1) Vgl. Lütge F., Einführung in die Lehre vom Gelde, München 1948, S. 74

2) Vgl. S. 112 ff.

Eine Ware des Bankbetriebes, die nun auch im volkswirtschaftlichen Sinne als solche angesprochen werden kann, sind ferner Edelmetalle in Barren- oder Münzenform. Dieser Handel ist für die Banken unter normalen Verhältnissen eine nicht zu unterschätzende Verdienstquelle, da Schmuck- und Repräsentationsbedarf sowie entsprechende Anlageneignung unter der Kundschaft immer wieder gegeben sind. Allerdings ist der Bestand mit den arbeitsbezogenen Risiken verbunden, die sich jedoch erfahrungsgemäß in begrenztem Ausmaß halten.

Die Bewegung der bisher geschilderten Waren des Bankbetriebes konnte stets so gedacht werden, daß eine zeitliche Differenz nicht auftritt. Nun verfügen aber die Banken noch über eine "Ware", deren Umsatz dadurch gekennzeichnet ist, daß primär eine konkrete gegen eine abstrakte Leistung ausgetauscht wird, wobei die konkrete Gegenleistung zu späterem Zeitpunkt erfolgen soll. Diese "Ware" ist der Kredit und die Betätigung auf diesem Sektor stellt das unabdingbare Wesensmerkmal einer Bank schlechthin dar.

Unter Kredit ist zunächst das Vertrauen zu verstehen, das eine Person im Hinblick auf ihre charakterlichen Eigenschaften und das errungene Ansehen genießt; der Sprachgebrauch faßt dies unter der Bezeichnung "Kredit haben". Im wirtschaftlichen Verkehr dagegen stellt der Kredit das Vertrauen darauf dar, "daß einer Leistung nach Ablauf der Kreditfrist die Gegenleistung folgt." ¹⁾ Die Frage der Kreditwürdigkeit ist damit schon implizite beantwortet, so daß man sagen könnte, der Kredit des Wirtschaftsverkehrs ist die Negozierung des persönlichen Kredits.

Es wurde bereits angedeutet, daß weder das Geld, noch die Geldansprüche und -ersatzmittel, auch nicht die Effekten den Bankbetrieb ausmachen, sondern vor allem die Tatsache der Kreditgewährung, wobei nicht übersehen wird, daß auch den anderen "Waren" eine wesentliche Rolle zukommt. Es sind jedoch im Rahmen der Geldwirtschaft eine ganze Reihe von Unternehmungen denkbar - in praxi bestehen solche auch -, die sich mit dem Handel von Geld und Geldansprüchen, der Effektenkommission sowie der Kapitalvermittlung und der Kapitalanlage befassen, ohne eine Bank zu sein. Diese Betriebswirtschaften sind grundsätzlich bestrebt, in ihren Geschäften jegliches Eigenrisiko auszuschließen bzw. auf ein Mindestmaß zu beschränken; sofern diese Ausschaltung des Risikos nicht zu beobachten ist, kann prinzipiell festgestellt werden, daß ausschließlich, jedenfalls aber zum weitaus überwiegenden Teil mit Eigenkapital gear-

1) Theisinger K., Kreditgeschäft und Kreditpolitik in: Die Bank, Bd. 2, S. 3

beitet wird. Demgegenüber fällt bei den Banken auf, daß sie mit einem im Vergleich zum Eigenkapital enorm umfangreichen Fremdkapital arbeiten und dabei gleichzeitig in nahezu allen Geschäften das volle Eigenrisiko übernehmen. Diese Geschäftspraxis erscheint zunächst ungewöhnlich und veranlaßt zu der Frage, welche Umstände den Banken die Möglichkeit für eine derartige Betätigung eröffnen. Eine globale Erklärung hierzu kann nur darin gefunden werden, daß den Banken seitens der Wirtschaft ein überdurchschnittliches Vertrauen entgegengebracht wird. Das Vertrauen, so wurde bereits erwähnt, ist das Kernstück des Kredits und tatsächlich genießen die Banken nicht nur Kredit, sondern nehmen diesen auch weitgehend in Anspruch. Dabei kann es zunächst noch dahingestellt bleiben, ob die Banken zur Erlangung des Kredits eigene Initiative entwickeln oder ob ihnen das Geld gewissermaßen von selbst zufließt. Jedenfalls ist das Wesen der Banken darin zu sehen, daß sie Kredit nehmen und Kredit geben und dabei jeweils das volle Risiko tragen.

Im Sprachgebrauch des Bankbetriebes ist häufig die Rede von einer Anlage der Mittel. So sieht z. B. einerseits der Bankkaufmann in der Ausreichung von Termingeldern an ein befreundetes Institut eine mehr oder weniger gute Möglichkeit, das zur Verfügung stehende Geld anzulegen, wie andererseits ein Kunde, der bei der Bank ein Sparkonto unterhält, ebenfalls von der Anlage seines Kapitals spricht. Den gewählten Beispielen kann schon entnommen werden, daß der Sprachgebrauch mit der Bezeichnung "Anlage" die wechselnde Initiative, die für den Geschäftsabschluß verursachend ist, zum Ausdruck bringen will. Es wäre auch rein sachlich unrichtig, würde der Bankmann das hinausgelegte Termingeld als Kreditgewährung bezeichnen; umgekehrt ist es unvorstellbar, daß der Sparer in der Einlage eine Kreditgewährung an die Bank erblickt.

Zur Klarstellung des Begriffs "Anlage" ist zu erwähnen, daß die Banken ihre Geschäfte auf Grund der Finanzstruktur nicht auf eine Kapitalanlage zum Zwecke der Eigennutzung konzentrieren können. Es wurde vielmehr bereits dargelegt, daß das Wesen der Banken vor allem in der Kreditgewährung zu sehen ist. Diese Verwendung bedeutet jedoch eine Ausleihung des Kapitals zum Zwecke der Fremdnutzung. Kapitalanlage im wahren Sinn des Wortes setzt auch bezüglich der Fristigkeit einen mehr oder weniger dauerhaften Einsatz voraus, was den Banken ebenfalls im Hinblick auf die Finanzstruktur nicht möglich ist. Wenn also im Bankbetrieb von Anlage gesprochen wird, so bedeutet das nicht ein Schaffen von Dauerwerten, sondern Geldanlage. Diese Feststellungen werden in ihrer Bedeutung durch das meist in Form von Beteiligungen bestehende Finanzanlagevermögen der Banken nicht geschmälert. Diesbezüglich ist nämlich zu berücksichtigen, daß die Beteiligungen sowohl unter Beachtung traditioneller

Geschäftsgrundsätze, als auch der gesetzlichen Vorschriften (§ 17/2 KWG) aus dem Eigenkapital der Banken darzustellen sind, während das Anlagegeschäft im Umlaufvermögen vorwiegend aus Fremdkapital alimentiert wird.

Will man sich nach dieser Darlegung der "Waren" des Bankbetriebes Rechenschaft darüber ablegen, welche Bedeutung den Kreditinstituten im Rahmen der Wirtschaft zukommt, so kann zunächst eine Reihe von volkswirtschaftlichen Aspekten nicht übersehen werden. In einer Wirtschaftsordnung, die nicht durch Zwangsmaßnahmen des Staates geregelt und gelenkt wird, fällt den Banken in ihrer Eigenschaft als Geld- und Kapitalumsatzbetriebe neben anderen Kreditinstituten die wichtige Aufgabe zu, die zahlreichen ungenützten und weit zerstreuten Kaufkraftbeträge aus vielen kleinen Kanälen zu sammeln und sie auf dem Kreditwege in die kapitalkräftigen und kreditwürdigen Unternehmungen zu leiten.¹⁾ Betriebswirtschaftliche Erfordernisse des Bankbetriebes bringen es mit sich, daß die zur Verfügung gestellten Mittel tendenziell bevorzugt den Stellen der Wirtschaft zufließen, die zu einer produktiven Nutzung in der Lage sind. Es kann darüberhinaus sogar beobachtet werden, daß seitens der Banken eine Auslese der Verteilung dergestalt vorgenommen wird, daß vor allem die Unternehmungen mit den relativ günstigsten Produktivitätserwartungen berücksichtigt werden. Damit tragen die Banken zu der für eine Volkswirtschaft wichtigen Produktivitätssteigerung bei. "Der Kredit fördert die Ergiebigkeit der Wirtschaft des Kreditnehmers in bezug auf Menge und Güte der Leistungen und erhöht die Wertproduktivität durch geringere Kosten." ²⁾

Die Geld- und die Güterseite der Wirtschaft sollen im Interesse einer Gesunderhaltung der wirtschaftlichen Mechanik in einer Korrelation des tendenziellen Gleichgewichtes stehen. Diese Forderung kann zwar für einen bestimmten Zeitraum hinsichtlich der Gesamtwirtschaft erfüllt sein. Ungeachtet dessen treten jedoch im einzelwirtschaftlichen Bereich immer wieder Spannungen zwischen dem Finanz- und dem Produktionssektor auf, die dann notwendigerweise über die einzelne Wirtschaftseinheit hinausgreifen und andere Betriebswirtschaften mit einbeziehen. Hier erfüllen nun die Banken mit Hilfe des Kredits die Funktion, diese Spannungen verschiedenster Art auszugleichen. Damit wird von den Banken eine wesentliche Gewähr dafür gegeben, daß das Gleichmaß der Entwicklung in allen Zweigen der Wirtschaft von der Geldseite her erhalten und gefördert wird.

1) Vgl. Kalveram W., a. a. O., S. 3

2) Theisinger K., a. a. O., S. 4

Nach diesen Ausführungen über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Banken erscheint es verständlich, daß von diesen Instituten ein erheblicher Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftsablaufs ausgehen kann. Die Entfaltung einer aufsteigenden Konjunktur ist nicht zuletzt von der aktiven und zugleich verantwortungsbewußten Mitwirkung der Banken abhängig. Aus diesen Momenten heraus ist auch die Berechtigung des Staates abzuleiten, im Rahmen der Geld- und Kreditpolitik auf die Bankwirtschaft einzuwirken, um damit Ziele verwirklichen zu können, die vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus als förderungswürdig anzuerkennen sind.

2. Die Funktionen des Bankbetriebes im Spiegel der Bilanz

a) Die Passivfinanzierung

aa) Das Eigenkapital.

Wurde bisher unter rein statischen Gesichtspunkten darzulegen versucht, wodurch eine Bank als Betriebstyp charakterisiert wird, so ist den nachfolgenden Ausführungen das Ziel gesetzt, unter Berücksichtigung der Dynamik des Bankbetriebes die Entstehung der bankmäßigen Leistungen zu veranschaulichen. Grundsätzlich entsteht jede betriebliche Leistung durch das Zusammenwirken der Funktionen einer Betriebswirtschaft, also Leitung, Verwaltung, Beschaffung, Fertigung und Absatz.¹⁾ Diese Funktionen sind mit entsprechenden Modifikationen auch beim Bankbetrieb festzustellen, so daß zu untersuchen ist, woher die Bank ihre Waren bezieht, wie die arteigene Fertigung aussieht, wohin die Waren des Bankbetriebes fließen und welche Aufgaben der Leitung und Verwaltung aus diesem Durchlaufprozeß erwachsen.

Die betriebswirtschaftliche Finanzierungslehre unterscheidet zwischen Eigenkapital und Fremdkapital. Unter Eigenkapital sind im Gegensatz zum Fremdkapital grundsätzlich solche Mittel zu verstehen, die dem Eigentümer einer Unternehmung gehören. Zur näheren Erläuterung des Eigenkapitals ist eine Unterscheidung hinsichtlich der Rechtsformen zu treffen. Bei der Einzelunternehmung

1) Vgl. Fischer G., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Heidelberg 1957, S. 337

und den Personalgesellschaften wird das Eigenkapital grundsätzlich durch direkte Einbringung eigenen Vermögens der Unternehmer in den Betrieb eingebracht. Der Nachweis des Eigenkapitals in der Bilanz vollzieht sich durch Salddierung der Vermögensteile gegen die Schulden, wobei die erzielten Gewinne den Eigenkapitalkonten zugeschlagen werden, während die getätigten Entnahmen und Verluste eine Verringerung bewirken. Im Hinblick auf die für Einzel-firmen und Personalgesellschaften gesetzlich festgelegten Haftungsvorschriften kann über das in der Unternehmung angelegte Eigenkapital hinaus ein weiterer Rückhalt in etwaigem freien Vermögen des oder der unbeschränkt haftenden Inhaber gesehen werden. ¹⁾

Bei den Kapitalgesellschaften wird dagegen das Eigenkapital durch Übernahme von Anteilsrechten seitens der Gesellschafter gegen Hingabe von Bar- oder Sachvermögen dargestellt. Insbesondere bei der Aktiengesellschaft ist in der Regel ein sehr umfangreicher Personenkreis an dem Kapitalaufkommen beteiligt, wobei aber der einzelne Gesellschafter meist nur relativ geringfügige Anteile auf sich vereinigt. Dessen ungeachtet ist eine Zusammenballung von Mitgliedschaftsrechten in einer Hand oder wenigen Händen durchaus denkbar und tritt auch tatsächlich bei den Banken stellenweise auf. In der Bilanz erscheint das Eigenkapital als eingezahltes Nominalkapital (Grundkapital bzw. Stammkapital) zuzüglich der gesetzlichen und freien Rücklagen sowie des Gewinnvortrages bzw. abzüglich der Verluste. Das Nominalkapital ist eine fixierte Größe und kann nur unter Beachtung der gesetzlichen Formvorschriften eine Veränderung erfahren. ²⁾

Bei den Banken, die in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft betrieben werden, gehört es zur Tradition, daß neben dem Nominalkapital in meist größerem Umfang Rücklagen ausgewiesen werden. Die Bildung der Rücklagen entspricht dem Grundsatz der umsichtigen Unternehmungsführung, dient der Kapitalsicherung und -stärkung sowie der Gewinnregulierung und gegebenenfalls der Mittelbereitstellung für vorgesehene Zwecke. Den Aktiengesellschaften ist gem. §§ 130, 230 AktG die Bildung der gesetzlichen Rücklage vorgeschrieben, die sich auf mindestens 10 % oder den in der Satzung bestimmten höheren Teil des Grundkapitals bemißt. Daneben erscheinen in den Bilanzen meist weitere Rücklagen, die in Vollzug zusätzlicher Bestimmungen der Satzung bzw. des Gesell-

¹⁾ Vgl. § 11/2 KWG

²⁾ Vgl. AktG §§ 7, 52, 149 ff., 159 ff., 169 ff., 175 ff., 192 ff. etc. bzw. GmbHG §§ 5, 19, 24, 30 ff., 55 ff., 58 etc.

schaftsvertrages gebildet wurden. Schließlich sind aus den Bilanzen noch "sonstige Rücklagen" ersichtlich, die nach freiem Ermessen der hierfür zuständigen Organe der Gesellschaft eingestellt werden und häufig zweckbestimmt sind.

Über das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital hinaus verfügen die Banken in der Regel über zusätzliches Eigenkapital in Form von stillen Reserven. Grundsätzlich handelt es sich dabei um Rücklagen, die durch Unterbewertung von Aktiva oder Höherbewertung von Passiva entstehen und infolgedessen nicht in der Bilanz als Rücklagen in Erscheinung treten. Die Bildung und die Auflösung der stillen Reserven bewirken in jedem Falle eine Gewinnverschiebung. Bezüglich des Ausmaßes dieses zusätzlichen Eigenkapitals ist es wesentlich, daß der Bestand nicht allein von betriebsinternen Entscheidungen abhängig ist, sondern auch von außen her nachhaltig beeinflusst wird. So können Wachstum und Schrumpfung der stillen Reserven auf eine Änderung der Marktlage, auf Zeitablauf etc. zurückzuführen sein.

bb) Das Einlagengeschäft.

Schon eine überschlägige Betrachtung von Bankbilanzen zeigt, daß das Bilanzvolumen zum weitaus überwiegenden Teil durch Fremdkapital ausgefüllt wird. Die Banken finanzieren sich also vor allem unter Heranziehung fremder Mittel; die Eigenfinanzierung durch Einschluß von Mitteln der Unternehmer bzw. Anteilseigner und durch Selbstfinanzierung steht dem Umfang nach absolut zurück.

Die wesentlichste Fremdkapitalquelle der Banken sind die sog. Depositen. Nach dem KWG handelt es sich bei den Depositen um Gelder, die von den Kunden eines Kreditinstitutes aus ihrer eigenen Initiative zum Zwecke der Geldanlage kurz- oder mittelfristig gegen Verzinsung eingelegt werden, soweit sie nicht auf Spar- oder Kontokorrentkonto verbucht werden. ¹⁾ Die Bezeichnung "Depositen" hat historischen Ursprung und geht auf das in den Anfangsstadien der Bankgeschäfte betriebene depositum regulare zurück. Der Geschäftsvorgang bestand, dem Inhalt des Wortes entsprechend, in einer Hinterlegung und Verwahrung von Geld. Die wirtschaftliche Entwicklung ließ schon frühzeitig die Unzulänglichkeiten dieses Systems erkennen. Aus dem depositum regulare

1) Vgl. Reichardt W., Kommentar zur Neufassung des KWG vom 25. 9. 1939, Berlin 1942, Anmerk. zu § 11

entstand das *depositum irregulare*, wobei es zunächst darum ging, für den Bankier die *Verpflichtung* zu vereinfachen; aus der Speziesschuld wurde eine Gattungsschuld. In Ansehuß daran fand es im Rahmen der neuen Geschäftsforn allgemeine Anerkennung, daß der Bankier nach den Grundsätzen eines ehrbaren Kaufmanns mit den eingelegten Geldern eigene Geschäfte abschloß. In der Möglichkeit, unter Heranziehung fremder Mittel im eigenen Namen und für eigene Rechnung zu wirtschaften, liegt noch heute das typische Wesen der Banken begründet, so daß eigentlich aus dieser Sicht der Inhalt des Begriffes "Depositen" eine wesentliche Wandlung erfahren hat.

Die juristische Begriffsauslegung bedingt eine strenge Trennung der als Depositen gekennzeichneten Einlagen von den auf Kontokorrentkonten verbuchten Geldern. Diese Unterscheidung erscheint jedoch für die Praxis sehr problematisch, da sowohl Depositenkonten wie Kontokorrentguthaben in laufender Rechnung geführt werden. Jedenfalls ist es bezeichnend, daß eine Benennung der Einlagen als "Depositen" in den geltenden Formblättern für den Jahresabschluß der Kreditinstitute nirgends in Erscheinung tritt.

Grundsätzlich können die Einlagen, soweit sie nicht Spareinlagen sind, nach den Motiven der Einleger unterschieden werden. Die erste Gruppe dieser Gelder sind als Giroguthaben anzusehen, die zum Zwecke des Zahlungsverkehrs unterhalten werden; hierzu zählen ebenso die den Banken überlassenen Liquiditätsreserven der Unternehmungen. Für diese Einlagen ist es charakteristisch, daß die von den Banken gewährte Zinsvergütung nur untergeordnete Bedeutung hat. Die Gelder werden also bei den Banken nicht primär wegen des zu erzielenden Ertrages, sondern vor allem im Hinblick auf ihre Liquidierbarkeit und die Möglichkeit zur Nutzung der Gironetze eingelegt.

Eine zweite Gruppe dieser Einlagen bilden die Anlagegelder. Hier steht das Ertragsmotiv absolut im Vordergrund, wobei eine Bewegung der Beträge während der Einlagezeit nur in sehr beschränktem Umfang stattfindet und eine Teilnahme am Zahlungsverkehr praktisch überhaupt nicht in Betracht kommt.

Die Herkunft der erwähnten Einlagen ist sehr verschiedenartig. "Ganz allgemein läßt sich sagen, daß sie Überschüsse aus den Betrieben und aus Arbeits- oder Kapitaleinkommen darstellen." ¹⁾ Anders sind die von Kreditinstituten stammenden Einlagen zu beurteilen. Hier handelt es sich vor allem um Beträge, die von anderen Banken als Liquiditätsrückhalt eingelegt wurden. Dem-

¹⁾ Obst-Hintner, a. a. O., S. 361

entsprechend sind auch die Passivrisiken aus den Kundschafts- und Bankeinlagen für das hereinnehmende Institut unterschiedlich. Während die Nichtbank Einlagen normalerweise in jeder Hinsicht, insbesondere branchenmäßig relativ gut gestreut sind, konzentrieren sich die Bankeinlagen notwendigerweise auf einen Wirtschaftszweig, nämlich die Banken. Es kann auch nicht erwartet werden, daß sich die beiden Einlagetypen gleichlaufend entwickeln. Die Bestände auf den Kundschaftskonten mit täglicher Fälligkeit sind abhängig von dem Umfang des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, von den erzielten Geldeinkommen der Wirtschaftssubjekte und deren Einstellung zum Geld, von dem Modus der Lohn- und Gehaltszahlungen etc. Demgegenüber stehen die Sichteinlagen der Banken in engem Zusammenhang mit der Geldschöpfungstätigkeit der gesamten Bankwirtschaft. Wenn man bedenkt, daß die Bankeinlagen auf Seiten des einlegenden Institutes selbst wieder aus fremden Mitteln stammen und sogar durch bloße Buchungsvorgänge ohne wirtschaftliches Grundgeschäft entstehen können, wird die besondere Problematik dieser Einlagen deutlich. Nach volkswirtschaftlichen Maßstäben werden daher die Bankeinlagen als unechte Einlagen angesehen.

Für die Finanzstruktur der Banken ist es bedeutungsvoll, mit welcher Befristung die Einlagen ausgestattet sind. Die geltenden Formblätter für den Jahresabschluß der Kreditinstitute unterscheiden deshalb Einlagen, die ohne jede Fristsetzung laufen, sog. Sichteinlagen, und solche, die befristet sind, wobei innerhalb dieser Gruppe die mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr hereingenommenen Einlagen in der Vorspalte auszuweisen sind. Für jede der beiden Arten von Einlagen sind die von Kreditinstituten stammenden Gelder separat aufzuführen.

Da die Höhe der Zinsleistung das wesentliche Kriterium für die Unterscheidung der Einlagearten darstellt, ist im Verkehr zwischen Banken und Kundschaft eine andere Gruppierung gebräuchlich, die auf das Habenzinsabkommen zurückgeht. Gemäß §§ 1 ff. des Abkommens über die Festsetzung von Höchstzinssätzen für hereingenommene Gelder vom 22. 12. 1936 werden unterschieden:

- 1) täglich fällige Gelder (ohne Kündigungsfrist und ohne feste Laufzeit),
- 2) Kündigungsgelder (Kündigungsfrist von mindestens einem Monat),
- 3) feste Gelder (für einen Zeitraum von mindestens 30 Zinstagen angelegt und an einem vorher bestimmten Tag fällig).

Die unterschiedliche Verzinsung für die einzelnen Einlagen ist prinzipiell darauf zurückzuführen, daß eine längere Festlegung der Gelder den Banken eine rentablere Anlage ermöglicht, jedenfalls aber eine sicherere Dispositionsgrund-

lage darstellt, während Sichteinlagen einer größeren Liquiditätsdeckung bedürfen.

Unter volkswirtschaftlichen Aspekten sind die Einlagen eine Form der Konzentration des vorhandenen Geldkapitals an wenigen Stellen. Die fortschreitende Verbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs bewirkt eine nachhaltige Förderung dieser Ansammlungen. Im gleichen Maße wächst jedoch der Einfluß der Banken auf den Status der Währung, so daß es im Interesse der Stabilität geboten erscheint, der Zentralbank als der Bank der Banken wirksame Lenkungsmittel an die Hand zu geben.

Ein besonderes Instrument der Fremdfinanzierung sind für die Banken die Spareinlagen. Gemäß § 22 KWG sind Spareinlagen als Geldeinlagen auf Konten definiert, die nicht den Zwecken des Zahlungsverkehrs, sondern der Anlage dienen und als solche, insbesondere durch Ausfertigung von Sparbüchern gekennzeichnet sind. Mit dieser Begriffsklärung sind die Spareinlagen zunächst von den Sichteinlagen deutlich geschieden. Die Trennung von den befristeten Einlagen ist aus dem wirtschaftlichen Charakter der Spareinlagen und ihrer Herkunft abzuleiten. Im Gegensatz zu den befristeten Einlagen stammen die Spareinlagen in der überwiegenden Zahl nicht von anderen Betriebswirtschaften, sondern von Privatpersonen. Zwar werden die Spareinlagen wie die befristeten Einlagen aufgrund der Rentabilitätserwartungen angelegt; es ist jedoch festzustellen, daß die Anlage in der Regel nicht Selbstzweck ist, sondern zur Erreichung eines bestimmten Zweckes, meist der Vorsorge für die Wechsellagen des Lebens oder zur Finanzierung von Anschaffungen, erfolgt. Unter Berücksichtigung dieser wirtschaftlichen Merkmale sind die Spareinlagen zu den stabilsten Fremdkapitalquellen der Banken zu rechnen.

Der Anlagecharakter der Spareinlagen soll durch die gesetzliche Regelung gewährleistet werden. Das KWG hat eine Kündigungsfrist dergestalt eingeführt, daß Rückzahlungen auf Spareinlagen ohne Kündigung nur bis zum Betrage von DM 1.000.-- für jedes Sparbuch im Monat geleistet werden dürfen, während für die Rückzahlung höherer Beträge eine Kündigung mit einer Frist von 3 Monaten erforderlich ist. Diese gesetzliche Kündigungsfrist ist als Minimum zu betrachten. Zwischen Bank und Kunde können abweichend von der gesetzlichen Regelung längere Kündigungsfristen vereinbart werden. Diese Spareinlagen mit frei vereinbarten Kündigungsfristen werden gemäß den Bilanzfeinblättern der Banken separat ausgewiesen.

Der Dauerhaftigkeit der Spareinlagen entsprechend sind die Banken grundsätzlich in der Lage, einen angemessenen Zins zu vergüten. Einer konkurrierenden

Festlegung der Zinsen seitens der Banken wird insofern Einhalt geboten, als die Vergütungen gem. § 23/1 KWG im Rahmen der nach § 36 fixierten Höchstzinssätze zu halten sind. Demnach stellen die Bankaufsichtsbehörden die von den Spitzenverbänden der Kreditinstitute vereinbarten Zinssätze für Spareinlagen mit gesetzlicher und vereinbarter Kündigungsfrist mit allgemein verbindlicher Wirkung fest.

Die Hereinnahme von Spareinlagen ist für die Banken ein verhältnismäßig junger Geschäftszweig. Das Spargeschäft war früher fast ausschließlich eine Domäne der für diesen Zweck errichteten Sparkassen und wird von den Banken mit größerer Breitenwirkung erst seit der Zeit nach dem ersten Weltkrieg betrieben. Noch heute sind die Sparkassen auf diesem Sektor führend, was nicht zuletzt auf den viel umstrittenen Konkurrenzvorteil der Mündelsicherheit zurückzuführen ist. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß sich die Banken in zunehmendem Maße erfolgreich im Spargeschäft betätigen, was insbesondere für solche Institute zutrifft, die mit dem selbständigen und unselbständigen Mittelstand engen Kontakt pflegen.

cc) Nostroverpflichtungen, eigene Akzepte und Treuhandgeschäfte.

Das Wesen des bisher beschriebenen Fremdkapitals der Banken ist vor allem darin begründet, daß die entsprechenden Mittel den Instituten ohne eigene Initiative zufließen. Selbstverständlich bemühen sich die Banken um die Einlagen und veranstalten hierzu mehr oder weniger umfangreiche Werbeaktionen. Entscheidend ist jedoch, daß der Entschluß zur Einlage in jedem Falle auf Seiten des Kunden liegt. Ein bestimmter Teil der Passivgeschäfte der Banken kommt demgegenüber dadurch zustande, daß die Institute mit eigener Initiative als Kreditnehmer auftreten, d. h. an andere Wirtschaftseinheiten ein Kreditbegehren richten. Bei diesem Block des Fremdkapitals der Banken handelt es sich um die sog. aufgenommenen Gelder kurz- und mittelfristiger Art sowie um die aufgenommenen langfristigen Darlehen; im weiteren Sinne zählen hierzu auch die eigenen Akzepte und Solawechsel der Banken sowie die unter dem Strich in der Bilanz ausgewiesenen Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln. Als Kreditgeber der aufgenommenen Gelder im engen Sinne kommen in der Regel nur wieder Kreditinstitute in Betracht. Grundsätzlich wären aber in den entsprechenden Bilanzpositionen auch die Ausleihungen von anderen Kreditgebern aufzuführen.

Die besondere Bedeutung, die den aufgenommenen Geldern zukommt, ist darin zu sehen, daß die Banken mit diesen Geschäftsabschlüssen das Funktionieren des Geldmarktes gewährleisten. Die Geldaufnahme gehört wesensnotwendig zum Bankgeschäft und kann somit nicht ohne nähere Kenntnis des Einzelfalles als Mangelercheinung gewertet werden. Die auf dem Geldmarkt erscheinenden Mittel stellen insbesondere Liquiditätsreserven der Bankwirtschaft und Kassenreserven staatlicher oder kommunaler Stellen dar, die meist kurzfristig zum Teil auch mittelfristig ausgeliehen werden. Der als Preis für die Nutzung von Geldmarktmitteln jeweils geltende Zinssatz kommt durch freie Vereinbarung der Geschäftspartner zustande und orientiert sich in erster Linie an der Befristung. Demnach gliedert sich der Markt in Teilmärkte für Tagesgeld, Ultimogeld, Geld für mehrere Monate etc..

Gemäß den Richtlinien für die Aufstellung der Jahresbilanz der Kreditinstitute¹⁾ zählen zu den aufgenommenen Geldern auch Haben-Salden auf Nostrokonten, Barvorschüsse im Ausland, von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite sowie Verbindlichkeiten aus Nostro-Wertpapiergeschäften und aus der Diskontierung eigener Ziehungen, die dem Kreditnehmer nicht abgerechnet worden sind.

Neben den aufgenommenen Geldern, die durch die Kurzfristigkeit der Hereinnahme gekennzeichnet sind, werden die Banken auch Schuldner aus langfristigen Darlehen. Gemäß den Richtlinien für die Erstellung der Jahresbilanz der Kreditinstitute sind als langfristige Darlehen solche Nostro-Verpflichtungen anzusehen, die nicht binnen vier Jahren seit der Entstehung rückzahlbar sind oder deren regelmäßige Tilgung sich über mindestens vier Jahre erstreckt.

Die Eigenart der Passivfinanzierung der Banken bringt es mit sich, daß langfri-

¹⁾ S. Gemeinsame Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden des Bundesgebietes betreffend Richtlinien für die Aufstellung der Jahresbilanz und Anlage zur Jahresbilanz der Kreditinstitute vom 4. Mai 1951 und 20. Dezember 1954 abgedruckt bei: Consbruch-Möller, Gesetz über das Kreditwesen (Textsammlung), München - Berlin 1956.

Gemeinsame Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden des Bundesgebietes betreffend Ergänzung und Änderung der Richtlinien für die Aufstellung der Jahresbilanz und Anlage zur Jahresbilanz der Kreditinstitute vom 28. Dezember 1956 (Mitteilung der BdL Nr. 10 008/57) und vom 30. November 1957 (Mitteilung der BdL Nr. 10 079/57).

stige Aktivgeschäfte grundsätzlich nur in beschränktem Umfang durchgeführt werden können. Wenn nun in den Bankbilanzen trotzdem langfristige Engagements größeren Ausmaßes festzustellen sind, so wird dies nicht zuletzt durch die Hereinnahme langfristiger Darlehen ermöglicht. In dem Bestreben, das kurzfristige Fremdkapital wieder kurzfristig anzulegen, sind die Banken bemüht, sich für langfristige Kredite separate Finanzierungsquellen zu erschließen. Seit der Währungsreform von 1948 sind die Banken in erheblichem Umfang zu einer Mitwirkung im Rahmen der staatlichen Förderungspolitik für bestimmte Personkreise bzw. Wirtschaftszweige berufen. Die erlittenen Kriegssach- und Demontageschäden konnten im Rahmen der Marktwirtschaft nur dadurch beseitigt werden, daß den betroffenen Unternehmungen langfristige und zinsgünstige Kredite für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt wurden. Auch die Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft war nur mit Hilfe gleichartiger Maßnahmen zu erreichen. Die Banken selbst waren jedoch weder zu langfristigen Ausleihungen in der Lage, noch konnten sie Minderkonditionen bewilligen. Es war somit erforderlich, den Banken staatliche Refinanzierungsdarlehen zu überlassen. Diese Refinanzierungen bilden heute einen wesentlichen Teil der aufgenommenen langfristigen Darlehen. Als Darlehensgeber fungieren eine Reihe von öffentlichen Banken wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Lastenausgleichsbank, die Landwirtschaftliche Rentenbank etc..

Neben den Refinanzierungen der Programmkredite sind natürlich in den aufgenommenen langfristigen Darlehen noch andere Gelder enthalten, die jedoch nicht nach bestimmten Gesichtspunkten gegliedert werden können. Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Durchführung von Passiv- und Aktivgeschäften langfristiger Art nicht in den Aufgabenbereich der hier untersuchten Banken fällt. Die Veranlassung für die Darlehensaufnahme wird meist durch die langfristigen Kreditwünsche der Kundschaft gegeben, wobei die Banken gewissermaßen eine Vermittlungsfunktion übernehmen. Es handelt sich also in der Regel um Finanzierungen, deren Durchführung den Banken ohne Ausschöpfung besonderer Quellen strukturell nicht möglich wäre.

Eine Sonderstellung unter den Verbindlichkeiten der Banken nehmen die eigenen Akzepte und Solawechsel ein. Zunächst handelt es sich rein rechtlich gesehen darum, daß die Banken durch Annahme der auf sie gezogenen Abschnitte zu Hauptschuldnern bestimmter Finanzierungsgeschäfte werden. Eine wirtschaftliche Würdigung der Bankakzepte hat jedoch andere Momente zu berücksichtigen. Grundsätzlich ist zu unterscheiden, ob mit der Unterschrift der Bank eine Kreditbeschaffung für die Kundschaft oder für die Bank selbst erfolgen soll. Diese Trennung hinsichtlich der Zweckbestimmung entspricht der Unterschei-

dung zwischen Handelsakzept und Finanzakzept, da grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, daß die im Kundeninteresse vollzogene Wechselannahme der Finanzierung des Warenumschlages dient. Im Rahmen des Akzeptkredites nimmt die Bank die von der Kundschaft ausgestellten Papiere gegen das Versprechen an, den Wechselbetrag noch vor Fälligkeit zur Verfügung gestellt zu bekommen. Für die Banken sind derartige Handelsakzepte zugleich ein Passiv- und ein Aktivgeschäft insofern, als sie durch das Akzept eine Verbindlichkeit eingehen, während mit der Akzeptierung und Begebung des Wechsels eine neue Forderung entsteht. Im Hinblick auf die erheblichen Risiken, die mit dem Wechselakzept verbunden sind, kommen als Kreditnehmer nur erstklassige Firmen der Industrie und des Großhandels in Betracht. Mit dieser Ausgestaltung ist das Bankakzept die wesentliche Grundlage des Privatdiskontmarktes.

Demgegenüber sind die Finanzakzepte reine Passivgeschäfte und werden in der Regel zur Geldbeschaffung für die Banken selbst eingesetzt. Es ist naheliegend, daß Abschnitte dieser Art nur unter besonderen Umständen ausgestellt werden und dann für Refinanzierungsgeschäfte zwischen den Banken und der Zentralbank dienen.

Wenn man nach diesen Ausführungen die von den Banken gegebenen Akzepte überprüft, so ist festzustellen, daß es sich durchwegs um Kreditpapiere handelt, die jedoch unter normalen Verhältnissen nicht der Finanzierung der Banken selbst dienen, sondern zum überwiegenden Teil als Finanzierungsinstrumente für andere Wirtschaftseinheiten geschaffen werden. Vom juristischen Standpunkt aus kann eine Unterscheidung nach dem wirtschaftlichen Zweck der Bankakzepte allerdings nicht erfolgen, weshalb sämtliche Abschnitte global als Verbindlichkeiten in der Bilanz auszuweisen sind.

Wie bereits früher erwähnt, treten die Banken in ihren Aktivgeschäften in eigenem Namen und für eigene Rechnung auf. In relativ geringem Umfang werden jedoch von den Banken auch Geschäfte in eigenem Namen für fremde Rechnung wahrgenommen. Dabei handelt es sich um die in der Bilanz auszuweisenden durchlaufenden Kredite, die auf der Aktiv- und auf der Passivseite in jeweils gleicher Höhe erscheinen. Diese Treuhandkredite entstehen dergestalt, daß der Bank die ausgeliehenen Mittel in voller Höhe zur Verfügung gestellt werden und sich das Eigenrisiko des Instituts auf die ordnungsgemäße Verwaltung der Ausleihungen unter Beachtung der Bedingungen des Auftraggebers beschränkt. In dieser Form wird die Liquidität der Bank von den durchlaufenden Krediten nicht berührt. Der mit der Ausreichung verbundene Verwaltungsaufwand wird in der Regel durch die der Bank zustehende Zinsmarge überdeckt, so daß mit diesen Geschäften eine Rentabilitätsverbesserung erzielt wird. Für die Bank ist

es dabei wesentlich, daß die Zinsmarge grundsätzlich nicht den Charakter einer Erfolgsprämie, sondern einer Gebühr hat, d. h., die Vergütung ist vom Auftraggeber an die Bank zu entrichten, falls vom Schuldner keine Zahlung erfolgt. Die Einstellung der Banken zu den Treuhandkrediten ist an sich positiv, da auf diesem Weg meist auch die Umsatzzkonten der Schuldner gewonnen werden können.

Als Auftraggeber für die durchlaufenden Kredite kommen heute vorwiegend Staatsstellen und öffentliche Banken in Betracht. Auch hier sind die Kreditinstitute in die Förderungspolitik des Staates eingeschaltet. So enthalten die ausgewiesenen Treuhandgeschäfte zum überwiegenden Teil Darlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz, Darlehen nach den Entschädigungsgesetzen etc.

Mit den bisherigen Ausführungen wurde aufgezeigt, woher der wesentliche Teil der den Banken zur Verfügung stehenden Mittel stammt, welche Quellen also für die Passivfinanzierung in Betracht kommen. Es ist nunmehr zu untersuchen, wie sich der Durchlaufprozeß vollzieht und welche Form den Geldmitteln seitens der Banken gegeben wird.

b) Die Aktivseite

aa) Die Barreserven.

In der Fachliteratur wird stellenweise erklärt, daß die Banken Kreditgeber und Kreditnehmer zusammenführen und auf diese Weise Kredite vermitteln. Diese Art der Darstellung geht an den wesentlichen betriebswirtschaftlichen Momenten der bankgeschäftlichen Tätigkeit vorbei. Die reine Kreditvermittlung tritt im Bankbetrieb in relativ unbedeutendem Umfang auf, wie z. B. bei der Aufnahme zweckgebundener Darlehen.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht kann die Tätigkeit der Banken nur unter Berücksichtigung des arteigenen Prozesses der "Verarbeitung" des eingegangenen Materials richtig gewürdigt werden. Die Bank nimmt zunächst die ihr zur Verfügung gestellten Mittel auf Vorrat. Als Träger dieser Lagerhaltung kommen die Kasse und das Depot sowie die Buchhaltung in Betracht. Durch eine Mischung der verschiedenen Geldarten wird sodann eine Umformung in einer den Zwecken der Bank entsprechenden Weise vollzogen. Diese Mischung und Umformung sind ein wesensnotwendiger Bestandteil bankgeschäftlicher Betätigung, die nicht aus-

gesprochen bewußt und planmäßig vollzogen werden, sondern vielmehr mit dem Betrieb der Bank unabdingbar verbunden sind. In der Praxis des Bankgeschäftes erscheint es nicht möglich, die im Wege der Passivfinanzierung erhaltenen Geldarten streng getrennten Anlagen zuzuführen. Ein deutliches Beispiel hierfür geben die Vorschriften des KWG bezüglich des Sparverkehrs der Kreditinstitute. So enthält das Gesetz die Vorschrift, daß die Spareinlagen und die zu ihrer Deckung bestimmten Anlagen in der Buchführung und in den Jahresbilanzen gesondert auszuweisen sind. Im Hinblick auf die erwähnte Mischung der einkommenden Geldarten in der Bank wäre jedoch eine solche Trennung nur unter erheblichen Schwierigkeiten durchzuführen und hätte wohl auch dem Wesen des Bankbetriebes widersprochen. Die Vorschrift bezüglich des gesonderten Ausweises der zur Deckung der Spareinlagen bestimmten Anlagen wurde somit bisher nicht vollzogen.

Im Zusammenhang mit der erwähnten Mischung und Umwandlung der eingeflossenen Gelder spricht Schmalenbach von der Transformationsfunktion der Banken.¹⁾ Der Inhalt dieses Begriffes ist dadurch bestimmt, daß die aus verschiedenen Quellen stammenden Mittel innerhalb der Bank zu einem mehr oder minder einheitlichen Strom verbunden werden, wobei insbesondere das Merkmal der Befristung der Gelder die individuelle Bedeutung verliert; damit wird es den Banken sogar möglich, aus kurzfristigem Fremdkapital bis zu einem gewissen Umfang langfristige Kredite zu gewähren. Auf die Erläuterung der Umstände, die den Banken die Transformation ermöglichen, wird noch zurückzukommen sein.²⁾ Hier genügt zunächst die Feststellung, daß die Banken aus den "auf Lager genommenen" Geldern mit Hilfe der Transformation eine neue "Ware" erstellen. Diese neu entstandene "Ware" wird schließlich in verschiedenen Aktivpositionen zu verschiedenen Konditionen und zu verschiedenen Zeiten angelegt. Das Betriebsgeschehen der Banken ist somit vor allem durch die Wertumwandlung gekennzeichnet.

Im Rahmen des Anlagekatalogs der Banken können Positionen, die in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die Institute ungefähr gleichartig sind, zusammengefaßt werden. Entsprechend den Bilanzformularen sind somit zunächst der Kassenbestand, die Landeszentralbankguthaben und die Postscheckguthaben zu berücksichtigen. Es bedarf keines näheren Hinweises darauf, daß diese Aktiva die liquiden Anlagen der Banken darstellen. Bezüglich der Landeszentralbankguthaben ist jedoch eine Unterscheidung zwischen den freien Dispositionsreserven

1) Vgl. Schmalenbach E., Kapital, Kredit, Zins, Köln 1949, S. 139 ff.

2) s. Seite 37 ff.

und den Mindestreserven zu treffen. Nur die über die Pflichtguthaben hinausgehenden Beträge können als echte Barreserve angesehen und von den Banken eingesetzt werden. Die Gründe, die einer Heranziehung der Mindestreserven als Liquiditätsrückhalt entgegenstehen, werden noch an späterer Stelle erläutert.¹⁾ Die Salden auf den Postscheck- und Landeszentralbankkonten werden vor allem durch den von den Banken vermittelten bargeldlosen Zahlungsverkehr der gesamten Wirtschaft bewegt. Die Instrumente dieses Zahlungsverkehrs sind in erster Linie die Überweisung und der Scheck, die im Clearingverkehr der Kreditinstitute bei den Landeszentralbanken abgerechnet werden.

bb) Nostroguthaben, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine und Scheckbestände.

In eine nächste Gruppe können die Guthaben bei Kreditinstituten, die fälligen Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie die der Bank zum Inkasso übergebenen Schecks eingereiht werden. Analog der Unterscheidung zwischen Einlagen und Nostroverpflichtungen dürfen als Guthaben bei Kreditinstituten nur solche Beträge ausgewiesen werden, die der Geldanlage dienen und ungesichert sind, während Kreditgewährungen an andere Institute unter den Debitoren aufzuführen sind. Hinsichtlich der Befristung der Guthaben ist ein getrennter Ausweis vorgeschrieben. Die täglich fälligen Ansprüche resultieren teils aus dem Zahlungs- und Verrechnungsverkehr der Kreditinstitute untereinander, teils sind sie auf die Liquiditätspolitische Initiative der Banken zurückzuführen. Demgegenüber stellen die Guthaben mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger bzw. von mehr als 3 Monaten effektive Anlagen dar, die nicht zuletzt im Interesse einer Rentabilitätsverbesserung geschaffen wurden.

Die fälligen Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine haben in der Bankbilanz normalerweise relativ kleinen Umfang. Da in diese Position nur solche Wertpapieransprüche gegen andere Unternehmungen einzustellen sind, die bei Vorlage von den zuständigen Zahlstellen bereits eingelöst werden, sind diese Vermögensteile als bargeldähnlich zu betrachten.

Die aktivierungsfähigen Schecks kommen auf die Banken überwiegend im Rahmen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu und sind echte Ansprüche auf Zahlung gegenüber anderen Kreditinstituten. Neben den auf fremde Stellen gezo-

1) Vgl. S. 137

genen Eigenbestandschecks sind die Inkassoschecks auszuweisen, die dem Einreicher bis zum Bilanztag unter Vorbehalt des Eingangs gutgeschrieben sind. Damit besteht zwischen diesen Schecks und anderen Positionen der Bankbilanz ein enger Zusammenhang insofern, als durch die bereits erfolgte Gutschrift die Einlagen angestiegen bzw. die Debitoren abgesunken sind.

cc) Wechsel, Schatzwechsel und U-Schätze.

In der Gruppe Wechsel, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder ist ein Angelpunkt des Bankgeschäftes begründet. Im Wirtschaftsleben ist der Wechsel zugleich Zahlungs- und Kreditmittel dergestalt, daß sich der Gläubiger einer Forderung durch Begebung des Wechsels als vorläufig bezahlt erachtet, wobei er gleichzeitig seine Forderung dem Wechselübertrager bis zum Fälligkeitstag kreditiert. Zu der Zahlungs- und Kreditfunktion des Wechsels kommt seine Sicherungsfunktion, die neben der Ausgestaltung des Wechselrechts in der Tatsache zu erblicken ist, daß sich die Sicherheit durch jede Weiterbegebung, d. h. durch jedes Indossament erhöht.

Unter der Position "Wechsel" erscheinen in den Bilanzen der Kreditinstitute die Abschnitte, die als Eigentum erworben wurden. Das Motiv für den Erwerb von Wechseln seitens der Banken ist nicht in der Begleichung einer Schuldverpflichtung des Indossatars zu suchen, sondern in seinem Bestreben, vor dem Fälligkeitstermin Bargeld zu besitzen. Dieses Diskontgeschäft eröffnet den Banken die Möglichkeit der Geldanlage und ist gleichzeitig ein Kreditgeschäft, da es im Falle eines Rücklaufs des Wechsels notwendig wird, den diskontierten Betrag wieder zurückzufordern. Bei der Diskontierung von Wechseln handelt es sich, im Gegensatz zu den anderen Arten des Kreditgeschäfts, nicht um ein Darlehensgeschäft. Nach der herrschenden Rechtsauffassung wird im Rahmen des Diskontgeschäfts eine Ware in Gestalt des Wechsels verkauft.¹⁾

Eine besondere Form des im Bankgeschäft auftretenden Wechselmaterials sind die sog. eigenen Ziehungen. Hier handelt es sich um ein Kreditmittel in der Form, daß die Bank auf den Kreditnehmer einen Wechsel zieht, womit die Verpflichtung mit allen Folgeerscheinungen wechselmäßig beurkundet ist. Der gleiche wirtschaftliche Effekt wird durch die Ausstellung eines Solawech-

¹⁾ Vgl. Staub-Strantz, Kommentar zum Wechselgesetz Art. 89, Anm. 28

sels seitens des Kreditnehmers erzielt. Abschnitte dieser Art treten unter normalen Wirtschaftsverhältnissen selten auf; sofern man die eigenen Ziehungen in Einzelfall im Hinblick auf die Sicherungsfunktion für notwendig erachtet, werden sie von den Banken als Depotwechsel gehalten. Unter besonderen Umständen können jedoch die eigenen Ziehungen auch als Refinanzierungsinstrument gegenüber der Zentralbank eingesetzt werden.

Analog den von den Banken akzeptierten Wechseln können auch die Besitzwechsel nach genetischen Gesichtspunkten in Handelswechsel und Finanzwechsel eingeteilt werden. Auch dabei ist das wesentliche Kriterium für die Unterscheidung darin zu sehen, daß den Handelswechseln eine wirtschaftliche Leistung zugrunde liegt, während dies bei Finanzwechseln grundsätzlich nicht der Fall ist. Das bei den Banken auftretende Wechselmaterial ist ferner hinsichtlich der äußeren Merkmale verschieden. Im wirtschaftlichen Verkehr bezeichnet man gezogene Wechsel mit Annahmeunterschrift kurzweg als Akzepte, nicht angenommene Ziehungen als Tratten. Bei den Banken kommen somit drei Arten von Wechseln vor, nämlich Akzepte, Tratten und Solawechsel.

Bei den Schatzwechseln handelt es sich um kurzfristige Staatsschulden in Wechselform. Wie im normalen Wechselgeschäft leitet sich auch bei den Schatzwechseln das Erträgnis der Bank aus der Differenz zwischen dem beurkundeten und dem diskontierten Betrag ab. Gleiches gilt für die unverzinslichen Schatzanweisungen, die als kurz- und mittelfristige Schuldverschreibungen von öffentlichen Gebietskörperschaften, insbesondere Staatsregierungen, zur Finanzierung vorübergehenden Geldbedarfs begeben werden. Die Schatzwechsel und die sog. "U.-Schätze" bieten den Banken eine zweckmäßige Anlagemöglichkeit und erfüllen gleichzeitig finanzwirtschaftliche Funktionen von besonderer Bedeutung.

dd) Wertpapiere, Ausgleichsforderungen und Konsortialbeteiligungen.

Die in einer nächsten Gruppe zusammengefaßten Aktiva, nämlich Wertpapiere, Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand und Konsortialbeteiligungen, berühren einen weiteren Schwerpunkt des Bankbetriebes, nämlich das Effektengeschäft. Es würde den hier gezogenen Rahmen sprengen, auf die einzelnen Arten von Effekten und ihre Besonderheiten einzugehen. Grundsätzlich kann jedoch festgestellt werden, daß sich die Effekten als ein bevorzugtes Anlage-mittel für verfügbares Geldkapital auszeichnen. Die besondere Beliebtheit der mobilisierten Forderungen und Anteilsrechte ist insbesondere auf ihre Fungibi-

lität und die einfache Verwaltung zurückzuführen.

Die Geschäftsabschlüsse die von den Banken im Zusammenhang mit der Ausgabe, dem Handel, der Verwaltung und der Verwahrung von Effekten vollzogen werden, stellen den Inhalt der Effektingeschäfte dar. Bezüglich des An- und Verkaufs von Effekten ist zu unterscheiden, ob ein Eigengeschäft vorliegt oder, wie dies meist der Fall ist, ob die Bank als Kommissionär auftritt. Im Rahmen des Kommissionsgeschäftes in amtlich notierten Werten nehmen die Banken das Recht des Selbsteintritts gem. § 400 HGB in Anspruch, womit eine erhebliche Erleichterung der Abwicklung ermöglicht wird; zwecks Vermeidung der in § 405 HGB verlangten Erklärung des Kommissionärs wurde in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken die Bestimmung aufgenommen, wonach alle Effektkommissionen, soweit es sich um amtlich notierte Papiere handelt, im Wege des Selbsteintritts ausgeführt werden.

Das Propergeschäft ist zunächst den Kundenaufträgen vorbehalten, die sich auf nicht amtlich notierte Werte beziehen. Die Erledigung als Eigengeschäft dient auch hier der erleichterten Abwicklung und ist ebenfalls in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen verankert. Das wesentliche Merkmal dieser Ausführung der Geschäfte ist darin zu sehen, daß die Bank tatsächlich Käuferin bzw. Verkäuferin für eigene Rechnung wird. Unbeschadet davon bleibt natürlich, daß die Bank, soweit es sich um einen Kundenauftrag handelt, gegebenenfalls nur kauft, um verkaufen zu können. Zu den Eigengeschäften zählt insbesondere auch das Tafelgeschäft, bei dem die gegenseitigen Leistungen Zug um Zug über den Schalter erfolgen. Als Material für die Tafelgeschäfte kommen der Eigenbestand der Bank an der betreffenden Effektenart oder solche Papiere in Betracht, die zum kommissionsweisen Verkauf vorrätig sind.

Zu den Eigengeschäften der Banken zählt auch die sog. Intervention, die in einem An- oder Verkauf von Effekten für eigene Rechnung zum Zwecke der Kursregulierung besteht; ferner gehören dazu der Effektenkauf der Bank zu Anlage- und Beteiligungszwecken sowie die Placierung von Emissionen, falls für die Effekten nicht kurzfristig eine Börseneinführung erfolgt und die Placierung dort vorgenommen wird.

Im Rahmen des Emissionsgeschäftes ist die Übernahme der Effekten seitens der Banken in zwei Formen möglich, nämlich als Kommissionär oder als Selbstkäufer. Bei kommissionsweiser Abwicklung ist das Risiko für die Bank normalerweise gering, da nicht verkaufte Effekten von der ausgebenden Gesellschaft zurückgenommen werden müssen. Als Selbstkäufer dagegen wird die gesamte Emission von der Bank fix übernommen, so daß ihr das uneingeschränkte Risiko der Pla-

cierung zufällt. Dieses Geschäftsverfahren hat für die Bank, soweit es sich um Anteilspapiere handelt, den Charakter einer Beteiligung.

Die Emissionen, bei denen die Banken als Selbstkäufer auftreten, bilden im Hinblick auf den Emissionskredit, den die Banken genießen, die Regel. Im Interesse einer Risikoverteilung, der Ausnützung eines größeren Filialnetzes und der Erschließung eines umfangreichen Kapitalaufkommens werden derartige Emissionen meist von Bankenkonsortien ausgeführt.

Da das Eigengeschäft der Banken im Effektenhandel mit erheblichen Risiken verbunden ist, war der Gesetzgeber bestrebt, solche Papiere, die größeren Kurschwankungen ausgesetzt sind und der Spekulation unterliegen, von den Banken fern zu halten. Das KWG schreibt demgemäß in § 17 vor, daß der Besitz eines Kreditinstitutes an Aktien, Kuxen und Bergwerksanteilen, mit Ausnahme der dauernden Beteiligungen, sowie an nicht zum Handel an deutschen Börsen zugelassenen Schuldverschreibungen einen von der Bankaufsichtsbehörde festzusetzenden Hundertsatz der Verpflichtungen nicht überschreiten soll. Eine Ausfüllungsvorschrift hierzu ist bisher nicht ergangen.

Aus den vorangegangenen Ausführungen über das Effektingeschäft ergab sich, daß die Banken einen gewissen Eigenbestand unterhalten. Diese eigenen Wertpapiere erscheinen in der Bilanz der Banken. Das Motiv für die Anschaffung dieser Bestände ist grundsätzlich jedoch weniger in dem Interesse an der Kundenbedienung zu sehen, als vielmehr in dem Bestreben der Institute, sich eine geeignete Anlagemöglichkeit zu erschließen und gegebenenfalls Kursinterventionen durchführen zu können.

Einen Aktivposten besonderer Art stellen die Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand dar. Es handelt sich dabei um gering verzinsliche Schuldbuchforderungen der Banken gegenüber dem Bund bzw. den Ländern, die im Zusammenhang mit der Währungsreform von 1948 als Deckung für das von den Kreditinstituten zur Versorgung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand ausgegebene neue Geld und zum Ausgleich der durch die Zusammenlegung hervorgerufenen Unterbilanzen entstanden. Obwohl der Anteil am Bilanzvolumen durch dessen Ausdehnung inzwischen stark abgesunken ist, stellen die Ausgleichsforderungen nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Belastung für die Banken dar und bewirken im Hinblick auf ihre geringe Rendite eine entsprechende Verteuerung der Geschäfte.

ee) Debitoren, langfristige Ausleihungen und Treuhandgeschäfte.

Die folgende Gruppe des Anlagenkatalogs umfaßt die Debitoren, die langfristigen Ausleihungen sowie die durchlaufenden Kredite. Das Kreditgeschäft der Banken kann grundsätzlich unterteilt werden in die Geldleihe und die Kreditleihe. Bei der Einweisung von Barkrediten stellt die Bank effektiv Geldmittel zur Verfügung. Von den einzelnen Kreditarten kommen hierfür der Kontokorrentkredit, der Wechseldiskontkredit, der Lombardkredit sowie die langfristigen Ausleihungen in Betracht. Demgegenüber zählen zu den Kreditleihen im wesentlichen der früher schon erwähnte Akzeptkredit, der Avalkredit und bestimmte Modifikationen des Außenhandelskredits. Die hier zu behandelnden Aktivpositionen der Banken beziehen sich nur auf die Barkredite.

Gemäß den Richtlinien für die Aufstellung der Jahresbilanz der Kreditinstitute sind unter den Debitoren alle in laufender Rechnung und im sonstigen Geschäftsverkehr bestehenden Soll-Salden auszuweisen, wenn die Laufzeit oder Kündigungsfrist, von der Kreditgewährung an gerechnet, weniger als 4 Jahre beträgt. Die Trennung von kurz- und langfristigen Krediten ist nur schematisch durchzuführen, da die Grenzen flüchtig sind. Einen ausschlaggebenden Anhaltspunkt können nur die von der Bank mit dem Kreditnehmer getroffenen Vereinbarungen geben.

Im täglichen Verkehr zwischen Banken und Kundschaft treten äußerst vielgestaltige Bezeichnungen für die Kredite auf. So ist die Rede von Investitions- und Betriebsmittelkrediten, von Saison-, Zwischen- und Auftragsfinanzierungskrediten etc. Alle diese Begriffe geben eine Erklärung über die Verwendung der Kredite und sind so zahlreich wie die Einsatzmöglichkeiten. Eine andere Terminologie berücksichtigt die Absicherung und unterscheidet somit ungedeckte und gedeckte Kredite, Personal- und Realkredite. So vielfältig die Benennungen der Barkredite auch sein mögen, ist ihnen doch die Verbuchung bei der Bank gemeinsam; es entstehen jeweils Soll-Salden, sei es auf einem Umsatzzkonto oder in Ausnahmefällen auf einem Darlehenskonto bei gleichzeitiger Gutschrift des Kreditbetrages, über den sodann verfügt wird.

Abgesehen von den speziellen Sicherheiten, die sich die Banken geben lassen, können die eingewiesenen Kredite hinsichtlich des grundsätzlichen Rückhalts, auf den sie abgestellt sind, unterschieden werden. Es handelt sich dabei einmal um die Vorlagen, die im Wirtschaftsprozeß der Betriebe eingesetzt sind und von denen man erwartet, daß sie wertmäßig erhalten bleiben, mehr oder weniger leicht liquidierbar sind und ein angemessenes Erträgnis erwirtschaften lassen. Die wesentliche Grundlage für die Kreditprüfung ist somit die Bilanz der betreffenden

Unternehmung, wobei der Frage der Wirtschaftlichkeit der Kreditverwendung besondere Bedeutung zukommt. Die andere Art der Kredite sind die Beleihungskredite, die primär auf die Qualität des zu beleihenden Gegenstandes abgestellt sind. Bei diesen Krediten steht für den Kreditgeber die Prüfung der wirtschaftlichen Verwendung gegenüber der Einschätzung des Beleihungsobjektes zurück. Es kann grundsätzlich festgestellt werden, daß die Wirtschaftskredite dem Wesen der Banken am besten entsprechen, womit gleichzeitig der volkswirtschaftlichen Forderung nach produktivem Krediteinsatz entsprochen wird. Beleihungskredite im Sinne von Pfandleihgeschäften sind für die Banken in größerem Umfang antragbar, wenn auch die Praxis immer wieder zeigt, daß derartige Engagements mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Kreditnehmers etc. eingegangen werden.

Es wurde bereits erwähnt, daß die Kredite der Banken häufig nach ihrem Verwendungszweck bezeichnet werden. Die tatsächliche Verwendung des Kredites ist für die Banken insofern bedeutsam, als sich daraus ein Gradmesser für die Liquidierbarkeit ableiten läßt. Auch hier gilt der Grundsatz, daß kurzfristige Bankkredite nur kurzfristig angelegt werden sollen. Die von den Banken ausgereichten Mittel können jedoch in den Betrieben nicht isoliert bewirtschaftet werden. Wie jede andere Art des Fremdkapitals, ist auch der Bankkredit in das gesamte finanzielle Gefüge der betreffenden Betriebswirtschaft einbezogen und teilt deren Schicksal.

Im Hinblick auf das Erfordernis der wirtschaftlichen Verwendung der Kredite sind die Banken immer wieder vor die Aufgabe gestellt, neue Anträge eingehend zu prüfen und bereits ausgereichte Engagements in ihrem Fortgang zu überwachen. Zur Untersuchung der Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit werden Bilanzen, Finanzpläne, Liquiditätsrechnungen etc. herangezogen, die den Nachweis dafür liefern sollen, daß die Aufwendungen des Betriebes unter Hinzurechnung der Kosten des Kredites durch die Ertragsnisse mindestens gedeckt werden. Ergänzend dazu treten Angaben über die Rechtsverhältnisse des Betriebes, über wirtschaftliche und persönliche Bindungen, über das Produktionsprogramm und die Produktionsmethoden, über Haftungsverhältnisse, Auftragsbestände etc. Im Wesen der individuellen Kreditbearbeitung liegt es begründet, daß eine genau umschriebene Aufstellung der heranzuziehenden Unterlagen nicht besteht. Die Prüfung und Überwachung der Kredite ist somit auf Seiten der Banken mit einem von Fall zu Fall unterschiedlichen Aufwand an Arbeit und Zeit verbunden; es entstehen daraus für die Bank Kosten, die der Höhe nach nicht einheitlich sind. Die Kosten der Kreditprüfung zählen zu den Gesamtkosten des Kreditgeschäftes und sind zum überwiegenden Teil im Soll-

zinssatz und in der Kreditprovision eingeschlossen. Nur für den Fall, daß Prüfungsmaßnahmen erforderlich sind, die über das Normalmaß hinausgehen, können die daraus entstehenden Kosten separat in Ansatz gebracht werden. Diese Berechnungsmethode bringt es notwendigerweise mit sich, daß eine dem individuellen Aufwand der Bank gerechte Belastung der einzelnen Kreditnehmer nicht erfolgen kann. Der tiefere Grund hierfür ist in der Kostenstruktur des Bankbetriebes zu suchen. Trotz nachhaltiger Bemühungen ist es bisher nicht gelungen, im Rahmen des Kreditgeschäftes einen Schlüssel zu finden, der eine Erfassung der Stückkosten und deren Verrechnung pro Leistungseinheit, analog der industriellen Kalkulation, ermöglicht.

Die von den Banken berechneten Kosten für die Kredite sind grundsätzlich genormt und finden ihre gesetzliche Grundlage im "Abkommen über die Berechnung der Zins- und Provisionssätze bei der Weitergabe von Geldern an Dritte (Sollzinsabkommen)" vom 22. Dezember 1936 in der Fassung vom 23. April 1949. Die Normsätze werden von den Bankaufsichtsbehörden der Länder als allgemein verbindlich erklärt und umfassen einen genau begrenzten Katalog anrechenbarer Kostenarten, nämlich Sollzinsen, Kreditprovision - an Stelle von beiden gegebenenfalls einen Nettozinssatz -, Überziehungsprovision, Umsatzprovision und Barauslagen. Mit den Sollzinsen und der Kreditprovision bzw. der Überziehungsprovision müssen alle Aufwendungen der Bank aus dem einzelnen Kreditgeschäft gedeckt werden. Derartige Aufwendungen sind insbesondere die Beschaffungskosten für die ausgeliehenen Gelder, die Liquiditätskosten und die Verwaltungskosten. Darüberhinaus muß in den fixierten Sollzinsen eine Risikoprämie enthalten sein, die das mit der Kreditausreichung normalerweise verbundene Risiko im Rahmen des inneren Ausgleichs der Geschäfte zu decken vermag. Nicht zuletzt muß damit auch die spezifisch bankwirtschaftliche Leistung der Darstellungsmöglichkeit von Krediten abgegolten werden. Die Umsatzprovision hat dagegen den Charakter einer Benutzungsgebühr für die von den Banken zur Verfügung gestellten Einrichtungen und Organisationsmittel und ist gleichzeitig das Entgelt für die im Zusammenhang mit der Kontoführung anfallenden Dienstleistungen.

Im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Betrachtung der Kosten und Erträge des Kreditgeschäftes kann nicht übersehen werden, daß die Ausgleichsfunktion des Zinses im Interesse wirtschaftspolitischer Momente (Koppelung an den Diskontsatz) zurückgedrängt ist. Dabei verdient es besondere Beachtung, daß der Zins auf dem Kreditsektor keine passive Rolle spielt, sich also nicht lediglich aus einem gegebenen Angebot und einer gegebenen Nachfrage errechnen läßt. Die Festsetzung des Zinssatzes erzeugt vielmehr selbst Angebot und Nachfrage. Auf

lange Sicht kann von allen beteiligten Stellen die Tatsache nicht unberücksichtigt bleiben, daß mit der Festsetzung der Zinsen notwendigerweise der Umfang der Kreditversorgung der Volkswirtschaft entschieden wird. Die Zinsen für die Kredite werden sich somit auf einer Höhe bewegen müssen, die eine ausreichende Kreditversorgung entsprechend der wirtschaftspolitischen Konzeption zuläßt und gleichzeitig eine gesunde Betriebsführung der Banken gewährleistet.

Der Vollständigkeit wegen ist bezüglich der Debitoren der Banken noch nachzutragen, daß die an Kreditinstitute ausgereichten Kredite in der Bilanz separat auszuweisen sind. Es handelt sich dabei um Aktivposten, die auf die Initiative des schuldnerischen Instituts hin zustande kamen.

Die langfristigen Ausleihungen der Banken umfassen solche Kredite, die nicht binnen vier Jahren seit ihrer Entstehung rückzahlbar sind. Es wurde bereits erkennbar, daß auch die Banken, die sich grundsätzlich nur mit dem kurzfristigen Kreditgeschäft befassen, mit Hilfe der Transformation normalerweise durchaus in der Lage sind, bis zu einem bestimmten Größenverhältnis mittel- und langfristige Kredite zu geben. "Die Regel, daß die Kreditbanken, die nur kurzfristige Gelder hereinnehmen, auch nur kurzfristig ausleihen sollen, erfährt schon eine gewisse Modifikation durch die den Banken zur Verfügung stehenden eigenen Mittel. " 1)

Im Hinblick auf die extreme Position, die die langfristigen Ausleihungen im Rahmen der Banken des kurzfristigen Kredits einnehmen, verlangen die Richtlinien für die Aufstellung der Jahresbilanz eine Aufgliederung nach den gegebenen Sicherheiten. Neben einer Gruppe "sonstige" sind die gegen Grundpfandrechte und Kommunaldeckung ausgereichten Engagements auszuweisen. Die Einstellung in die Bilanz hat entsprechend den mit den Kreditnehmern getroffenen Vereinbarungen zu erfolgen, so daß Kredite, die effektiv langfristig sind, ohne als solche eingewiesen zu sein, als kurzfristige Debitoren in der Bilanz erscheinen.

Die aktivierten durchlaufenden Kredite sind notwendigerweise ausnahmslos in gleicher Höhe aufzuführen, wie der entsprechende Passivposten. Die Kredite beruhen ausschließlich auf einer Durchreichung fremder Mittel; im übrigen kann auf die früheren Ausführungen verwiesen werden. 2)

1) Weber Ad., Geld, Banken, Börsen, München 1955, S. 223

2) Vgl. S. 24

ff) Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude,
Betriebs- und Geschäftsausstattung.

In einer letzten Gruppe der Aktivwerte der Banken sind die Beteiligungen, die Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung zusammenzufassen. Der Bankbetrieb bietet aus seiner Natur heraus sehr häufig die Gelegenheit zur Beteiligung an anderen Wirtschaftseinheiten. Der weitaus überwiegende Teil des Beteiligungsportefeuilles der Banken, das im Vergleich zur Bilanzsumme gering ist, wird von Effekten repräsentiert. Anteile an Personalgesellschaften und als stiller Gesellschafter kommen praktisch kaum in Betracht.

Die Motive der Banken für den Erwerb der Beteiligungen sind sehr vielgestaltig und lassen sich somit nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten erfassen. Es können dabei Bestrebungen der Einflußnahme (Sitz im Aufsichtsrat) ebenso ausschlaggebend sein, wie reine Rentabilitäts Gesichtspunkte oder sogar Stützungsmaßnahmen. In der Regel handelt es sich daher bei den Beteiligungen um größere Aktienpakete von Firmen, die mit der betreffenden Bank in engem Kontakt stehen.

Die Beteiligungen sind echte Anlagewerte der Banken, wie sie im Finanzanlagevermögen der übrigen Wirtschaft auch zu finden sind. Während dort jedoch die Frage der Einstellung in die Bilanz keinem Zweifel unterliegt, ist dies bei den Banken nicht ohne weiteres klagestellt. Es besteht nämlich hier die Möglichkeit, die Effektenbeteiligungen, selbst wenn sie bewußt gewollt sind, unter den Wertpapieren erscheinen zu lassen. Da einem Außenstehenden keine objektiven Beurteilungsgrundlagen dafür zur Verfügung stehen, ob es sich im Einzelfall um Geld- oder Kapitalanlage handelt, ist letzten Endes die Ansicht der Bank über die Einordnung entscheidend. Das AktG¹⁾ und die Richtlinien für die Aufstellung der Jahresbilanz der Kreditinstitute geben allerdings eine Festlegung insofern, als Aktien oder Anteile einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den vierten Teil des Grundkapitals dieser Gesellschaft erreichen, im Zweifel als Beteiligung gelten.

Eine beteiligungsmäßige Verflechtung der Bankwirtschaft bedarf im Hinblick auf ihre Stellung und die Finanzierungsmöglichkeiten, die ihr zur Verfügung stehen, besonderer Beachtung. Die Beteiligungen der Banken an anderen Kreditinstituten sind daher in den Bilanzen separat aufzuführen.

Während für das Finanzanlagevermögen der Banken normalerweise eine gewisse Mobilisierungsfähigkeit angenommen werden kann, zählen die Grundstücke und

1) Vgl. § 131/1 AktG

Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung zu den illiquiden Werten. Die Bedeutung, die einer Bank im Rahmen der Gesamtwirtschaft zukommt, findet nicht zuletzt ihren sichtbaren Ausdruck in einem repräsentativen Gebäude. Die Banken sind mit Rücksicht auf ihr Ansehen stets bestrebt, örtlich in zentraler Lage mit einem wohl gepflegten Geschäftshaus entsprechenden Stils zu erscheinen. Für dieses Immobilienvermögen werden somit meist erhebliche Mittel investiert, wobei natürlich die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu beachten sind.

Neben den Bankgebäuden besitzen die Institute meist noch sonstige Grundstücke und Gebäude. Auch für den Erwerb dieser Vermögensteile sind die Motive äußerst vielfältig. Häufig dürfte es sich um Käufe handeln, die vorsorglich für eine künftig notwendige Erweiterung des Bankgebäudes abgeschlossen wurden. Spekulationsgründe sollten in der Regel nicht in Betracht kommen. Dagegen bringt es das Kreditgeschäft zuweilen mit sich, daß Grundstücke und Gebäude im Zuge der Verwertung von Grundpfandrechten übernommen werden müssen. Besteht ein funktionsfähiger Grundstücksmarkt, so bleiben derartige Immobilien, falls kein besonderes Interesse der Bank daran besteht, selten für längere Zeit im Eigentum des Instituts.

Die Banken sind stets bemüht, die Kundschaft mit Hilfe der rationellsten Organisationsmittel zu bedienen. Der große technische Fortschritt, der sich in den vergangenen Jahren auf diesem Sektor vollzogen hat, erforderte umfangreiche Neuanschaffungen von Mobiliar, Maschinen jeder Art, Nachrichtengeräten etc.. Auch für diese Vermögensteile wurden von den Banken erhebliche Mittel aufgewendet, die allerdings meist nur zu einem geringen Teil in der Bilanz erscheinen, da die Anschaffung mit Hinblick auf die einschlägigen Steuervorschriften zum überwiegenden Teil im Anschaffungsjahr abgeschrieben werden.

c) Koordinationsproblem und Koordinationsaufgabe

Aus der Darstellung der Passivfinanzierung ergab sich, daß die den Banken überlassenen bzw. von ihnen beschafften Gelder mit sehr unterschiedlicher Befristung ausgestattet sind. Es erscheint zunächst erstrebenswert, daß die Banken eine vollkommene Parallelität der Fristen für passive und aktive Kredite erzielen. Dieser Gleichlauf der Fristen würde eine wortgetreue Anwendung der "goldenen Bankregel" zulassen. In der strengsten Fassung besagt diese Regel, daß die Ban-

ken die ihnen anvertrauten Gelder nicht mit längerer Befristung anlegen sollen, als sie von den Einlegern hereingenommen wurden. Die ältere Fachliteratur hat sich in dieser Hinsicht noch ziemlich exakt festgelegt. So bemerkt Hübner, daß "eine Bank nie anderen Credit verkaufen dürfe, als den sie selbst empfangen".¹⁾ Genau gesehen, würde dies auf die vollkommene Erfüllung der Forderung nach absoluter Liquidität hinauslaufen. Die Formulierung geht jedoch an der Tatsache vorbei, daß die Anlage der einer Bank zur Verfügung gestellten Mittel nicht zuletzt eine Frage der Rentabilität ist. Würden sämtliche Sichteinlagen - extrem gesehen - als Kassenbestand gehalten, so ließe sich daraus kein Ertrag erzielen, aus dem die Fremdmittel bedient werden könnten. Der angebliche Idealzustand der Kongruenz der Fristen wäre somit keineswegs optimal. Wie alle Betriebswirtschaften streben aber auch die Banken nach einem Optimum der Betriebsgestaltung, der Wirtschaftlichkeit und der Rentabilität.

Es wurde bereits an früherer Stelle die von den Banken vollzogene Transformation des Fremdkapitals erwähnt.²⁾ Es sind nun Erläuterungen über die Umstände nachzutragen, die den Banken eine Umformung hinsichtlich der Befristung ermöglichen. Dabei kann zunächst davon ausgegangen werden, daß die Finanzierungsquellen der Banken in ihrer Zusammensetzung, ihrer individuellen Höhe, vor allem aber in ihrer Befristung sehr differenziert sind. Bezüglich der Einzelheiten hierzu kann auf die vorausgegangenen Ausführungen verwiesen werden.³⁾ Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Einlagen der Banken, denen hier die entscheidende Bedeutung zukommt, um so mehr Wachstum und Beständigkeit aufweisen, je größer das Vertrauen der Wirtschaft in die Währung ist, je umfangreicher der Zahlungsverkehr bargeldlos abgewickelt wird und je reicher die Volkswirtschaft wurde. Diese Faktoren haben zur Wirkung, daß die Einlagen nur mit einem relativ geringen Prozentsatz in bar abgehoben werden. Damit ist für die Banken schon die wesentliche Voraussetzung dafür erfüllt, daß die Fremdmittel in ihrer Gesamtheit nicht mit ihrer nominellen Befristung angelegt werden müssen.

Aus der Tatsache der relativen Beständigkeit der Einlagen kann aber nicht abgeleitet werden, daß die Banken in der Anlage der Mittel grundsätzlich beliebig verfahren können. Es entspricht nicht nur den Gepflogenheiten einer vorsichtigen und verantwortungsbewußten Geschäftsführung, sondern gehört speziell un-

¹⁾ Hübner O., zitiert bei Wagner A., Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig 1857, S. 166

²⁾ S. Seite 26

³⁾ Vgl. Seite 17 ff.

ter deutschen Verhältnissen zu dem Ansehen, das eine Bank genießt, wenn auf die Liquidität besonderer Wert gelegt wird. Das Liquiditätsproblem besteht in zweifacher Hinsicht. Einmal sind die Banken gezwungen, einen der volkswirtschaftlichen Situation entsprechenden Teil des Fremdkapitals in liquiden Werten anzulegen. Die Mindestreserven, die die Banken aufgrund gesetzlicher Vorschrift bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, entsprechen im Hinblick auf die währungs- und kreditpolitische Bedeutung der Pflichtguthaben diesem Erfordernis nur bedingt. Das Bestreben nach einer ausreichenden Liquiditätsvorsorge muß jedenfalls darüber hinausgehen, so daß weitere leicht realisierbare Aktiva zu erwerben sind. Zum andern wird die Notwendigkeit zur Liquidierung der Banken durch die Qualität der in Betracht kommenden Aktivpositionen bestimmt. Das Prinzip besteht dabei darin, daß die Liquiditätsaufwendungen um so höher sind, je schwerer die Umstände wiegen, die einer kurzfristigen Liquidierung der Aktiva entgegenstehen.

Die nominelle Befristung der Einlagen, die den Banken bekannt ist, weicht in der Regel von der tatsächlichen Befristung erheblich ab. Ein besonderes Merkmal der den Banken überlassenen Gelder ist gerade darin zu sehen, daß die Einleger formell in der Lage sind, ihre Mittel relativ kurzfristig zurückzufordern, während sie effektiv zu einer längerfristigen Belassung geneigt sind. Außerdem können die Banken in normalen Zeiten davon ausgehen, daß abgezogene Einlagen durch neu zufließende Gelder weitgehend kompensiert werden. Schmalenbach hat diese Vorgänge unter den Begriffen der Prolongation und der Substitution erfaßt. ¹⁾

Die Transformation des Fremdkapitals wird also zusammenfassend den Banken durch die Tatsache ermöglicht, daß

- 1) die Einlagen in normalen Zeiten nur mit einem geringen Prozentsatz in bar abgehoben werden,
- 2) die Einleger in der Regel zu einer Prolongation bereit sind,
- 3) eine Substitution der Einleger stattfindet und
- 4) Vermögensteile vorhanden sind, die der Zentralbank übergeben werden können, um allen Liquiditätsanforderungen, die sich in normalen Grenzen halten, gerecht zu werden.

Man könnte nun versucht sein, nach einer Formel für die Transformationsfähigkeit der Banken Ausschau zu halten. Es zeigt sich jedoch, daß alle die Momente, die die Voraussetzungen für die Transformation bilden, nicht mathematisch

¹⁾ Vgl. Schmalenbach E., a. a. O., S. 139 ff.

fixierbar sind, vielmehr in erheblichem Ausmaß auch auf politischen und psychologischen Wirkungsfaktoren beruhen. Für eine Branche, in der ein großer Teil der Vorgänge, die exakt bestimmbar sein sollten, unbestimmt ist, lassen sich nur verbale Erklärungen finden. Mit gesuchten Koeffizienten erfaßt man die Wirklichkeit nicht. Dementsprechend ist festzustellen, daß der Transformation der Einlagen durch die notwendige Anpassungsfähigkeit an ein verändertes und schwankendes Maß der Einlagen und der Zinsen Grenzen gesetzt sind.¹⁾ Es kommt somit insbesondere der Elastizität der Kredite bezüglich der Einzugsmöglichkeit und der Wandelbarkeit in den Konditionen ausschlaggebende Bedeutung zu.

Die elastischen Kredite sind zugleich die sichersten Kredite. Eine Redensart der Bankpraxis formuliert dies treffend: Die Kredite sind solange sicher, wie man auf die Sicherheiten nicht angewiesen ist. Unter "Sicherheiten" sind dabei solche Deckungsmittel zu verstehen, die den Banken zusätzlich bestellt werden. Zusätzlich deshalb, weil - wie schon erwähnt - jeder Kredit eine ursprüngliche Sicherheit haben sollte, die letzten Endes im wirtschaftlichen Umsatzprozeß und in der Person des Kreditnehmers begründet ist. Selbst für den Fall jedoch, daß die ursprüngliche Sicherheit des Kredits in vollem Umfang gegeben ist, können unvorhersehbare Risiken zum Durchbruch kommen. Wenn sich die Banken zusätzliche Sicherheiten geben lassen, so soll damit die Unsicherheit der Gegenleistung des Kreditnehmers bestmöglich abgeschirmt werden. Es würde hier zu weit führen, auf die Arten der denkbaren Risiken und die zusätzlichen Sicherheiten im einzelnen einzugehen. Grundsätzlich ist nur zu erwähnen, daß die Banken im Hinblick auf die Treuhänderfunktion, die sie gegenüber den Einlegern erfüllen, gezwungen sind, eine bestmögliche Beschränkung der Risiken anzustreben. Etwaige Verluste der Banken dürfen nicht abgewälzt werden, da die Erhaltung der Einlagemittel zu den spezifischen Leistungen der Bankwirtschaft gehört.

Die Ausführungen über die bankbetriebliche Leistung können nicht abgeschlossen werden, ohne zu erwähnen, wie die Banken die mannigfaltigen Aufgaben erfüllen und welche Probleme sich aus der Struktur der Geschäfte ergeben. Dabei ist vor allem festzustellen, daß laufend ein hoher Grad an Dienstbereitschaft erforderlich ist, die mehr oder weniger unabhängig von der jeweiligen Beschäftigungslage durchgehalten werden muß.²⁾ Im Zusammenhang damit steht die -----

1) Vgl. Theisinger K., Kreditgeschäft und Kr.-politik in: Die Bank, Bd. II, S. 25

2) Vgl. Kalveram W., Wirtschaftlichkeitsprobleme im Bank- und Kreditwesen, Berlin 1938, S. 6 ff.

Gehaltsintensität des Bankbetriebes. Die Kostenstruktur ist im Hinblick auf den Bereitschaftsaufwand relativ starr; die fixen Kosten haben überragende Bedeutung. Die außerordentlich große Umsatzhäufigkeit und -schnelligkeit erfordert einen umfangreichen Registratur- und Kontrollapparat. Bei aller Individualität der Kundenbedienung herrscht intern doch eine Massenabwicklung vor, die durch den großteils gleichartigen Arbeitsanfall ermöglicht wird.

Nicht zuletzt ist das im Bankbetrieb wirksame immaterielle Kapital zu würdigen. Hinter dem wie ein eingespielter Automatismus ablaufenden Apparat steht der Mensch. Die optimale Erfüllung der an die Bankwirtschaft gestellten betriebs- und volkswirtschaftlichen Forderungen setzt auf Seiten der Bankleitung wie der Angestelltenschaft umfangreiche Kenntnisse, eine aus langjähriger Tradition entspringende Erfahrung, hohes Verantwortungsbewußtsein sowie ein reichliches Maß an "Tastvermögen" für die Belange der Wirtschaft voraus.

Das Wesen der Banken und die Notwendigkeit der Erhaltung ihrer Leistungskraft machen es erforderlich, daß die gesamte Geschäftspolitik jeweils in dreifacher Hinsicht ausgerichtet wird. Es handelt sich dabei um die Gewährleistung von Liquidität, Rentabilität und Sicherheit, wobei jedes für sich ein Einzelproblem darstellt und dennoch in wechselseitiger Dependenz mit den anderen verbunden ist. Wie Mellerowicz ¹⁾ zutreffend feststellt, gilt eine Rangfolge insofern, als die Liquidität das wichtigste Problem der Bankwirtschaft ist, das von keinem anderen bankwirtschaftlichen Problem an Bedeutung übertroffen wird.

Das Liquiditätsproblem der Banken ist zunächst wie das aller anderen Betriebswirtschaften ein reines Finanzierungsproblem. Die Zahlungsbereitschaft ist dann gegeben, wenn den Verpflichtungen Aktivwerte gegenüberstehen, die in bar verfügbar sind, bzw. sich in einem, der Befristung der Passiven entsprechenden Zeitraum verflüssigen lassen. In einer Branche, deren Passivfinanzierung vorwiegend mit Fremdkapital erfolgt, das noch dazu mit einem erheblichen Teil formell kurzfristig ist, wird natürlich das Liquiditätsproblem zur Existenzfrage schlechthin. Das Liquiditätsbedürfnis und die in Betracht kommenden Anlagemöglichkeiten sind vor allem abhängig von der Befristung der Einlagen. Je kürzer die Laufzeit der den Banken zur Verfügung gestellten Mittel ist, desto größer hat der Liquiditätsfonds zu sein. Im Rahmen der Ausführungen über die Transformation der Bankeinlagen wurde bereits erwähnt, daß die formelle Befristung keinen ausreichenden Anhaltspunkt bietet. Die Bankleitung wird vielmehr immer wieder erneut vor die Aufgabe gestellt, das dem wahren Bedarf

1) Mellerowicz K., "Liquidität" in: Die Bank, Bd. II, S. 609

an Liquidität entsprechende Maß an flüssigen Mitteln herauszufinden. Dabei ist es wesentlich zu wissen, wie sich der Kreis der Einleger zusammensetzt. Die Praxis zeigt, daß Großeinleger in großen Beträgen disponieren, daß Geschäftsgelder wegen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs relativ weniger Barvorsorge benötigen als Privatgelder usw.. Auf der anderen Seite bedürfen insbesondere die Schuldner der Banken einer genauen Prüfung, denn die Liquidität der Banken ist weitgehend abhängig von der materiellen Liquidität ihrer Debitoren. Die Anlagepolitik hat somit unter Berücksichtigung der Finanzierungsquellen vor allem die Liquiderhaltung der Bank zu verfolgen.

Die Tätigkeit der Banken ist mit erheblichen Kosten verbunden, die verdient werden müssen. Darüberhinaus ist es im Interesse der Stabilisierung der gesamten Bankwirtschaft erforderlich, daß die erzielten Gewinne zur inneren Stärkung ausreichen. Die Institute haben somit unter Berücksichtigung der Liquiditätsbedürfnisse auf eine gesunde Rentabilität zu achten. Finanzierungsgeschäfte bieten häufig beachtliche Gewinnchancen, die grundsätzlich um so höher liegen, je größer das zu übernehmende Risiko ist. Die Eigenart des Bankbetriebes verbietet es jedoch einer verantwortungsbewußten Leitung, risikoreiche Geschäfte einzugehen.

Zwischen Liquidität, Rentabilität und Sicherheit ist ein Antagonismus wirksam, der in der Geschichte der deutschen Bankwirtschaft schon mehrmals übersehen wurde. Erfahrungsgemäß erbringen die sichersten und liquidesten Anlagen nicht die Rentabilität wie Finanzierungen mit größerem Risiko. Umgekehrt sind nicht selten einwandfrei gesicherte Kredite völlig illiquid. Auch Liquidität, Rentabilität und Sicherheit sind von der allgemein vorherrschenden Wirtschaftslage abhängig. In prosperitiven Zeiten mit einem normal funktionierenden Kapitalmarkt wird es den Banken nicht besonders schwerfallen, ihre Kredite zu realisieren bzw. umzuschulden. Dazu wird allerdings in der Regel kein Zwang bestehen, da sich in einer solchen Konjunkturperiode die Umsätze der Wirtschaft erhöhen, was eine größere Umschlagshäufigkeit der Kredite mit sich bringt. Zudem ist die Wirtschaft dann selbst in der Lage, Kapital zu bilden, das zum Teil wieder den Banken zufließt. Darauf kann unter Berücksichtigung der Barabhebungsquote ein erhöhtes Kreditvolumen aufgebaut werden. Auch die Stellung von Sicherheiten gestaltet sich in einer aufstrebenden Entwicklung der Wirtschaft nicht besonders schwierig. Umgekehrt verhält es sich natürlich bei rückläufiger Konjunkturbewegung bzw. in einer Zeit, in der das Publikum das Vertrauen zur Stabilität der Währung verloren hat. Hier zeigt es sich, ob die Banken für ausreichende Liquidität vorgesorgt haben und erforderlichenfalls in der Lage sind, ihre Kredite aus den Sicherheiten ohne Verluste zu realisieren. Die

Liquiditätspolitik hat somit immer von neuem die schwierige Aufgabe zu lösen, einen genügenden Liquiditätsgrad bei dem Höchstmaß von Kreditgewährung, einem Maximum an Sicherheit und angemessener Rentabilität zu erzielen.¹⁾

Damit ist bereits ausgedrückt, welch große Bedeutung der Liquidität der Banken in volkswirtschaftlicher Hinsicht zukommt. Die Frage der Liquidität kann nicht als isoliertes Problem eines Einzelinstitutes betrachtet werden, da die Flüssigkeit einer Bank weitgehend abhängig ist von der im gesamten Bankensystem gegebenen Situation. Mangelnde Liquidität einer einzelnen Bank ist unweigerlich schon sehr kurzfristig bei anderen Banken zu spüren und wird durch vermehrten Rückgriff auf die Zentralbank übertragen. Dort ist die zentrale Schaltstelle für die volkswirtschaftliche Liquiditätspolitik, die den Konjunkturverlauf entscheidend beeinflusst. Im Interesse der Gesunderhaltung des Wirtschaftsorganismus hat die Liquiditätspolitik sowohl der Zentralbank wie der Banken selbst jeweils auf ein Optimum der Zahlungsfähigkeit zu achten. Für die Ausrichtung sind der Stand der konjunkturellen Entwicklung, die Struktur des Kreditwesens, die Lage auf den Kreditmärkten, die Zusammensetzung der Einleger und ihre Geschäftsmethoden sowie zahlreiche Imponderabilien, wie politische Vorgänge, psychologische Einstellung der Wirtschaftssubjekte etc. ausschlaggebend.

1) Vgl. Mellerowicz K., a. a. O., S. 636

Zweiter Teil

PROBLEMANALYSE

I. Begriff der Bankbilanz und rechtliche Grundlagen

"Die Hauptquelle unserer Kenntnis über das Betriebsleben und die Entwicklung der Kreditbanken bilden ihre Jahresabschlußbilanzen mit Gewinn- und Verlustrechnungen." ¹⁾ Dieser Satz hat heute noch unverminderte Gültigkeit, wenn auch die Bankpublizität in der Zwischenzeit durch eine Reihe von gesetzlichen Vorschriften und Usancen erweitert wurde.

Unter dem Begriff "Bankbilanz" ist die den einschlägigen Gesetzen und ähnlichen Vorschriften entsprechende Kapitalrechnung einer Bank nach Form und Quelle zu verstehen. ²⁾ Es wird somit die Herkunft der einer Bank zur Verfügung stehenden Mittel und deren Verwendung dargestellt. Auf eine Aussage über die Form der Bilanz kann in der Definition bewußt verzichtet werden. Die englische Bilanz z. B. führt auf der linken Seite das auf, was nach deutscher Auffassung auf der rechten Seite zu suchen ist. Auch die Tatsache, daß aus der Bilanz der Erfolg ermittelt werden kann, erscheint für ein Verständnis des Begriffs "Bilanz" nicht wesentlich. Das Prinzip der Abgleichung der Konten durch Saldierung gehört in den Bereich der Buchhaltung. In der Bilanz ist der Gewinn die Angabe einer Quelle, die bereits ihre Form in Gestalt entsprechender Aktivpositionen gefunden hat. Der zur Verteilung gelangende Gewinn ist deshalb auch wieder ein Liquiditätsentzug. Schließlich bedarf auch der Umstand, daß stets mit ganz bestimmten betriebswirtschaftlichen Zwecksetzungen bilanziert wird, keiner besonderen Erwähnung in einer generellen Begriffsbestimmung. Diese Aussage bezieht sich auf die Bilanzierungsmethodik, wie sie unter Berücksichtigung der obrigkeitlichen Anweisungen und der Usancen geübt wird. Daß die Bilanztheorien auf die Darstellung des Bilanzzweckes nicht verzichten können, ergibt

¹⁾ Kalveram W., Bankbilanzen, Leipzig 1922, S. 7

²⁾ Vgl. Rössle K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, S. 191

sich aus ihrem Wesen.

Jede Bank ist gemäß § 39 HGB verpflichtet, die dort genannten ordentlichen Bilanzen zu erstellen. Für die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung betriebenen Banken gelten die Sondervorschriften der §§ 135 ff., 228 AktG, 41 ff. GmbHG,

Die einschlägigen Gesetzesbestimmungen befassen sich bezüglich der Aufstellung der Bilanz insbesondere mit Fragen der Gliederung und Bewertung. Ergänzend dazu treten die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung. Der Inhalt dieser Grundsätze, die von den bilanzierenden Unternehmen als bindende Verpflichtung zu beachten sind, ist nicht in einem bestimmten Gesetz erschöpfend fixiert, sondern aus verschiedenen Quellen entnommen.¹⁾

Unter ordnungsmäßiger Bilanzierung ist eine den handels- und steuerrechtlichen Bestimmungen und den Grundsätzen ehrenwerter und ordentlicher Kaufleute entsprechende Aufstellung der Bilanz, der eine ordnungsmäßige Buchführung zugrunde liegt, zu verstehen. Zu beachten sind insbesondere die Grundsätze der Bilanzklarheit, der Bilanzwahrheit, der Bilanzkontinuität und der Bilanzvorsicht.

Die Bilanzklarheit verlangt ein äußerlich einwandfreies Bilanzbild; verschiedenartige Aktiva und Passiva dürfen nicht zusammengezogen und nicht kompensiert werden, wie überhaupt jede ausweispflichtige Position in der Bilanz aufzuführen ist.

Die Bilanzwahrheit fordert vor allem Richtigkeit in bezug auf die Bewertung der einzelnen Ansätze. Es handelt sich aber nicht um eine objektive Richtigkeit, sondern um eine relative, wobei einerseits dem Streben nach Erhaltung und Stabilisierung der Betriebswirtschaft und andererseits dem Prinzip des Gläubigerschutzes weitgehend Rechnung zu tragen ist. Eine absolute Bilanzwahrheit

1) Zu erwähnen sind vor allem:

- a) handelsrechtlich: §§ 38-47 HGB, §§ 131-133 Akt.G.,
§§ 41, 42 GmbHG,
- b) steuerrechtlich: §§ 160-163 AO, §§ 4, 5 EStG, § 8 EStDVO etc.
- c) Buchführungsrichtlinien vom 11. 11. 1937
- d) Rechtssprechung der Gerichte,
- e) wirtschaftswissenschaftliche Forschungsergebnisse
- f) Usancen der ordentlichen und ehrenwerten Kaufleute.

ist vom Gesetzgeber nicht gewollt, wenn auch § 40 HGB eine Ermittlung des wahren Zeitwertes vorschreibt. ¹⁾

Den Erfordernissen der formellen Bilanzkontinuität wird durch die Einhaltung einer fortlaufend gleichen Bilanzgliederung und -benennung entsprochen. Sie gipfelt in dem Prinzip der Bilanzidentität, d. h. Schlußbilanz = Eröffnungsbilanz des folgenden Jahres. ²⁾ Die materielle Bilanzkontinuität bezieht sich dagegen auf die Anwendung gleicher Bewertungsgrundsätze und die Wahrung des Wertzusammenhangs. ³⁾

Das Prinzip der Bilanzvorsicht schließlich dient vor allem dem Gläubigerschutz und verlangt eher zu niedrigen als zu hohen Ausweis des Vermögens durch vorsichtige Bewertung.

Die angeführten Rechtsgrundlagen für die Erstellung der Jahresschlußbilanz haben für das Bankwesen im Anschluß an § 134 AktG eine bedeutsame Änderung bzw. Erweiterung erfahren durch die obligatorischen Bilanzformblätter und die verbindlich erlassenen Richtlinien für die Einordnung in die einzelnen Pflichtpositionen. ⁴⁾

Wenn auch die Bestimmungen des Aktiengesetzes zunächst speziell für die unter den Rechtsformen der AG und der KGaA betriebenen Unternehmungen vorgesehen waren, so ist es dennoch durch stete Übung zum Grundsatz geworden,

1) Vgl. RG. Bd. 115, 384; Bd. 111, 29

2) Vgl. § 4 EStG

3) Vgl. § 6/1 EStG

4) Die zur Zeit gültigen Fassungen dieser Vorschriften sind:

a) Gesetz über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses der Kreditinstitute vom 11. Dezember 1935
(RGBl I, S. 1432)

b) 2. Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses der Kreditinstitute vom 18. Oktober 1939
(RGBl I, S. 2079)

c) Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses der Kreditinstitute vom 15. Dezember 1950
(BGBl I, S. 142)

d) Verordnung zur Ergänzung der Vorschriften über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses der Kreditinstitute vom 20. Dezember 1955 (BGBl I, S. 812)

e) Gemeinsame Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden (s. S.

daß die umfassenden Bewertungsvorschriften des § 133 AktG auch bei allen anderen Bankinstituten anzuwenden sind. Somit kann festgestellt werden, daß für das gesamte Bankwesen praktisch ein einheitliches Bewertungsrecht nach den aktienrechtlichen Bestimmungen besteht.¹⁾

Für das Umlaufvermögen, dem in der Bankbilanz besonderes Gewicht zukommt, schreibt § 133 AktG das absolute Niederstwertprinzip vor. Tragender Gedanke dieses Grundsatzes ist es, unter Beachtung der erforderlichen Vorsicht einen Ausweis nicht realisierter Gewinne zu verhindern.

Im Anlagevermögen der Banken sind im wesentlichen zwei Gruppen zu unterscheiden, nämlich Beteiligungen und Anlagewertpapiere einerseits und Grundstücke mit Gebäude und Inventar andererseits. Beteiligungen, Anlagewertpapiere und andere, Anlagezwecken dienende Rechte der Banken dürfen gemäß § 133/2 AktG höchstens zu den Anschaffungskosten angesetzt werden, wobei ein zum Bilanzstichtag etwa niedrigerer Börsen- oder Marktpreis bzw. ein niedrigerer Tageswert nicht berücksichtigt werden muß. Allerdings dürfen dabei die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung keine Abschreibung oder Wertberichtigung erforderlich machen. Dies würde für den Fall zutreffen, daß eingetretene Verluste in diesen Werten voraussichtlich nicht mehr ausgeglichen werden können.

Immobilien und Mobilien dürfen ebenfalls ohne Rücksicht auf einen für den Bilanzstichtag evtl. anzusetzenden niedrigeren Markt- oder Tageswert höchstens zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden, sofern der Anteil an dem Wertverlust, der sich bei der Verteilung auf die voraussichtliche Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung für das einzelne Geschäftsjahr ergibt, abgesetzt wird (§ 133/1 AktG).

Für die Passivseite der Bilanz gilt vor allem § 40 HGB, wonach die Schulden mit dem Werte anzusetzen sind, der ihnen zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung zukommt. In der Regel wird es sich dabei um den Rückzahlungsbetrag handeln. Bei Vorliegen extremer Zinskonditionen ist jedoch eine Ab- bzw. Aufwertung des Rückzahlungsbetrages zulässig.

Die Positionen der Passivseite können durch die Buchhaltung eindeutig belegt werden. Eine Ausnahme bilden dabei die Rückstellungen. Es handelt sich hier um Verbindlichkeiten, die das abgelaufene Wirtschaftsjahr betreffen und am

1) Vgl. Birck H., "Bilanz und Erfolgsrechnung der Kreditinstitute" in:
Die Bank, Bd. 3, S. 224

Bilanzstichtag bereits verursacht, aber der Höhe und / oder der Fälligkeit nach noch ungewiß sind. Der entsprechende Ansatz in der Bilanz muß somit geschätzt werden. Im Sinne einer vorsichtigen Bilanzierung sind Rückstellungen eher zu hoch als zu niedrig einzustellen. Eine absichtliche Überdotierung dieser Position steht jedoch im Widerspruch zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung und hat damit zu unterbleiben.

Wenn mit der Untersuchung der Bankbilanz auch auf die Gewinn- und Verlustrechnung eingegangen wird, so hat dies seinen Grund nicht nur darin, daß man im täglichen Verkehr neben der Bilanz auch die Vorlage der Ertragsrechnung erwartet; es ist vielmehr davon auszugehen, daß die Gewinn- und Verlustrechnung für sich allein keine Aussagefähigkeit über die betreffende Unternehmung besitzt und somit nicht von der Bilanz losgelöst betrachtet werden kann, ¹⁾

Die wesentliche Aufgabe der Gewinn- und Verlustrechnung besteht darin, den im Verlauf der Rechnungsperiode erzielten Erfolg zu erläutern, d. h. sein Zustandekommen aufzuzeigen. Für die Ermittlung des Gesamterfolgs ist die Ertragsrechnung entbehrlich, da dieser aus der Saldierung zwischen Aktiven und Passiven ermittelt werden kann. Die Gewinn- und Verlustrechnung dagegen ermittelt den Erfolg als Unterschied zwischen Aufwendungen und Erträgen. Damit wird die Bilanz insofern ergänzt, als die Positionen "Gewinn" oder "Verlust", d. h. die Zu- oder Abnahme des Kapitals, aufgliedert werden.

Als gesetzliche Grundlage für die Gewinn- und Verlustrechnung kommen zunächst die §§ 38 ff. HGB in Betracht. Wenn auch dort eine Erfolgsrechnung nicht ausdrücklich gefordert wird, so ist der Sinn der Vorschriften doch darin zu sehen, daß dem Kaufmann eine ordnungsmäßige Buchführung auferlegt wird. Zur Gewährleistung dieser Ordnungsmäßigkeit ist es im Bankbetrieb unabdingbar, daß eine doppelte Buchführung unterhalten wird. Die Buchungsdoppik erfordert zwangsläufig eine Gewinn- und Verlustrechnung, da sie mit zwei Kontenreihen arbeitet, nämlich den Bestandskonten, deren Salden die Schlußbilanz ergeben, und den Erfolgskonten, auf denen Aufwendungen und Erträge verbucht werden. Für die unter den Rechtsformen der Aktiengesellschaft, der KGaA und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung betriebenen Banken gelten die Spezialvorschriften der §§ 125 ff. AktG bzw. 41 GmbHG. Das Gliederungsschema des § 132 AktG ist jedoch für die Banken außer Kraft gesetzt.

1) Vgl. Achterberg E., Wie liest man Bankbilanzen? Frankfurt/M. 1953, S. 147

Bezüglich der Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung besteht im Bereich der Banken eine unterschiedliche Regelung. Für die Einzelfirmen, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften ist ein Formblatt verbindlich vorgeschrieben, dessen Grundzüge auf den Erlaß des Reichskommissars für das Kreditwesen vom 9. Dezember 1937 zurückgehen. Die GmbH und die AG sind an bestimmte Gliederungsvorschriften nicht gebunden. Die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung kann bei diesen Rechtsformen im Rahmen der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung nach pflichtgemäßem Ermessen erfolgen. Richtlinien für die Einordnung der Aufwands- und Ertragsarten in die Gewinn- und Verlustrechnung sind nicht erlassen, weshalb auch die einheitliche Verwendung der Formblätter - soweit solche bestehen - nicht gewährleistet ist. Wenn zwar für die GmbH und die AG keine speziellen Gliederungsvorschriften bestehen, so kann doch beobachtet werden, daß die Banken ihre Erfolgsrechnungen im wesentlichen nach den gleichen Grundsätzen aufstellen, womit eine gewisse Vergleichbarkeit gegeben ist.

II. Publizitätspflichten und Bankenaufsicht

Die besonderen volkswirtschaftlichen Funktionen, die den Banken obliegen und die weitgehenden Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Währung bedingen ein besonderes Interesse der Öffentlichkeit an der Rechnungslegung dieser Institute. Die dem Bankgewerbe arteigene Zusammenballung von Risiken und die daraus gegebenenfalls entstehenden Funktionsstörungen im Kreditwesen, die unweigerlich eine scharfe Gefährdung der gesamten Volkswirtschaft mit sich bringen, haben für den Staat besondere Bedeutung. Zudem wirkt sich eine Bankenkrise aufgrund der meist engen Verflochtenheit der Bankwirtschaft mit dem Ausland u. U. auch als politisches Moment aus. Unter Berücksichtigung dieser Umstände haben fast alle Staaten zu einer Kontrolle bzw. Aufsicht über die Kreditinstitute gegriffen.

In Deutschland bestanden bis zur Jahrhundertwende, abgesehen von den allgemeinen Bestimmungen des Handelsrechts und den Sonderbestimmungen für die Hypothekenbanken (F BG vom 13. Juli 1899), Sparkassen (Sparkassenreglement von 1838) und Genossenschaften, keine allgemeinen Publizitätsvorschriften für das Kreditwesen. Nach den Zusammenbrüchen der Dresdner Kreditanstalt und der Leipziger Bank wurde in der Bankenenquete von 1908 eine Verbesserung der

Bankenpublizität dringend gefordert. Man entwickelte ein einfaches Formblatt für die Erstellung der Jahresschlußbilanz. Wesentlich ist jedoch, daß für die Kreditinstitute kein Zwang bestand, sich bei der Aufmachung ihrer Bilanzen an dieses Schema zu halten. Erst durch die Verordnung der Reichsregierung vom 4. Juli 1910, wonach die Zulassung von jungen Aktien inländischer Kreditbanken an der Börse von der Veröffentlichung zweimonatlicher Zwischenausweise abhängig gemacht wurde, erhielt die Forderung nach Publizität auch staatlicherseits Nachdruck. Zu dieser Zeit haben namentlich die Berliner Großbanken Zahlenmaterial vorgelegt. Seit 1912 wurde dann die Veröffentlichung der Zwischenbilanzen zentral durch die Reichsbank vorgenommen. In den darauffolgenden Jahren wurde das Formblatt weiterentwickelt und insbesondere tiefer gegliedert, bis es 1928 zum Einheitsformblatt für alle Banken erklärt wurde. Damit entstand auch die Usance, Monatsbilanzen - mit Ausnahme von Dezember und Januar wegen der Jahreabschlußarbeiten - bei der Reichsbank einzureichen.

Der Zusammenbruch der Großbanken im Jahre 1931 war ein erneuter Anlaß, sich die machtvollere wirtschaftspolitische Gestalterposition des Bankapparates zu vergegenwärtigen. Zur Untersuchung und Feststellung der Ursachen, die zum Bankrott angesehenster Institute führten, wurde im Jahre 1933 die große Bankenenquête ins Leben gerufen; der Untersuchungsausschuß veröffentlichte im November 1934 seinen Schlußbericht. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse wurden im Reichsgesetz über das Kreditwesen (KWG) vom 5. Dezember 1934 verwertet.¹⁾ In einem bis dahin noch nicht bekannten Ausmaß wurde dem Staat durch das KWG lenkende und zugeleite Einflußmöglichkeit auf den Bankapparat gegeben, so daß seit diesem Zeitpunkt im umfassenden Sinne des Wortes von "Bankenaufsicht" gesprochen werden kann.

Neben andere wesentliche Überwachungs- und Lenkungsmöglichkeiten²⁾ trat die Bestimmung des § 20 KWG³⁾, wonach Bilanzen von allen Kreditinstituten einschließlich der Sparkassen in vorgeschriebener Form an das Reichsbankdirektorium einzureichen waren. An die Stelle des Reichsbankdirektoriums sind -----

1) Neufassung vom 25. September 1939 als "Gesetz über das Kreditwesen", Abänderungs-VO vom 23. Juli 1940 und 18. September 1944; 5 Durchführung-VO

2) Vgl. KWG §§ 3 ff, 8 ff, 11 ff, 24, 30 ff etc.

3) Ergänzt durch DVO vom 9. Februar 1935 und die 16. Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 4. Dezember 1939 sowie Erlaß der Bankaufsichtsbehörden vom Juni-Juli 1951

in dieser Hinsicht nach 1045 die Landeszentralbanken getreten, wie die übrigen Aufgaben der Bankenüberwachung auf die Finanz- bzw. Wirtschaftsministerien der Länder (Bankaufsichtsbehörden) übergegangen sind.

Nachdem das AktG selbst schon in den §§ 135, 219/3 eine Prüfung der Jahresabschlüsse für die ihm unterstehenden Gesellschaften verlangte, wurde die Prüfungspflicht durch Gesetz vom 3. Juni 1937 in Verbindung mit der Verordnung über die Prüfung der Jahresabschlüsse von Kreditinstituten vom 7. Juli 1937 auf alle Rechtsformen, soweit unter ihnen im Gebiet des damaligen Deutschen Reiches Bank- und Sparkassengeschäfte betrieben wurden, ausgedehnt.

Heute hat die Bankenpublizität folgenden Umfang:

- 1) Die Einzelfirma, die oHG und die KG sind nicht verpflichtet, ihre Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zu veröffentlichen. Die Aufstellung eines Geschäftsberichtes ist nicht vorgeschrieben.
- 2) Die GmbH ist beschränkt publizitätspflichtig, da die Bilanz zu veröffentlichen ist. Ob auch die Gewinn- und Verlustrechnung bekannt gemacht werden muß, ist strittig. Ein Geschäftsbericht ist jedenfalls nicht zwingend erforderlich.
- 3) Alle unter den übrigen Rechtsformen betriebenen Kreditinstitute unterliegen der vollen Publizitätspflicht, d. h. sie haben ihre Bilanzen mit Gewinn- und Verlustrechnungen zu veröffentlichen, einen Geschäftsbericht aufzustellen und diesen in geeigneter Form bekanntzugeben.

Die Publizitätspflicht, der - gemessen an dem Volumen - der überwiegende Teil der deutschen Bankwirtschaft unterliegt, entsprang einem öffentlichen Bedürfnis, dessen Motive in dem Wesen, den Aufgaben und der wirtschaftlichen Potenz der modernen Banken zu suchen ist. Dabei war vor allem die Forderung nach der Bankpublizität die Erfahrung ausschlaggebend, daß auch die Banken den konjunkturbedingten Wechsellagen unterworfen sind. Dieses Verlangen erhielt auf Grund der noch zu besprechenden prinzipiellen Änderung der Struktur der Bankgeschäfte ¹⁾ besonderes Gewicht.

Wenn man dementsprechend die an der Bankbilanz interessierten Kreise erfassen will, so ist neben der Unternehmungsleitung, den Inhabern und der Angestelltenschaft vor allem die Bankenaufsicht zu nennen. Die Allgemeinheit entnimmt der Bankbilanz die Entwicklung eines bedeutenden Teils der Volkswirtschaft; dazu treten die aus der Auswertung der Bilanzen resultierenden Informationen der Statistischen Ämter und Konjunkturforschungsinstitute. Den Fi-

1) Vgl. S. 62 ff.

finanzbehörden ist die Bilanz eine wesentliche Grundlage für die Besteuerung, wie andererseits die Verbände mit dem Zahlenwerk eine beweiskräftige Unterlage für ihre interessewahrende Tätigkeit erhalten. Nicht zuletzt sind die Bankbilanzen für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre eine wesentliche Arbeitsunterlage.

III. Strukturanalyse der Bankbilanz

1. Maßstäbe der Beurteilung

Bevor auf die Untersuchung des Zahlenmaterials der Banken eingegangen wird, ist zu erwähnen, welche Wege grundsätzlich offenstehen, um zu gewissen Erkenntnissen zu gelangen. Will man Bilanzen beurteilen, so kann man sich mit der Betrachtung allein nicht begnügen. Es geht vielmehr darum, aus der dargebotenen Fülle der Zahlen durch Anwendung geeigneter Maßstäbe Tatsachen und Tendenzen festzustellen, die für die betreffende Bank, für das Kreditwesen oder für die gesamte Volkswirtschaft bezeichnend sind. Bei dieser Art des Bilanzlesens handelt es sich somit zunächst um eine Analyse, d. h. um eine Zerlegung und Zergliederung der verschiedenen Positionen. Sodann ist es Aufgabe der Bilanzkritik, die Lage, die Leistung und die Entwicklung der einzelnen Bank bzw. einer bestimmten Bankengruppe hinsichtlich der betriebs- und volkswirtschaftlich relevanten Vorgänge zu erfassen.¹⁾ Die Kritik beschäftigt sich somit nicht mit formellen Gesichtspunkten, wie Gliederung, Klarheit und Vollständigkeit. Für eine Behandlung kommen vielmehr nur materielle Momente in Betracht.

Die Technik der Untersuchung besteht speziell darin, daß das Zahlenmaterial nach Liquiditätsmerkmalen geordnet und einzelne Positionen zu bestimmten Gruppen zusammengefaßt werden. Die Aussagefähigkeit ergibt sich dann daraus, daß sinnvolle Vergleiche zwischen den Zahlen bzw. Zahlengruppen angestellt werden, wobei die absoluten Zahlen - soweit erforderlich - in Relativzahlen umzuwandeln sind. Hierfür stehen grundsätzlich drei Möglichkeiten zur Verfügung:

1) Vgl. Le Coutre W., Was sagt mit die Bilanz?, Stuttgart 1956, S. 9 ff.

- 1) Gliederungszahlen, die die Bilanzstruktur erkennen lassen,
- 2) Indexzahlen, die größenmäßige Veränderungen einzelner Positionen zeitlich aufeinanderfolgender Bilanzen veranschaulichen und
- 3) Beziehungszahlen, die dadurch entstehen, daß bestimmte Größen, zwischen denen ein ursächlicher Zusammenhang besteht, zueinander in Beziehung gesetzt werden.

Für die Auswertung, die auf dem Vergleich und der Gegenüberstellung einzelner Positionen bzw. Zahlengruppen beruht, kommen im wesentlichen vier Anwendungsbereiche in Betracht, nämlich

- 1) die isolierte Untersuchung einer bestimmten Bilanz. Dabei handelt es sich ausschließlich um die Feststellung eines gegebenen Zustandes. Im Resultat können somit nur solche Momente Ausdruck finden, die zu dem betreffenden Stichtag für die einzelne Bank Gültigkeit hatten.
- 2) ein Vergleich zwischen mehreren, zeitlich aufeinander folgenden Bilanzen einer Bank. Diese Untersuchung hat schon einen erheblich größeren Aussagewert, weil damit neben der Feststellung des Zustandes die Entwicklung der Bank berücksichtigt wird. Das Ergebnis dieses Periodenvergleichs liefert wertvolle Hinweise betriebshistorischer Art, die der gegenwärtigen und künftigen Betriebspolitik zugrunde gelegt werden können. Irgendwelche Folgerungen, die über den betriebswirtschaftlichen Bereich hinausgehen, lassen sich jedoch darauf noch nicht aufbauen.
- 3) die Gegenüberstellung von Bilanzen mehrerer Banken zu einem Stichtag. Auch hier geht es zunächst um die Ermittlung eines Zustandes. Darüberhinaus ergibt sich aber zugleich die Feststellung der wirtschaftlichen Lage eines wesentlichen Teils der Volkswirtschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt. Im Ergebnis kann somit der Status der Kreditbanken ebenso veranschaulicht werden, wie sich daraus Rückschlüsse auf die vorherrschende Situation im monetären Bereich der Gesamtwirtschaft ableiten lassen. Im Rahmen eines externen Betriebsvergleichs vermittelt das errechnete Zahlenmaterial Erkenntnisse über die Stellung einer bestimmten Bank im Vergleich zu den konkurrierenden Instituten.
- 4) eine Untersuchung von Bilanzen mehrerer Banken zu verschiedenen Stichtagen. Wie bei der unter Ziff. 3 erwähnten Gegenüberstellung tritt auch bei dieser Auswertung die betriebswirtschaftliche Bedeutung zugunsten des volkswirtschaftlichen Aussagegewerts in den Hintergrund. Die im Ergebnis erscheinenden Zahlenreihen verdeutlichen wohl auch die wirtschaftliche Lage der Kreditbanken; ihr Zweck ist jedoch vor allem in der historischen Darstellung

zu sehen. Damit wird die Auswertung zu einem eindrucksvollen Spiegelbild der jeweiligen Position der Banken in der Wirtschaft und ihrer konjunkturellen Entwicklung.

Jede Kritik einer Bankbilanz muß in erster Linie die materiellen Vorschriften des Grundgesetzes der Kreditinstitute, also des Gesetzes über das Kreditwesen berücksichtigen. Wenn es sich auch bei den Normen des KWG um Bestimmungen handelt, die insofern nicht vollständig sind, als sie erst noch über Durchführungsverordnungen ausgefüllt und damit anwendbar gemacht werden müßten, erscheint es doch interessant festzustellen, welche Relationen der Gesetzgeber als Angelpunkt für eine Kritik der bankgeschäftlichen Tätigkeit ansah.

In § 11 KWG ist festgelegt, daß die Gesamtverpflichtungen eines Kreditinstitutes aus Depositengeldern, Spareinlagen, Kontokorrentguthaben der Kundschaft, seitens der Kundschaft bei Dritten benutzten Krediten, Nostroverpflichtungen und der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener und gezogener Wechsel abzüglich der liquiden Mittel ein noch zu bestimmendes Mehrfaches des haftenden Eigenkapitals nicht überschreiten sollen. Was im Sinne dieser Vorschrift als "liquide Mittel" anzusehen ist, wird durch die Bestimmungen des § 16 KWG geklärt. Demnach sind von den erwähnten Verbindlichkeiten die Summe aus Kassenbestand, Guthaben bei den Landeszentralbanken und den Postscheckämtern sowie aus dem Wechselbestand und den Wertpapieren, soweit sie zentralbankfähig sind, in Abzug zu bringen. Die juristische Formulierung für das haftende Eigenkapital deckt sich mit dem wirtschaftlichen Begriff insofern nicht, als außerordentliche, d. h. Sonderzwecken gewidmete Rücklagen, stille Reserven, Delkrederereserven und Rückstellungen jeder Art außer Ansatz bleiben müssen. Wenn zwar eine Ausfüllung dieser Vorschriften bisher nicht erfolgt ist, so hat der Gesetzgeber dennoch im KWG selbst schon die Ausdehnung der Gesamtverpflichtungen abzüglich der liquiden Mittel auf das Fünffache des haftenden Eigenkapitals als für alle Kreditinstitute zulässig bezeichnet (§ 11/5, b KWG).

Mit diesen Rahmenvorschriften kam es dem Gesetzgeber darauf an, durch die Relation

Eigenkapital : Fremdkapital

einen Maßstab für die Solidität und die Bonität der Kreditinstitute darzustellen, wobei der Liquiditätsgrad entsprechend berücksichtigt wird. Der Sinn dieser Vorschriften war ursprünglich darin zu sehen, daß eine übermäßige Aufblähung der Banken dergestalt verhindert werden sollte, daß das Eigenkapital als Garantiekapital eine realistische Funktion behielt. Die bei Erlaß des KWG und in den

folgenden Jahren vorliegende Situation der Wirtschaft allgemein und der Banken speziell ließ es jedoch nicht geraten erscheinen, einen Hundertsatz festzulegen. Mit den Auswirkungen der Währungsreform von 1948 ist dann diese Rahmenbestimmung ohnedies praktisch illusorisch geworden, da es nicht angängig war, den Aufbau der Geld- und Kreditzirkulation von einem enorm dezimierten Stand des Eigenkapitals der Banken abhängig zu machen. Man hat in dieser Hinsicht andere Wege beschritten, worauf noch zurückzukommen sein wird.

In § 16 gibt das KWG Rahmenvorschriften über den erforderlichen Mindest-Liquiditätsgrad der Kreditinstitute. Demnach ist eine Barreserve zu führen, die sich aus dem Kassenbestand, den Landeszentralbank- und Postscheckguthaben zusammensetzt und mindestens einen noch festzulegenden Hundertsatz der oben angeführten Verbindlichkeiten erreicht. Auch bei dieser Bestimmung hat das KWG den Ausfüllungsvorschriften eine Begrenzung dahingehend auferlegt, daß der Hundertsatz in keinem Fall auf mehr als 10 % festgesetzt werden darf.

Neben der in § 16/1 KWG definierten Barreserve haben die Kreditinstitute einen noch festzusetzenden Hundertsatz ihrer Gesamtverpflichtung (mit Ausnahme der Spareinlagen) in Handelswechseln, die innerhalb von 90 Tagen fällig sind, und in Wertpapieren zu unterhalten, die zum Lombardverkehr mit der Zentralbank zugelassen sind. Das Limit für den zu bestimmenden Hundertsatz wurde gemäß § 16/2 KWG auf 30 % festgesetzt.

Unter Zugrundelegung der Bestimmungen des § 16 KWG ergeben sich Relationen für die Barliquidität durch die Gegenüberstellung

Barbestände : Gesamtverpflichtungen

und für eine Modifikation der Sekundärliquidität durch die Gegenüberstellung:

Wechsel und zentralbankfähige Wertpapiere : Gesamtverpflichtungen (ohne Spareinlagen) .

Diese Vorschriften, die vor allem der Liquiderhaltung der Bankwirtschaft dienen sollten, konnten auch in den Jahren nach der Währungsreform von 1948 nicht ausgefüllt werden, da die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse eine Stabilisierung der Relationen nicht zuließ. Abgesehen davon haben sich auch bei den Kreditinstituten selbst noch keine Anhaltspunkte für traditionelle Erfahrungssätze herausgebildet. Soweit die Liquiditätsquoten im Interesse einer Begrenzung des Kreditgeschäftes vorgesehen waren, sind sie praktisch überholt, da den geldpolitisch leitenden Instanzen in Gestalt der Mindestreservenpolitik und der Offen-Markt-Politik wesentlich wirksamere Instrumente zur Verfügung stehen.

Die Vorschriften des § 17 KWG sollen primär in gleicher Richtung wie die des § 16 KWG - nur mit umgekehrten Vorzeichen - wirken. Es soll somit insbesondere verhindert werden, daß die Liquidität der Banken durch Anlagen mit fraglichem Liquiditätsgrad bzw. durch illiquide Werte bedroht und damit die Sicherheit der Einleger gefährdet wird. Dementsprechend soll der Besitz eines Kreditinstituts an Aktien, Kuxen und Bergwerksanteilen, mit Ausnahme der dauernden Beteiligungen, sowie an nicht zum Handel an deutschen Börsen zugelassenen Schuldverschreibungen einen noch festzusetzenden Hundertsatz der Gesamtverpflichtungen mit Ausnahme der Spareinlagen nicht überschreiten. Der Hundertsatz soll jedoch in keinem Fall auf weniger als 5 % festgesetzt werden.

Auch die Vorschriften des § 17/2 KWG geben gewissermaßen eine "Illiquiditätsquote" dergestalt, daß die Anlagen eines Kreditinstituts in Grundstücken, Gebäuden und dauernden Beteiligungen - nach den in die Bilanz eingesetzten Beträgen berechnet - insgesamt den Betrag des Eigenkapitals des Kreditinstituts nicht überschreiten sollen.

Aus der Gegenüberstellung von

Aktien, Kuxen etc. : Gesamtverpflichtungen
(ohne Spareinlagen)

sowie

Immobilien und Beteiligungen : Eigenkapital

ergeben sich modifizierte Relationen für die Anlageintensität der Kreditinstitute. Während man, wie erwähnt, für eine Ausfüllung der Vorschriften der §§ 11 und 16 KWG in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg noch keine gesicherten Grundlagen finden konnte, sind die Bestimmungen des § 17 KWG stets eine gültige Richtschnur für die Anlagepolitik der Banken geblieben. Man war jedenfalls schon aus optischen Gründen immer bemüht, den Ausweis an Wertpapieren mit geringem Liquiditätsgrad in einem den Gesamtverpflichtungen angemessenen Verhältnis erscheinen zu lassen und die "Immobilisierung" auf das vorhandene Eigenkapital auszurichten.

Die völlig neue Situation, vor die das Geld- und Kreditwesen mit der Währungsreform von 1948 gestellt wurde, machte es erforderlich, von den Erfahrungsgrundsätzen abzuweichen, die für die Bilanzkritik bis zu Beginn des zweiten Weltkrieges bestimmend waren. Nachdem schon sehr bald die Gefahr einer Übersteigerung der konjunkturellen Auftriebstendenzen bestand, erließ der Zentralbankrat der seinerzeitigen Bank deutscher Länder in den Jahren 1951/52

sog. Kreditrichtsätze, die dem Zweck dienen sollten, ein Übermaß an Ausweitung der Kreditinstitute zu unterbinden. Es ist dabei bemerkenswert, daß man mit diesen Kreditrichtsätzen nicht an die Bestimmungen der §§ 11, 16 und 17 KWG anschloß, sondern völlig neue Wege beschritt. Teils war dies auf zwingende Veranlassung zurückzuführen, da die Relationen des KWG nicht praktikabel waren, teils sollten die Richtsätze bewußt speziell auf das Kreditgeschäft gezielt werden, so daß veränderte Relationen konstruiert werden mußten. Die Richtsätze dienen somit vor allem dem Zweck, das Kreditvolumen und die Kreditstruktur der Kreditinstitute ihrer finanziellen Situation anzupassen. Die Zentralbank hat insofern die Möglichkeit, die Beachtung der Kreditrichtsätze seitens der Kreditinstitute auch unter Druckanwendung durchzusetzen, als die Refinanzierungshilfe von der Einhaltung der Relationen abhängig gemacht werden kann.

Die derzeit gültige Fassung der Kreditrichtsätze vom Dezember 1954 enthält im einzelnen für die Kreditbanken folgende Bestimmungen: ¹⁾

- Richtsatz I : Die Summe der kurzfristigen und mittelfristigen Kredite an (Bonität) Wirtschaftsunternehmen und Private soll das 18-fache der haftenden Mittel nicht übersteigen.
- Richtsatz II: Die Summe der Debitoren soll 60 % der haftenden Mittel (Kreditwagnis) und Einlagen nicht übersteigen.
- Richtsatz III: Die liquiden Mittel sollen 20 % der fremden Gelder nicht unterschreiten.
- Richtsatz IV a : Die Summe der Akzeptkredite und Debitorenziehungen soll (Akzeptvolumen) das 3-fache der haftenden Mittel nicht übersteigen.
- Richtsatz IV b : Die in den Akzeptkrediten und Debitorenziehungen enthalte- (Akzeptvolumen) nen, nicht der unmittelbaren Ausfuhr-, Einfuhr- und Ernte- finanzierung dienenden Akzeptkredite und Debitorenziehungen sollen die haftenden Mittel nicht übersteigen.

Zur Erläuterung der angeführten Richtsätze ist zu erwähnen, daß die Begriffsbestimmungen teilweise abweichend von den entsprechenden Festlegungen des KWG erfolgten. So gelten als haftende Mittel nicht nur die Bilanzpositionen gemäß § 11/2, 3 KWG, sondern zusätzlich auch die steuerrechtlich zugelassenen Sammelwertberichtigungen. Als Debitoren sind die Kontokorrentkredite

¹⁾ Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für 1958, S. 59

und Akzeptkredite anzusehen, während als fremde Gelder die Einlagen, die aufgenommenen Gelder, die eigenen Akzepte und Solawechsel im Umlauf zu erfassen sind. Die liquiden Mittel schließlich setzen sich zusammen aus Kas senbestand, Landeszentralbank- und Postscheckguthaben, Schecks und Wechseln, Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes und der Länder, sowie bestimmten ausländischen Schatzwechseln und unverzinsli- chen Schatzanweisungen.

Die Kreditrichtsätze waren auf die Verhältnisse zugeschnitten, wie sie in den Jahren 1950 - 1955 vorlagen. Das KWG ging in seinen Relationen noch von dem Grundgedanken aus, daß sich die Beurteilung der Bonität und Solidität der Kreditinstitute an ihrem Eigenkapital zu orientieren habe. Da jedoch in den Jahren unmittelbar nach der Währungsreform von 1948 nicht zu erwarten war, daß auf kurze Sicht eine Verbreiterung der Eigenkapitalbasis und damit eine entsprechende Anpassung an das Geschäftsvolumen erfolgen konnte, mußten mit den Kreditrichtsätzen anstelle der Relation Eigenkapital : Fremdkapital andere Bezugsgrößen gefunden werden. Das neue Moment lag darin, daß man von der Passivseite auf die Aktivseite wechselte und mit zwei Relationen (Richt- satz I und II) bestimmte Positionen beider Bilanzseiten zueinander in Beziehung setzte. Während also die offizielle Bankpolitik früher die Tendenz verfolgte, das Passivgeschäft der Kreditinstitute in einem Rahmen zu halten, der dem vor- handenen haftenden Eigenkapital angemessen war, wurde jetzt das aktive Kre- ditgeschäft an das Eigenkapital bzw. das gesamte Passivvolumen gebunden.

Die Kreditrichtsätze haben ihre kreditpolitische Funktion nicht verfehlt und somit wesentlich dazu beigetragen, eine Geldschöpfung, die zu Inflations- tendenzen geführt hätte, zu vermeiden. Dabei muß allerdings hervorgehoben werden, daß die Banken in den Jahren 1950 - 1955 noch in sehr weitgehendem Maße an die Zügel der Zentralbankpolitik gebunden waren. Das an sich noch begrenzte Liquiditätsvolumen der Banken konnte in diesen Jahren von dem an- haltenden Kreditbedarf der Wirtschaft stets absorbiert werden. In der Zwischen- zeit haben sich jedoch die Verhältnisse - vor allem im Hinblick auf die er- heblichen Devisenüberschüsse - grundlegend gewandelt. Die gegenwärtige Si- tuation der Bankwirtschaft ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß bei tendenziell gleichbleibendem bzw. sogar zurückgehendem Bedarf der Wirt- schaft an kurzfristigen Krediten die sog. Liquiditätsschwemme anhält. Diese Umstände kommen selbstverständlich auch in den Relationen der Kreditricht- sätze zum Ausdruck. So erreichen bei den Banken in der Regel die Debitoren bei weitem nicht mehr das 18-fache der haftenden Mittel bzw. 60 % der haf- tenden Mittel und der Einlagen. Die liquiden Mittel übersteigen den Satz von

20 % der fremden Gelder meist um ein Vielfaches. Das Akzeptvolumen schließlich kommt nur mehr auf einen geringen Bruchteil der zulässigen Relation.

Wenn man heute davon sprechen kann, daß die Relationen der Kreditrichtsätze durch den Verlauf der Entwicklung auf dem Geld- und Kreditsektor überholt sind, so bedeutet dies nicht, daß kurzerhand wieder die Bestimmungen des KWG anwendbar sind. Die Geschäftsstruktur der Banken war nach der Währungsreform von 1948 im Vergleich zu früheren Jahren derart grundlegenden Wandlungen unterworfen, daß wohl noch geraume Zeit vergehen muß, bis sich die Verhältnisse auf eine neue Grundlage einspielen, die eine Errechnung von gesicherten Erfahrungssätzen zuläßt. Nur derart gesicherte Erfahrungssätze können aber gewissermaßen als standardisierte Norm einer Ausfüllung der Vorschriften des KWG zugrunde gelegt werden. Es erscheint dabei durchaus möglich, daß ein gewisses Umdenken erforderlich ist, um der Situation der modernen Bankwirtschaft bei der Beurteilung hinsichtlich Bonität und Solidität gerecht zu werden.

Neben diesen amtlichen Relationen nach dem KWG und den Kreditrichtsätzen beschäftigt sich die Bilanzkritik mit weiteren Maßstäben, die insbesondere geeignet sind, die Entwicklung der Veränderungen in den Bankbilanzen zu erfassen. Eine Möglichkeit hierfür besteht darin, daß der prozentuale Anteil jeder einzelnen Bilanzposition an der Bilanzsumme errechnet und sodann das Ergebnis mit den Prozentsätzen der Vorjahre verglichen wird. Die Einblicksmöglichkeit läßt sich dadurch weiter verbessern, daß die Veränderungen bei den einzelnen Positionen wieder in Prozentzahlen ausgedrückt werden. Der Vergleich der Relationen liefert aufschlußreiche Hinweise auf die Geschäfts- und Anlagepolitik der Banken sowie auf jene Daten, die aus dem volkswirtschaftlichen Bereich an die einzelne Bank herangetragen werden.

Im Hinblick auf die Bedeutung der Liquidität für den Bankbetrieb verdient die Errechnung der Liquiditätsquotienten besonderes Interesse. Die hierfür bestehenden Relationsformeln sind im einzelnen unterschiedlich, da sie einmal auf einen größeren Kreis, im anderen Fall auf einen kleineren Kreis von Passivpositionen bezogen werden. Ein einheitliches Schema für die Errechnung der Liquiditätsgrade hätte vorschlagsweise folgendes Aussehen: ¹⁾

1) Vgl. Achterberg E., a.a.O., S. 63

Liquiditätsgrad	Aktiva	Passiva
Barliquidität	Kasse, Landeszen- tralbankguthaben, Postscheckguthaben	Gesamteinlagen, auf- genommene Gelder, eigene Akzepte und Solawechsel, aufge- nommene langfristige Darlehen
Liquidität 1. Grades	Kasse, Landeszen- tralbankguthaben, Postscheckguthaben, zentralbankfähige Wechsel, lombard- fähige Wertpapiere	dto.
Liquidität 2. Grades	Dieselben wie für die Liquidität 1. Grades, dazu ande- re Wertpapiere und Nostroguthaben	dto.
Kassenliquidität	Kasse, Landeszen- tralbankguthaben, Postscheckguthaben, Wechsel, lombard- fähige Wertpapiere	Innerhalb von 7 Tagen fällige Verbindlichkeiten

In den angelsächsischen Ländern ist es üblich, die Verhältniszahlen mit Hilfe der Depositen als Grundzahl zu errechnen. Bei Gegenüberstellung zu einzelnen Positionen der Aktivseite ergeben sich die Grundlagen für eine Beurteilung der Liquidität, ein Verfahren, das auch für deutsche Verhältnisse anwendbar ist, wobei natürlich zu beachten bleibt, daß die Liquidität auch von anderen Positionen der Passivseite entscheidend beeinflußt werden kann.

Die Einschätzung der Banken auf aktienrechtlicher Grundlage seitens der Börse orientiert sich unter anderem auch an dem Umfang der ausgewiesenen Rücklagen. Der errechenbare Bilanzkurs berücksichtigt neben dem Grundkapital die offenen Reserven und den Gewinn. Es ist daher stets aufschlußreich, in welchem Verhältnis die Rücklagen zum Grundkapital stehen. In der Regel sind die Rücklagen kleiner als das Grundkapital, was darauf zurückzuführen ist, daß die Ban-

ken die Notwendigkeit einer hohen Dividendenausschüttung möglichst vermeiden wollen. Diese Notwendigkeit wäre dann gegeben, wenn aufgrund von Rücklagen in mehrfacher Höhe des Grundkapitals nach außen hin manifestiert würde, daß in den Aktiven ein wesentlich höherer Bestand an Eigenvermögen steckt, als mit dem Grundkapital zum Ausdruck kommt.

Für den Bankbetrieb ist es aus Gründen der Liquidität, der Rentabilität und der Sicherheit in hohem Maße entscheidend, wie sich die Gesamteinlagen auf Sichteinlagen, befristete Einlagen und Spareinlagen verteilen. Die Errechnung des anteiligen Verhältnisses der einzelnen Einlagearten am Gesamtbestand sowie der prozentualen Veränderungen innerhalb der verschiedenen Positionen liefert nicht nur Hinweise auf Faktoren, die für die Betriebspolitik maßgeblich sind, sondern vermittelt darüber hinaus auch einen Einblick in volkswirtschaftliche Vorgänge. Dabei sind die sog. unechten Einlagen, d. h. die Einlagen von Kreditinstituten, im Hinblick auf ihre Eigenart gesondert zu berücksichtigen.

In welchem Maße eine einzelne Bank mit anderen Banken finanziell verbunden ist, zeigt die Gegenüberstellung von Nostroguthaben und Einlagen von Kreditinstituten, wie andererseits ein Vergleich des Umfanges der an Kreditinstitute ausgereichten Kredite mit den aufgenommenen kurzfristigen Geldern ein Urteil darüber zuläßt, inwieweit die betreffende Bank bei anderen Banken Rückhalt suchen mußte.

Für die Beurteilung der Liquidität einer Bank ist es aufschlußreich, einerseits den Wechselbestand und die Indossamentsverbindlichkeiten und andererseits die Zentralbankguthaben und die Indossamentsverbindlichkeiten zu vergleichen. Aus dem Verhältnis der einzelnen Beträge zu einander kann abgeleitet werden, in welchem Maße die Bank auf die Refinanzierungshilfe der Zentralbank zurückgreifen mußte.

Ein relativ hoher Anteil der nicht-zentralbankfähigen Wechsel im Vergleich zu den zentralbankfähigen Abschnitten zeigt, daß die betreffende Bank infolge voll ausreichender Liquidität im Diskontgeschäft großzügig verfahren konnte. Einen ähnlichen Rückschluß läßt innerhalb der Wertpapiere die Gegenüberstellung von festverzinslichen Effekten und Dividendenpapieren zu. Bei diesem Vergleich spielen natürlich noch andere Faktoren eine wesentliche Rolle, wie z. B. die Tatsache, daß in den Dividendenwerten meist erhebliche stille Reserven enthalten sind.

Die Reihe der möglichen Relationen ließe sich noch bedeutend verlängern; es ist jedoch zu beachten, daß die Rechenoperationen nicht Selbstzweck sind, sondern dem Vergleich dienen sollen. Mit zunehmender Verfeinerung der Re-

lationen besteht die Gefahr, daß die Vergleichbarkeit leidet. Dies betrifft insbesondere die Gegenüberstellung von Bilanzen verschiedener Banken.

Eine Bilanzkritik, die praktischen Zwecken dienen soll, muß sich bei der Behandlung der Bilanz einer einzelnen Bank stets an gewissen, allgemein gültigen Erfahrungsgrundsätzen orientieren können. Tatsächlich gibt es eine Typik für eine gesunde Bankbilanz, die sich während einer längeren Entwicklungsperiode herausbildet. Entsprechend dem unterschiedlichen Geschäftsvolumen der einzelnen Banken ergeben sich für die zu einer bestimmten Größenklasse gehörenden Institute gewisse Durchschnittsrelationen. Die Bilanzpositionen der vergleichbaren Banken stehen zueinander in einem Verhältnis, das - unbeschadet gewisser Schwankungen im Einzelfall - in der Tendenz den Durchschnittsrelationen entspricht. Weist die Bilanz einer einzelnen Bank erhebliche Abweichungen von den Erfahrungssätzen auf, so liegen jedenfalls Momente vor, die einer besonderen Prüfung bedürfen.

Wenn von der Typik einer gesunden Bankbilanz gesprochen wurde, so bedeutet dies nicht nur, daß für den außenstehenden Betrachter die Liquidität, die Anlagenstruktur, die Passivfinanzierung usw. geordnet erscheinen; eine Bankbilanz, die in ihrer Struktur den relativen Normen ihrer Größenklasse entspricht, zeigt gleichzeitig, daß die betreffende Bank in der Lage war, in ihrer Geschäftspolitik Grundsätze zu vertreten, die der jeweiligen wirtschaftlichen Gesamtlage des Bankensektors angemessen sind. Es kann davon ausgegangen werden, daß eine Bank, die mit ihrer Bilanzstruktur im Rahmen der jeweiligen Erfahrungssätze liegt, ihre Geschäftsinteressen nach den gegebenen Verhältnissen relativ optimal wahrnehmen konnte. Im Hinblick darauf wird eine einzelne Bank, die größere strukturelle Unterschiede gegenüber den vergleichbaren Banken aufweist, selbst bestrebt sein, die Durchschnittsrelationen zu erreichen. Unter Berücksichtigung dieser Erwägungen bewirken die relativen Normen unter den Banken gewissermaßen eine Automatik der Vernunft.

2. Das Eigenkapital - Kennzeichen einer Strukturwandlung

a) Quotenentwicklung und Funktionen.

Historisch gesehen hat sich die Finanzstruktur der Banken grundlegend geändert. Dem Eigenkapital kam im Bankensektor noch vor etwa 100 Jahren eine ungleich größere Bedeutung zu, als man dies heute - jedenfalls vom deutschen Banken-

typ - gewohnt ist.

Die nachfolgenden Tabellen stellen die Entwicklung der Eigenkapitalquote der hier untersuchten Banken dar und vermitteln ein ausdrucksvolles Bild von der Wandlung der Verhältnisse, die sich im Lauf von wenigen Jahrzehnten vollzogen hat.

Eigenkapital in v. H. der Bilanzsumme

Jahr	1872	1890	1900	1)
Quote	50 %	40 %	34 %	

Jahr	1913	1929	1934	1939	1951	1957	2)
Quote	17 %	9 %	9 %	7 %	2 %	5 %	

1) Siehe Eisfeld C., Probleme um das Eigenkapital der Kreditbanken, in: Die Unternehmung im Markt, Rieger-Festschrift, Stuttgart-Köln 1953, S. 105.

2) Errechnet aus dem Zahlenmaterial der Statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich bzw. der Statistischen Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland der Jahre 1929 (S. 316), 1931 (S. 334), 1936 (S. 368), 1941/42 (S. 458), 1952 (S. 320) und 1958 (S. 330).

Erläuterung (zugleich auch für die Tabellen auf S.

Für das Jahr 1913 ist das statistische Material nur nach "Aktienbanken" und "öffentlich-rechtliche Banken" aufgegliedert. Die hier untersuchten "allgemeinen Kreditbanken" dürften für die Zahlenangaben zu den "Aktienbanken" überwiegende Bedeutung haben, so daß die errechneten Relationen als realistische Anhaltspunkte gewertet werden können.

Für die Jahre 1929, 1934 und 1939 wurden erfaßt: "Berliner Großbanken", "Provinzbanken mit Filialnetz", "Gemischte Hypothekenbanken" und "Sonstige Banken"; nicht berücksichtigt wurden: "Sonstige Hypothekenbanken", "Schiffspfandbriefbanken" sowie "Spezial- und Hausbanken". In dem erfaßten Zahlenmaterial sind somit neben den hier untersuchten "allgemeinen Kreditbanken" noch andere Banktypen, wie z. B. Genossenschaftsbanken und Staatsbanken enthalten; die Bilanzen dieser Banken dürften jedoch das Gesamtbild nicht entscheidend beeinflussen haben.

Für die Jahre 1951 und 1957 ist das Zahlenmaterial der Spalte "Kreditbanken" entnommen. Praktisch besteht vollständige Übereinstimmung mit den hier untersuchten "allgemeinen Kreditbanken".

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme hat sich in den Jahrzehnten seit 1870 entscheidend vermindert. Dabei wäre es ein Trugschluß anzunehmen, daß sich nur das Fremdkapital der Banken erweitert hat. Es ist bekannt, daß die Aktienkapitalien der Banken während dieses Zeitraums - in absoluten Zahlen gemessen - beachtlich erhöht wurden. Aus der angeführten Darstellung kann also nur entnommen werden, daß sich das gesamte Geschäftsvolumen der Banken vergrößert hat; das Eigenkapital hat sich ebenfalls vermehrt, aber nicht in dem Maße, wie das Fremdkapital.

Sucht man nach den Ursachen, die für die Verschiebung der Relationen zwischen Eigenkapital und Fremdkapital in der Bankwirtschaft ausschlaggebend waren, so muß die Geschäftsstruktur einer Betrachtung unterzogen werden. Dabei ergeben sich folgende Feststellungen:

- 1) In der sog. Gründerperiode um 1870 waren die Banken in Emissionen und Effektentransaktionen der mit ihnen häufig eng verbundenen Industrieunternehmen engagiert.
- 2) Für die zur gleichen Zeit und in den Folgejahren herrschende "wilde" Spekulation waren "ruhige" Kapitalien erforderlich.
- 3) Der Zahlungsverkehr gestaltete sich sehr unkompliziert, abgesehen davon, daß Gironetze und Clearingsysteme, wie man sie heute kennt, nicht erforderlich waren.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gesehen, sind folgende Gründe maßgebend:

- 1) Die inflationistische Geldpolitik des 20. Jahrhunderts,
- 2) Die häufig auftretenden Funktionsmängel des Kapitalmarktes,
- 3) Der Produktivkredit, wie er heute bekannt ist, bedurfte erst einer Entwicklung.
- 4) Die Vorstellungen des Publikums von der Geldwirtschaft waren sehr begrenzt. Der Spargedanke im Sinne einer systematischen Geldanlage war trotz einiger Ansätze noch weitgehend unbekannt; erübrigte Geldbeträge wurden überwiegend gehortet.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich nun einerseits, daß zur reibungslosen Durchführung der seinerzeit gebräuchlichen Geschäfte risikotragendes Kapital in relativ großem Maße benötigt wurde; als solches kann sich nur Eigenkapital eignen. Andererseits konnte von Kreditwirtschaft im heutigen Sinne des Wortes noch nicht gesprochen werden, weshalb man die vergleichsweise geringe Bemessung des Fremdkapitals nicht als funktionsstörenden Mangel empfand. Zusammenfassend kann aus den dargelegten Erscheinungen abgelesen werden, wie sich der deutsche Typus von der Effekten- und Spekulationsbank weg, zur Depositen- und Kredit-

bank hin entwickelt hat.

Mit dieser Tendenz, das sei an dieser Stelle nochmals hervorgehoben, ist die Forderung nach Publizität der Banken aus naheliegenden Gründen parallel gelaufen.¹⁾

Die Frage, welches Größenverhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital in der Bankwirtschaft als angemessen bezeichnet werden kann, hat bis in die Gegenwart hinein immer wieder die Gemüter erhitzt. So meint Gilbert²⁾, das Eigenkapital sollte niemals geringer als ein Drittel der Verbindlichkeiten sein. Die überwiegende Zahl der Autoren legt sich auf ein bestimmtes Relationsverhältnis nicht fest. Kalveram³⁾ z. B. erwähnt lediglich, daß nach § 11 KWG die Gesamtverpflichtungen abzüglich der liquiden Mittel ersten und zweiten Grades ein vom Aufsichtsamt zu bestimmendes Mehrfaches des haftenden Eigenkapitals nicht überschreiten dürfen. Im übrigen wird nur darauf hingewiesen, daß die Normierung eines Verhältnisses von Eigen- zu Fremdkapital eine nicht zu verantwortende Expansion der Geschäfte über die Kreditschöpfung zu unterbinden hilft.

Unter Zugrundelegung der Erfahrungen kann behauptet werden, daß die Beurteilung eines bestimmten Eigenkapitals im Hinblick auf seine Angemessenheit abhängig ist von der allgemein vorherrschenden Konjunkturlage und der daraus entspringenden Einstellung des Publikums zum Geld. Ob ein Eigenkapital angemessen war, wird sich wohl immer erst dann feststellen lassen, wenn Klarheit darüber besteht, in welchem Maß die Fremdkapitalien aus der Realisation der Aktiven einer Bank befriedigt werden konnten.

Auch im Bankbetrieb erfüllt das Eigenkapital zwei grundlegende Funktionen: die herangezogenen Mittel dienen der Eigenfinanzierung und zugleich der Sicherung des Fremdkapitals. Den Grundsätzen einer gesunden Finanzstruktur entsprechend, sind die für langfristige Anlagen (Betriebsgebäude etc. aber auch Beteiligungen) erforderlichen Mittel aus dem Eigenkapital darzustellen.⁴⁾ Außerdem soll das Eigenkapital der Bank zur Finanzierung der Eigengeschäfte, wozu ein Fonds zur Kurspflege zählt, herangezogen werden können.

1) Vgl. Seite 49 ff.

2) Gilbert J. W., History, Principles and Practice of Banking, London 1892, vol I, p. 399

3) Kalveram W., Bankbetriebslehre, S. 167

4) Vgl. § 17/2 KWG

Als Garantiekapital trägt das Eigenkapital grundsätzlich die Risiken aus dem Einsatz von Fremdkapital; die entsprechenden Beträge dienen dem Fremdkapital als zusätzliche Sicherheit. Wenn nun festgestellt wurde, daß die Eigenkapitalquoten in den vergangenen Jahrzehnten enorm zurückgegangen sind, so erhebt sich die Frage, welcher Wert einem derart verminderten Garantiekapital beizumessen ist. Die Entwicklung bestätigt, daß den Banken Fremdkapital ohne Rücksichtnahme darauf zufließt, ob sich auch das Eigenkapital angemessen erhöht. Verfolgt man die Ansichten und Meinungen der Allgemeinheit, so kann festgestellt werden, daß sich die Vorstellungen von der wirtschaftlichen Potenz der Banken grundlegend gewandelt haben. Früher fand man es mehr oder minder selbstverständlich, daß die Banken mit reichlichem Eigenkapital ausgestattet waren. Der Einleger wollte mit seinen Mitteln an der Produktivkraft des Bankkapitals teilhaben. Wenn die Banken der Gegenwart in ihrem Werhematerial das ausgewiesene Eigenkapital hervorheben, so will man damit ausdrücken, daß gesunde Finanzierungsgrundsätze vertreten werden. Der Einleger von heute mißt jedoch die wirtschaftliche Kraft der Banken nicht an der Höhe ihres Eigenkapitals, sondern leitet sie vom Bilanzvolumen und damit vom Geschäftsumfang ab. In der Vorstellung des durchschnittlichen Publikums bürgen also die großen Banken für Sicherheit, wobei wohl nicht ganz unbewußt die Meinung mitspielt - die Vorgänge anlässlich der Bankenkrise von 1931 blieben in deutlicher Erinnerung -, daß der Staat schon mit Rücksicht auf politische und soziale Momente immer genötigt sei, die Großbanken zu stützen. Hinter diesen Ansichten verbirgt sich der Ruf nach dem Staat, wie dies in der modernen Wirtschaft häufig in Erscheinung tritt. Die Hilfe und der Eingriff des Staates bringen jedoch gerade auf dem Bankensektor zwangsläufig die Unfreiheit. Bei den Banken bestehen sehr klare Vorstellungen darüber, daß ein angemessenes Eigenkapital einen bedeutsamen Schutz gegen die Verstaatlichung bzw. Reglementierung darstellt und somit die wesentliche Grundlage für den privatwirtschaftlichen Betrieb bietet. Es erscheint daher verständlich, wenn sich die Banken in der Gegenwart die Herstellung gesunder Strukturverhältnisse unter besonderer Beachtung der Eigenkapitalquote angelegen sein lassen. Die Befürwortung einer freien Wirtschaftsordnung erfordert auf dem Bankensektor eine Förderung der Bemühungen um eine Verbreiterung der Eigenkapitalbasis.

Wie bereits erwähnt, hat sich die Kredit- und Depositenbank aus der Effekten- und Spekulationsbank entwickelt. Diese Wandlung vollzog sich nicht als Ausfluß einer bestimmten Geschäftspolitik, sondern ergab sich folgerichtig aus dem Fortgang der Wirtschaft. So, wie sich die Aufgaben der Banken in der Wirtschaft grundlegend geändert haben, erfuhren auch die Risiken eine Ände-

rung hinsichtlich ihrer Arten und ihres Umfanges. Man kann nicht behaupten, daß sich die Risiken vermindert hätten; das wäre, in absoluten Zahlen gemessen, geradezu falsch. Es kann aber festgestellt werden, daß die Risiken der modernen Banken besser gestreut und gemischt sind, als dies früher der Fall war; das trifft insbesondere hinsichtlich der Geschäftsgliederung nach Branchen, nach Kreditarten und nach geographischen Gesichtspunkten zu. Außerdem haben die Banken heute wesentlich bessere und größere Möglichkeiten für einen internen Risikoausgleich und eine Risikoabwälzung. Bezüglich eines einzelnen Instituts darf also mit aller Einschränkung doch angenommen werden, daß die relative Verminderung des Garantiekapitals hinsichtlich seiner Eigenschaft als Sicherungsbasis durch die Änderung der Geschäftsstruktur bis zu einem gewissen Grade kompensiert wurde.

Die Dinge sind natürlich anders zu beurteilen, wenn in der Wirtschaft allgemein Fallierungserscheinungen auftreten. Auf Grund der Strukturen der neuzeitlichen Banken ergeben sich dann zwangsläufig Massierungen von Ansprüchen der Einleger, die um so schwerer wiegen, je geringer das Vermögen durch Eigenkapital finanziert war. Für eine Sicherung des Fremdkapitals im Falle einer negativen Entwicklung der Wirtschaft ist die Funktion des Eigenkapitals als Garantiekapital recht fragwürdig geworden. Man hat daher in anderen Ländern, insbesondere in den USA, eine Depositenversicherung ins Leben gerufen.

Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht die Entwicklung des Eigenkapitals der Banken in bezug auf die Einlagen. Bei der Errechnung der Relationen wurden die Sichteinlagen, die befristeten Einlagen und die Spareinlagen zusammengefaßt.

Eigenkapital in v. H. der Einlagen ¹⁾

Jahr	1913	1929	1934	1939	1951	1957
Quote	51 %	15 %	15 %	10 %	4 %	8 %

 1) Errechnet aus dem Zahlenmaterial der Statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich bzw. der Statistischen Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland (Fundstellen und Erläuterungen s. S. 63, Fußnote 2)

b) Kapitalmarkt und Bankkapital.

In der Gegenwart ist die hauptsächliche Ursache für die Insuffizienz des Eigenkapitals der Banken in den Funktionsmängeln des Kapitalmarkts zu suchen. Für die deutsche Nachkriegswirtschaft ist es charakteristisch, daß der überwiegende Teil des Kapitalaufkommens nicht den Weg zum Kapitalmarkt findet. Es wurden zwar in den vergangenen Jahren beachtliche Investitionen vorgenommen, doch ist die freiwillige Ersparnisbildung nur in verhältnismäßig geringem Umfang beteiligt; der weitaus größere Anteil entfällt auf die Selbstfinanzierung der Unternehmungen und auf die Kapitalbildung der öffentlichen Hand. Abgesehen davon, daß der Kapitalmarkt allein schon im Hinblick auf die geschilderte Situation kein realistisches Bild der gegebenen Lage vermitteln könnte, wird er noch durch dirigistische Maßnahmen des Staates nachhaltig beeinflußt. So wurde z. B. das Zinsniveau auf dem Rentenmarkt lange Jahre künstlich niedrig gehalten, während man gleichzeitig das Konto-Sparen durch Steuervergünstigungen anregte. Für den Kapitalbedarf, der keine Forderung durch den Staat erfährt, gestaltete sich die Erschließung der Finanzierungsquellen insofern schwierig, als die Mittel nur zu relativ hohen Zinssätzen gefunden werden konnten.

Neben der Tatsache, daß die Verbreiterung der Eigenkapitalbasis der Banken in den vergangenen Jahren durch ein ungenügendes Mittelaufkommen gehemmt war, ist noch ein weiteres Mißverhältnis festzustellen. Errechnet man für die einzelnen Jahre nach der Währungsreform von 1948 die Durchschnittsdividenden der deutschen Aktiengesellschaften nach dem groben, aber doch aufschlußreichen Verfahren einer Summierung der Nominaldividenden und einer Division des Resultates mit der Zahl der berücksichtigten Gesellschaften, so ergibt sich im Vergleich, daß die Bankdividenden jeweils mehr oder weniger stark nach oben abweichen, wobei die Kursunterschiede in keinem Verhältnis zum unterschiedlichen Dividendenertrag stehen. Dabei dürfen die Gewinnmargen und Gewinnmöglichkeiten der Industrie doch wesentlich höher veranschlagt werden als die des Bankgewerbes. Normalerweise müßten die Banken am Fuß und die Industriegesellschaften an der Spitze der Dividendenpyramide stehen.

Die Höhe der Dividenden ist unter anderem auch vom Umfang des Eigenkapitals abhängig. Daraus ergibt sich die Feststellung, daß die derzeitigen Spitzendividenden der Banken durch die starke Komprimierung des Eigenkapitals ermöglicht werden. Ein Vergleich der Verhältnisse in der Industrie mit der auf dem bankwirtschaftlichen Sektor vorherrschenden Lage zeigt, daß die Bankdividenden wohl wesentlich niedriger liegen müßten, wenn an beide Bereiche

die gleichen Anforderungen hinsichtlich der Finanzstruktur gestellt würden. Aus dieser Sicht der Dinge sind die überdurchschnittlichen Renditen der Bankaktien ein typisches Merkmal für die vergleichsweise geringe Bemessung des Eigenkapitals.

Diesen auf die Gegenwart abgestellten Betrachtungen sind einige Bemerkungen über die Situation in früheren Jahrzehnten gegenüber zu stellen. Die wirtschaftlichen Wirrnisse nach dem ersten Weltkrieg und die von 1933 - 1945 vom Staat verfolgte Wirtschaftspolitik verhindern jedoch eine aussagefähige Darstellung für diese Zeiträume; man muß somit auf die Jahre vor dem ersten Weltkrieg zurückgreifen. In dem Jahrzehnt von 1904 - 1913 sind Großbankdividenden von zwölf Prozent und ein industrielles Dividendenniveau in doppelter bis dreifacher Höhe festzustellen. Der Kapitalzins belief sich seinerzeit auf ca. vier Prozent, die Aktienrendite aber betrug sechs bis acht Prozent, denn sie enthielt noch eine Risikoprämie. Das waren also im Gegensatz zu heute normale Verhältnisse. Für die Banken allerdings wurde es bei dieser Situation immer schwieriger, Aktien zu placieren, da sie mit der Dividendenpolitik der Industrie nicht Schritt halten konnten. War somit in früheren Jahrzehnten die relativ geringe Dividendenkraft der Banken als wesentliche Ursache für die knappe Bemessung der Eigenkapitalbasis anzusehen, so sind heute die Abnormitäten des Kapitalmarkts selbst den entsprechenden Emissionen hinderlich, obwohl die Bankaktien vergleichsweise eine gute Rendite abwerfen.

Auch die Banken waren in den vergangenen Jahren zur Stärkung der Eigenkapitalbasis auf die Selbstfinanzierung angewiesen. Es läßt sich zwar nicht mit Zahlen belegen, in welchem Umfang Gewinne einbehalten und stille Reserven gelegt wurden. Verfolgt man jedoch die Wertentwicklung der Aktivpositionen der Banken und die Gewinnmöglichkeiten, die vor allem im Kredit- und Effekten-geschäft gegeben waren, so darf unterstellt werden, daß neben dem ausgewiesenen Eigenkapital ein beachtliches Zusatzkapital in Form von stillen Reserven vorhanden ist. So bemerkenswert diese innere Anreicherung auch ist, bleibt ihr Umfang dennoch hinter dem Effekt einer Aktienemission zurück. Wie noch an späterer Stelle auszuführen sein wird, ist das durch stille Reserven gebildete Eigenkapital besonderen Gefahren ausgesetzt.¹⁾ Es kann auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Beschaffung von Eigenkapital ausschließlich mit Hilfe der Selbstfinanzierung dem Sinn der kapitalgesellschaftlichen Finanzierung widerspricht. Außerdem erheben sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus Bedenken insofern, als eine Selbstfinanzierung großen Stils die Lenkung des Kapi-

1) Vgl. Seite 172 ff.

tals an die Stellen der produktivsten Verwendung unterbindet.

Die Emission von jungen Aktien löst eine Reihe betriebswirtschaftlicher Probleme aus. Die emittierten Papiere bringen nicht nur neues Kapital, sondern verursachen auch erhebliche Kosten. Neben dem Aufwand für den Druck der Stücke fallen bedeutende Steuerlasten und Beurkundungsgebühren an, was speziell diesen Finanzierungsvorgang sehr verteuert.

Das Schwergewicht der Erwägungen, die im Zusammenhang mit einer Neuemission angestellt werden, liegt bei den Banken in der Frage der Dividendenpolitik. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß eine Erweiterung des Nominalkapitals eine Senkung des Dividendenniveaus zur Folge hat. Dies müßte in besonderem Maße für die Bankwirtschaft zutreffen, da sich auf diesem Sektor die Ertragskraft durch den Einsatz weiteren Eigenkapitals nicht wesentlich erhöhen wird, jedenfalls nicht in dem Umfang, wie das für andere Bereiche der Wirtschaft erwartet werden kann. Die Banken sind jedoch bestrebt, diese "tragische" Konsequenz der Kapitalerhöhung zu vermeiden. Die Emission junger Papiere wird deshalb grundsätzlich nur unter der Voraussetzung vollzogen, daß die nachhaltige Ertragskraft des regulären Bankgeschäfts günstig zu beurteilen ist.

In Zeiten der ruhigen Fortentwicklung der Wirtschaft ist eine breite Streuung des Aktienbesitzes ein wirksames Mittel gegen die Dynamik der Spekulation und nimmt nicht geringen Einfluß auf die Stetigkeit der Kurse, die von den Banken dringend benötigt wird. Damit soll nicht generell ein negatives Urteil über die Spekulation gefällt werden, denn sie steigert, sofern sie sich in angemessenen Grenzen bewegt, den Börsenumsatz und erzeugt einen aufnahmefähigen Markt. Für die Bankwirtschaft gelten jedoch diese Prinzipien nur mit großen Einschränkungen, da die Bankaktie selbst die Voraussetzungen für eine Spekulation kaum aufweist und im übrigen die Notwendigkeit besteht, das Papier von den Unruhen des Marktes möglichst fernzuhalten.

Unter den zur Zeit noch vorherrschenden Verhältnissen am Kapitalmarkt darf zwar angenommen werden, daß eine Aktienmission die erforderliche Aufnahme findet; es kann aber nicht erwartet werden, daß die Papiere bei direktem Verkauf in "ruhige Hände" kommen. Um derartige Imponderabilien zu umgehen, wurden die Kapitalerhöhungen der Banken in den vergangenen Jahren meist dergestalt vorgenommen, daß die Aktien in Ausnützung der Möglichkeiten nach § 153 AktG einer Gruppe von Großaktionären auf Grund Vertrages übergeben oder abgesprochene Emissionen gegenseitig ausgetauscht wurden.

Wenn man die in den vorausgegangenen Ausführungen erwähnten Ursachen für

die Verringerung der Eigenkapitalquote berücksichtigt, so ist zusammenfassend festzustellen, daß diese Bilanzposition ein deutliches Bild von der besonderen Gestaltung der finanziellen Strukturverhältnisse der Banken vermittelt und gleichzeitig auf gewisse pathologische Erscheinungen des Kapitalmarkts schließen läßt.

3. Die Depositen als Finanzierungsmittel

a) Quellen und konjunkturelle Entwicklungstendenzen der Depositen unter Berücksichtigung von Kaufkraftschwankungen.

Auf der Passivseite der Bankbilanzen sind neben dem Eigenkapital vor allem die Einlagen von Interesse. In den nachfolgenden Ausführungen werden nur die von der Nicht-Banken-Kundschaft unterhaltenen Sichteinlagen und befristeten Einlagen berücksichtigt; den Spareinlagen ist im Hinblick auf ihre Besonderheiten ein separater Abschnitt gewidmet.¹⁾

Die Frage der Entstehung der Einlagen gehört zu den vieldiskutierten Problemen der volks- und bankwirtschaftlichen Theorie. Um eine Klärung der inneren Zusammenhänge hat sich insbesondere die moderne Kredittheorie bemüht. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht geht die Grundkonzeption dieser Lehrmeinungen davon aus, daß die Aktiv- und die Passivseite der Bilanz in einem wechselseitigen Ursache-Wirkungsverhältnis stehen und bestimmte Vorgänge auf der Passivseite zwangsläufig ebenso ihren Ausdruck auch auf der Aktivseite finden, wie sich umgekehrt Bewegungen innerhalb der Aktiven auch in den Passiven niederschlagen müssen. Da dieser Problemkreis, wie bereits angedeutet, in engstem Zusammenhang mit der Betätigung der Banken im Kreditgeschäft steht, wird erst an späterer Stelle darauf zurückzukommen sein.²⁾

Die Quellen, aus denen die Einlagen der Banken fließen, sind äußerst vielgestaltig; ebenso zahlreich sind die Motive der Einleger. Wenn nun eine Gruppierung nach einheitlichen Gesichtspunkten nicht durchführbar ist, so erscheint es zunächst kaum möglich, aus einer bestimmten Entwicklung der Einlagen ohne nähere Kenntnis der jeweils vorherrschenden gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse eindeutige Schlüsse zu ziehen. Es ist somit lediglich spekulativ feststellbar, welche wirtschaftliche Momente z. B. ein Wachstum der Einlagen dokumentieren

1) Vgl. Seite 87 ff.

2) Vgl. Seite 112 ff.

kann; welche Aussagen dann für eine bestimmte Situation zutreffen, muß erst unter Berücksichtigung der zeitbedingten Umstände geklärt werden.

Für die weitere Untersuchung ist es erforderlich, die gesamten Einlagen gedanklich in drei Gruppen einzuteilen. Es sind zu unterscheiden:

- 1) die Geschäftsgelder, d. s. solche Einlagen, die aus Kassenreserven der Betriebe stammen und dem Zahlungsverkehr oder der Rücklagenbildung dienen;
- 2) die Kapitalertragsgelder, die sich aus Zins- und Dividendenerträgen zusammensetzen und
- 3) die Gehaltsgelder von Beamten und Angestellten, die jeweils zur Bestreitung des Lebensunterhalts zum Großteil wieder abdisponiert werden.

Die überragende Bedeutung, die in der modernen Wirtschaft dem bargeldlosen Zahlungsverkehr zukommt, führt zwangsläufig dazu, daß ein Großteil der von der Güterseite verursachten Geldzirkulation über die Banken läuft. Die Geschäftsgelder verkörpern die Produktions- und Handelserlöse der Wirtschaft und stehen damit hinsichtlich ihres nominellen Ausmaßes in funktionellem Zusammenhang mit dem Preisniveau auf den Gütermärkten bzw. dem Beschäftigungsgrad in den einzelnen Zweigen der Wirtschaft. Das Problem der Schwankungen der Kaufkraft des Geldes einerseits und der volkswirtschaftlich richtigen Geldmenge andererseits findet somit bei den Banken eine bedeutsame Lokalisierung.

Für die weitere Betrachtung ist davon auszugehen, daß die Geld- und die Güterseite der Wirtschaft in einem wechselseitigen Korrelationsverhältnis stehen. Die Grundlage aller Kaufkraftänderungen ist in einer Verschiebung des Verhältnisses von Nominaleinkommen und Gütermenge zu sehen.¹⁾ Eine Wirtschaftspolitik, die sich eine Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes zum Ziele setzt, wird somit stets darauf bedacht sein müssen, durch Variation der gesamtwirtschaftlich wirksamen Geldmenge eine gleichlaufende Proportionalität zwischen den Nominaleinkommen und dem Sozialprodukt herzustellen. Der Begriff "gesamtwirtschaftlich wirksame Geldmenge" schließt in der hier gebrauchten Fassung allein an volkswirtschaftlich relevante Daten an. Als gesamtwirtschaftlich wirksame Geldmenge ist somit nur die auf den Gütermärkten tatsächlich erscheinende Kaufkraft anzusehen. Es handelt sich dabei einerseits um die von den Wirtschaftssubjekten eingesetzte Notalgeldmenge und andererseits um die eingesetzte Giralgeldmenge mit den jeweils spezifisch-unterschiedlichen Umlaufgeschwindigkeiten. Die marktdurchlaufende Giralgeldmenge kann nicht

1) Vgl. Lütge F., a. a. O., S. 57

aus den Depositenbeständen der Banken allein hergeleitet werden, da sie einmal über deren Ausmaß hinausgehen kann, ein andermal mehr oder weniger erheblich darunter bleibt. Hierzu ist erläuternd festzustellen, daß die auf den Märkten erscheinende Giralgeldmenge nicht nur von den Depositen der Banken bestimmt wird, sondern ebenso von den ausgereichten Krediten. Es wird noch an späterer Stelle zu erörtern sein, daß sowohl die Depositenbestände, wie auch die ausgereichten Kredite in vollem Umfang als Kaufkraft Gelddienste verrichten können.¹⁾ Andererseits ist es nicht ausgeschlossen, oder besser, entspricht es der Erfahrung, daß ein in der Regel beachtlicher Teil der Depositen keine Gelddienste verrichtet und somit der Fortgang zuzurechnen ist. Man muß sich darüber bewußt sein, daß der Begriff der "gesamtwirtschaftlich wirksamen Geldmenge" für statistische Zwecke aus praktischen Gründen nicht verwendbar ist. Die statistische Geldmengenmessung ist somit gezwungen, sich an die Depositenbestände in den Bankbilanzen als formales Datum zu halten.²⁾

Wenn in der marktwirtschaftlichen Ordnung offensichtlich immer die Möglichkeit eingeschlossen ist, daß die Geld- und die Güterseite in gewisse Disproportionalitäten zueinander geraten, so muß es in diesem Zusammenhang interessant erscheinen, den Folgerungen nachzugehen, die sich daraus für die Einlagen bei den Banken ergeben.

Das Problem der Einlagen bei den Banken, wie es sich heute darstellt, ist entsprechend der Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs relativ jung und besteht in dreifacher Hinsicht. Es handelt sich dabei um das Wachstum, die Schrumpfung und die Umschlagshäufigkeit der Einlagen. Die Erfahrungstatsachen beweisen, daß diese außerordentlichen Bewegungen der Einlagen von dem Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur abhängig sind.

Wie bereits erwähnt, sind die Geschäftsgelder als Ausdruck der Preise anzusehen. Jede inflatorische Entwicklung³⁾ ist durch eine Disproportionalität zwischen der Geld- und der Güterseite gekennzeichnet, wobei die gesamtwirtschaftlich wirksame Geldmenge (der Umfang des Nominaleinkommens) bei gleichbleibender Gütermenge bzw. über die Menge des gleichzeitig gesteigerten Sozialprodukts hinaus vermehrt wird. Die Wirkung einer Geldmengenvermehrung ist von

1) Vgl. S. 112 ff.

2) Vgl. hierzu den Begriff "aktive Geldmenge" in den Berichten der Deutschen Bundesbank.

3) Bezüglich der Verwendung der Begriffe "inflatorisch" und "inflationistisch" vgl. Lütge F., a. a. O., S. 57

dem in der Wirtschaft vorherrschenden Beschäftigungsgrad abhängig. Zu Beginn eines Konjunkturaufstiegs stehen in der Regel noch umfangreiche Produktivkräfte bereit, die während der Depression ungenutzt blieben. Die einsetzende inflatorische Bewegung ist damit vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus jedenfalls zunächst als ein Gesundungsprozeß anzusehen, da alle überhaupt eingliederbaren Produktionsfaktoren, soweit nicht strukturelle Hemmnisse entgegenstehen, eingegliedert werden.

Während dieses Reflationsprozesses zeigen die Einlagen bei den Banken grundsätzlich ein bemerkenswertes Wachstum. Die Erhöhungen sind aber nicht auf Preissteigerungen zurückzuführen, sondern finden vielmehr ihre Rechtfertigung durch die mit Hilfe einer verbesserten Geldversorgung der Wirtschaft erzielte Vermehrung des Sozialprodukts bei wachsendem Beschäftigungsgrad. In dieser Periode weisen die Einlagen neben der Steigerung eine außerordentlich hohe Umschlagshäufigkeit auf, was in bankbetrieblicher und volkswirtschaftlicher Hinsicht sehr bedeutsam ist. Für den Verlauf der Entwicklung ist es nämlich bezeichnend, daß die Barumlaufrate relativ abnimmt. Die zunehmende Bedeutung, die den Geschäftsgeldern während des Konjunkturaufstiegs im Rahmen der gesamten monetären Zirkulation zukommt, führt zu einer Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Für die einzelnen Banken bedeutet das gleichzeitig, daß ein größerer Teil der Geldbewegungen durch Umschreibung von Konto zu Konto vollzogen werden kann, wobei also die Liquidität nicht berührt wird. Mit dieser relativen Senkung der Barumlaufrate und Bardeckungsquote erhalten die Banken grundsätzlich einen größeren Spielraum für die Geldschöpfung.¹⁾

Verfolgt man die dargelegte Entwicklung im Sinne einer idealtypischen Konstruktion weiter, so kommt im weiteren Verlauf des Aufschwungs dennoch der Zeitpunkt, da alle an sich eingliederbaren Produktionsfaktoren eingegliedert sind. Da nunmehr die Vollbeschäftigung erreicht ist, führt eine fortdauernde Vermehrung des Geldvolumens *ceteris paribus* zwangsläufig zu einem Absinken der Kaufkraft durch Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus. Diese Momente bewirken nochmals, und zwar mit größerer Intensität als zuvor, eine Erhöhung der Einlagen bei den Banken, wobei zu beachten ist, daß der Konnex zur Entwicklung der Güterseite im Hinblick auf die Preissteigerungen in zunehmendem Maße verloren geht. Unterstellt man, daß infolge der Vollausslastung der Produktivkräfte in den Zuwachsraten des Sozialproduktes gewissermaßen ein

1) Vgl. auch S. 112 ff.

Sättigungspunkt erreicht ist, so wird daraus erklärlich, daß sich die Umsatzenschnelligkeit der auf hohem Stand gehaltenen Einlagen vermindert. Ein nicht unbedeutender Betrag der Einlagen nimmt dabei den Charakter von Spareinlagen an, was zum Teil nach außen hin nicht sichtbar wird, da die Bestände weiterhin formell auf Sicht geführt werden, zum Teil jedoch dadurch deutlich in Erscheinung tritt, daß die befristeten Einlagen zunehmen. Die Wirtschaft ist damit in eine Überliquidität hineingewachsen, so daß die vorhandenen Geldmittel an sich nicht mehr in vollem Umfang zur Bewältigung des Gütervolumens benötigt werden.

In einem Land, das so reiche Inflationserfahrungen wie Deutschland hat, ist es jedoch bekannt, daß seitens des Staates stets versucht wird, die Auswirkungen einer Inflation durch Preisbindung zu verhindern. Es entsteht daraus notwendigerweise ein Geldüberhang, den man in die volkswirtschaftlichen Sparkanäle abzudrängen versucht. In dieser Situation ergibt sich somit in weit größerem Umfang als bei Preiselastizität ein enormes Wachstum der Einlagen bei den Banken, das noch dazu beständiger ist.

Der Inflationierungsprozeß kann entweder unter der Voraussetzung einer gegebenen Preiselastizität oder unter der Annahme gebundener Preise betrachtet werden.¹⁾ Im erstgenannten Fall sind die Folgeerscheinungen zunächst noch als Übersteigerung des Zustandes, wie er aus inflationären Bewegungen entsteht, anzusehen. Der weitere Fortgang lehrt jedoch die Wirtschaftssubjekte, daß auf Preissteigerungen weitere Preissteigerungen folgen, was nicht zuletzt auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte selbst zurückzuführen ist. Aus der Erfahrung, daß heute noch billiger gekauft wird als morgen, entsteht die Flucht in die Sachwerte. Damit hat die Wirtschaft endgültig das Vertrauen auf den Bestand der Währung aufgegeben. Diese Zersetzung des Vertrauens zum Geld richtet sich zwangsläufig auch gegen die Banken. Tatsächlich werden nun in solchen Zeiten die Einlagen von den Banken in bis dahin ungekanntem Ausmaß abgezogen, was einestails auf die übersteigerte Investitionsneigung, andernteils auf den Zweifel an der Zahlungsfähigkeit der Banken zurückzuführen ist. Dieser Run kann natürlich von den Banken nicht durchgestanden werden, weshalb in dieser Situation hoheitliche Hilfeleistung unabdingbar wird.

Hatte man die Inflation dadurch verschleiert, daß die Preise aufgrund staatlicher Anordnung fixiert wurden, wobei ohne Rationierungsmaßnahmen auf der Güterseite nicht auszukommen ist, so wirkt sich die Überliquidisierung bei den Ban-

1) Vgl. Lukas E., a. a. O., S. 46 ff.

ken dadurch aus, daß die Einlagen mehr oder weniger unausgesetzt wachsen und dabei gleichzeitig geradezu eine Trägheit in der Bewegung aufweisen. Diese speziell für den Fall eines Krieges bekannte Erscheinung wird in ihrem Wesen auch dadurch nicht erheblich beeinträchtigt, daß sich ein sog. schwarzer Markt bildet. Die Wirkungsmöglichkeit der damit dennoch auftretenden Preiserhöhung ist gesamtwirtschaftlich begrenzt, da der illegale Handel unter Strafverfolgung gestellt ist und das auf diese Weise erscheinende Angebot hinsichtlich des Umfanges nicht ausreicht. Zur Wiederherstellung gesunder Wirtschaftsverhältnisse ist in dieser Situation eine Beseitigung des Geldüberhanges unumgänglich; somit müssen Maßnahmen ergriffen werden, die eine Reform der Währungsverhältnisse bewirken. Es versteht sich von selbst, daß die Einlagen bei den Banken als ein wesentlicher Teil des Giralgeldvolumens von einem derartigen Eingriff nicht ausgenommen werden können. Die Abwertung und Neuordnung der Währung führt damit zwangsläufig auch zu einer außerordentlichen Schrumpfung der Einlagen.

Mit den vorangegangenen Ausführungen sollten die Vorgänge umrissen werden, die in der jüngeren Geschichte der deutschen Bankwirtschaft auf die Entwicklung der Einlagen entscheidenden Einfluß genommen haben. Einer Zwangsläufigkeit gewisser konjunkturzyklischer Bewegungen kann auf Grund der Erkenntnisse der modernen Forschung nicht mehr das Wort gesprochen werden. Das würde nämlich bedeuten, daß die Wirkungsmöglichkeit der für die Wirtschaftspolitik zuständigen Stellen, insbesondere des Staates, ignoriert wird. Es gehört nicht nur zu den Forderungen die an eine aktive und systemgerechte Konjunkturpolitik gestellt werden, sondern liegt entsprechend den Erfahrungen der Wirtschaftsentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg auch durchaus im Bereich der wirtschaftspolitischen Möglichkeiten, daß eine Konjunktur auf hohem Stand konsolidiert wird. Zu dem Programm einer Wirtschaftspolitik, die in dieser Richtung verläuft, zählt auch die Werterhaltung der von der Wirtschaft bei den Banken unterhaltenen Einlagen.

Die jeweilige Bedeutung der Einlagen für die Passivfinanzierung der allgemeinen Kreditbanken wird von der nachfolgenden Tabelle illustriert. Bei der Errechnung der Relationen wurden die Sichteinlagen, die befristeten Einlagen und die Spareinlagen zusammengefaßt.

Einlagen in v. H. der Bilanzsumme ¹⁾

Jahre	1913	1929	1934	1939	1951	1957
Quote	32 %	58 %	57 %	67 %	63 %	57 %

In der bisherigen Darstellung wurde stillschweigend davon ausgegangen, daß die Vermehrung der Geldmenge und damit der Einlagen auf eine autonome Schöpfung zurückzuführen sei. Die Prozesse des Wachstums und der Schrumpfung der Einlagen können jedoch vielfältige Ursachen haben, die im einzelnen nicht berücksichtigt werden können. Dabei sei z.B. nur der Einfluß von Auslandsguthaben erwähnt, die häufig im Hinblick auf politische Gründe bewegt werden. Ebenso bedeutsam wäre eine Änderung in der Verwendung der Einkommen seitens der Wirtschaftssubjekte usw. Innerhalb des hier gezogenen Rahmens kommt es nicht darauf an, alle möglichen Fälle zu berücksichtigen, die zu einer Bewegung der Einlagen führen. Wesentlich ist vielmehr der Hinweis darauf, welche Aussagen die Einlagen über das volkswirtschaftliche "standing" vermitteln. Den vorangegangenen Ausführungen war zu entnehmen, daß die Entwicklung der Einlagen bei den Banken in enger Verbindung zu dem Verhältnis zwischen dem Geldsektor und dem Gütersektor der Wirtschaft steht. Da die Frage der Geldversorgung einer Volkswirtschaft in hohem Maße von der Betätigung der Banken im Kreditgeschäft bestimmt wird, darf es als erwiesen gelten, daß auch die Einlagen von dem Fortgang des Aktivgeschäftes der Banken nachhaltig beeinflußt werden. Wenn auch nicht ausschließlich, so ist der monetäre Bereich der Wirtschaft doch stets ein ausschlaggebender Bestimmungsgrund für den Verlauf der Konjunktur; insofern bilden somit auch die Bankbilanzen näherungsweise ein Spiegelbild von der konjunkturellen Entwicklung. Wollte man allerdings die Entwicklung der Einlagen als eindeutigen Gradmesser für den erreichten Konjunkturstand einer Volkswirtschaft ansehen, so wäre darin eine Überforderung der Erwartungen, die an die Aussagefähigkeit der Bankbilanzen gestellt werden können, zu sehen. Es kann z.B. bei der Betrachtung von Bankbilanzen nicht unterschieden werden, wann eine inflatorische Bewegung in eine Inflation ausartet. Wie für alle volkswirtschaftlichen Urteile genügt auch hier nicht die Kenntnis eines einzelnen Moments; es müssen dazu sämtli-

¹⁾ Errechnet aus dem Zahlenmaterial der Statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich bzw. der Statistischen Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland (Fundstellen und Erläuterung s. S. 63, Fußnote 2)

che Begleitumstände und Wirkungsverhältnisse berücksichtigt werden.

Nach diesen vorwiegend auf die Geschäftsgelder zugeschnittenen Ausführungen sind die Kapitalertragsgelder zu erwähnen. In diese Gruppe fallen die Zins- bzw. Dividendenerträge; es sollen aber auch alle die Gelder dazu gerechnet werden, die aus dem Verkauf von Effekten stammen oder Neigung zur Festlegung in Effekten haben. Mit dieser Beschreibung der in Betracht kommenden Mittel ist bereits ausgedrückt, daß das Verhältnis der Einlagen zum Kapitalmarkt zu untersuchen ist.

Nimmt man eine gewisse Vergrößerung der realen Gegebenheiten in Kauf, so können die auf dem Kapitalmarkt erscheinenden Personen wie folgt unterschieden werden:

- 1) Der Effekten-Investor, worunter der Käufer von Effekten zu verstehen ist, der von machtpolitischen oder geschäftlichen Bindungsinteressen geleitet wird.
- 2) Der Rentier, der eine rentable Anlage seiner Mittel verfolgt.
- 3) Der Spekulant, der kauft und verkauft, um mit Hilfe der meist kurzfristigen Transaktionen Gewinn zu erzielen.

Verfolgt man nun das Verhalten dieser Personengruppen gegenüber der Entwicklung des Kapitalmarktes, so kann für den Effekten-Investor unterstellt werden, daß er relativ unempfindlich ist. Dieser Interessent wird grundsätzlich "seine" Effekten kaufen, wobei sein Gewinn in erster Linie im Erwerb des Herrschaftsrechts begründet ist. Der Effekten-Investor wird somit stets solange zu einem Abzug der Einlagen tendieren, bis der gewollte Zweck erreicht ist.

Der Rentier dagegen orientiert sein Interesse für bestimmte Papiere vor allem an deren Ertrags- und Substanzwert. Unter den derzeitigen Verhältnissen wird das Kapitalangebot zum überwiegenden Teil von den großen Kapitalsammelstellen, d. h. von den Trägern der Sozialversicherung, den privaten Versicherungsgesellschaften etc. dargestellt. Diese Institutionen sind aufgrund gesetzlicher bzw. satzungsmäßiger Regelung gehalten, einen bestimmten Teil ihres Kapitalaufkommens in vorgeschriebenen Rentenwerten anzulegen. Durch das Übergewicht der institutionellen Nachfrage gegenüber dem privaten Kapitalbesitz ist die Wirkung bestimmter Entwicklungen des Kapitalmarkts auf die Einlagen nicht mehr so eindeutig nachweisbar wie früher. Dennoch bleibt die grundsätzliche Einstellung des Rentiers die, nur in Effekten "einzusteigen", wenn sich die Anlage vergleichsweise lohnt. Als Vergleichsbasis kommen dabei die Zinssätze in Betracht, die für befristete Einlagen und Spareinlagen zu

erhalten sind. Die zur Wirkung gelangenden Tendenzen sind damit bereits ersichtlich: Steht der Kapitalmarkt unter gedrückten Ertragsverhältnissen, d. h. ist die erzielbare Nettorendite relativ gering bemessen, so sammelt sich das an sich bereitstehende Kapitalangebot in den Vorhöfen des Kapitalmarkts an. Zu diesen Vorhöfen sind speziell auch die Einlagenkonten bei den Banken zu rechnen. Bei angemessener Graduierung der Zinssätze dagegen wird das für den Kapitalmarkt einsatzbereite Angebot nicht zurückgestaut und bietet sich tatsächlich für den Effektenkauf an.

Der Spekulant schließlich ist im Gegensatz zum Effekten-Investor der empfindlichste Interessent am Kapitalmarkt. Seine Effekten sind die Aktien, die er aber nicht kauft, um sein Kapital rentabel angelegt zu haben: ihm geht es vielmehr nur darum, eine Kurssteigerung mitzumachen. Ist der Zweck erfüllt, werden die Papiere wieder abgegeben. Im Hinblick auf die vielfältigen Motive, die das Verhalten des Spekulanten im Falle von Kurssteigerungen bzw. Kursenkungen bestimmen können, lassen sich die Auswirkungen derartiger Schwankungen auf die Einlagen nicht festlegen.

Betrachtet man demgegenüber die Gehaltsgelder, so lassen sich daraus aufschlußreiche Feststellungen über die einkommenswirtschaftliche Situation der Lohn- und Gehaltsempfänger ableiten. Es ist dabei allerdings zu berücksichtigen, daß man in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere den USA, von einer generellen bargeldlosen Entlohnung des Arbeiters noch weit entfernt ist. Somit können praktisch nur die Gehaltskonten der Beamten und derjenigen Angestellten beobachtet werden, die ihre Bezüge bargeldlos erhalten. Wenn zwar damit eine erhebliche Einschränkung hinsichtlich der Einblicksmöglichkeit verbunden ist, so dürfen die in Betracht kommenden Konten doch als bedingt repräsentativ für die Lage der unselbständigen Beschäftigten angesehen werden.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die im Wege der bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlung bei den Banken entstehenden Einlagen jeweils zur Alimentierung der Lebenshaltungskosten wieder abgezogen werden. Bleiben dagegen von den eingehenden Bezügen beachtenswerte Beträge auf den Konten stehen, so können insgesamt vielfältige Motive wirksam sein, die für den Einzelfall nicht erfaßbar sind. Aus den vorangegangenen Ausführungen über die Wirkung einer inflationistischen Entwicklung ist zu entnehmen, daß im Falle der Rationierung und Preisbindung auch die Lohn- und Gehaltskonten ein fortgesetztes Wachstum aufweisen. Sieht man von dieser Anomalie ab, so bleibt ein bestimmter Teil der Löhne und Gehälter jedenfalls nur deshalb auf den Konten stehen, weil grundsätzlich Vertrauen zur wirtschaftlichen Entwicklung, zum Geld und damit auch zu den Banken besteht. Für diesen Fall ist insbesondere ein günstiger Reallohn anzuneh-

men, da der entsprechende Anteil am Sachgüternvorrat nicht in vollem Umfang für die laufende Lebensführung benötigt wird.

Im Rahmen einer Betrachtung der Löhne und Gehälter unter konjunkturellen Gesichtspunkten ist aufgrund der Erfahrung festzustellen, daß sich die Voraussetzungen für günstige Reallöhne in dem Maße positiv gestalten, wie die Wirtschaft der Vollbeschäftigung zustrebt. In einer unterbeschäftigten Wirtschaft, d. h. im Falle weit verbreiteter Arbeitslosigkeit bietet sich das Arbeitspotential einer Volkswirtschaft grundsätzlich auch zu den Löhnen an, die das Existenzminimum gewährleisten. Erst bei erhöhtem Beschäftigungsstand, wenn sich also auf dem Arbeitsmarkt bereits Mangelerscheinungen bemerkbar machen, werden die Lohn- und Gehaltsregelungen in das kämpferische Spannungsfeld gewerkschaftlicher und unternehmerischer Lohnpolitik einbezogen. Aufgabegemäß ist es stets das Bestreben der Arbeitnehmerorganisationen, dem vertretenen Personenkreis möglichst optimale Arbeitseinkommen und -bedingungen zu verschaffen. Unterstellt man, daß in einer Volkswirtschaft die Vollbeschäftigung bei anhaltend prosperativer Entwicklung erreicht wurde, so bestehen für die Tätigkeit der Gewerkschaften günstige Voraussetzungen. Es ist dann jedenfalls leichter als in depressiver Zeiten, Lohn- und Gehaltserhöhungen durchzusetzen, die mindestens auf kurze Sicht eine Verbesserung der Realeinkommen bewirken können.

Eine volkswirtschaftliche Beurteilung der auf den Gehaltskonten verbleibenden Mittel kann nicht übersehen, daß diese Einlagen, die im Moment nicht für den Lebensunterhalt oder sonstige Anschaffungen eingesetzt werden, den Keim zur Inflationierung in sich tragen. Die Tatsache, daß die Einlagen praktisch jederzeit als effektive Kaufkraft auftreten können, wobei dann grundsätzlich Tendenzen zu Preissteigerungen primär auf dem Konsumgütermarkt wirksam werden, ist in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben. Abgesehen davon, verdient es vom bank- und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus steter Beachtung, daß sich aus einer Erhöhung der Einlagen eine verbesserte Ausstattung der Krediteinweisungsfähigkeit der einzelnen Banken ergibt. Gesteigerte Inanspruchnahme von Krediten mit tendenzieller Senkung des Zinses bedeutet Vermehrung der wirksamen Geldmenge, woraus bei gleichbleibenden übrigen Daten eine zumindest inflationäre Entwicklung entsteht.

Mit den bisherigen Ausführungen wurde das Ziel verfolgt, solche potentiellen Wirkungsfaktoren, die zu einer volkswirtschaftlich relevanten Bewegung der Einlagen führen können, herauszustellen. Dabei konnte auf die gedankliche Trennung von Geschäftsgeldern, Kapitalertragsgeldern und Gehaltsgeldern nicht verzichtet werden. In der Praxis läßt sich natürlich aus den Bankbilan-

zen eine separierte Entwicklungsübersicht dieser Einlagearten nicht gewinnen, da die Gelder ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Zweckes gesammelt ausgewiesen werden. Dies bedeutet jedoch grundsätzlich noch keine Schmälerung der Erkenntnismöglichkeiten. Faßt man zusammen, so ist die Entwicklung der Einlagen bei den Banken jedenfalls ein Ergebnis

- 1) der konjunkturellen Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Preise;
- 2) der Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt, wobei dem Zins eine ausschlaggebende Rolle zukommt;
- 3) der Beschäftigungslage der Wirtschaft und der Situation der Lohn- und Gehaltsempfänger.

b) Betriebswirtschaftliche Bestimmungsfaktoren.

Wendet man sich nun den Momenten zu, die aus einer betriebswirtschaftlichen Sicht der Dinge aus den Bankbilanzen entnommen werden können, so ist hierzu vorweg festzustellen, daß die Aussagefähigkeit wesentlich geringer ist. Anknüpfend an die vorangegangenen Darlegungen über die Einlagearten, ist es für jede Geschäftspolitik entscheidend zu wissen, aus welchen Bereichen der Volkswirtschaft die Einlagen stammen und welchem Zweck sie dienen sollen. Wie bereits erwähnt, lassen sich zu dieser Frage keine Anhaltspunkte aus der Bilanz entnehmen; der Bankier selbst ist jedoch bei Beobachtung der Kontenentwicklung durchaus in der Lage, sich ein Bild von den Vorgängen zu schaffen.

Kennt man die Zusammensetzung der Einlagen, so können auf Grund der Erfahrung näherungsweise Angaben darüber gemacht werden, wie sich die Gelder auf kurze Sicht bewegen werden. Für die einzelne Bank ist es insbesondere wesentlich, in welchem Tempo die Umsätze vor sich gehen und in welchem Umfang in bar disponiert wird. Es geht also um das Passivrisiko der Banken, d. h. um die Sicherheit der bankgeschäftlichen Tätigkeit, die primär stets vom Fremdkapital bestimmt wird.

Aus der Beobachtung der Bardispositionen und der Umsatzschnelligkeit können Feststellungen über die innere Liquidität der Einlagen abgeleitet werden. Die Verwendung des Begriffs "Liquidität" erscheint zunächst in diesem Zusammenhang etwas ungewöhnlich; es ist jedoch davon auszugehen, daß die Einlagen bei den Banken Vermögensteile der Einleger sind. Die Untersuchung der inneren

Liquidität zielt darauf ab, Kenntnis darüber zu erhalten, in welchem Grade von der Liquidierbarkeit, d. h. der Zurückwandlung in Bargeld, Gebrauch gemacht wird. Man könnte nun geneigt sein, anzunehmen, daß die Banken an möglichst geringen Umsätzen der Einlagen interessiert seien, um damit eine beständige Grundlage für ihre Aktivgeschäfte zu gewinnen. Abgesehen jedoch davon, daß die Umsatztätigkeit auf den Einlagekonten für die Banken eine wesentliche Rentabilitätsfrage darstellt, ist einer derartigen Auffassung entgegenzuhalten, daß eine Umsatzstagnation auf eine ungesunde Entwicklung des Werteflusses in der Wirtschaft hinweist. Zeigen die Einlagen verminderte Umsätze, so kann grundsätzlich angenommen werden, daß auch die Umsatztätigkeit der Debitoren zurückgegangen ist. Damit ergeben sich aber für die Banken hinsichtlich der Liquidität, der Sicherheit und der Rentabilität bedeutsame betriebswirtschaftliche Probleme. Es ist also auch unter Berücksichtigung des Passivrisikos zu unterstellen, daß die Banken eine andauernde lebhaftere Umsatztätigkeit begrüßen.

Je mehr Gleichläufigkeit die Umsätze auf den Einlagekonten im Soll und Haben aufweisen, desto geringer ist grundsätzlich das Passivrisiko zu veranschlagen. Es kann nämlich dann erwartet werden, daß der bankwirtschaftlich äußerst bedeutsame Bodensatz an Einlagen erhalten bleibt. Dieser Bodensatz, d. h. der Betrag von Einlagen, für den eine gewisse Beständigkeit angenommen werden kann, ist für das Aktivgeschäft der Banken, vor allem für ihre Tätigkeit auf dem Kreditsektor, ausschlaggebend.

In der Fachliteratur wird zuweilen die Auffassung vertreten, daß das Kreditvolumen der Banken durch den Einlagenbestand nicht bestimmt wird.¹⁾ Diese Auffassung scheint nun der eben noch erwähnten Bedeutung der Einlagen für das Kreditgeschäft entgegenzustehen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die moderne Kredittheorie auf dem Wirken der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge aufbaut. Die Dinge müssen eine andere Beurteilung erfahren, wenn die betriebswirtschaftlichen Daten eines Einzelinstituts berücksichtigt werden sollen. Einer der bekanntesten Vertreter der modernen Kredittheorie schreibt dazu, daß sich zwar das Kreditvolumen nicht nach dem Depositenbestand bemißt; gleichzeitig wird jedoch anerkannt, daß der Anteil der einzelnen Bank an dem Kreditvolumen sehr wohl von ihrem Anteil am Depositenvolumen abhängig ist.²⁾ Auf diese Lehren wird noch im Zusammenhang mit den Ausführ-

1) Vgl. z. B. Wicksell K., Geldzins und Güterpreise, Jena 1898
(s. auch S. 119)

2) Vgl. Gestrich H., Kredit und Sparen, Bad Godesberg 1947, S. 190

rungen über die Debitoren zurückzukommen sein. ¹⁾

Im Rahmen der Umsatztätigkeit auf den Einlagekonten bedürfen die Bardispositionen einer sorgfältigen Beachtung. Für jede Bank ist es in hohem Maße entscheidend, in welchem Umfang ihr Bargeld abverlangt wird. Damit wird die Frage der Liquidität der Banken berührt, die ihr Gepräge aus der Gestaltung der Aktivseite der Bilanz erhält. Demnach ist also das Kreditpotential einer Bank grundsätzlich um so geringer, je größer der Anteil der Barabhebungen an den gesamten Verfügungen über die Einlagen ist.

Im Gegensatz zu diesen Kriterien, die aus der Bankbilanz nicht unmittelbar entnommen werden können, sind bezüglich der Befristung der Einlagen gewisse Anhaltspunkte gegeben. Die Würdigung der Einlagen für das Aktivgeschäft könnte zu der Annahme verleiten, daß die Banken auf jeden Fall an möglichst umfangreichen langfristigen Mitteln interessiert seien. Nun lehrt die Praxis jedoch, daß die in der Bilanz ausgewiesene Befristung nur formeller Natur ist. Nicht selten bleiben Sichteinlagen langfristig stehen, wie umgekehrt befristete Einlagen vorzeitig abfließen. Abgesehen von diesen Umständen ist zu berücksichtigen, daß die Einlagen für die Banken ein Kostenfaktor sind und damit die Rentabilität beeinflussen. In einer Volkswirtschaft bzw. bei einem Konjunkturstand mit geringer Barabhebungsquote ist für die einzelne Bank ein relativ großes Volumen von befristeten Einlagen geradezu unerwünscht. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die den Einlagen gewährte Verzinsung als Geldbeschaffungskosten anzusehen sind, ein Aufwand also, der im Hinblick auf die angenommene geringe Barabhebungsquote nicht erforderlich wäre und durch die Tatsache seines Bestehens die Zinsspanne verkleinert. Besteht im Gegensatz dazu eine relativ hohe Barabhebungsquote, so darf dies gleichzeitig als Hinweis darauf gewertet werden, daß der "Vorliebe für Liquidität" große Bedeutung zukommt. Die Wirtschaft wird somit ohnehin nur in vergleichsweise geringem Ausmaß bereit sein, die Gelder mit einer Befristung zu binden.

Ist nun für die Banken normalerweise ein hoher Anteil der befristeten Einlagen an den Gesamteinlagen unter Rentabilitäts Gesichtspunkten nicht erstrebenswert, so bleibt noch die Frage offen, ob die Dinge vom Standpunkt der Liquidität aus nicht anders zu beurteilen sind. Jedenfalls steht es zunächst rein theoretisch fest, daß befristete Einlagen nicht in dem Maße einer fortwährenden Liquiditätsvorsorge bedürfen wie Sichteinlagen. In der Praxis sind jedoch befristete Einlagen, die länger als ein Jahr laufen, äußerst selten. Der weitaus überwiegende

¹⁾ Siehe Seite 112

Teil der Termingelder war schon von jeher mit einer Laufzeit von sechs Monaten bis maximal einem Jahr angelegt. "Es handelt sich also keineswegs um Gelder, über die zu verfügen die Deponenten auf einen Zeitraum verzichtet haben, der für die Abtragung eines langfristigen Kredits erforderlich ist, sondern vielmehr um Depositen, die in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder fällig werden können. Es ist ein Irrtum, wenn diese befristeten Depositen ohne weiteres als Spargelder oder als spargeldähnliche angesehen werden.¹⁾ Abgesehen davon, daß die befristeten Einlagen mitunter vorzeitig zurückgeholt werden, was die Banken aus naheliegenden Gründen im Einzelfall nicht gut ablehnen können, ist es aus den praktischen Gegebenheiten heraus allein schon erklärlich, daß diese Gelder in der Liquiditätspolitik der Institute grundsätzlich nicht ausgeklammert werden, d. h. es werden vorsorglich mehr liquide Mittel unterhalten, als unter Berücksichtigung der formellen Einlagenbefristung erforderlich wären.

Die in der Bankenkrise von 1931 gemachten Erfahrungen waren Anlaß dafür, daß der Staat auf die Gestaltung der Liquidität bei den Banken Einfluß nahm.²⁾ Bereits im KWG ist die Einführung einer Mindestreservenpflicht vorgesehen; es wurden jedoch hierzu keine Durchführungsbestimmungen erlassen. Die seit der Neuordnung der Währung im Jahre 1948 gültige Regelung findet heute ihre Rechtsgrundlage im Bundesbank-Gesetz. Demnach bestimmt der Zentralbankrat die Mindestreservesätze, die die Hauptverwaltungen bei der Deutschen Bundesbank und die Geschäftsbanken bei den Hauptverwaltungen unterhalten müssen. Innerhalb der gesetzlich festgelegten Höchst- und Mindestsätze (für Geschäftsbanken 8 - 20 % der Sichteinlagen, 4 - 10 % der Termin- und Spareinlagen) kann von Fall zu Fall variiert werden. Für die Banken ist es in betriebswirtschaftlicher Hinsicht bedeutsam, daß die Mindestreserven ursprünglich nur zur Sicherung der Liquidität dienen sollten. Nachdem jedoch die volkswirtschaftliche Bedeutung der Mindestreserven u. a. darin zu sehen ist, daß ein jeweils bestimmbarer Teil des wirksamen Geldvolumens bei den Zentralbanken stillgelegt wird, erwies sich die Variation der Mindestreservesätze als wichtiges Instrument der Währungs- und Konjunkturpolitik.

Aus der Kenntnis der jeweils gültigen Mindestreservesätze kann abgeleitet werden, in welcher Richtung die geldpolitisch leitenden Instanzen auf den Verlauf der Konjunktur Einfluß nehmen wollen. Die beabsichtigte Drosselung der volkswirtschaftlich wirksamen Geldmenge verlangt hohe Reservesätze; ei-

1) Gestrich H., a. a. O., S. 97 ff.

2) Vgl. § 16 KWG

ne Politik des billigen Geldes dagegen muß ein möglichst großes Geldvolumen in der Zirkulation belassen. Durch einen Vergleich der Aktiv- und Passivseiten der Bankbilanzen kann in absoluten Zahlen gemessen werden, in welchem Ausmaß die Geldmenge beim Zentralbanksystem stillgelegt wurde.

Ein weiterer stets interessanter Vergleich von Aktiv- und Passivpositionen ist in der Gegenüberstellung von Einlagen und Debitoren gegeben. Es soll hier jedoch lediglich ein Punkt erwähnt werden, der aus den Bankbilanzen nicht entnommen werden kann, nämlich die Zinsspanne. Die von den Banken für ihre Kredite berechneten Zinssätze sind jeweils bekannt; ebenso können die Zinsvergütungen an die Einleger in Erfahrung gebracht werden, so daß man die Differenz zwischen Zinsertrag und Zinsaufwand als wesentlichen Anhaltspunkt annehmen möchte. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus wäre jedoch das Ergebnis einer solchen Rechenaufgabe als Trugschluß anzusehen, da vor allem nicht berücksichtigt wird, daß die Zahlenangaben in den Bilanzen allein durch die Verhältnisse, die zum Stichtag gelten, bestimmt werden. Da es somit unbekannt bleibt, wie die Größenentwicklung der Einlagen und Debitoren während des Geschäftsjahrs vor sich gegangen ist, welche durchschnittliche Umschlagshäufigkeit die Debitoren aufweisen etc., kann aus den Angaben in den Bilanzen nicht abgeleitet werden, was den Banken als Verdienstspanne geblieben ist. Abgesehen davon, ist eine solche landläufige Vorstellung von der Zinsspanne bankwirtschaftlich unreal. Die Banken haben nicht nur Debitoren und Einlagen, sondern noch eine Menge anderer Anlagen und Verpflichtungen, die hinsichtlich der Erträge und Aufwendungen sehr verschiedenartig sind, zum Teil sogar aus den Erträgen anderer Geschäftsparten alimentiert werden müssen. Von einer Zinsspanne kann nur die Rede sein, wenn der durchschnittliche Zinsertrag aller Anlagen der Banken und der durchschnittliche Zinsaufwand für alle Verpflichtungen berücksichtigt wird. Daraus ergibt sich aber wieder, daß ein auch nur näherungsweise Anhaltspunkt für die Zinsspanne aus der Betrachtung der Bankbilanzen "von außen her" nicht gewonnen werden kann.

Abschließend soll ein weiteres Korrelationsproblem zwischen Aktiv- und Passivseite der Bankbilanz berührt werden, das auch noch an späteren Stellen zu berücksichtigen ist. Es handelt sich dabei um die Anlage der bei den Banken angesammelten Einlagen. Auch zu dieser Frage kann die Beantwortung unterschiedlich lauten, je nach dem, ob sie unter volkswirtschaftlichen oder betriebswirtschaftlichen Aspekten erfolgt. Wie bereits erwähnt, negiert die moderne Kredittheorie eine Limitierung des Kreditvolumens nach dem Depositenvolumen. Das Ursache - Wirkungsverhältnis wird genau gegenteilig dargestellt, d. h. "das Aktivgeschäft der Banken wird zur Ursache des Passivgeschäftes. Die Bankein-

lagen entstehen als Folge der Kreditgewährung." ¹⁾ Folgt man diesen Gedankengängen, so ist es durchaus erklärlich, daß die Frage der Anlage der Einlagen für die moderne Kredittheorie kein besonderes Problem darstellt. So meint zum Beispiel auch Gestrich, daß die Banken nicht darauf sehen, ob sie Teilbeträge ihrer Depositen nicht angelegt haben. Dabei würden sie nämlich in den meisten Fällen zu dem Resultat kommen, daß ihr Geld angelegt ist. ²⁾ Das Problem der Anlage wäre somit schon antizipativ gelöst.

Gegen diese Thesen der modernen Kredittheorie spricht die Erfahrungstatsache, daß in reicher werdenden Volkswirtschaften das Depositenvolumen stärker wächst, als das Kreditvolumen. "Die moderne Kreditwirtschaft wird von dem Problem beherrscht, daß die Bankdepositen stärker wachsen, als der Bedarf der Wirtschaft an jenen echten kurzfristigen Betriebskrediten, die nach den Usancen des Bankgeschäfts des 19. Jahrhunderts die natürliche Anlage für Bankdepositen sind." ³⁾ Dieser Satz kennzeichnet die Lage, der sich speziell in der Gegenwart die Banken gegenüber gestellt sehen. Es ergibt sich somit auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus die Frage der Anlage der Einlagen.

Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Aktiv- und Passivseite der Bankbilanz ist schließlich festzustellen, daß eine einzelne Bank in ihren Dispositionen nicht davon ausgehen kann, daß ihr höhere Kredite, die sie ausreicht, in Form von höheren Einlagen gewissermaßen wieder gebracht werden. Eine solche Spekulation wäre schon allein deshalb abwegig, weil die einzelne Bank zunächst keine Kenntnis darüber hat, ob auch alle anderen Geldinstitute zur gleichen Zeit erhöhte Kredite gewähren. Dies ist aber für jede Bank bedeutsam, da die Kreditinstitute insgesamt durch die Zirkulation eng verbunden sind. Daraus ist nun zu folgern, daß die einzelne Bank in ihrem Geschäftsgebaren primär stets die Entwicklung der Passivseite der Bilanz zu berücksichtigen hat, d. h. die Möglichkeiten des Aktivgeschäfts werden von der Konstitution des Passivgeschäfts, insbesondere der Einlagen, bestimmt. Eine einzelne Bank vermag nicht mehr Kredite zu geben, als entsprechend der Passivfinanzierung dargestellt werden können. Aus einer betriebswirtschaftlichen Sicht der Dinge bleibt es also dabei: Der Bankbetrieb kann nur von der Passivseite der Bilanz aus geleitet werden.

¹⁾ Schmedes Hella, Das Wesen der Spareinlagen, ZfK 1951, S. 115

²⁾ Vgl. Gestrich H., a. a. O., S. 93

³⁾ Herrmann Kurt A., Die Sonderwechsel im deutschen Kreditsystem, Bank-Archiv 1939, S. 89

Im Bankbetrieb, der neben dem Streben nach Liquidität stets auch vom Rentabilitätsdenken bestimmt wird, bleibt es immer eine besondere Aufgabe aus der zweckensprechenden Anlage der Mittel die Kosten des Fremdkapitals und des eigenen Betriebes zu erwirtschaften. Darüberhinaus darf unterstellt werden, daß eine Bank immer darum bemüht bleibt, eine unter voller Beachtung aller übrigen Umstände möglichst gute Rendite, sei es zur inneren Stärkung oder zur Ausschüttung an die Inhaber bzw. Aktionäre, zu erzielen.

Unter Zugrundelegung des Erfordernisses der Kostendeckung und des Strebens nach Rentabilität kann vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus der Versuch einer Deutung und Überbrückung der scheinbar gegensätzlichen Thesen aus der volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise unternommen werden. Wenn nämlich festgestellt wurde, daß die einzelnen Banken ihre Aktivgeschäfte an den Passivgeschäften orientieren müssen, so ist es nicht ohne weiteres erklärlich, wie man aus einer volkswirtschaftlichen Sicht umgekehrt behaupten kann, das Aktivgeschäft sei die Ursache des Passivgeschäftes. Da die Banken unter Beachtung der Liquiditäts- und Sicherheitsgebote eine möglichst optimale Gestaltung der Rentabilität verfolgen, liegt es nahe, daß sie fortwährend untersuchen, ob nicht ein höheres Volumen jenes bedeutsamen Bodensatzes an Einlagen und eine geringere Barabhebungsquote zugrunde gelegt werden kann. Es geht also zunächst um ein Probieren mit höheren Krediten, wobei den liquiditätspolitischen Instrumenten der Aktivseite ausschlaggebende Bedeutung zukommt. Folgt dieser Ursache nicht die Wirkung eines erhöhten Einlagebestandes, so wird man jedenfalls auf längere Sicht "an die Decke stoßen". Die betreffende Bank muß somit einen Kreditabbau betreiben, so daß schließlich doch wieder das Aktivgeschäft nach dem Passivgeschäft zu bemessen ist.

4. Die Sonderstellung der Spareinlagen

- a) Die volkswirtschaftliche Problematik des Kontosparens unter Berücksichtigung des Konjunkturverlaufs.

Die hervorzuhebende Besonderheit der Spareinlagen ist in der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Sparens zu sehen, die kaum überschätzt werden kann, wenn man sich vergegenwärtigt, welch umfangreiche Kapitalausstattung eine hochorganisierte, arbeitsteilige Wirtschaft benötigt. Nun ist das Kontosparen bei den Banken zwar nur eine von vielen denkbaren Sparformen volkswirtschaft-

lichen Sinnes, wobei es noch dahingestellt bleiben kann, ob es in jedem Falle als wirtschaftlich zweckmäßiger Vorgang zu beurteilen ist; dessen ungeachtet bleibt die grundlegende Tatsache bestehen, daß mit der Bildung von Spareinlagen bei den Banken eine echte Konsumvertagung erfolgt. Gesamtwirtschaftlich gesehen, werden durch solche Sparvorgänge in der Konsumgütersphäre Produktionskräfte freigesetzt, die bei vollem Einsatz der verfügbaren Kaufkraft beschäftigt worden wären.

Bezüglich der nicht verausgabten Geldbeträge kommt es entscheidend darauf an, ob sie z. B. den Banken als Spareinlagen zur Verfügung gestellt werden. "Der bloße Konsumverzicht in Verbindung mit Anhäufung von Kaufkraft in Form von Geldzeichen (Horten) ist noch keine Bereitstellung vorgetaner Arbeit für den Dienst in der Volkswirtschaft. ¹⁾ Nach der monetären Auffassung kann nur solches Geld als Kapital anerkannt werden, das für Investitionszwecke zur Verfügung steht. ²⁾ Eine güterwirtschaftliche Betrachtung wird sogar noch darüber hinausgehen und die Frage der technischen Kapitalausstattung in den Vordergrund stellen; demnach müßte also für eine Kapitalbildung die Konsumvertagung ergänzt werden durch eine effektive und produktive Anlage, d. h. durch eine zweckentsprechende Investition.

Durch die große Differenzierung, die für moderne Volkswirtschaften charakteristisch ist, ergab sich hinsichtlich des individuellen, freiwilligen Sparens eine grundsätzliche Trennung zwischen Sparer und Investor. Das Problem der Zusammenführung dieser beiden Wirtschaftskomponenten wird in hohem Maße von den Banken gelöst, die dabei im volkswirtschaftlichen Sinne eine Mittlerfunktion insofern erfüllen, als die eingelegten Spargelder an die Investoren ausgeliehen werden.

Wenn nun die Banken, auf Grund ihrer Stellung in der Wirtschaft eine so wichtige Funktion erfüllen, erscheint es erforderlich, den Zusammenhängen etwas nachzugehen; es wird sich dabei zugleich ergeben, welche Bewegungen der Spareinlagen bei den Banken grundsätzlich beobachtet werden können.

Für die jeweilige Konjunkturentwicklung ist es entscheidend, in welchem Umfang Investitionen durchgeführt werden. Nach den Auffassungen der klassischen Theorie war das Ausmaß der Investitionen eindeutig bestimmt durch das Ausmaß

¹⁾ Weber Ad., Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre, Berlin - München 1951, S. 46

²⁾ Vgl. Preiser E., Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1957, S. 57 ff.

der Ersparnis. Mit dieser Lehre sollte jedoch nicht eine ex post konstatierte oder ex definitione "konstruierte" Gleichheit beider Größen, wie dies teilweise in der modernen Theorie vertreten wird, dargestellt werden. Man war vielmehr der Ansicht, daß jeder Investition ein Sparen vorausgehen müsse, wodurch dann eben die volkswirtschaftliche Kapitalbildung vom Sparprozeß abhängig ist. Eine harmonische Entwicklung von Sparen und Investieren vorausgesetzt, ergab sich kein Anlaß, an der Richtigkeit der traditionellen Lehren zu zweifeln. Insbesondere konnte nicht die Frage entstehen, ob nicht auch die volkswirtschaftliche Erscheinung des Geldes einen bestimmten Einfluß auf das Sparen und das Investieren nimmt.

Zunächst kann schon nicht übersehen werden, daß einzelwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Kapitalbildung keineswegs identisch sind. Der Sparer, der nicht verbrauchte Einkommensteile zur Bank bringt, schafft sich zwar persönlich Geldkapital. Unter mikroökonomischer Sicht ist das freiwillige Sparen tatsächlich ein Zweig der Kapitalbildung. Nach makroökonomischen Maßstäben werden jedoch die "Zurüstungen zur geregelten und erfolgreichen Arbeit" ¹⁾ mit der Tendenz einer Produktivitätssteigerung der Tätigkeit des wirtschaftenden Menschen dadurch noch nicht bereichert. Infolge der durch das Sparen erfolgenden Verringerung des wirksamen Geldvolumens muß sich mehr oder weniger zwangsläufig eine Verminderung des Produktionsvolumens (Konsumgüterindustrie) und des Beschäftigungsstandes einstellen.

Die moderne Wirtschaftstheorie ²⁾ hat nun nachgewiesen, daß das Einkommen die wichtigste Determinante des Verbrauchs ist. Man spricht in diesem Zusammenhang von der Konsumfunktion und bezeichnet damit die Abhängigkeit des mikroökonomischen, individuellen Verbrauchs vom individuellen Einkommen bzw. die Abhängigkeit des makroökonomischen Verbrauchs vom Volkseinkommen. In Anlehnung an das Engel - Schwabe'sche Gesetz wird ein spezieller Verlauf der Konsumfunktion dergestalt angenommen, daß mit wachsendem Einkommen die Verbrauchsausgaben relativ abnehmen, wogegen der Anteil der Ersparnis vom Einkommen relativ wächst. Dementsprechend läßt sich auch eine Sparfunktion darstellen, d. h. daß auch das Sparen vom Einkommen abhängig ist. Ausgehend von diesen Feststellungen erhebt sich die Frage, welche grundsätzliche Entwicklung das Einkommen im Konjunkturverlauf nimmt. Ver-

1) Vgl. Dühring E., zitiert bei: Weber Ad., a. a. O., S. 46

2) Vgl. insbes. Keynes J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München - Leipzig 1936

folgt man zunächst die Löhne und Gehälter, so muß nicht unbedingt unterstellt werden, daß sie während der Depression ein niederes Niveau haben. Eine solche Annahme wäre auch weitgehend unrealistisch, denn es kann nicht übersehen werden, daß die Löhne in Anbetracht der großen wirtschaftlichen Konzentrationsbewegungen selbst in einer freien Marktwirtschaft für eine Senkung äußerst unelastisch sind. Für einen depressiven Zustand der Wirtschaft ist vielmehr eine weit um sich greifende Arbeitslosigkeit charakteristisch. Es können also die Löhne relativ gut gehalten sein, während die Arbeitsgelegenheiten sehr knapp sind, so daß eben das Arbeitseinkommen als Ausdruck für die einem Wirtschaftssubjekt in einer Zeitperiode aufgrund von Arbeitsleistung zustehenden Güter und Dienste gering bemessen ist. In schlechten Zeiten spart man zuerst am Sparen selbst und es kann somit als erwiesen gelten, daß ein großer Teil der unselbständig Beschäftigten (insbesondere Arbeiter, aber auch Angestellte) während der Depression grundsätzlich keine Spareinlagen bei den Banken bildet.

Als eine weitere, für die Alimentierung von Spareinlagen wesentliche Einkommensart ist das Unternehmereinkommen zu erwähnen, das sich aus dem Unternehmerlohn, der Risikoprämie, der Eigenkapitalverzinsung und dem Unternehmengewinn zusammensetzt. Insgesamt resultiert das Unternehmereinkommen aus den Preisen. Für welchen Verwendungszweck und in welchem Umfang also die Unternehmer Geld ausgeben, ist von ihrem Einkommen und damit von den Preisen abhängig. Ein depressiver Zustand der Wirtschaft ist stets dadurch gekennzeichnet, daß die Umsätze zurückfallen, was allein schon eine Verminderung der Unternehmereinkommen bedeutet. Dazu kommt noch als entscheidendes Moment ein tendenzielles Sinken der Preise, das sich grundsätzlich um so eher einstellen wird, je größer der Anteil der fixen Kosten bei den Unternehmungen ist, da dann unter allen Umständen die Notwendigkeit besteht, das umfangreiche Anlagekapital zu beschäftigen. Die Unternehmer verzichten somit im Interesse einer Erwirtschaftung der Kosten auf einzelne Bestandteile ihres Einkommens und sind damit von sich aus nicht in der Lage, Spareinlagen bei den Banken zu bilden. Der Druck auf die Preise kann soweit gehen, daß für eine bestimmte Zeit keine Abschreibungen verrechnet werden können. Lebt die Wirtschaft auf diese Art von der Substanz, so entfallen die Rücklagenbildungen, die andernfalls auch als Spareinlagen in Betracht kämen. Zusammenfassend ergibt sich zunächst die Feststellung, daß die Spareinlagen während der Depression jedenfalls ein niederes Niveau aufweisen,

Eine in Verkrampfung erlahmte Wirtschaft kann nur dadurch wieder in Gang gebracht werden, daß die Produktion, d. h. die Beschäftigung "angekurbelt"

wird. Produktionssteigerung und Verbesserung des Beschäftigungsgrades setzen jedoch voraus, daß ein zur Investition bereites Geldkapital zur Verfügung steht, sei es zwecks Kapazitätsausweitung der Unternehmungen oder zur Finanzierung der Lagervorräte. Solches, gewissermaßen für die Initialzündung erforderliche Geldkapital kann nicht aus Einkommen stammen, da dessen gesamtwirtschaftliches Ausmaß während der Depression eine entsprechende Abzweigung nicht zuläßt. Zur Ermöglichung des Wiederauflebens der Wirtschaft ist in dieser Situation jener volkswirtschaftliche Vorgang unabdingbar, den man unter dem Begriff "Geldschöpfung" zusammenfaßt.

Mit der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Sparen, Investieren und Konjunkturentwicklung wurde die Frage akut, ob das Sparen tatsächlich in jedem Falle, wie dies die traditionelle Lehre behauptet, unter Würdigung der volkswirtschaftlichen Belange erstrebenswert ist. Will man diese Frage einer Prüfung und Beurteilung unterziehen, so kann man die Vorgänge nur unter Berücksichtigung des jeweils gegebenen Beschäftigungsstandes in der Wirtschaft betrachten.¹⁾ Dabei gilt aber sowohl für eine unterbeschäftigte, wie für eine vollbeschäftigte Wirtschaft die bereits erwähnte Tatsache, daß das Sparen infolge der Konsumvertagung eine verminderte Auslastung des Produktionsvolumens vorwiegend der Konsumgütersphäre bewirkt.

Ausgehend von dem Zustand einer unterbeschäftigten Wirtschaft, hat sich die Feststellung ergeben, daß die im Zuge einer monetären Therapie zusätzlich bereitgestellten Mittel nicht aus Einkommen fließen. "Die Einkommen, aus deren Ersparnis die Zuwachsinvestitionen konsolidiert werden können, müssen erst durch eine Ausdehnung des Geldvolumens geschaffen werden. Dies ist nur durch eine Zwischenschaltung der geldschöpfenden Banken möglich." ²⁾ Mit der Neuinvestition ist grundsätzlich der gewollte Zweck einer Anhebung des Beschäftigungsgrades verbunden. Höhere Beschäftigung in dieser Verfassung der Wirtschaft bedeutet gleichzeitig eine Erhöhung der Nominaleinkommen, wobei vor allem die für die Spareinlagen bei den Banken besonders bedeutsamen Einkommensarten, nämlich die Unternehmereinkommen und die Löhne, profitieren. Die Position der Unternehmer verbessert sich allein schon dadurch, daß die vorhandene Produktionskapazität mit der Wirkung einer tendenziellen Kostensenkung in größerem Umfang ausgelastet wird; dazu kommt, daß nach der erreichten optimalen Kapazitätsausnutzung wieder die Möglichkeit für eine aktive Preispolitik gegeben ist. Für die Arbeiter und Angestellten

1) Vgl. hierzu Preiser E., a. a. O., S. 41 ff.

2) Gestrich H., a. a. O., S. 80

verbessert sich zu gleicher Zeit das Arbeitseinkommen zunächst dadurch, daß eine zunehmende Zahl der abhängig Beschäftigten ins Brot gesetzt werden kann. Das entscheidende Moment für die Weiterentwicklung der Konjunktur ist nun darin zu sehen, welcher Verwendung die entstandenen Einkommen zugeführt werden. Würde die gesamte neuerstandene Kaufkraft gespart, so wäre die zwangsläufige Folge eine erneute Zurückbildung der eben noch erweiterten Wirtschaft. Bankwirtschaftlich gesehen, würden in dieser Situation keine weiteren Kredite beansprucht, während sich das Volumen der Spareinlagen vergrößerte. Vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus könnte damit die von Keynes in seiner Beschäftigungstheorie dargestellte Stabilisierung eines Gleichgewichts auf niederem Niveau praktische Bedeutung erlangen. Es kommt so-nach darauf an, daß die geschaffene Kaufkraft auch tatsächlich weiterhin als wirksame Kaufkraft auftritt.

Ein Sparprozeß volkswirtschaftlich relevanten Umfanges nach dem unteren Wendepunkt der Konjunkturkurve kann als abnorme Erscheinung betrachtet werden. Grundsätzlich wächst nach der Initialzündung auf der Unternehmenseite die Neigung zur Investition, was auf eine Verbesserung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und der Zukunftserwartungen zurückzuführen ist. Die Bezieher der Lohn-einkommen dagegen bringen aus der Depression einen erheblichen Nachholbedarf mit, der aus der neu erworbenen Kaufkraft primär befriedigt wird. Das Ausgeben hat also gesamtwirtschaftlich große Bedeutung, wobei insbesondere die Wirkung des Verbrauchs der großen Masse der abhängig Beschäftigten beachtenswert ist. Durch die Investition wird vor allem das Produktionsgütervolumen erweitert, während für die Konsumgüter-sphäre jedenfalls für die erste Zeit der alte Stand angenommen werden darf. Trifft nun vermehrte Kaufkraft auf das gleich gebliebene Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie, so bewirkt das nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen ein Steigen der Preise und damit erhöhte Einkommen der Besitzer der Produktionsmittel. Die aus einer derartigen Preissteigerung in Ausnützung eines Verkäufermarktes entstehenden Übergewinne und deren Wirkung sind, volkswirtschaftlich betrachtet, nicht geringer einzuschätzen als das Sparen. Tatsächlich führt nämlich die nun folgende Entwicklung zu dem gleichen Ergebnis wie richtig eingesetztes Sparen nach gegebener Vollbeschäftigung. Im Hinblick auf die günstige Marktlage werden die Unternehmer die Abschreibungserlöse umgehend reinvestieren und darüber hinaus die Gewinne zur Kapazitätsausweitung verwenden. Diese Sekundär-Investition wird grundsätzlich solange anhalten, bis die Vollbeschäftigung erreicht ist. Auf diesem Wege ergibt sich eine nachhaltige Steigerung des Beschäftigungsgrades bei gleichzeitiger Ausweitung des Produktionsvolumens.

Wesentlich ist es bei diesem Prozeß, daß gesamtwirtschaftlich keine einschneidenden Strukturveränderungen durch die Investition hervorgerufen werden. Darin ist aber nun der Unterschied gegenüber einer aus dem Sparen finanzierten Investition zu sehen. Wie erwähnt, würde durch das Sparen ein Teil der in der Konsumgüterindustrie eingesetzten Produktionskräfte außer Dienst gestellt, womit sich zahlreiche Probleme hinsichtlich der Umstellung der Produktion, der Umleitung der Arbeitskräfte etc. ergäben. Aus dieser Sicht und unter diesen Verhältnissen muß also ein Sparprozeß als hinderlich für eine günstige Konjunkturentwicklung bezeichnet werden.

Da angenommen werden kann, daß die Einkommensbezieher nach der Depression nur geringe Neigung bzw. Möglichkeit für das Sparen haben, ergibt sich die Feststellung, daß die im Interesse der Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft zu fordernde Beschränkung des freiwilligen Sparens sich grundsätzlich ohnehin aus dem normalen Gang der Dinge ergibt. Bezüglich der Spareinlagen bei den Banken zeigt sich somit, daß während der ersten Wachstumsperiode der Wirtschaft nur mit geringen Zugängen zu rechnen ist.

Verfolgt man die Daten der Wirtschaft im Sinne der aufstrebenden Konjunktur weiter, so kann sowohl auf Seiten der Unternehmer wie der Arbeiter und Angestellten eine wachsende Tendenz zur Rücklagenbildung beobachtet werden. Für die Besitzer der Produktionsmittel wird dies deshalb erforderlich, weil mit zunehmender Ausweitung der Investition eine genauere und längerfristige Investitionsplanung nicht mehr zu umgehen ist. Bei den Lohnempfängern ist demgegenüber eine verstärkte Neigung zum Kauf von langlebigen Gebrauchsgütern zu beobachten. Insgesamt bedeutet das, daß längerfristige Ausgabenpläne erstellt und durch Sparen fundiert werden. Damit beginnt das Wachstum der Spareinlagen bei den Banken.

Auch in diesem Stadium der Konjunkturentwicklung laufen normalerweise die wirtschaftspolitischen Forderungen und die tatsächlichen Gegebenheiten parallel wobei allerdings vorausgesetzt werden muß, daß eine wachsame Wirtschaftspolitik des Staates und insbesondere eine den jeweiligen Erfordernissen entsprechende Geld- und Kreditpolitik der Zentralbank mit dem Datenverlauf in der Wirtschaft enge Tuchföhlung halten und damit in der Lage sind, das Ausmaß und die Richtung der Expansion zu zügeln. Unter diesen Bedingungen nähert sich die Wirtschaft dem Zustand der Vollbeschäftigung, die eine vollkommene Auslastung der Produktionskräfte und -mittel bewirkt. Werden auch jetzt noch ungeachtet des erreichten Beschäftigungsgrades Investitionen vorgenommen, die aus einer ungedämpften Geldschöpfung finanziert werden, so

entstehen daraus mehr oder weniger zwangsläufig ruinöse Konsequenzen. Im Hinblick darauf, daß nun eingliederbare Produktionskräfte nicht mehr zur Verfügung stehen, muß sich eine Steigerung der Preise und Löhne mit allen Folgen des inflationistischen Prozesses ergeben, wie sie bereits in dem vorausgegangenen Abschnitt dargestellt wurden.¹⁾ Es wäre dabei ein Trugschluß, wollte man annehmen, daß sich die Spareinlagen, bedingt durch die gesetzliche Bindung der Abhebungen, gegenüber der Inflationierung wesentlich anders verhalten als die Sichteinlagen. Die Wirkung des durch die Flucht in die Sachwerte hervorgerufenen Abzugs der Spareinlagen kann nämlich durch eine Kündigungsfrist von nur drei Monaten nicht gedämpft werden.

Bei Bereinigung der während der vergangenen 40 Jahre aufgetretenen großen Störungen im Wirtschaftsgefüge war es jeweils ein sehr umstrittenes Problem, ob auch die aus der Inflationierung und dem staatlich erzwungenen Geldüberhang resultierenden Spareinlagen bei den Banken in die Neuordnung der Währungsverhältnisse mit einzubeziehen seien. Unter Hervorhebung der volkswirtschaftlichen Aspekte wurde teilweise die Auffassung vertreten, daß die Spareinlagen als Kapital anzusehen und zu behandeln wären. Ein Eingriff in den Geldsektor der Wirtschaft dürfe also die Spareinlagen nicht berühren. Anläßlich der Stabilisierung der Mark im Jahre 1923 sind diese Forderungen im wesentlichen durchgedrungen, so daß die Spareinlagen eine andere Behandlung erfuhren, als die übrigen Einlagen. Die Währungsreform 1948 ließ demgegenüber keine Unterschiede zu. Erst durch die im Anschluß an das Lastenausgleichsgesetz getroffene Altsparerregelung fanden die Ansprüche im Interesse der weiteren Kapitalbildung eine, wenn auch relativ geringe Berücksichtigung.

Bei Beobachtung des Verlaufs einer real anreicherungsfähigen Wirtschaft konnte festgestellt werden, daß sich die Investition tatsächlich selbst die erforderliche Ersparnis schafft. Dies vollzieht sich primär durch die in volkswirtschaftlicher Hinsicht dem Sparen gleichbedeutende Wirkung des Einsatzes der Unternehmergewinne, sekundär dadurch, daß aus den geschaffenen Einkommen Ersparnisse zur volkswirtschaftlichen Konsolidierung der Initial-Investition abgezweigt werden. Nach erreichter Vollbeschäftigung ist jedoch die Situation wesentlich anders zu beurteilen. "Die auch bei einer vollbeschäftigten Wirtschaft entstehenden Gewinne bedeuten nun aber kein Sparen, wie das bei einer unterbeschäftigten Wirtschaft gilt, da sie ja nicht mit realem Produktionserfolg investiert werden können, denn alle Produktionsmittel sind ja voll in Anspruch genommen. Und insofern schafft sich die Investition in der vollbeschäftigten Wirt-

1) Vgl. S. 71 ff.

schaft eben die erforderliche Ersparnis nicht; diese erfordert vielmehr normalerweise echtes Sparen, also Konsumverzicht." ¹⁾ Erst in diesem Stadium ist es unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Belange erforderlich, daß die Investition aus einer durch Nichtbeanspruchung von Produktionskräften bewirkten Strukturverschiebung resultiert.

Kann die Wirtschaft auf hohem Konjunkturniveau unter besonderer Beachtung der Werterhaltung des Geldes stabilisiert werden, so sind damit die günstigsten Voraussetzungen für ein gesundes Wachstum der Spareinlagen bei den Banken geschaffen. Dann kommt es auch zu der unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten wünschenswerten Konsolidierung der Zuwachsinvestition und darüberhinaus zu einer Ersparnis, die die Grundlage für eine erneute Ausdehnung bzw. für intensivere Produktionsmethoden durch Rationalisierung und Produktivitätssteigerung bietet.

In den bisherigen volkswirtschaftlichen Erörterungen wurde ein Faktor ausgeklammert, der jedoch seinerseits für den Ablauf der Entwicklung sehr entscheidend ist; es handelt sich dabei um die Frage nach der Gestaltung des Zinses.

Die moderne Kredittheorie, die eine Abhängigkeit der Investitionen von der Ersparnis nicht anerkennt, hat gleichzeitig festgestellt, daß auch der Zins nicht durch die Menge der Ersparnis bestimmt wird. Nach dieser Theorie ergibt sich der Zins aus einem Verhältnis der Wechselwirkung zwischen der Bereitwilligkeit der Banken zur Hergabe von Krediten und der Neigung der in Betracht kommenden Kreditnehmer, solche Kredite zu bestimmten Konditionen aufzunehmen. ²⁾ Verfolgt man diese Auffassung, so fördert grundsätzlich ein niedriger Zins die Ausdehnung der Kredite und damit auch der Ersparnisbildung, während ein höherer Zins die Kreditbeanspruchung und die Ersparnisbildung hemmt.

Auch hinsichtlich der Zinspolitik bedarf es jedoch einer Unterscheidung zwischen einer unterbeschäftigten und einer vollbeschäftigten Wirtschaft. Es kann jedenfalls davon ausgegangen werden, daß eine Politik des billigen Geldes ein wesentliches Hilfsmittel für die Beseitigung einer Unterbeschäftigung darstellt. Bei Bereitstellung zinsgünstiger Mittel wird die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals erweitert, so daß sich in Verbindung mit anderen Faktoren grundsätzlich eine Steigerung der Produktion einstellt. Dieser als "Reflation" ³⁾

1) Lütge F., a. a. O., S. 192

2) Vgl. Gestrich H., a. a. O., S. 28

3) Vgl. Weber Ad., a. a. O., S. 199 ff.

zu bezeichnende Vorgang wird nur dadurch ermöglicht, daß man den Zins manipuliert. Dabei kommt die von Wicksell erkannte Senkung des Geldzinses unter den natürlichen Zins zum Zuge mit der Wirkung, daß ein größeres Kapital vorgetäuscht wird, als tatsächlich vorhanden ist.¹⁾ Der wesentliche Unterschied gegenüber dem Wicksell'schen Prozeß ist aber darin zu sehen, daß noch eine weitgreifende Unterbeschäftigung gegeben ist. In der Unterstellung einer Vollbeschäftigung als Ausgangssituation liegt tatsächlich der schwächste Punkt des Wicksell'schen Theorems.

Wenn nun in einer unterbeschäftigten Wirtschaft die Kreditmenge durch eine künstliche Senkung des Zinses ausgeweitet wird, so erzeugt vor allem die Wirkung des erwähnten monetären Zwangssparens eine entsprechende Ersparnismenge. Es kommt damit zu einer Gleichheit von Investition und Sparen ex post, so daß man schon sagen kann, die Investition schafft sich die Ersparnis selbst. Dabei muß jedoch hervorgehoben werden, daß diese Ersparnis kein "echtes" Sparen im Sinne der traditionellen Lehre darstellt und auch garnicht darstellen kann, denn das "echte" Sparen kann wohl durch die Investition gefördert werden, muß sich aber nicht zwangsläufig einstellen, da es jedenfalls in der freien Wirtschaft ausschließlich von den Ausgabeplänen der Einkommensbezieher abhängig ist. Im weiteren Verlauf des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und mit zunehmender Annäherung an die Vollbeschäftigung wird dieses "echte" Sparen zu einem sehr entscheidenden Faktor. Die Banken sind nämlich nicht in der Lage, gewissermaßen ad infinitum kurzfristige Kredite für Investitionszwecke auszureichen. Der "Vorfinanzierung" muß die Konsolidierung durch Umschuldung folgen d. h., daß die Kredite eine Ablösung durch Effekten finden müssen. Diese Konsolidierung wird um so eher und leichter gelingen, je größer die Bereitschaft der Einkommensbezieher zum Sparen allgemein und speziell zum Effekterwerb ist. Ein ausgedehntes Kontosparen bringt grundsätzlich eine verstärkte Neigung zum Effektenbesitz mit sich, so daß sich der Zins für Anlagepapiere auf einem ermäßigten Niveau bewegen kann, was seinerseits wieder einen entsprechenden Einfluß auf das kurzfristige Kreditvolumen ausübt. Die Konsolidierung der Investition ist also von Daten abhängig, deren Funkzionieren nicht eo ipso von der Investition bestimmt wird. "Dann aber und vor allem ist es eben einfach nicht richtig, daß Investieren sich stets das nötige Sparen schafft. Gewiß hat eine bereits durchgeführte Investition immer auch die nötige Ersparnis hinter sich (Gleichheit ex post). Aber die Frage lautet ja dahin, ob auch eine geplante Investition notwendig die entsprechende Ersparnis

1) Vgl. Wicksell K., Geldzins und Güterpreise, Jena 1898

erzeugt. " 1) Für den Fall der Vollbeschäftigung als Ausgangssituation ist diese Frage zu verneinen.

Unter diesen Aspekten wird der enge Zusammenhang deutlich, der zwischen der Investition, dem Sparen und dem Kapitalmarkt besteht und vor allem durch den Zins reguliert wird. Dabei erscheint es interessant, darauf hinzuweisen, daß die Menge der freiwilligen Ersparnis nicht in einem strengen Korrelationsverhältnis zur Höhe des Zinses steht. Es gilt heute vielmehr als erwiesen, daß die freiwillige Ersparnis weitgehend zinsunelastisch, dagegen in sehr hohem Maße einkommenselastisch ist. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Kontosparen und Wertpapiersparen kann allerdings die große Zinsempfindlichkeit des Angebots nicht übersehen werden. Der Sparer ist in der Regel erst dann zum Erwerb von Wertpapieren bereit, wenn er sich im Vergleich zum Ertrag aus einer Spareinlage eine entsprechend höhere Rendite errechnen kann. Im Hinblick auf die in der Gegenwart vorherrschende Struktur des Geldkapitalangebots wurde allerdings dieser Grundsatz erheblich verwässert. Zusammenfassend ist festzustellen, daß ein breiteres Band von Krediten durch eine höhere freiwillige Ersparnis konsolidiert werden muß, was in erster Linie von der Entscheidung der Einkommensbezieher abhängig ist.

Bankwirtschaftlich gesehen ist also jenes Atmen der Bankbilanzen unabdingbar, durch das sich die Aktiv- und Passivseite infolge der Umwandlung von Krediten und Einlagen in Effektschulden bzw. -anlagen verkürzen, um wieder erneut ausweitungsfähig zu sein. Wie bereits erwähnt, kommt dabei dem Zins eine durchaus aktive Rolle zu. Es würde hier zu weit führen, auf die durch Kommunikationen hergestellte Einwirkung des Geldmarktzinses auf den Kapitalmarktzins im einzelnen einzugehen. Diese bis zu einem gewissen Grade bestehende Abhängigkeit darf als gegeben angesehen werden, was allein schon daraus zu folgern ist, daß im Rahmen eines durch monetäre Maßnahmen bedingten Konjunkturaufstiegs jede höhere freiwillige Ersparnis auf Expansionsvorgänge im Bereich des Geldmarktes zurückzuführen ist. Die Entwicklung des Geldmarktes wird grundsätzlich durch die Zentralbank mit Hilfe der Bankrate gestaltet, wobei zu unterstellen ist, daß einer Veralterung der Banken durch Anwendung anderer Instrumente der Geldpolitik begegnet werden kann, damit die erforderliche fortwährende "Tuchfühlung" gewährleistet bleibt. Die geldpolitisch leitenden Instanzen sind deshalb letztlich auch in der Lage, auf die Investition und das Sparen, d. h. auf beide Zweige der volkswirtschaft-

1) Preiser E., zitiert bei: Lütge F., a. a. O., S. 173

lichen Kapitalbildung, die sich über die Banken vollzieht, richtungsweisend einzuwirken.

- b) Der Einfluß auf die bankbetriebliche Finanzierung - dargestellt an der unterschiedlichen Bedeutung der Spareinlagen für die Banken und die Sparkassen.

Die bisher unter volkswirtschaftlichen Aspekten geführte Untersuchung der Spareinlagen bei den Banken ist hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Momente zu ergänzen. Dabei kann ein Problem vorweggenommen werden, das schlagwortartig mit "Banksparen und Sparbanken" gekennzeichnet wird. Die Sparbanken, d. h. die Sparkassen, sind aufgrund ihrer Satzungen mit besonderem Nachdruck gehalten, Spareinlagen aus allen Kreisen der Bevölkerung ohne Rücksichtnahme auf Rentabilitätsabwägungen etc. zu sammeln. Es handelt sich dabei um die ursprüngliche Zwecksetzung des gesamten Sparkassenwesens, wie dies schon aus dem Preußischen Sparkassenreglement vom 12. Dezember 1838 entnommen werden kann; demnach sollte "die Einrichtung hauptsächlich auf das Bedürfnis der ärmeren Klassen, denen Gelegenheit zur Anlegung kleiner Ersparnisse gegeben werden soll, berechnet sein." Die Sparkassen sind jedoch insbesondere in den vergangenen 50 Jahren über diese enge Aufgabenstellung hinausgewachsen und haben sich in ihrer wirtschaftlichen Position in zunehmendem Maße den Banken genähert. In dieser Richtung wurde vor allem durch die den Sparkassen in den Jahren 1908/09 erteilte Berechtigung, den Depositen- und Kontokorrentverkehr einzuführen und durch die Zuerkennung der passiven Scheckfähigkeit ein bedeutsamer Schritt getan. Für die Banken war es daraufhin aus Konkurrenzgründen naheliegend, auch ihrerseits in den Geschäftsbereich der Sparkassen einzugreifen. In dieser Zeit begannen somit die Banken mit der Hereinnahme von Spareinlagen. Dabei verdient es jedoch hervorgehoben zu werden, was auch von Seiten der Sparkassen in polemischen Auseinandersetzungen immer wieder betont wird, daß nämlich die Annahme von Spareinlagen von den Banken ohne satzungsmäßige Bindung als Geschäftszweig unter Beachtung betriebswirtschaftlicher Belange gepflegt wird, während den Sparkassen in dieser Hinsicht die Erfüllung einer wirtschafts- und sozialpolitischen Vorschrift obliegt.

Die unterschiedliche Bedeutung, die den Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen zukommt, ist nicht nur deklamatorischer Natur, sondern findet tatsächlich in der Form des Sparergeschäftes ihren Niederschlag. Die Bezieher kleiner

und mittlerer Einkommen, d.h. also die große Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der selbständigen Handwerker und Landwirte fühlen sich auch heute noch von den Sparkassen angesprochen, wobei die wohl nur historisch begründete Annahme mitspielt, daß die Unterhaltung eines Bankkontos den Besitzern "großer Gelder" vorbehalten sei. Im Hinblick auf diese Einstellung der Bevölkerung, die trotz teilweise umfangreicher Werbeaktionen der Banken in ihrem Wesen immer noch nicht nachhaltig geändert werden konnte, ist heute festzustellen, daß die durchschnittliche Spareinlage bei den Sparkassen betragsmäßig grundsätzlich niedriger liegt als bei den Banken. Wenn auch hierzu detaillierte Unterlagen für den Außenstehenden nicht erhältlich sind, können die wesentlichen Anhaltspunkte doch aus den Veröffentlichungen der Institute entnommen werden. Wenn z. B. eine Großbank erklärt, daß 91 % aller Sparkonten auf Guthaben bis zu DM 5.000,- entfallen, während bei den Sparkassen 96,2 % der Konten innerhalb dieser Bemessungsgrenze liegen, ¹⁾ so kann eben daraus der niedrigere Durchschnittsbetrag bei den Sparkassen abgeleitet werden. Darüberhinaus ist bei einem Vergleich der Bilanzpositionen der Banken und Sparkassen zu ersehen, daß die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bei den Banken prozentual umfangreicher sind als bei den Sparkassen, was wiederum als Hinweis auf die unterschiedliche Herkunft der Gelder gewertet werden kann.

Untersucht man nun die betriebswirtschaftlichen Konsequenzen, die sich aus den erwähnten Daten ergeben, so kann von einer in der Regel geringeren Streuung der Spareinlagen der Banken im Vergleich zu den Sparkassen ausgegangen werden. Die Streuung der Einlagen ist in jedem Falle bedeutsam für ihre Beständigkeit, d.h. für die relative Sicherheit, die hinsichtlich der Abdisponierungen angenommen werden kann. Nun gelten zwar die Spareinlagen in den Zeiten ausgewogener gesamtwirtschaftlicher Verhältnisse als die beständigste Einlagenart; dennoch dürfte bei den Banken der als sicher anzusehende Bodensatz nicht den Umfang erreichen, mit dem die Sparkassen rechnen können. Das Sparergeschäft ist also für die Banken schon deshalb relativ teurer, weil anteilmäßig höhere Liquiditätskosten anfallen.

Gegen diese Feststellung der für die Banken vergleichsweise ungünstigeren Situation kann nicht zu Unrecht der Einwand erhoben werden, daß die Führung der Spareinlagen bei den Banken einen geringeren Verwaltungsaufwand erfordert, als bei den Sparkassen. Wenn man berücksichtigt, daß die im Zusammenhang mit dem Schulsparen, dem Ladengeschäftssparen und dem normalen

1) Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Jahresbericht 1961

Kleingeschäft anfallenden Arbeitsgänge pro Einheit keinen wesentlich geringeren Aufwand verursachen als die Errichtung eines mittleren Sparkontos bei einer Bank, so wird man zugestehen müssen, daß die Sparkassen durch die Vielzahl der Einzelgeschäfte in dieser Hinsicht mehr belastet sind, als die Banken, bei denen das Sparen mit kleinsten Beträgen bisher weniger Gewicht hatte.

Für die Banken ist es zweifelsohne äußerst bedeutsam, in welchem Maße für die Einlagen eine Liquiditätsvorsorge zu treffen ist und welchen Umfang der Verwaltungsaufwand annimmt. Bezüglich der Spareinlagen wird jedoch mit diesen Fragen das wichtigste Problem noch nicht angeschnitten. Bei den Banken jedenfalls stehen vielmehr die Kosten, die für die Spareinlagen als Mittel der Geldbeschaffung aufgewendet werden müssen, absolut im Vordergrund. Wenn gerade in der Gegenwart immer wieder beobachtet werden kann, daß die Banken im Gegensatz zu den Sparkassen bei jeder Senkung des Diskontsatzes bestrebt sind, auch eine Ermäßigung der Habenzinsen für Spareinlagen in möglichst gleichem Maße zu erreichen, so ist dies als Beweis für die erwähnte Feststellung anzusehen. Es müßte als banal bezeichnet werden, wollte man diese Haltung der Banken lediglich als Beweis für ein ausgeprägtes Rentabilitätsdenken der auf privatwirtschaftlicher Grundlage arbeitenden Kreditinstitute ansehen. Bei aller Würdigung der kommunalen Aufgaben der Sparkassen und ihrer Bemühungen um die Förderung des Sparsinns kann doch nicht übersehen werden, daß auch in diesem Bereich das erwerbswirtschaftliche Motiv eine beachtenswerte Rolle spielt. Es liegen also offensichtlich andere Gründe vor, die die Banken mehr als die Sparkassen um eine von den Spareinlagen verursachte Verringerung der Zinsspanne besorgt sein lassen.

Tatsächlich kommt eine nähere Prüfung der Verhältnisse zu dem Ergebnis, daß die Spareinlagen im Rahmen der gesamten Vermögens- und Finanzstruktur bei den Banken eine wesentlich andere Position einnehmen, als bei den Sparkassen. Dem primären Zweck der Sparkassen entsprechend, der wie erwähnt darin besteht, Spareinlagen aus allen Schichten der Bevölkerung zu sammeln, gilt für das Aktivgeschäft der oberste Grundsatz, keine Engagements einzugehen, die ein über das normale Maß hinausgehendes Risiko in sich bergen, damit die Einleger vor Verlusten bewahrt werden. Im Hinblick auf die entsprechenden Satzungsvorschriften und nicht zuletzt in Anbetracht der Gewährträgerhaftung wurde den Spareinlagen bei den Sparkassen die Mündelsicherheit zugesprochen, was unter Würdigung der heute vorherrschenden Verhältnisse auf dem gesamten Kreditwesensektor einen recht anfechtbaren und umstrittenen Konkurrenzvorteil gegenüber den Banken darstellt.

Der in normalen Zeiten erhebliche Anteil der Spareinlagen am gesamten Passivgeschäft und ihre spezielle Beständigkeit erlauben es den Sparkassen selbst bei voller Beachtung der weitgehenden Schutzvorschriften der Satzungen, für das Aktivgeschäft wesentlich andere Maßstäbe anzulegen, als die Banken. Diesen Umständen hat auch der Gesetzgeber dadurch Rechnung getragen, daß laut Artikel 16 der Ersten Durchführungsverordnung zum Gesetz über das Kreditwesen vom 9. Februar 1935 die Anlage von bis zu 50 % der Spareinlagen in Hypotheken für zulässig erklärt wurde. Das Darlehensgeschäft gegen Hypothekensicherung wird von den Sparkassen auch heute noch besonders intensiv gepflegt, wofür vorwiegend Wohnbauobjekte mit der ihnen eigenen Stabilität der Ertragsbasis in Betracht kommen. Für die Zinsspanne der Sparkassen ist es dabei bedeutsam, daß sich dieser Teil des Aktivgeschäftes prinzipiell an den Sätzen des Kapitalmarkts orientieren kann und damit von der kurzfristigen Entwicklung des Geldmarkts nicht direkt beeinflusst wird. Im Vergleich dazu sind die Verhältnisse bei den Banken völlig anders geartet. Hier kommen insbesondere Hypothekendarlehen zur Anlage der Spareinlagen praktisch nicht in Betracht. Abgesehen davon, daß die Spareinlagen bei einer einzelnen Bank in der Regel prozentual nicht den volumenmäßigen Anteil an der Passivfinanzierung erreichen, wie bei einer Sparkasse, besteht für eine der Beständigkeit der Spareinlagen entsprechende Anlage nur die Möglichkeit, mittelfristige Kredite zu gewähren. Aber selbst das setzt voraus, daß die sonstigen Einlagen eine stete und ruhig verlaufende Entwicklung nehmen. Als Interessenten für solche mittelfristige Kredite treten bei den Banken entsprechend dem Kundenkreis vor allem die Industrie, aber auch der Handel auf. Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß diese Kreditnehmer für ihre Objekte in der Regel keine langfristig gesicherte Ertragsbasis garantieren können. Im Hinblick darauf wäre also eine besondere Risikoprämie gerechtfertigt. Sofern jedoch die Banken überhaupt mittelfristige Engagements eingehen, setzt das voraus, daß die Wirtschaft allgemein sehr flüssig ist und demzufolge die Einlagen, insbesondere auch die Spareinlagen, relativ hohe Bestände aufweisen. Es besteht damit eine Situation, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder beobachtet werden konnte, daß nämlich echte kurzfristige Kredite, die speziell der Struktur der Banken entsprechen, in reicher werdenden Volkswirtschaften in geringerem Umfang als vordem unterzubringen sind. Dann aber sind die Kreditnehmer auch nicht bereit, für mittelfristige Kredite hohe Zinsen zu bezahlen, womit es erklärlich wird, daß auch diese Engagements, teilweise sogar mit einem Nettosatz, an die jeweilige Bankrate gekoppelt werden.

Es würde den hier gegebenen Rahmen sprengen, wollte man auf die näheren

Einzelheiten eingehen, die die unterschiedliche Position der Spareinlagen bei den Banken und bei den Sparkassen begründen. Die angedeuteten Probleme zeigen jedoch schon, daß die Sparkassen im Vergleich zu den Banken in sehr viel höherem Maße in der Lage sind, eine Verzinsung der Spareinlagen zu unterstützen, die dem Gedanken einer Belohnung des Sparers für den von ihm geleisteten Konsumverzicht Rechnung trägt. Andererseits können sich natürlich auch die Banken der Tatsache nicht verschließen, daß das freiwillige Sparen im Hinblick auf die Frage der sozialen Sicherheit nicht zuletzt einen politischen Faktor darstellt. Insbesondere verdient aber dieses Sparen unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten in Zeiten der Vollbeschäftigung als Mittel der Kapitalbildung eine nachhaltige Förderung.

Wenn in den vorangegangenen Ausführungen erwähnt wurde, daß für die Banken die Möglichkeit besteht, bei einem entsprechenden Umfang der Spareinlagen mittelfristige Engagements einzugehen, so ist schließlich noch kurz auf die Bedeutung dieser Einlagenart für das Kreditgeschäft einzugehen. Für die Banken ist die Frage der Kreditausweitung primär stets ein Liquiditätsproblem, d. h. es kommt entscheidend darauf an, mit welcher Barabhebungsquote zu rechnen ist. Unterstellt man die in der Praxis allerdings kaum auftretende Situation, daß die Spareinlagen konstant wachsen, während die sonstigen Einlagen eine übernormale Labilität aufweisen, so ist es ohne weiteres verständlich, daß eine gleichzeitige Intensivierung des Kreditgeschäftes nicht zur Debatte stehen kann. Die Einstellung der Banken zum aktiven Kreditgeschäft wird also primär von der Konstitution der sonstigen Einlagen bestimmt. Trotz ihres äußerst beständigen Charakters haben die Spareinlagen für die Aktivbetätigung der Banken im wesentlichen nur additive Bedeutung.

5. Die Refinanzierungsinstrumente der Banken

a) Bankenverflechtung über Nostroverpflichtungen und Indossamentsverbindlichkeiten.

In diesem Abschnitt sollen die Positionen der Passivseite der Bankbilanzen zusammengefaßt werden, die neben dem Eigenkapital, den echten Sicht- und Fristeinlagen sowie den Spareinlagen eine Einblicksmöglichkeit in volks- oder betriebswirtschaftliche Zusammenhänge vermitteln. Wenn im Sprachgebrauch von "Schulden machen" gesprochen wird, so meint man damit das aktive Suchen nach Kreditquellen und deren Ausschöpfung. In diesem Sinne lassen sich

auch die nachfolgend erwähnten Positionen der Passivseite behandeln, denn der wesentliche Unterschied zu den Zweigen des Einlagengeschäfts besteht hier darin, daß die entsprechenden Verpflichtungen auf die eigene Initiative der Bank hin zustande kommen, bzw. durch aktive Berätigung geschaffen werden. Wie bereits an früherer Stelle erwähnt, sind die Banken bezüglich des Einlagengeschäftes insofern zur Passivität gezwungen, als die Initiative für den Geschäftsabschluß - wirtschaftlich gesehen - letztlich doch auf Seiten des Einlegers liegt.

Zunächst sind im Rahmen der "Holschulden" der Banken die Nostroverpflichtungen und die aufgenommenen langfristigen Darlehen zu erwähnen. Wenn feststeht, daß die Einlagen den Banken im Hinblick auf mannigfaltige Motive der Einleger auch ohne eigenes Zutun zufließen, erhebt sich die Frage, welche Gründe dafür ausschlaggebend sein können, daß die Banken darüberhinaus als Kreditwerber auftreten. Gewöhnlich ist man geneigt, den Kreditbedarf einer Unternehmung als Zeichen des Mangels an eigenen Finanzierungsquellen zu werten. Diese Annahme ist in ihrer generalisierenden Form grundsätzlich abwegig. Dabei soll nicht übersehen werden, daß hohe Nostroverpflichtungen einer Bank im Einzelfall durchaus als Zeichen eines Mangels an Finanzierungsmitteln angesehen werden können und dementsprechend zurückhaltend zu beurteilen sind. In der Regel kann aber bei Durchsicht der Bankbilanzen festgestellt werden, daß selbst die Banken, die eine gesunde Mischung und ein reichliches Volumen an echten Kundschaftseinlagen aller Art aufweisen können, auch kurz- und langfristige Darlehen aufgenommen haben. Man kann deshalb sagen, daß die Nostroverpflichtungen und die aufgenommenen langfristigen Darlehen genauso wie die verschiedenen Einlagarten einen integrierenden Bestandteil des Bankgeschäftes bilden. Was die Beurteilung im Einzelfall anbetrifft, kommt es immer darauf an, in welchem Verhältnis die aufgenommenen Mittel zur Bilanzsumme, zu den Einlagen und zum Eigenkapital einerseits stehen und inwieweit sie andererseits im Rahmen des Anlagenkatalogs der betreffenden Bank verflüssigt werden können. Unter diesen Gesichtspunkten geben die Nostroverpflichtungen für einen speziellen Fall auch einen Anhaltspunkt für eine betriebswirtschaftliche Beurteilung.

Das Passivrisiko der Nostroverpflichtungen ist im Vergleich zu den Einlagen schon dadurch besonders gelagert, daß es sich dabei praktisch ausnahmslos um Kreditverflechtungen innerhalb einer Branche, nämlich der Banken untereinander, handelt. Eine Zurückziehung der Kredite ist in der Regel gerade dann zu befürchten, wenn die betreffende Bank selbst schon gezwungen ist, Aktivwerte zu verflüssigen. Dabei wirkt sich die Tatsache aus, daß die Banken

insgesamt durch die Funktion des Geldes in der Wirtschaft und den für das Einzelinstitut begrenzten Geldschöpfungsspielraum "an eine Leine gebunden" sind, wobei sich die einzelne Bank den auf dem gesamten Sektor wirksamen Daten nicht entziehen kann.

Wie bereits früher erwähnt,¹⁾ sind in einem weiteren Sinne den Nostroverpflichtungen die in der Bilanz unter dem Strich ausgewiesenen Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln hinzu zu zählen. Obwohl diese Eventualverbindlichkeiten, denen natürlich Eventualforderungen gleicher Höhe gegenüberstehen, nicht in den Bankbilanzen selbst erscheinen, hat der Fußnotenausweis eine wesentlich weiterreichende Aussagefähigkeit als die passivierten Nostroverpflichtungen. Man kann davon ausgehen, daß die Banken im Rahmen des Wechseldiskontgeschäftes ohne zwingendes Erfordernis nicht gewillt sind, einen Teil des Diskonterlöses wieder dadurch zu verlieren, daß die Abschnitte zum Zwecke des Rediskonts an die Zentralnotenbank weitergegeben werden. Daraus ist in betriebswirtschaftlicher Hinsicht der Schluß zu ziehen, daß die einzelne Bank - von temporären Erscheinungen, die sich aus einer Änderung der Bankrate ergeben, sei hier abgesehen - das Wechselportefeuille nur dann verringert, wenn sie hierzu auf Grund ihrer Liquiditätslage gezwungen wird. Insofern kommt dann auch eine Anspannung der flüssigen Mittel der Bank in hohen Indossamentsverbindlichkeiten zum Ausdruck.

Auch eine Beurteilung der Höhe der Giroverpflichtungen kann sich nicht an den absoluten Zahlen orientieren. Für einen Vergleich sind in erster Linie die in der gleichen Bilanz unter den Aktiven ausgewiesenen zentralbankfähigen Wechsel heranzuziehen. Erst die Abwägung beider Zahlen erlaubt eine Aussage über den Liquiditätsstatus, wobei aber wieder zu beachten ist, daß die Bankpolitik ganz allgemein an einem günstigen Liquiditätsbild für den Bilanzstichtag interessiert ist.

Der Wechsel ist vor allem in Industrie und Großhandel ein weit verbreitetes Kredit- und Zahlungsinstrument. Die Größenstruktur der in diesen Wirtschaftszweigen tätigen Unternehmungen bringt es mit sich, daß als Bankverbindung die Großbanken bevorzugt werden. Daher sind auch gerade in den Bilanzen der Großbanken umfangreiche Wechselbestände und Indossamentsverbindlichkeiten festzustellen, so daß diese Positionen als ein Anhaltspunkt für die Beurteilung des Geschäftsvolumens gelten können.

1) S. Seite 21

Werden bei der Prüfung der Bilanz einer einzelnen Bank relativ hohe Indossamentsverbindlichkeiten festgestellt, so muß die daraus abzuleitende beengte Liquidität nicht auf das betreffende Institut beschränkt sein. Die Beurteilung des Einzelfalles muß somit durch Berücksichtigung der bei vergleichbaren Banken zum gleichen Stichtag zu ermittelnden Daten fundiert sein. Sofern es sich dabei ergibt, daß die anderen Banken ähnliche Relationen aufweisen, kann die knappe Liquidität als eine gesamtwirtschaftliche Erscheinung schlechthin gewertet werden. Damit verweisen die in den Bankbilanzen erscheinenden Indossamentsverbindlichkeiten auf die Geldmarktlage, denn es kann dort keine Flüssigkeit geben, wenn die Banken beengt sind. Hohe Groverpflichtungen der Banken zeigen auch, daß die Geldversorgung der gesamten Wirtschaft an straffe Zügel der Zentralnotenbank gelegt ist. Die Banken arbeiten in dieser Situation praktisch nur unter Zuhilfenahme einer abgeleiteten Liquidität, die ihrem Wechselbestand seitens der Zentralnotenbank im Wege des Rediskonts verliehen wird.

Das in der Wirtschaft jeweils vorherrschende Konjunkturniveau steht in engstem Zusammenhang mit der Geld- und Kreditversorgung. Diese Tatsache wird von keiner der teilweise sehr unterschiedlichen Konjunkturtheorien bestritten. Der Aufschwung nach dem unteren Wendepunkt der Konjunkturkurve ist stets dadurch gekennzeichnet, daß eine erhebliche Kreditnachfrage bei gleichzeitigem elastischen Kreditangebot besteht.¹⁾ Wenn, wie erwähnt, der Kreditbedarf durch zunehmenden Wechselumlauf und das elastische Kreditangebot durch die Bereitwilligkeit der Zentralnotenbank zum Rediskont gekennzeichnet sind, dann lassen sich auch anhand der Indossamentsverbindlichkeiten Rückschlüsse auf den gegebenen Stand der Konjunktur ziehen. Hohe Indossamentsverbindlichkeiten der Banken können in diesem Sinne als Zeichen dafür angesehen werden, daß die geldpolitisch leitenden Instanzen gewillt sind, die Wirtschaft zu beleben; das gilt sowohl für den Aufschwung, wie für die Lösung einer Stagnation.

Auch die in reicher werdenden Volkswirtschaften erfahrungsgemäß auftretende tendenzielle Verringerung des echten Betriebsmittelkreditbedarfs kommt in den Bankbilanzen zum Ausdruck.²⁾ Eine Erklärung für die in dieser Situation bedeutsamen monetären und güterwirtschaftlichen Bestimmungsgründe dürfte

1) Vgl. hierzu Halm, George N., Geld. Außenhandel und Beschäftigung, München 1957, S. 326 ff.

2) Vgl. auch S. 86

wohl darin zu finden sein, daß sich die Zuwachsraten zum Sozialprodukt verringern, wobei die volkswirtschaftlich wirksame Geldmenge im Vergleich zur Aufschwungsbewegung nur mehr eine verminderte Marktleistung vollbringen muß, was zu einer relativen Verflüssigung der Wirtschaft führt. Allerdings muß dabei unterstellt werden, daß die Zentralbank entweder aus markttechnischen Gründen nicht in der Lage, oder zwecks Vermeidung deflatorischer Tendenzen nicht gewillt ist, die marktwirksame Geldmenge autonom zu verringern. In den Bankbilanzen kommt diese Situation u. a. auch dadurch zum Ausdruck, daß die Indossamentsverbindlichkeiten im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren abnehmen, während sich gleichzeitig der aktivierte Wechselbestand erhöht. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß das gesamte, auf die Banken zukommende Wechselvolumen, also Wechselbestand und Indossamentsverbindlichkeiten zusammengerechnet, infolge des verringerten Kreditbedarfs tendenziell abnimmt. Die Banken sind somit in der Lage, sich von den Zügeln der Zentralnotenbank zu lösen, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, daß ihnen die in der Wirtschaft vorherrschende Flüssigkeit die Bildung von Überschußreserven ermöglicht.

b) Eigene Akzepte und Solawechsel als Kreditpapiere besonderer Art.

Hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Charakters stehen die eigenen Akzepte und Solawechsel den Nostroverpflichtungen und Indossamentsverbindlichkeiten als dritte Art von "Schuldspositionen" nahe. Wie bei jeder anderen Unternehmung ist es auch bezüglich der Banken möglich, daß im Einzelfall in der Akzeptierung von Wechseln ein Liquiditätsmangel zu erblicken ist. Die wirtschaftliche Bedeutung der Bankakzepte wäre dann in einer Kreditbeschaffung für die Banken selbst zur Ausweitung des Geschäftsvolumens, um also wieder Kredit geben zu können, begründet.

Abgesehen von besonderen Umständen, die eine direkte Begebung der Bankakzepte an die Zentralnotenbank zwecks Erlangung von flüssigen Mitteln erforderlich machen, kommen für den Ausweis in den Bilanzen solche Wechsel in Betracht, die von den Kunden ausgestellt, von den Banken akzeptiert und dann zur Finanzierung des Warenumschlages der Wirtschaft weitergiert werden. Für die Banken ist es dabei wesentlich, daß sie jedenfalls zunächst für die Krediteinräumung keine Barmittel benötigen. Stellt man sich vor, daß die Banken dazu übergehen würden, in großem Umfang eigene Akzepte zu produzieren, so ließe sich damit jedenfalls auf kurze Sicht eine "geräuschlose" Finanzierung der Wirtschaft

ermöglichen, wobei sich zwangsläufig eine enorme Verdichtung der Kreditverflechtungen ergäbe. Mit den Bankakzepten verhält es sich jedoch so, wie mit allen wirtschaftlichen Gütern: die Knappheit kennzeichnet ihren Wert. Realiter steht einer Ausweitung der Bankwechsel die Tatsache entgegen, daß die Banken ihr Akzept nicht jedem ankommenden Kunden zur Verfügung stellen können. Gerade bei knapper Liquiditätslage müssen die Banken unter allen Umständen darauf achten, am Fälligkeitstag nicht mit ihren eigenen Mitteln in Anspruch genommen zu werden. Als Wechselaussteller können somit nur solche Firmen "akzeptiert" werden, die Gewähr dafür bieten, daß der Wechselbetrag noch vor dem Fälligkeitstag angeschafft wird. Die Kreditleihe läßt sich somit nicht für den Allgemeingebrauch verwerten. Normalerweise ist im Hinblick auf die angeführten Gründe bei einer in der Gesamtwirtschaft vorherrschenden Liquiditätsanspannung eher mit einem Rückgang, als mit einer Ausweitung der Bankakzepte zu rechnen.

Eine besondere Bedeutung der eigenen Akzepte und Solawechsel gründet sich darauf, daß die Banken regelmäßig die liquidesten Unternehmungen der Wirtschaft sind. Trifft dies zu, so erhebt sich die Frage, welche Umstände den Banken Anlaß dafür geben, trotz gesicherter Zahlungsbereitschaft Wechsel zu akzeptieren. Jedenfalls ist in einer solchen Situation kein Kreditbedarf der Banken zu erkennen. Wenn aber die Banken liquiditätsmäßig gut fundiert sind, können ihre Akzepte wie Bargeld bewertet werden. Damit erfüllen die Abschnitte eine wesentliche Voraussetzung für eine gesicherte Geldanlage. Da für eine Geldanlage nur dann ein Bedarf besteht, wenn die Unternehmungen flüssig sind, können die in den Bankbilanzen passivierten Akzepte als Liquiditätsreserven der Wirtschaft aufgefaßt werden. In dieser Form bilden die Bankakzepte die Grundlage für den Privatkontomarkt, der als ein Teil des Geldmarktes anzusehen ist.¹⁾ Unter diesen Gesichtspunkten liegt es nahe, das Bankakzept als eine beliebte Anlagemöglichkeit auf dem Geldmarkt zu begrüßen. Betrachtet man aber die Dinge vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft, so kann nicht übersehen werden, daß die Privatkonten den Refinanzierungsspielraum der Banken erweitern und gleichzeitig eine besondere Quelle für eine autonome Kreditschöpfung darstellen. Eine Beurteilung dieser Momente kann den jeweils gegebenen

1) Gegenwärtig sind zum Privatkontomarkt nur solche Bankakzepte zugelassen, die der Einfuhr- und Transitfinanzierung dienen und eine Laufzeit von noch höchstens 90 Tagen haben; die Aussteller der Wechsel müssen Firmen von unzweifelhafter Bonität und einem das Geschäft rechtfertigenden Scharfing sein. Siehe im übrigen: Merkblatt der Privatkontomarkt-Aktiengesellschaft Frankfurt/M. v. 2. 2. 1959

Stand der Konjunktur und die Frage der Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft nicht außer Betracht lassen. Die durch die Privatkonten veranlaßte Verlängerung der Bankbilanzen bringt jedenfalls eine zusätzliche Ausdehnung des gesamtwirtschaftlich wirksamen Kreditvolumens.

Auch eine Beurteilung der in den Bankbilanzen erscheinenden eigenen Akzepte und Solawechsel kann sich nicht allein auf die absoluten Zahlen stützen. Zur Beantwortung der Frage, ob eine einzelne Bank unter dem Eindruck einer Anspannung Tratten akzeptiert hat, sind stets die gleichzeitig ausgewiesenen flüssigen Mittel und ihr Verhältnis zu bestimmten Arten der Verbindlichkeiten, also die Barliquidität, zu berücksichtigen. Eine Qualifikation der Bankakzepte müßte sich an den Motiven, die für die Begebung ausschlaggebend waren, orientieren. Da die Bankbilanz diesbezüglich keine direkten Anhaltspunkte bietet, kommt es letzten Endes auf das Volumen an, das diese Papiere erreichen. Sowohl für die einzelne Bank, wie für alle Banken zusammen genommen gilt dabei, daß relativ ausgeweitete Akzeptpositionen als abnorme Erscheinungen besonderer Beachtung bedürfen.

c) Die Bedeutung der "unter dem Strich" ausgewiesenen Positionen.

Der Vollständigkeit wegen sind in diesem Zusammenhang noch einige Positionen zu erwähnen, die auf der Passivseite der Bankbilanz unter dem Strich erscheinen. Es handelt sich dabei um die im Umlauf befindlichen eigenen Ziehungen, die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie um die Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmungen.

Die eigenen Ziehungen sind Tratten der Banken, bei denen also ein Kunde als Bezogener erscheint. Für eine Beurteilung dieser Bilanzposition ist es bedeutsam die Motive zu kennen, die für die Ausstellung eigener Ziehungen Anlaß bieten. Im wesentlichen handelt es sich dabei entsprechend der Ausstattung und Funktion des Wechsels einmal um das Sicherungsmotiv, zum andern um das Kreditmotiv. Im Hinblick auf die juristische Ausgestaltung des Wechsels, insbesondere die Wechselstrenge, eignen sich die Papiere als zusätzliche Sicherheit für einen bestehenden Kredit. Die Bank zieht also auf ihren Kunden einen oder mehrere Abschnitte, die entsprechend den Festlegungen im Kreditvertrag zu bestimmten Terminen fällig werden. Sofern lediglich das Sicherungsmotiv gegeben ist, behält die Bank die vom Kunden akzeptierten Wechsel im Portefeuille und bildet damit einen gewissen Bestand an sog. Depotwechseln. Derartige Depotwechsel

sind immer ein Zeichen dafür, daß die Bank einen ausgereichten Kredit durch ein besonders straffes Sicherungsinstrument untermauert wissen will. In dieser Art dürfen Depotwechsel als abnorme Erscheinung angesehen werden. Da diese eigenen Ziehungen gemäß den "Richtlinien für die Aufstellung der Jahresbilanz" nicht ausweispflichtig sind, ist in diesem Zusammenhang nicht näher darauf einzugehen.

Nun gibt es aber noch eine andere Modifikation der eigenen Ziehungen dergestalt, daß die Banken die selbst gezogenen Wechsel der Kundschaft überlassen. Bei dieser Form der eigenen Ziehungen geht es darum, daß die Abschnitte direkt in die Finanzierung des Warenumschlages eingeschaltet werden. Mit der Begebung an den Kunden befindet sich der Wechsel im Umlauf, um einmal wieder auf die Bank zurückzukommen. Die Bank ist zwar nicht Hauptschuldner aus dem Papier, da das Akzept vom Kunden gegeben wird, jedoch wirkt die Ausstellerunterschrift der Bank wie eine Gewährleistungsverpflichtung. Der Kunde hat nun grundsätzlich die Wahl, den Wechsel seinerseits zu begeben oder bei der ausstellenden Bank zum Diskont einzureichen. Mit der Diskontierung kommt der Abschnitt natürlich wieder in den Besitz der Bank. Da es für den Bilanzleser wichtig ist, zu wissen, mit welchen Beträgen sich eigene Ziehungen effektiv noch im Umlauf befinden, sind die der Kundschaft bereits abgerechneten Wechsel in einer Vorspalte anzuführen. Wenn die Kundschaft bemüht ist, einen von der Bank gezogenen Wechsel zu erhalten, so ist der wesentliche Beweggrund hierfür darin zu sehen, daß die Abschnitte eine relativ zinsgünstige Kreditquelle darstellen. Ob der Kunde den Wechsel weitergibt oder ihn bei der Bank diskontieren läßt, in jedem Falle sind die Konditionen für diese Art von Kredit niedriger, als bei einem Barkredit. Es versteht sich daher von selbst, daß die Banken die eigenen Ziehungen nur in Sonderfällen einsetzen.

Die Depotwechsel, die dem Kreditnehmer nicht abgerechnet sind, können schließlich in einer weiteren Verwendungsmöglichkeit dem Zweck dienen, die Bank selbst zu refinanzieren. In diesem Fall erscheinen die Wechsel in der Bilanz unter dem Strich als "in Umlauf befindlich"; gleichzeitig ist jedoch dann ihr Gegenwert unter den Passiven als Nostroverpflichtung aufzuführen.

Eigene Ziehungen, die von den Banken unter dem Kreditmotiv ausgestellt wurden, müssen ohne Ausnahme in der Bilanz erscheinen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Abschnitte begeben sind oder sich im Portefeuille der Banken befinden. Für den letzteren Fall sind die Tratten auf der Aktivseite der Bilanz als Bestand aufzuführen.

Nach diesen Bemerkungen über die Bedeutung der eigenen Ziehungen für das Bankgeschäft kann bezüglich der Beurteilung dieser Bilanzposition festgestellt werden, daß die in dieser Rubrik ausgewiesenen Zahlen stets auf außergewöhnliche Finanzierungsvorgänge hinweisen. Mußten die Abschnitte für die Refinanzierung einer Bank eingesetzt werden, so kann daraus auf eine liquiditätsmäßig beengte Lage des Instituts geschlossen werden. Sofern derartige eigene Ziehungen zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Bankwirtschaft eine Allgemeinerscheinung sind, ist daraus zu ersehen, daß ein Kreditschöpfungsspielraum der Banken nicht gegeben ist. Hinsichtlich der bei der Kundschaft im Umlauf befindlichen Tratten der Banken ist vor allem der Umfang interessant, in dem von dieser Finanzierungsmöglichkeit Gebrauch gemacht wurde. Die geldpolitisch leitenden Instanzen gewinnen damit einen Anhaltspunkt für die potentielle Auswirkung ihrer Diskonpolitik.

Für viele Geschäftsabschlüsse, insbesondere auch für Leistungen an die öffentliche Hand, bildet die Bankbürgschaft eine unabdingbare Grundlage. Für den Auftraggeber bzw. den Erfüllungsberechtigten ist grundsätzlich die von einer Bank für ihren Kunden übernommene selbstschuldnerische Bürgschaft eine vollwertige Sicherheit. Bürgen heißt für die Bank im Eventualfall zahlen. Es ist daher das Bestreben der Institute, sich vor Risiken zu schützen, die ihnen aus der Übernahme von Bürgschaften erwachsen. Sofern die Vermögensverhältnisse des Kunden nicht selbst schon ausreichenden Rückhalt für die verbürgte Forderung bieten, ist grundsätzlich davon auszugehen, daß sich die Banken bei Einräumung von Avalkrediten entsprechende Sicherheiten bestellen lassen. Bei der Beurteilung des in den Bankbilanzen ausgewiesenen Bürgschaftsobligos kann somit unterstellt werden, daß jedenfalls ein Teil der eventuell zur Einlösung fällig werdenden Beträge durch zusätzliche Sicherheiten gedeckt ist, aus denen sich dann die Banken wieder befriedigen können.

Im Gegensatz zu den Indossamentsverbindlichkeiten ist es bei den Avalen der Banken schlechterdings nicht möglich, ihre Verhältnismäßigkeit durch Bezugnahme auf andere Bilanzpositionen zu beurteilen. Bei der Betrachtung der Bilanz einer einzelnen Bank ist vielleicht festzustellen, daß das Bürgschaftsobligo im Vergleich zu den haftenden Mitteln oder den kurzfristig realisierbaren Aktiven eine enorme Höhe erreicht hat; trotzdem kann es sich dabei für die Bank um zweifelsfreie Geschäfte handeln, wie dies gerade bei Spezialbanken vorkommt. Eine objektive Beurteilung ist somit nur möglich, wenn die Verhältnisse "von innen her" bekannt sind. Da aber grundsätzlich angenommen werden darf, daß relativ hohe Bürgschaftsverpflichtungen einer einzelnen Bank auf einen großen Kundenkreis zurückzuführen sind, vermittelt die Angabe des Bürg-

schaftsobligos in den Bilanzen doch einen gewissen Anhaltspunkt. Es kann nämlich daraus ein Hinweis auf das Geschäftsvolumen der betreffenden Banken entnommen werden.

Die letzte der auf der Passivseite unter dem Strich erscheinenden Positionen sind die Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmungen. Bezüglich der Begriffsklärung, was als Konzernunternehmung anzusehen ist, muß auf die Legaldefinition des § 15 AktG zurückgegriffen werden. Der ratio legis entsprechend, sind die Unternehmungen als Konzernunternehmungen zu bezeichnen, die ungeachtet der juristischen Selbständigkeit in gewissem Umfang ihre wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit durch Einordnung in einen höheren Zweckverband aufgegeben haben. Für die Banken ist insbesondere § 15/2 AktG bedeutsam, wonach das für einen Konzern stets charakteristische Herrschaftsverhältnis, d. h. die Möglichkeit der Einflußnahme auf die abhängige Unternehmung, durch Beteiligungen oder auf andere Art dargestellt werden kann. Bezüglich der Beteiligungen bedarf es keiner weiteren Erläuterung; dagegen kann sich speziell bei den Banken die Konzerngebundenheit auch aus der Tatsache einer Kreditgewährung ergeben. Wie bereits bei den Ausführungen über die Nostroverpflichtungen erwähnt, ist die Aufnahme von Krediten als zum Bankgeschäft schlechthin gehörend anzusehen; nicht jeder von den Banken aufgenommene Kredit kann somit als Hinweis auf ein gegebenes Konzernverhältnis gewertet werden. Es gilt vielmehr als einmütige Auffassung, daß ein Konzernverhältnis nur dann anzunehmen ist, wenn aus besonderen Umständen geschlossen werden kann, daß der Kreditgeber einen herrschenden Einfluß auf die Bank auszuüben beabsichtigt.

Wurde die Einordnung einer Bank in einen Konzern durch Beteiligung des herrschenden Unternehmens bewirkt, so lassen sich aus der Bilanz keine direkten Anhaltspunkte für das Bestehen des Konzernverhältnisses entnehmen, da unter dem Strich nur die in den Passiven enthaltenen Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen auszuweisen sind. Die Beurteilung der Konzernverbindlichkeiten orientiert sich für einen bestimmten Fall insbesondere an einem Vergleich zur Bilanzsumme. Es kann daraus ein Anhaltspunkt dafür gewonnen werden, in welchem Maße die betreffende Bank ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit bewahrt hat, denn ein hoher Anteil der Konzernverbindlichkeiten an der Bilanzsumme weist stets darauf hin, daß die betreffende Bank als Hausbank im engeren Sinne des Wortes finanziert wird, woraus sich zugleich ein Hinweis auf das Geschäftsgebahren des Instituts ergibt.

6. Kredittheorie, Kreditpraxis und Bankbilanz

a) Lehrmeinungen zum Problem der Kreditschöpfung.

In seinem im Jahre 1919 erschienenen Buch stellt Withers fest: "Every loan makes a deposit".¹⁾ Demgegenüber schrieb im Jahre 1955 ein Vorstandsmitglied einer namhaften Bank an einen Unternehmer: "Bevor ich Ihnen DM 1. -- Kredit gewähren kann, muß erst ein Einleger zu mir kommen und DM 1. 50 hinterlassen". Die offensichtliche Gegensätzlichkeit dieser Äußerungen läßt die Frage entstehen, ob die Kreditgewährung des Jahres 1955 von anderen, vielleicht sogar rückständigeren Prinzipien geleitet wird, als im Jahre 1919. War man etwa früher geneigt und in der Lage, gewissermaßen ad libitum Kredit zu gewähren in der sicheren Erwartung, daß sich die Einleger schon finden werden, während man heute erst auf den Einleger wartet, bevor man Kredit geben will und kann? In dieser Form, das kann schon vorweggenommen werden, ist die Fragestellung abwegig. Tatsächlich aber spiegelt sich in den erwähnten Formulierungen der beiden für das Sachgebiet zweifelsfrei kompetenten Persönlichkeiten der heute noch aktuelle Gegensatz zwischen klassischer und moderner Kredittheorie wider, der letzten Endes in der Frage begründet ist, ob die Banken lediglich Kreditvermittler oder doch Kreditschöpfer sind. Von der Beantwortung dieser Frage werden auch die in der volkswirtschaftlichen Theorie bedeutsamen Problemkreise, wie "Sparen und Investieren" oder "Kredit und Sparen" etc. entscheidend beeinflusst.

Es könnte nun zunächst den Anschein haben, als wollte sich die weitere Untersuchung der Aussagefähigkeit der Bankbilanz, die bisher unter bewußter Betonung der Empirik geführt wurde, bei der Behandlung des aktiven Kreditgeschäftes der Banken auf die Ebene der reinen Theorie verlagern. Wenn in den nachfolgenden Ausführungen in größerem Umfang auf die Themastellung der Theorie eingegangen wird, so geschieht dies einmal im Hinblick darauf, daß das Kreditgeschäft der Banken einen breiten Raum in der Literatur einnimmt und damit eine Stellungnahme erforderlich macht; zum anderen kann man die Erkenntnis nicht negieren, daß sich die kreditäre Betätigung der Banken in den Bilanzen niederschlagen muß. Es besteht deshalb gerade in dieser Sache eine enge Verflochtenheit zwischen Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre.

1) Withers H., The Meaning of Money, London 1919, S. 63

Die moderne Kredittheorie hatte ihren Ursprung in der angelsächsischen Literatur. In seinem vielzitierten Buch "History, Principles and Practice of Banking" gab Gilbert eine ausgesprochene Kreditvermittlungstheorie der Banken, die dadurch zum Ausdruck kommt, daß "the trade of a banker differs from other trades, in as much as it is carried on chiefly from the money of other people".¹⁾ Diese These greift Macleod auf und bezeichnet sie als "das gründlichste Mißverständnis über das Wesen des Bankgeschäftes".²⁾ Mit Hilfe einer Reihe von juristisch-sophistischen Unterscheidungen versucht Macleod die klassische Auffassung zu widerlegen, um damit seine eigene Theorie zu festigen, die in dem Satz gipfelt: "All banks are banks of issue".³⁾ Mit der Erklärung "eine Bank ist keine Anstalt zur Aufnahme und zum Ausleihen von Geld, sondern zur Erzeugung (fabrication) von Kredit",⁴⁾ war das Schlagwort für die moderne Kredittheorie gefallen.

Die daran anschließende Literatur ist insbesondere durch eine bessere Berücksichtigung der für die Praxis gegebenen Daten gekennzeichnet. Zwangsläufig ergab sich damit die Notwendigkeit, bis zu einem gewissen Umfang die Erkenntnisse der klassischen Theorie anzuerkennen. Man konnte nicht länger darüber hinwegsehen, daß das Geschäftsgebaren einer einzelnen Bank in entscheidendem Maße von der Struktur und Fluktuation der Einlagen bestimmt wird. Dessen ungeachtet hielt man doch die Lehren der modernen Kredittheorie aufrecht. Grob ausgedrückt, legte sich die Theorie jetzt dahingehend fest, daß zwar die einzelne Bank lediglich Kredite vermitteln könne, das gesamte Bankensystem jedoch durchaus kreditschöpferisch tätig sei. Einer der hervorragendsten Vertreter, die diese Lehre zuerst vorgetragen hatten, war Ch. A. Phillips, der vor allem gegen die Extremisten der Kreditschöpfungstheorie, wie Macleod und Withers, Stellung nimmt, die ihrerseits noch der einzelnen Bank die Möglichkeit zusätzlicher Kreditgewährung zuerkannten. Den Inhalt des "riddle of banking" formuliert Phillips wie folgt: "Aber wie kann ein gegebener Betrag an Bargeld die Grundlage für ein Vielfaches an Darlehen und Depositen in einem Bankensystem werden, wenn die Erwerbung dieses Betrages für die einzelne Bank wenig oder gar keine multiplikative Bedeutung hat".⁵⁾ In seinen Untersuchungen unterscheidet Phillips scharf zwischen ursprünglichen Einlagen, die sich im wesentlichen aus Bargeldeinzahlungen zusammensetzen,

1) Gilbert J. W., a. a. O., S. 131

2) Macleod H. D., Theory and Practice of Banking, London 1902, S. 319

3) Ders., a. a. O. S. 331

4) Ders., a. a. O. S. 326

5) Phillips Ch. A., Bank Credit, New York 1920, S. 34

und abgeleiteten Einlagen, die unmittelbar durch ein Darlehen entstehen. Dabei kommt es ihm darauf an, klarzustellen, daß eine einzelne Bank, die durch Zufluß ursprünglicher Depositen Kredite gewähren kann, nur "wenig mehr" als den Betrag dieser Depositen auszuleihen vermag. Mit diesem "wenig mehr" erkennt Phillips - worauf er im übrigen auch selbst hinweist ¹⁾ - die Tatsache an, daß die Einleger bis zu einem gewissen Umfang keine Verfügungen über die Depositen treffen. Den Kontakt mit der modernen Kredittheorie stellt Phillips dann dadurch her, daß er argumentiert, "die Darlehen der einen Bank bilden die Ursache für die Einlagen anderer Banken". ²⁾ Das "riddle of banking" findet somit seine Erklärung darin, daß "für das Bankensystem die Depositen hauptsächlich die Nachkommen von Darlehen sind. Für eine einzelne Bank dagegen sind Darlehen die Nachkommen von Depositen". ³⁾

Diese Herausstellung der von Phillips für das Bankensystem vertretenen Kreditschöpfungslehre war deshalb erforderlich, weil die gedankliche Trennung der für das Bankensystem einerseits, für die einzelne Bank andererseits geltenden Tatbestände noch bis in die jüngste Zeit für die einschlägige Literatur richtungsweisend war. So vertritt zum Beispiel Gestrich, was das Bankensystem anbetrifft, eine ausgesprochene Kreditschöpfungslehre, die in dem folgenden Zitat zum Ausdruck kommt: "Die grundlegende Erkenntnis der modernen Kredittheorie besteht darin, daß in der modernen Geld- und Kreditwirtschaft Bankkredite nicht mit von dritter Seite zur Verfügung gestelltem Geld, sondern durch Schaffung von Bankguthaben, die zu Zahlungen benützt werden können (Giralgeld), entstehen". ⁴⁾ Gleichzeitig gibt jedoch Gestrich das Zugeständnis an die Praxis, daß nämlich die moderne Kredittheorie dem Bankier kein unsolides Verhalten zumute. Die einzelne Bank sei vielmehr nach wie vor gehalten, jeden Kredit auf Bonität, Liquidität und Sicherheit hin zu prüfen, da sie in ihrem Geschäftsgewahren von der Konstitution und dem Verhalten der Einlagen abhängig ist. ⁵⁾

Die von den angelsächsischen Autoren dargestellte Kreditschöpfungsfähigkeit der Banken hatte eine äußerst stimulierende Wirkung für die Theorie. Dabei blieb man jedoch nicht bei der Untersuchung der banktechnischen Fragen stehen, wie man überhaupt eine systematische Eingliederung der Geld- und Kredittheorie in die Volkswirtschaftslehre verfolgte. Die Kreditschöpfungstätigkeit

1) Vgl. Phillips Ch. A., a. a. O., S. 37

2) Ders., a. a. O., S. 63

3) Ders., a. a. O., S. 64

4) Gestrich H., a. a. O., S. 26

5) Ders., a. a. O., S. 189 ff.

der Banken wurde damit zu einem Zentralpunkt der Währungs-, Konjunktur- und Außenhandelstheorien. Die neue Lehre wirkte so revolutionär, daß man teilweise von einem Extrem in das andere fiel. Terminologische Verwirrungen, Vermengung der gegebenen Fakten mit dem wirtschaftspolitischen Wollen und übertriebener Pessimismus führten dazu, daß die Praxis gegenüber der modernen Kredittheorie zunächst verständnislos blieb.

Die Konjunkturtheorie hat ihre wesentliche Aufgabe stets in einer Erklärung der wirtschaftlichen Schwankungen gesehen. Im Hinblick auf die durchschlagende Wirkung der Lehre von der Kreditschöpfungsfähigkeit der Banken ist es nicht verwunderlich, daß auch diese Theorie von der Konjunkturforschung aufgegriffen wurde. Als einer der bekanntesten Vertreter der monetären Konjunkturtheorie hat L. von Mises seine Zirkulationskredittheorie dargelegt.¹⁾ Er geht davon aus, daß den Banken ein Fonds zur Darlehensgewährung über ihre eigenen und die ihnen zur Verfügung stehenden fremden Mittel hinaus zusteht, der sie in die Lage versetzt, neben dem Sachkredit, der durch Kreditübertragung bereitgestellt wird, noch Zirkulationskredit zu gewähren.²⁾ Unter der Voraussetzung, daß sich kein Mißtrauen des Publikums als Hindernis erweist, meint v. Mises: "Die Banken haben es vermöge der ihnen zustehenden Macht, Zirkulationskredit durch Ausgabe von Umlaufmitteln zu erteilen, in der Hand, die zirkulierende Gesamtmenge des Geldes und der Geldsurrogate ins Grenzenlose zu vermehren".³⁾ Dementsprechend sieht v. Mises auch in der Kreditschöpfungstätigkeit der Banken die ausschlaggebende Krisenursache. In einem späteren Werk hat v. Mises die kreditpolitische Potenz der Banken allerdings abgeschwächt und erklärte zur Ausweitung des Zirkulationskredits: "Gegen den Willen oder die Absicht der Zentralbank wäre jeder Versuch der Privatbanken von vornherein aussichtslos".⁴⁾ Dennoch ist nicht zu verkennen, daß v. Mises von dem inflationistischen Gespenst einer autonomen Kreditpolitik der Banken stark beeindruckt war. Nach seiner Auffassung trifft die wesentliche Schuld für die zwangsläufig zur Kreditinflation führende Expansion den Staat. Das wesentliche Anliegen, das in den theoretischen Erörterungen v. Mises' zum Ausdruck kommt, ist somit die Ausschaltung des Staa-

1) Vgl. Mises, L. v.: Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, München 1912

2) Vgl. Ders., a. a. O., 1924, S. 275

3) Ders., a. a. O., 1924, S. 317

4) Ders.: Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik, Jena 1928, S. 75

tes aus der Sphäre der Geld- und Kreditpolitik. Das ist im Kern die Idee der Bankfreiheit, für die er unermüdlich eintritt.¹⁾ Dieser Pessimismus hat v. Mises schließlich veranlaßt, der Praxis ein Rezept zu übergeben, das tatsächlich in der Lage wäre, eine Staatsinflation auf der Basis der Kreditschöpfung der Banken zu unterbinden. Hierfür empfiehlt v. Mises in seinen sehr eingehenden Darlegungen eine strenge 100-Prozentdeckung aller Banknoten durch Gold und die volle Deckung aller Scheckdepositen durch Gold und Banknoten.²⁾ So aner kennenswert die "goldene Kette" als ein wirksames Mittel gegen den Mißbrauch des Bankenapparates seitens des Staates ist, so fragwürdig muß ihre Zweckmäßigkeit für andere, mindestens ebenso wichtige Maximen der Volkswirtschaft erscheinen.

In ähnlichem Sinne wie v. Mises hat sich F. A. Hayek als Vertreter der Überinvestitionstheorie monetärer Prägung ausgedrückt. Auch er sieht also in der Expansionsfähigkeit des Bankensystems die ursprüngliche Krisenursache. Aufgrund von historischen Beobachtungen hält er die Tatsache, daß nämlich in allen Aufschwungsperioden die Kreditgewährung und Zunahme der Depositen die gleichzeitige Ansammlung von Ersparnissen überstieg, für unbestritten und wohl auch unbestreitbar.³⁾

In völlig anderer Richtung als v. Mises und Hayek hat Schumpeter die Kreditschöpfung der Banken in sein theoretisches System einbezogen. Für Schumpeter liegt die motorische Entfaltung der Wirtschaft in der dynamischen Unternehmernatur begründet. Es ist daher nicht mehr als verständlich, daß Schumpeter den dynamischen Unternehmer auch mit der erforderlichen Kaufkraft ausgestattet wissen will, da sich nur auf diesem Weg die "Andersverwendung der nationalen Produktionsmittel"⁴⁾ ermöglichen läßt. Wesentlich ist dabei, daß die erwähnte Kaufkraft nach der Auffassung Schumpeters nur aus einer speziell für diesen Zweck vollzogenen zusätzlichen Kaufkraftschaffung dargestellt werden kann. Damit wird aber die Kreditschöpfung zur *conditio sine qua non* für die wirtschaftliche Entwicklung. Natürlich war sich Schumpeter über das Erfordernis der Konsolidierung bewußt; deshalb argumentierte er: "Das sich fortlaufend neu bildende Sparkapital rückt sozusagen der Kaufkraftschaffung nach und löst sie fortlaufend ab".⁵⁾

1) Vgl. Mises L. v.: *Human Action*, London 1949, S. 440

2) Vgl. Ders., *The Theory of Money and Credit*, London 1953

3) Hayek F. A., *Geldtheorie und Konjunkturtheorie*, Wien 1929, S. 84

4) Schumpeter J. A., *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin 1952, S. 140 ff.

5) Ders., *Die goldene Bremse an der Kreditmaschine* (Kölner Vorträge, Bd. I., *Die Kreditwirtschaft*, 1. Teil, Leipzig 1927), S. 86

Auch Keynes hat die Kreditschöpfung zum Sparprozeß in Beziehung gesetzt. In der "Treatise" veranschaulicht Keynes nämlich, daß zwischen Sparen und Investieren überhaupt kein ursprünglicher Zusammenhang bestehe, denn zwischen den beiden wirtschaftlichen Prozessen lägen die Entscheidungen der Unternehmer und der Konsumenten zu investieren bzw. zu horten.¹⁾ Dabei wird der Einfluß der Kreditschöpfung wie folgt dargestellt: "Welches ist das wahre Kriterium für eine Kreditschöpfung nichtinflationistischer Natur (das heißt eine Kreditschöpfung, die von dem Makel der Gewinninflation - Einkommensinflation ist eine andere Sache - frei ist) ? Wir haben gefunden, daß die Antwort in der Wahrung des Gleichgewichts zwischen der Spartätigkeit und dem Wert der Neuinvestition liegt. Das heißt, die Banken sind nur berechtigt, Kredit zu schaffen, ohne sich dem Vorwurf inflationistischer Maßnahmen auszusetzen, wenn die Wirkung dieser Kreditschöpfung auf den Wert der Neuinvestition per Saldo darin besteht, den Wert dieser Investition nicht über den Betrag der laufenden Ersparnisse des Publikums zu erhöhen, und ähnlich werden sie sich dem Vorwurf deflationistischer Tätigkeit aussetzen, wenn sie nicht genug Kredit schaffen, um zu verhindern, daß der Wert der Neuinvestition unter den Betrag der laufenden Ersparnisse sinkt".²⁾ Demzufolge hätten also die Banken mit ihrer Kreditschöpfung eine kompensatorische Aufgabe dergestalt, daß sie die Lücke zwischen Sparen und Investieren schließen und damit das konjunkturelle Gleichgewicht erhalten.

In der "General Theory" hingegen ist von den Ersparnishorten bei den Banken in dieser generellen Form nicht mehr die Rede.³⁾ Überhaupt kann dort festgestellt werden, daß Keynes seine Ansichten über die Kreditschöpfung geändert hat. So etwa, wenn er ausführt: "Das Überwiegen der Vorstellung, daß Ersparnis und Investition, in ihrem schlichten Sinn genommen, voneinander abweichen können, muß meiner Ansicht nach durch eine optische Täuschung erklärt werden..... Es wird angenommen....., daß das Bankensystem die Bildung von Investitionen möglich machen kann, der keine Ersparnisse gegenüberstehen..... Wenn die Gewährung eines Bankdarlehens an einen Unternehmer in Ergänzung der bestehenden Darlehen diesem Unternehmer erlaubt, seine laufende Investition um einen Betrag zu vergrößern, der sonst nicht verfügbar gewesen wäre, werden die Einkommen notwendigerweise zunehmen, und zwar

1) Vgl. Keynes J. M., Vom Gelde, München - Leipzig 1932

2) Keynes J. M., Vom Gelde, S. 476

3) Keynes J. M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und Geldes, München - Leipzig 1936

in einem Maße, das die Zuwachsrates der Investition normalerweise übersteigt. Zustände der Vollbeschäftigung ausgenommen, wird überdies sowohl das Realeinkommen als auch das Geldeinkommen zunehmen. Die Bevölkerung wird frei wählen, in welchem Verhältnis sie die Zunahme ihres Einkommens zwischen Ersparnis und Ausgabe einteilt, und die Absicht des Unternehmers, der geborgt hat, um seine Investition zu vergrößern, kann sich (wenn es sich nicht um eine Investition handelt, die sonst durch andere Unternehmer vorgenommen worden wäre) unmöglicherweise rascher verwirklichen, als sich das Publikum entschließt, seine Ersparnisse zu vermehren. Die Ersparnisse, die von diesem Entschluß herühren, sind überdies ebenso echt wie irgendwelche anderen Ersparnisse".¹⁾

Die Wendung in den Ansichten Keynes' ist recht deutlich. Während noch in der "Treatise" die Unabhängigkeit des Vorgehens der Banken zugrundegelegt wird, erscheint Sparen und Investieren in der "General Theory" als zwangsläufig untrennbar. Dementsprechend kann Keynes auch eine Kreditschöpfung im Sinne einer zusätzlichen Geldschöpfung nicht mehr berücksichtigen.

Verfolgt man die Literatur über die Kreditschöpfungstätigkeit der Banken, so fällt auf, daß die wohl überwiegende Zahl der Autoren mit gewissen Fiktionen arbeitet. Eine der meistgebrauchten davon ist die einer bargeldlosen Wirtschaft. Unter dieser Prämisse hat der schwedische Nationalökonom Knut Wicksell die Kreditschöpfung beleuchtet. Zwar wurde die Fiktion schon von anderen Autoren vor ihm verwendet, doch scheint das von Wicksell ermittelte Ergebnis besonders drastisch, weshalb es hier erwähnt werden soll.

Im Mittelpunkt der Lehren Wicksell's steht die Zins- und Preistheorie. Es kommt ihm insbesondere darauf an, klarzustellen, daß die Stabilität der Preise und der Wirtschaft insgesamt gesichert sei, solange sich der Marktzins und der natürliche Zins in Kongruenz befinden. Die damit erreichte Neutralität des Zinses gewährleistet die erstrebte Preisstabilität.²⁾ In dieses Wirkungsverhältnis von Zins und Preis treten nun die Banken, die es nach der Auffassung Wicksells in der Macht hätten, "ihre Zinssätze beliebig lange Zeit über dem normalen Maß zu halten."³⁾ Zum Beweis dieser These schaltet er das Bargeld aus und erklärt dann: "So viel Geld bei den Banken nachgefragt wird, so viel können sie - die Solidität des Borgers vorausgesetzt - auch leihen. Sie tun ja dabei nichts mehr, als eine Zahl in das Konto des Borgers als bewilligten Kre-

1) Keynes J. M., Allgemeine Theorie, S. 70/71

2) Vgl. Wicksell K., a. a. O., S. 93

3) Wicksell K., a. a. O., S. 102

dit oder fingiertes Depositum einzutragen. Werden ihnen nachher die daraufhin gezogenen Schecks präsentiert, so schreiben sie den betreffenden Betrag dem Konto des Scheckinhabers als eingezahltes Depositum (oder abgezahlte Schuld) gut. Das Angebot an Geld wird also durch die Nachfrage selbst geschaffen." 1)

Untersucht man die erwähnten Ausführungen Wicksell's auf ihren Wert hin, so muß zugegeben werden, daß vieles richtig ist - aber nur unter der Voraussetzung einer bargeldlosen Wirtschaft. Kehrt man zur Realistik zurück, so kann man die gleichzeitige Gegebenheit von Bargeld und Buchgeld nicht übersehen, womit natürlich die Wicksell'schen Lehren eine nicht unerhebliche Einschränkung erfahren.

In seinem vielbeachteten Werk "Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits" unterstellt auch Hahn zunächst eine bargeldlose Wirtschaft. 2) Wesentlich an seinen Ausführungen ist jedoch die Tatsache, daß er den Zeitfaktor verdeutlicht. Für Hahn steht es fest, "daß nicht das Passivgeschäft der Bank, insbesondere das Depositengeschäft das Primäre ist, sondern daß allgemein und in jedem einzelnen Falle ein Aktivgeschäft einer Bank vorangegangen sein muß, um erst das Passivgeschäft einer Bank möglich zu machen und hervorzurufen. Das Passivgeschäft der Banken ist nichts anderes als ein Reflex vorangegangener Kreditgewährung". 3) Bei der Darstellung des banktechnischen Vollzugs der Kreditschöpfung führt Hahn allerdings das kreditvermittelnde Moment dadurch ein, daß er zwischen Primärbanken und Sekundärbanken unterscheidet. Die eine Bank gewähre Kredit aufgrund einer Kreditschöpfung; bei der zweiten Bank würden die entsprechenden Mittel als Einlage erscheinen. Eine Anlage der von der Sekundärbank erworbenen Mittel erfolge zunächst wenigstens nicht, denn sie wären bei der ersten Bank schon angelegt. 4)

In den weiteren Ausführungen untersucht Hahn den Einfluß der Kreditschöpfung auf Kapitalbildung und Produktion. Auch bei diesen Problemen arbeitet er systematisch mit dem Zeitfaktor, d.h. mit dem Vorrang des Kredits. So könnten sich keine Ersparnisse bilden, wenn nicht eine Krediteinräumung, die nach Hahn's Terminologie nur als Kreditschöpfung angesehen werden kann, voraus-

1) Wicksell K., a. a. O., S. 101

2) Vgl. Hahn A., Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1920

3) Ders., a. a. O., S. 29

4) Vgl. Ders., a. a. O., S. 56

gegangen sei. ¹⁾ Damit gibt Hahn zugleich eine Erklärung über die Zusammenhänge von Sparen und Investieren. Seiner Auffassung nach hat also das Investieren gegenüber dem Sparen einen zeitlichen Vorrang. Wird aber investiert, bevor gespart wird, so heißt das, daß die volkswirtschaftliche Kapitalbildung in jedem Falle dem Sparen vorausgeht. Dann ist auch das Sparen kein Kapitalbildungsvorgang mehr im eigentlichen Sinne, sondern dient der Kreditkonsolidation.

Zur Untermauerung seiner Theorie über den Kapitalbildungsprozeß aus primärer Kreditgewährung untersucht Hahn die Wirkungsmomente der Nachfrage und kommt zu dem Ergebnis, daß auch die Nachfrage und damit das Konsumieren der Produktion vorausgehe. Daraus folgert er den Kausalzusammenhang dahingehend, daß "wenn die Nachfrage primär gegenüber der Produktion ist, dann ist auch die Krediteinräumung primär gegenüber der Kapitalbildung". ²⁾ Die Faktoren, die eine Kapitalbildung ermöglichen, erläutert Hahn mit Hilfe des Distributionsbegriffes. Zur Kapitalbildung werden nach seiner Auffassung eine "intertemporale" und eine "interpersonale" Distributionsveränderung benötigt. Bei den diesbezüglichen Überlegungen geht Hahn offensichtlich von der Erkenntnis aus, daß für die moderne Wirtschaft die langfristige Umwegproduktion charakteristisch ist. ³⁾ Diese Umwegproduktion werde durch Zinsermäßigung, d. h. intertemporale Distributionsveränderung ermöglicht. Die interpersonale Distributionsveränderung komme demgegenüber dadurch zustande, daß die Preise infolge der Kreditexpansion steigen, wodurch die Einkommen vor allem der nicht in die Produktion eingegliederten Einkommensbezieher - gemeint sind insbesondere die Festbesoldeten und Rentner - gekürzt werden.

Die von Hahn auf diesen Lehren aufgebaute Konjunkturtheorie ist eine typische Unterkonsumtionstheorie. Er glaubt beobachtet zu haben, daß nach erreichter Hochkonjunktur ein Nachfrageausfall dadurch eintritt, daß mehr als zuvor gespart wird, weshalb die entsprechenden Beträge nicht mehr als kaufkräftige Nachfrage am Markt erscheinen würden. ⁴⁾ Ganz abgesehen von den Zweifeln, die vom banktechnischen Standpunkt aus gegen diese These vorzubringen wären, ergibt sich die Feststellung, daß das erzwungene Sparen nach den Lehren Hahns auftriebsfördernd sei, während das freiwillige Sparen generell ein Hemmnis be-

1) Vgl. Hahn A., a. a. O., S. 153

2) Ders., a. a. O., S. 121

3) Vgl. hierzu: Gambino Amadeo: Questioni di teoria e tecnica monetaria, Padova 1953

4) Vgl. Hahn A., a. a. O., S. 151

deute. Die Sicherung der Auftriebskontinuität hält Hahn dadurch für möglich, daß die Zinssätze drastisch gesenkt werden, erforderlichenfalls soweit, daß dem Kreditnehmer zu Lasten des Sparers Zinsen vergütet werden.¹⁾ Man sagt sicher nicht zuviel, wenn man der Auffassung ist, daß dieses Rezept weitab von der Realistik liegt.

Die Zusammenhänge zwischen Geld und Kredit wurden in der neueren Literatur aus einer mehr banktechnischen Sicht von Hans Gestrich dargelegt.²⁾ In der "Kreditpolitik" arbeitet Gestrich mit Bilanzbildern und erklärt damit die Kreditschöpfungstätigkeit der Banken. Die Tatsache, daß in der Bilanz Aktiv- und Passivpositionen stets abgeglichen sind, hat offensichtlich für Gestrich die Frage entstehen lassen, wie die Kreditausweitung zu erklären wäre, wenn die Bilanzen doch zeigen, daß alle hereingenommenen Mittel bereits angelegt seien. Daraus folgert er, daß die Banken bei der Kreditgewährung nicht irgendwelche freien Mittel, die ihnen anvertraut wurden, zur Verfügung stellen. Die Mittel, die die Banken ausleihen, schaffen sie vielmehr nach Gestrich's Auffassung selbst. Da nun aber kein Kredit von irgendeinem Geld genommen werde, das sonst vielleicht unverwendet liegen bliebe, so schaffe eben jeder Kredit Geld. "Die Banken befriedigen also den Kreditbedarf nicht aus Ersparnissen, sondern durch Geldschöpfung".³⁾ Die banktechnische Seite dieses Vorgangs wird damit erklärt, daß mit der Kreditgewährung Bankguthaben geschaffen werden, so daß also Kredit und Guthaben gleichzeitig entstehen.

Bei Gestrich wird der gesamte Kreditschöpfungsprozeß von den der einzelnen Bank wie dem gesamten Bankensystem zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln bestimmt. Als Grenze der Kreditschöpfungsfähigkeit der Banken gilt eine erfahrungsmäßig bestimmte Quote, die angibt, in welchem Umfang mit einer Barauszahlung der Guthaben zu rechnen ist. Was das Verhältnis der Banken zueinander anbetrifft, weist Gestrich darauf hin, daß die einzelne Bank nach vollzogener Kreditausweitung mit einem Liquiditätsentzug zu Gunsten anderer Banken zu rechnen habe. Die Erhöhung des Kreditvolumens bei einer bestimmten Bank wirkt somit bei den anderen Banken insofern stimulierend, als sich deren Liquidität verbessert, so daß man auch dort eine Kreditausweitung betreiben wird. Mit einem derartigen Vorgehen setzen die Banken im gleichen Schritt ihre Liquidität entsprechend dem Wachstum der Depositen herab. Ganz logisch

1) Vgl. Hahn A., a. a. O., S. 151

2) Vgl. Gestrich H., Neue Kreditpolitik (Ordo 1936, Heft 3) Kredittheorie und Wirklichkeit, WWA (1940) 52. Bd., S. 278

Kredit und Sparen, Godesberg 1947

3) Vgl. Ders., Kredit und Sparen, S. 26 ff.

folgt Gestrich, daß der Kreditausweitung eine Grenze nur durch die Möglichkeit der Bargeldbeschaffung gezogen sei. Aus der Notwendigkeit heraus, jederzeit über ein ausreichendes Bargeldvolumen verfügen zu können, sei die Kreditschöpfung der Banken letztlich an die Stelle gebunden, die die Bargeldschöpfung beherrscht. Die Zentralnotenbank kann also die Liquidität der Banken und damit ihren Kreditspielraum bestimmen.

Mit den Ausführungen über die Zusammenhänge von Geld und Kredit war Gestrichs Stellungnahme zur Frage der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung bereits festgelegt. Im Rahmen einer Gegenüberstellung von klassischer und moderner Kredittheorie wird erklärt: "Die moderne Kredittheorie bestreitet die unmittelbare Abhängigkeit der Kreditmöglichkeiten von der Spartätigkeit und kommt im Laufe ihrer Entwicklung dazu, im Sparen unter Umständen geradezu ein Hemmnis der Kreditgewährung und Kapitalbildung zu sehen".¹⁾ Die Investition ist somit im Gegensatz zur klassischen Theorie jetzt nicht mehr durch die Menge der Ersparnis bestimmt. Offensichtlich befürchtet aber auch Gestrich die inflationistische Wirkung einer für Investitionszwecke eingesetzten Kreditschöpfung. Er erklärt nämlich, daß die Unabhängigkeit des Kredits vom Sparen nicht gleichbedeutend ist mit einer sachlichen Bedeutungslosigkeit des Sparens für den Kredit. Gestrich ist sich bewußt, daß Investitionen, die nicht durch Freisetzung von Produktivkräften über das Sparen ermöglicht wurden, zu Verzerrungen der Preise und der Einkommenstruktur führen müssen. Dem Sparen wird also die von anderen Autoren schon erwähnte Konsolidationsfunktion zugeschrieben. Die Frage, ob der Investitionskredit von den allgemeinen Kreditbanken gegeben werden soll, wird von Gestrich bejaht. Er meint, erst durch diesen Kredit werden die Depositen geschaffen, die sich allmählich in die Einkommen- und späteren Spardepositen umbilden und späterhin zum Wertpapierkauf zur Verfügung stehen.

Die Reihe der Autoren, die sich mit der Kreditschöpfung der Banken befaßt haben, ließe sich im Rahmen des kurzen lehrgeschichtlichen Überblicks beliebig verlängern. Berühmte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis haben sich diesem Thema gewidmet und sind zu teilweise sehr unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Wenn an dieser Stelle nicht alle Lehrmeinungen wiedergegeben werden können, so ist dies lediglich auf die durch das Thema gezogenen Grenzen zurückzuführen. Ein Werk der letzten Jahre soll noch erwähnt werden, da sein Verfasser selbst eine zusammenfassende Darstellung der aus der angelsächsischen Literatur entstammenden Kreditschöpfungslehre gibt und in seiner eigenen Theo-

1) Gestrich H., Kredit und Sparen, S. 22

rie zeigt, wie sich der rote Faden der neuen Lehre seit mehr als 70 Jahren erhalten hat. Im dritten Teil der "Einführung in die Wirtschaftstheorie" erklärt Erich Schneider ¹⁾: "... Es muß indessen noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß eine Bank bei ihrer Kreditgewährung keineswegs das überschüssige Zentralbankgeld ausleiht. Der Sachverhalt ist vielmehr der, daß die Bank Forderungen an die Kreditnehmer, die nicht Geld sind, monetisiert. Sie schafft in Form von neuen Sichtverpflichtungen selbst die Zahlungsmittel, die sie dem Kreditnehmer zur Verfügung stellt. Die neuen Kredite werden also nicht etwa von irgendwelchem vorhandenen Gelde genommen, sondern werden in neuem, von der Bank selbst geschaffenen Giralgeld zur Verfügung gestellt.... Die Bank leiht auch keine Depositen aus. Depositen sind Verpflichtungen der Bank gegenüber ihren Kunden. Wie könnte sie Verpflichtungen ausleihen!... Im Zuge jeder Kreditgewährung wird neues Geld (Giralgeld) geschaffen; im Zuge jeder Kreditrückzahlung wird, sofern der Schuldner mit Giralgeld zahlt, Giralgeld vernichtet. Aus diesen Überlegungen folgt, daß die Giralgeldschöpfung der Kreditbanken in einer Volkswirtschaft in keiner Weise durch die Höhe der Ersparnis begrenzt oder von dieser abhängig ist. Sparen ist deshalb auch keine notwendige Voraussetzung für die Gewährung neuer Kredite. Es ist wichtig, sich das ganz klar zu machen. Selbstverständlich wird auch im Zuge des Passivgeschäftes der Banken, wie wir gesehen haben, fortgesetzt Giralgeld geschaffen und vernichtet. Aber bei unveränderten Zahlungssitten des Publikums kann das niemals zu einem Anwachsen des gesamten Giralgeldvolumens der Kreditbanken führen. Ein Anwachsen der Giralgeldmenge im Kreditbankensystem ist nur dann möglich, wenn den Banken neue Überschußreserven (neues Zentralbankgeld) von der Zentralbank zur Verfügung gestellt werden."

Zu diesen Ausführungen Schneiders darf man sagen, daß es sicher noch keinen Kaufmann gegeben hat, der glaubte, seine Schulden ausleihen zu können. Abgesehen von dieser Formulierung, besteht das Wesen der von Schneider geschilderten Tätigkeit der Banken auf dem Kreditsektor letztlich doch wieder darin, daß mit Krediten Einlagen geschaffen werden.

1) Schneider Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil:
Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, Tübingen 1959, S.46 ff.

- b) "Kaufkraftduplikation" und "Clearing ohne Salden" als wesentliche Bestimmungsgründe für die Geld- und Kreditschöpfungstätigkeit der Banken.

Der Bankier, der, wie oben erwähnt, seinem Kunden unter Hinweis auf die fehlenden Einlagen einen Kredit abgeschlagen hatte, ist nicht zufrieden, wenn man ihm sagt, daß er zwar, was seine Bank für sich gesehen anbetrifft, Recht habe, daß aber das Bankensystem insgesamt zur Kreditschöpfung fähig sei.¹⁾ Er meint nämlich, daß sich diese Fähigkeit auch bei seiner Bank anteilmäßig feststellen lassen müsse, wovon ihm aber nichts bekannt sei.

Will man die Zusammenhänge untersuchen, die zwischen Kreditvermittlung oder Kreditschöpfung einerseits und dem Geldvolumen andererseits bestehen, so muß man bei dem Kreditakt, wie er sich bei der einzelnen Bank darstellt, beginnen. Dabei ist zunächst auf die an früherer Stelle erwähnte Form des Geldes im Bankbetrieb zu verweisen, wobei in diesem Zusammenhang selbstverständlich das Giralgeld interessiert.¹⁾ Ein erster Anhaltspunkt für eine Stellungnahme ergibt sich, wenn man die Frage aufwirft, was geschieht, wenn eine Bank einen Kredit einräumt. Ein großer Teil der angelsächsischen Kredittheoretiker würde wohl sehr überrascht sein, wenn man zur Antwort gibt: "Gar nichts geschieht". In den angelsächsischen Ländern geht man nämlich bei der theoretischen Untersuchung von der in der dortigen Praxis gepflogenen Übung aus, der Krediteinräumung sogleich einen buchungsmäßigen Niederschlag dadurch zu geben, daß ein debitorisches und ein kreditorisches Konto - wie man bei den hiesigen Banken sagt - fingiert werden. Dann verlängern sich natürlich die Bilanzen und es liegt damit auch nahe zu sagen, jeder Kredit erzeuge automatisch eine Einlage. Hat jetzt die betreffende Bank schon Geld geschöpft? Keineswegs, denn nimmt man an, der Kredit würde nicht beansprucht, dann gibt es aus dieser Krediteinräumung heraus nichts, was Umlaufdienste vollzieht. Der Kunde meldet eines Tages seinen Kreditbedarf ab, womit das debitorische und das kreditorische Konto wieder verschwinden. Bestenfalls könnte man also von einer potentiellen Geldschöpfung sprechen, doch muß auch dies nicht unbedingt zutreffen.

Betrachtet man die deutschen Verhältnisse, so geschieht bei der Krediteinräumung in buchungstechnischer Hinsicht tatsächlich nichts. Es wird kein debitorisches und kein kreditorisches Konto gebildet, es entsteht keine derivative Einlage und folglich kann man auch nicht unmittelbar sagen, daß Giralgeld

1) S. Seite 9 ff.

geschöpft wurde.

Da nun schon mehrfach die Giralgeldschöpfung erwähnt wurde, ist es erforderlich zu erklären, was unter diesem Begriff eigentlich verstanden werden soll. Schon das Wort "Schöpfung" besagt in seinem Wesensgehalt, daß etwas - wenn man will, aus dem Nichts - geschaffen wird, das seinen Ursprung nicht aus Vorhandenem ableiten kann; mit der Schöpfung tritt es also zu dem Vorhandenen zusätzlich hinzu, ohne mit ihm in genealogischer Hinsicht verbunden zu sein. In diesem Sinne nun ist unter Giralgeldschöpfung die Darstellung eines volkswirtschaftlich wirksamen zusätzlichen Geldes zu verstehen, das nicht mit einem früher irgendwie geleisteten Beitrag zum Sozialprodukt in Verbindung steht und demnach jedenfalls zunächst auf der Güterseite der Wirtschaft kein Gegengewicht hat. Es wird also Kaufkraft ausgegeben, ohne daß vorher jemand auf die Ausübung der entsprechenden Kaufkraft verzichtet hätte. Solche Giralgeldschöpfung kann sich bei den Banken durch einen Akt der Kreditgewährung vollziehen und insofern liegt dann auch eine Kreditschöpfung vor. Im Zusammenhang mit der Kaufkraftkreation für den "dynamischen Unternehmer" hat Schumpeter klar herausgestellt, daß das wesentliche Merkmal des Begriffs "Kreditschöpfung" in der zusätzlichen ökonomischen Verfügungsmacht des Kreditnehmers, über seinen bisherigen Anteil am Sozialprodukt hinaus, zu sehen ist, wobei der Anteil der anderen Wirtschaftssubjekte nicht anders als durch die mit der Kreditschöpfung verbundene Senkung des Geldwertes verringert wird.¹⁾

Unter Zugrundelegung dieser Begriffsbestimmung ergibt sich bereits eine erste Beurteilung der Lehren von der Giralgeldschöpfung der Banken. Wenn nämlich behauptet wird, jeder Kredit habe die Wirkung einer Geldschöpfung, so ist die logische Konsequenz darin zu sehen, daß die Banken fortgesetzt zusätzliches Geld ausgeben, ein Geld also, das immer zum ersten Mal in den von Karl Marx mit der Formel $G - W - G'$ charakterisierten Kreislaufprozeß eintritt. Ganz abgesehen von der Frage, ob die Banken dazu überhaupt in der Lage wären, dürfte doch feststehen, daß ein derart kontinuierlich geschaffenes reines Geldangebot inflationistische Wirkung hätte. Die Beziehungslosigkeit zum Sozialprodukt ließe die andauernde Geldschöpfung zur Ursache enormer Verzerrungen im Preis- und Einkommensgefüge werden. Man darf annehmen, daß die Banken, die auf dieser Grundlage arbeiten würden, längst als Störenfriede aus der Wirtschaft verbannt worden wären.

1) Vgl. Schumpeter J. A., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, S. 140 ff.

Wenn es somit nicht richtig sein kann, daß dem Aktivgeschäft der Banken in jedem Fall ein Primat zukommt, so ist zu untersuchen, welche geld- und kreditpolitische Bedeutung das Passivgeschäft hat. Es erhebt sich also die Frage, was geschieht, wenn ein Kunde einbezahlt. Dabei ist zunächst schon zu unterscheiden, ob die Einzahlung mit Bargeld oder bargeldlos erfolgt. Wird der Bank Bargeld zugeführt, so erhöht sich damit zwangsläufig ihr Kassenbestand um den entsprechenden Betrag. Hätte man es mit der Zentralnotenbank zu tun, so stünde fest, daß die eingezahlte Bargeldmenge aus dem Verkehr, d.h. endgültig aus dem wirtschaftlichen Kreislauf gezogen würde. Für die Kreditbanken trifft dies nicht zu, jedoch muß diese Frage zunächst nicht weiterverfolgt werden.

Im Rahmen der Buchungsdoppik muß natürlich dem erhöhten Aktivum ein erhöhtes Passivum gegenüberstehen. Dieser Passivposten ist die Gutschrift des Einzahlungsbetrages auf Kundenkonto. Damit hat aber die Bank einen volkswirtschaftlichen Vorgang vollzogen, der von großer Bedeutung ist. Es wurde nämlich gegen Hingabe von Bargeld Giralgeld geschaffen. Die monetäre Situation ist jedoch gegenüber dem vorhergegangenen Zustand unverändert, denn keiner der Beteiligten ist jetzt kaufkräftiger als er vorher schon war. Unterstellt man, daß der Kunde auf Sichtkonto einbezahlt hat, dann hat er auf seine Kaufkraft auch nicht zeitweilig verzichtet; es steht ihm jederzeit frei, den eingezahlten Betrag wieder in Barform zurückzuverlangen.

Auf die aus den vorangegangenen Ausführungen hervorgehende Unterscheidung zwischen "schöpfen" und "schaffen" muß besonderer Wert gelegt werden. Die Bankiers haben zwar stets die ihnen zugeschriebene Geldschöpfung angezweifelt, niemals aber die in dem erläuterten Sinne gegebene Fähigkeit zur Giralgeldschaffung.

Die weitere Untersuchung muß sich mit der Frage befassen, wofür die Bank den durch die Bareinzahlung erhöhten Kassenbestand verwendet. Dabei wird unterstellt, daß die Bank nicht schon aus ihrer bisherigen Geschäftstätigkeit heraus genötigt ist, eine höhere Barreserve zu halten. Sofern dies nicht zutrifft, gelten die Ausführungen Keynes': "Den Reservesatz unter den Stand sinken zu lassen, den Gründe der Klugkeit und des Ansehens als ratsam erscheinen lassen, würde als Zeichen der Schwäche angesehen, ihn darüberhinaus ansteigen zu lassen, einen völlig unnötigen Verzicht auf eine Gewinnquelle bedeuten, da Überschußreserven stets zum Ankauf von Wechseln oder Anlagepapieren verwandt werden können". ¹⁾ Diese Feststellung Keynes' bedarf noch der äußerst wich-

1) Keynes J.M., Vom Gelde, S. 337

tigen Ergänzung dahingehend, daß die Bank im Hinblick auf ein gegebenes Übermaß an liquiden Mitteln auch eine Kreditausweitung betreiben kann. Sämtliche Anlagegeschäfte, die aufgrund von vorhandenen Überschußreserven vollzogen werden, verfolgen das Ziel, der Bank eine den Umständen angemessene Ertragsquelle zu verschaffen.

Hatte der Kunde bargeldlos, also z.B. durch Scheck oder Überweisung, einbezahlt, so liegen die Dinge etwas komplizierter. Sofern Gutschrift- und Lastschriftkonto bei der gleichen Bank bestehen, ergibt sich für die betreffende Bank keine Veränderung ihrer finanziellen Kapazität. Giralgeldvermehrung und Giralgeldverminderung gleichen sich intern aus. Beziehen sich aber die aus der bargeldlosen Einzahlung resultierenden Lastschriften auf andere Banken, so steht einer Vermehrung des Giralgeldes durch Gutschrift auf Kundenkonto eine Verbesserung der Liquidität in Gestalt von erhöhten Forderungen gegen andere Banken gegenüber. Da anzunehmen ist, daß bei anderen Banken zum gleichen Zeitpunkt Forderungen aus dem bargeldlosen Zahlungsverkehr gegen die erstgenannte Bank entstehen, kommt es für die Dispositionen dieses Instituts entscheidend darauf an, ob nach den Aufrechnungen im Clearingverkehr ein Aktivsaldo verbleibt. Inwieweit das zutrifft, ist in hohem Maße davon abhängig, welche Position die betreffende Bank im Rahmen der Gesamtwirtschaft und damit im bargeldlosen Zahlungsverkehr einnimmt.

Ergibt sich für eine Bank nach dem Clearing ein nachhaltiger Aktivsaldo, so hat dies zwangsläufig eine Verbesserung ihrer Liquiditätslage zur Folge. Natürlich kann die Bank jetzt auch in diesem Falle daran gehen, ihr Kreditvolumen auszuweiten.

Wie bereits erwähnt, sind die Banken bestrebt, sich unter Beachtung der Liquiditäts- und Sicherheitserfordernisse Ertragsquellen zu sichern. Die Umstände, die ihnen ein derartiges Vorgehen ermöglichen, wurden bereits an früherer Stelle erwähnt, so daß, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die Ausführungen über die goldene Bankregel, die Substitution, die Prolongation und die Transformation verwiesen werden kann.¹⁾

Nach diesen Bemerkungen über das Passivgeschäft und seine Wirkungen kann wieder an die im Zusammenhang mit der Krediteinräumung stehenden Fragen angeknüpft werden. Bei der Krediteinräumung, so wurde festgestellt, geschieht in buchungstechnischer Hinsicht nichts. Was aber nun, wenn der Kredit bean-

1) Vgl. S. 37 ff.

spricht wird? Der Kunde hebt Bargeld ab oder verfügt bargeldlos durch Scheck bzw. Überweisungsauftrag. Die Folge ist in jedem Falle, daß sich die Liquiditätslage der Bank verschlechtert; es wird ihr Bargeld entzogen oder es entstehen, soweit der Gutschriftsempfänger nicht Kunde der gleichen Bank ist, Forderungen anderer Banken.

Die Liquiditäts- und Clearingprobleme bleiben vorerst noch außer Betracht. Wesentlich ist dagegen vor allem die Feststellung, daß der Kunde, der über den Kredit verfügt hat und nun als Debitor in der Bankbilanz erscheint, mit Kaufkraft ausgestattet wurde. Mit Hilfe der Mittel, die der Bank im Passivgeschäft zugeflossen sind, werden Kunden kaufkräftig gemacht, ohne daß die Einleger auf die Ausübung ihrer Kaufkraft verzichtet hätten. Liegt in dieser Duplikation die Giralgeldschöpfungspotenz der Banken begründet? Ein bedingungsloses "ja" zu dieser Frage wäre zweifelsohne eine unzulässige Vergrößerung, eine Verneinung wäre aber falsch.

Die Vertreter der Kreditschöpfungslehre bedienen sich zum Nachweis ihrer Auffassung gerne folgender Gegenüberstellung: Aus den Bankbilanzen sei klar ersichtlich, daß nur ein geringer Teil der Sichteinlagen durch Bargeld gedeckt ist. In dem Maße, in dem die Sichteinlagen nicht durch Bargeld gedeckt sind, hätten die Banken Kreditschöpfung betrieben. Bei diesem Beweis wird die Möglichkeit voraussetzungslos als Wirklichkeit hingestellt. Selbstverständlich ist es möglich, daß die Sichteinlagen in vollem Umfang wirksamer Geldersatz sind. Die Frage muß aber dahingehend lauten, ob auch wirklich die gesamten Sichteinlagen Umlaufdienste verrichten. Dies aber trifft, wie die Erfahrung immer wieder zeigt, keinesfalls zu. Im Gegenteil werden garnicht so selten auf den Sichteinlagekonten Beträge geführt, die eigentlich den Charakter von Spareinlagen haben. Berücksichtigt man dies, so liegt keine Kaufkraftduplikation vor, denn es kommt nicht darauf an, ob die Einleger verfügen könnten, sondern darauf, ob sie tatsächlich verfügen.

Mit diesen Bemerkungen sollte veranschaulicht werden, daß die Kaufkraftvermehrung durch Kredit nicht bedingungslos eingreift. Da aber die Möglichkeit besteht, daß die Sichteinlagen mit allen Folgerungen als Geldersatzmittel fungieren, muß auch die Möglichkeit einer Kaufkraftduplikation und damit einer Giralgeldschöpfung durch Kreditgewährung eingeräumt werden. Es bleibt also von den gegebenen Umständen abhängig, ob die Wirkung der durch Kredit entstandenen Kaufkraft kompensiert wird durch eine Nichtausnutzung von Kaufkraft. Es kommt somit stets darauf an, in welchem Umfang die in den Bankbilanzen erscheinenden Sichteinlagen tatsächlich Umlaufdienste leisten und damit dem volkswirtschaftlich wirksamen Geldvolumen zuzurechnen sind. Damit dürfte nun

erwiesen sein, daß die von den Banken durch Gutschrift von Geldbeträgen bzw. durch Ausleihen von Krediten vollzogene Schaffung von Giralgeld nicht zwangsläufig identisch ist mit einer Giralgeldschöpfung. Die Geldschöpfung kann sein, muß aber nicht sein.

Bevor auf eine Vertiefung der Problemstellung eingegangen wird, ist eine weitere Stellungnahme zu bestimmten Kreditschöpfungstheorien einzuflechten. Die vorangegangenen Ausführungen haben verdeutlicht, daß die bei einer Bank eingezahlten Beträge nicht auf irgendwelche mysteriöse Weise in dieser Bank verschwinden. Dieser Eindruck entsteht nämlich, wenn man die Lehre verfolgt, wonach alle Banken Geldemissionsinstitute seien. Eine Parallele zur Zentralnotenbank ist auf dem Sektor der privaten Geschäftsbanken nicht gegeben. Es ist natürlich eine grundsätzlich andere Frage, ob all die eingezahlten Beträge nach Gutschrift durch die Bank noch Gelddienste verrichten oder ob es sich nur um potentielles Giralgeld handelt. Außerdem ist es ein Problem für sich, daß mit den eingezahlten Beträgen die Folge einer Verminderung des Geldvolumens verbunden sein kann. Wurde z.B. ein debitorisches Konto durch Einzahlung ausgeglichen, so ist der Einzahlungsbetrag nicht irgendwie verschwunden, sondern besteht in Gestalt des Kassen- bzw. Forderungsbestandes der betreffenden Bank fort. Es hat sich dann an dieser Stelle lediglich einer jener unzähligen monetären Kreislaufprozesse geschlossen. Für das Ausmaß des wirklichen Geldvolumens kommt es jetzt darauf an, was die Bank mit der Erhöhung der liquiden Mittel anfängt.

Will man nun die Momente erkennen, die den Banken doch eine Geldschöpfung ermöglichen, so muß man über den Rahmen einer einzelnen Bank hinaussehen. Dabei ist zunächst eine Voraussetzung herauszustellen, die für eine im Prinzip anzuerkennende Geldschöpfung des Kreditbankensystems unabdingbar ist. Unterstellt man, daß alle in der Volkswirtschaft vorkommenden Zahlungen in bar geleistet werden, so dürfte es ohne längere Beweisführung feststehen, daß die Banken keine zusätzlichen Kredite gewähren können.

Soll es also überhaupt zu einer zusätzlichen Geldausgabe durch die Banken kommen, so muß mindestens eine Aufteilung des gesamten Zahlungsverkehrs in einen Bereich mit Bargeld und einen Bereich mit bargeldloser Zahlung gegeben sein. Dieser Sachverhalt wurde von Mellerowicz klar ausgedrückt: "Der Herkunft nach ist der Kredit: a) Kreditgewährung (aus eigenen Mitteln), b) Kreditvermittlung (aus fremden Mitteln; Depositen, Kreditoren), c) Kreditschöpfung (Schaffung von Kaufkraft in Form von Giralgeld, möglich infolge des bargeldlosen Zahlungsverkehrs)". ¹⁾

¹⁾ Mellerowicz K.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, III. Bd., Berlin 1956, S. 56

Die Gironetze sind die Vollzugsinstrumente des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und auf dieser Grundlage ergibt sich die Möglichkeit einer Geldschöpfung seitens der Kreditbanken. Als eine definitive Grenze der Giralgeldschöpfung sind zweifelsohne die Barverfügungen anzusehen. Daraus ist zu folgern, daß die Geldschöpfungsfähigkeit um so höher zu veranschlagen ist, je geringer die Quote für Bardispositionen am gesamten Zahlungsverkehr ist. Dies schließt nicht aus, daß die Barzahlungen im Rahmen der Volkswirtschaft, auf einen bestimmten Zeitraum berechnet, sehr beachtlich sein können. Es läßt sich schließlich auch mit einer relativ kleinen Bargeldmenge durch hohe Umlaufleistung ein großes Barumsatzvolumen erzielen.

Je mehr die Wirtschaftssubjekte geneigt sind, einerseits ihre Kassenreserven den Banken zu überlassen und andererseits die Gelddispositionen den Banken zu übertragen, um so größer wird zwangsläufig der Bereich des Giralgeldes. Dieses Anwachsen des Giralgeldvolumens bei allen Kreditbanken ist für die einzelne Bank insofern bedeutsam, als sich parallel damit die Chancen dafür vermehren, daß für ein gewachsenes Umsatzvolumen relativ geringere Barmittel benötigt werden.

Es wurde bereits erwähnt, daß die Beanspruchung eines Kredits zur Folge haben kann, daß im Wege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs Forderungen anderer Banken gegen die betreffende Bank entstehen. Wenn nun bei den anderen Banken in etwa dem gleichen Umfang Kredite bargeldlos beansprucht wurden, die Forderungen der erstgenannten Bank begründen, so werden für die Regulierung keinerlei Mittel benötigt, die eine Schmälerung der Liquiditätspositionen bewirken. Die Kreditbeanspruchung ist dann bei den Banken soweit im gleichen Schritt verlaufen, daß keine Clearingsalden entstehen und somit keine der beteiligten Banken genötigt ist, ihr Geschäftsgebaren einer Revision zu unterziehen.

Im Interesse einer besseren Klarstellung sollen vorerst die Grenzen, die einer unbeschränkten Ausweitung der Giralgeldschöpfung entgegenstehen, außer Betracht bleiben. Insbesondere werden die bei einer einzelnen Bank und dem gesamten Bankensystem gegebenen Liquiditätserfordernisse und die im Rahmen eines gelenkten Währungssystems bestehenden Einwirkungsmöglichkeiten der Zentralnotenbank noch nicht berücksichtigt.

Unter diesen Voraussetzungen ist nun auf das bereits angeschnittene Problem einer Kaufkraftduplikation zurückzukommen. Die Möglichkeit einer Giralgeldschöpfung seitens der Banken besteht, wie festgestellt wurde dann, wenn sowohl die Einleger, wie auch die Kreditnehmer von ihrer Kaufkraft Gebrauch machen. Die Form, in der die Kaufkraft zur Geltung gebracht wird, kann Bar-

geld sein; zum weitaus überwiegenden Teil jedoch wird es sich um Überweisungen und Scheckziehungen handeln. Könnten die Banken die gegen sie gerichteten Ansprüche nur in Bargeld erfüllen, so müßte das ganze System zwangsläufig innerhalb kürzester Frist zusammenbrechen. Es könnte dann einfach keine Giralgeldschöpfung geben. Die Tatsache aber, daß eben bargeldlos disponiert wird, läßt die Kaufkraftduplikation mehr oder weniger reibungslos verlaufen. Ein wesentliches Hilfsmittel hierfür ist schon allein in der Substitution, die innerhalb einer einzelnen Bank bei den Einlegern und Kreditnehmern eingreifen kann, zu sehen. Ein erheblicher Teil der von den Einlegern und Kreditnehmern veranlaßten Abdisponierungen wird jedoch erfahrungsgemäß die Bank verlassen. Es entstehen dadurch Ausgleichsansprüche anderer Banken. Zur selben Zeit läuft der gleiche Prozeß bei den anderen Banken ab, so daß schließlich alle Banken untereinander wechselseitige Forderungen und Verpflichtungen haben, die aufgerechnet werden können. Die Annahme, daß sich bei allen Banken zur gleichen Zeit derselbe Vorgang abspielt ist für den hier dargestellten Fall nicht wirklichkeitsfremd. Die Banken sind in ihrem Verhalten rein passiv, da der Entschluß zu den Dispositionen von den Einlegern und den Kreditnehmern ausgeht. Im Hinblick darauf braucht nicht befürchtet zu werden, daß sich die Kunden der Bank A anderes verhalten, als die Kunden der Bank B. Die Gemeinsamkeit der dargelegten Vorgänge im Bankensystem, die zu einem Clearing ohne Salden führten, haben somit die banktechnischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß eine Giralgeldschöpfung als möglich angenommen werden kann.

Die entscheidende Frage lautet jetzt dahin, ob über die Kaufkraftduplikation tatsächlich Giralgeld geschöpft wurde, das als solches in der Volkswirtschaft wirksam wird. Eine Beantwortung dieser Frage - das ist das Fazit der Betrachtungen - kann den Bankbilanzen unmittelbar nicht entnommen werden. Die Dispositionen der Einleger und Kreditnehmer gehen in den monetären Kreislaufprozeß ein und erst daraus ergibt sich ihr Effekt.

Es liegt auf der Hand, daß eine rechnerische Untersuchung über den Umfang der von den Banken ausgehenden Giralgeldschöpfung sehr schwierig, wenn nicht überhaupt undurchführbar ist. Mit den bisherigen Hilfsmitteln, die der Bankstatistik zur Verfügung stehen, kommt man jedenfalls nicht aus. Solange man nicht einmal weiß, in welchem Verhältnis die in Bargeld geleisteten Ein- und Auszahlungen zu den gesamten, von den Banken ausgeführten Geldverfügungen stehen, fehlt es einfach an den Ansätzen zu einer derartigen Untersuchung.

Mangelt es aber an statistischem Beweismaterial für bestimmte Thesen, so

bleibt man auf Rückschlüsse, die aus bestimmten Daten gezogen werden können, angewiesen. Ein derartiger Indikator dafür, daß evtl. die Möglichkeit einer Giralgeldschöpfung der Banken vorliegt, ist in einer beobachteten Zunahme aller Sichteinlagen des Bankensystems gegeben. Dieser Hinweis zeigt aber nicht die dem Bankensystem zugeschriebene Fähigkeit, Einlagen aus Krediten entstehen zu lassen, sondern gibt nur Ausdruck von dem Entschluß der Einleger, ihre Kassenreserven bzw. ihre finanziellen Dispositionen in vermehrtem Umfang den Banken zu übertragen. Aus dem Ansteigen der Depositen kann auch nicht zwangsläufig auf eine Giralgeldschöpfung geschlossen werden, denn das Wachstum der Einlagen kann sich auch aus einem Prozeß volkswirtschaftlicher Kapitalfreisetzung ergeben. Dieser Vorgang wurde von Stucken im Zusammenhang mit der Kriegsfinanzierung wie folgt dargestellt: "In ganz erheblichem Umfang sind in den vergangenen Monaten Warenlager abgebaut worden; der Industrielle oder Kaufmann, der diese Warenlager gehabt hat, verwandte die Gelder, die er dabei vereinnahmte, etwa zur Rückzahlung von Krediten bei Banken, oder zur Bildung eines höheren Guthabens bei seiner Bank, oder er legte die so frei gewordenen Gelder selbst in geeigneten Papieren an... Aber da er praktisch keinen Gebrauch von diesen Geldern machte, diese vielmehr nur eine Erhöhung des Guthabens ohne Erhöhung der Umsätze bedeuteten, blieben diese Geldbeträge doch jedenfalls wirkungslos; ihre Umlaufgeschwindigkeit war praktisch gleich null".¹⁾ Will man also eine Giralgeldschöpfung aus der Entwicklung der Depositen ableiten, so müssen für eine schlüssige Beurteilung noch weitere Momente herangezogen werden.

Wenn dem Prinzip nach die Möglichkeit für eine Giralgeldschöpfung seitens der Banken einzuräumen ist, so handelt es sich dabei nach den vorangegangenen Ausführungen nicht um eine mehr oder minder bewußte Betätigung der Geldinstitute, sondern um eine Wirkung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Ein erheblicher Teil der Bank- und Kredittheorien hat die Giralgeldschöpfung dadurch dargestellt, daß aus Krediten Einlagen geschaffen werden. Die Möglichkeit, daß aus Krediten Einlagen entstehen, ist nicht zu bestreiten. Es bedarf jedoch der Hervorhebung, daß diese Einlagenbildung in ihrem Wesensge-

1) Stucken R., Kriegsfinanzierung und Kreditausweitung, Bankarchiv 1940, S. 323

halt völlig anders geartet ist, als der Sinn der These: "Every loan makes a deposit".¹⁾ Die Kredite werden in aller Regel eingeräumt, um beansprucht zu werden. Die Einlagenbildung kann dann einfach dadurch vor sich gehen, daß der Kreditnehmer an einen Gläubiger, der Kunde der gleichen Bank ist, überweist. Eine Einlagenbildung aus Kredit ergibt sich auch, wenn die Überweisung bei einer anderen Bank gutgeschrieben wird. Die Tatsache, daß dann Ausgleichsansprüche der zweiten Bank gegen die erste Bank entstehen, ist eine Frage für sich. Jedenfalls ist mit dem Kredit eine Einlage entstanden. Das wesentliche Kriterium des ganzen Vorganges liegt aber darin, daß der Entschluß zur Kreditbeanspruchung und der Entschluß zur Einlagenbildung auf Seiten des Kreditnehmers, bzw. des Einlegers liegt.

In diesem Zusammenhang ist auf den Inhalt der Lehre von der primären Kreditgewährung einzugehen. Es wird erklärt, daß das Aktivgeschäft zeitlich vorrangig gegenüber dem Passivgeschäft sei, so daß letztlich kein Passivgeschäft ohne ein vorhergegangenes Aktivgeschäft denkbar wäre. Man muß diese Lehre einmal von der betriebswirtschaftlichen Seite beleuchten. Dann dürfte kein Zweifel bestehen, daß mit der These vom primären Aktivgeschäft behauptet wird, die Banken könnten mindestens auf kurze Frist über ihre eigenen und fremden Mittel hinaus, gewissermaßen also aus einem imaginären Fonds, Kredite gewähren. Aus dieser Sicht der Dinge ist den diesbezüglichen Ergebnissen der modernen Kredittheorie zu widersprechen. Vom banktechnischen Standpunkt aus kann kein Aktivum erworben werden, ohne daß ihm ein Passivum gegenübersteht. Das gilt sowohl für die einzelne Bank, wie für das gesamte Bankensystem. Keine Bank gibt mit einem Kredit etwas hin, was ihr nicht von

1) Die Tatsache, daß die Kreditusage gemäß den Gepflogenheiten in den angelsächsischen Ländern in Form von "fingierten" Buchungen in der Bilanz zum Ausdruck kommt, kann nicht als Beweis für die obige These angeführt werden. Auf diese Art lassen sich natürlich die Bankbilanzen beliebig verlängern, ohne daß reale, d. h. von der Güterseite der Wirtschaft veranlaßte Vorgänge dahinter stehen. Das eingeräumte Guthaben ist ebensowenig "echt", wie der als Debitor aktivierte Gegenposten. Erst bei Beanspruchung des Kredites, d. h. also bei Abdisponierung des Guthabens kann sich als Folgererscheinung die "echte", über tauschwirtschaftliche Vorgänge zustande gekommene Einlagenbildung - sei es bei der gleichen Bank, sei es bei einem anderen Institut - ergeben. Erst dann also wird auch der aktivierte Debitorenposten durch die Güterseite der Wirtschaft fundiert.

Einlegern, von anderen Banken oder von der Zentralnotenbank zur Verfügung steht.

Gegen diese Auffassungen kann die wohl von jedem Praktiker zugegebene Tatsache, daß nämlich jeder Bank grundsätzlich die Möglichkeit gegeben ist, für kurze Frist den Versuch einer Einlagenantizipation zu starten, nicht als Beweis für die Lehre vom primären Aktivgeschäft angeführt werden. Im Rahmen einer einzelnen Bank ist die Leitung vielleicht bereit, sich mit einer geringeren Barreserve zu begnügen; man betreibt deshalb eine Kreditausweitung. Das entscheidende Moment für die betreffende Bank, wie für das Bankensystem, liegt nun im Verhalten der übrigen Banken begründet. Werden sie durch den Liquiditätszufluß ebenfalls zur Kreditausweitung angeregt oder reagieren vielleicht einzelne Banken dergestalt, daß sie sich von Verbindlichkeiten bei der Zentralbank lösen. Die Wirkung dieser Maßnahmen wäre grundverschieden. Im erstgenannten Fall hätte die expandierende Bank tatsächlich die Chance, daß sich Einlagen einstellen, die letztlich auf ihre Initiative zurückzuführen sind. Im anderen Fall jedoch entstehen keine Einlagen, sondern ein unter Umständen sehr unangenehmer Debetsaldo im Clearing, der auszugleichen ist oder als erhöhte Verbindlichkeit der Bank gegenüber anderen Banken in der Bilanz erscheint. In dieser Situation wird die Bank selbstverständlich ihre Kreditausweitung sofort abstoppen und danach trachten, die Liquidität wieder zu verbessern. Das Ergebnis liegt auf der Hand: die Bank ist entweder in der Lage, das Kreditvolumen aufrecht zu erhalten, weil Einlagen zufließen bzw. andere Stellen zur Kreditierung bereit sind, oder sie muß auf einen Abbau sehen, um wieder angemessene Liquiditätsrelationen herzustellen.

Für die betriebs- und volkswirtschaftliche Beurteilung kommt es entscheidend auf das besprochene Ergebnis an. Die Möglichkeit, daß sich eine Bank einmal primär im Aktivgeschäft betätigt ist, wie erwähnt, einzuräumen. Eine ganzheitliche Betrachtung kann jedoch nicht am Anfang, beim Versuch also, stehen bleiben, sondern muß auf das Ergebnis abstellen. Dieses Ergebnis wird aber nicht von der Aktivseite, sondern vielmehr von den Bewegungen auf der Passivseite geprägt. Damit ist man nun wieder bei der alten Erkenntnis angelangt, daß keine Bank und kein Bankensystem mehr ausleihen kann, als die Passivfinanzierung erlaubt.

In den vorausgegangenen Ausführungen wurde veranschaulicht, daß eine von den Banken ausgehende Giralgeldschöpfung auf der Kaufkraftduplikation und auf dem gleichmäßigen aktiven Vorgehen aller Banken beruhen kann, in jedem Fall aber als eine Wirkung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs anzusehen ist.

Die Darlegungen wären unvollständig, würde man nicht noch ein Moment erwähnen, das sich unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten wie eine Geldschöpfung auswirken kann, ohne daß die Banken ihr Kreditvolumen erhöhen. Diese Überlegungen knüpfen an die Quantitätsgleichung an, die beweist, daß eine erhöhte Umlaufgeschwindigkeit bei gleichbleibender Geldmenge den selben wirtschaftlichen Effekt erzielt, wie eine erhöhte Geldmenge mit gleichbleibender Umlaufgeschwindigkeit. Geht man davon aus, daß die Banken ein bestimmtes Kreditvolumen ausgereicht haben, das in den Bilanzen erscheint, so ist es natürlich ein erheblicher Unterschied, ob die kaufkräftige Nachfrage während einer festgelegten Zeiteinheit nur ein Mal oder mehrmals auftritt. Selbstverständlich ist dieses revolving von der Produktions- und/oder Absatzdauer der mit den Krediten finanzierten Güter abhängig. Da jedoch die Kredite in der Regel nicht die gesamte Durchschub- und Umsatzperiode vom Rohprodukt bis zum Letztabnehmer finanzieren, sondern vielmehr an die einzelnen Produktions- und Umsatzstufen gegeben sind, vervielfältigt sich der gütererzeugende Effekt der Kredite um so mehr, je rascher die Produkte die einzelnen Stufen durchlaufen.

Es ist unschwer zu erkennen, daß die Umlaufgeschwindigkeit nicht dem unmittelbaren Einfluß der Banken unterliegt. Man kann auch nicht behaupten, daß eine erhöhte Umlaufgeschwindigkeit eine Kreditschöpfung darstelle. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß eine vermehrte Umsatzhäufigkeit wie ein immer wieder neues Kreditangebot wirkt und damit die gleichen Folgerungen wie eine Geldschöpfung nach sich ziehen kann. Was ist indessen von diesen Vorgängen aus den Bilanzen der Banken ersichtlich? Die Antwort lautet "nichts", denn die Vermögensrechnungen sind nur Momentaufnahmen.

Der nun schon mehrfach erwähnte Bankier, der die Ausführungen bis hierher mitverfolgt hat, mag jetzt vielleicht auch einräumen, daß grundsätzlich die Möglichkeit für eine Giralgeldschöpfung, die von den Kreditbanken ausgeht, gegeben ist. Alle Zweifel haben ihn aber trotzdem noch nicht verlassen, da er der Meinung ist, der auf seine Bank entfallende Anteil an einer Geldschöpfung müsse sich im Rahmen des täglichen Arbeitsablaufes feststellen lassen. Nun ist aber jede Kreditgewährung nur als potentielle Ursache einer Geldschöpfung anzusehen. Die gesamtwirtschaftliche Wirkung der Kreditgewährung, also die Frage, ob mit dem Kredit nur Kaufkraft übertragen oder doch geschöpft wird, entscheidet sich nicht bei der Bank, sondern draußen auf den Gütermärkten. Es gibt einfach für den Bankier keinen Anhaltspunkt, von dem aus er beurteilen könnte, ob ein bestimmter Kredit oder eine bestimmte Kreditform lediglich bereits vorhandene Kaufkraft überträgt oder ob er neue Kaufkraft schafft.

Diese Unmöglichkeit, eine eventuelle Giralgeldschöpfung am Kreditgeschäft zu erkennen, dürfte der entscheidende Grund dafür gewesen sein, daß die Praxis den diesbezüglichen Theorien reserviert gegenüberstand.

c) Die Grenzen des Kreditgeschäfts.

Es wurde bereits mehrfach angedeutet, daß einer Giralgeldschöpfung, wie dem Kreditgeschäft der Banken überhaupt, sehr realistische Grenzen gezogen sind. Derartige Beschränkungen für die Betätigung jeder einzelnen Bank und des gesamten Bankensystems ergeben sich entweder aus dem Vollzug der Geschäfte selbst oder sind auf Einwirkungsmaßnahmen der geldpolitisch leitenden Instanzen zurückzuführen. Wenn man, wie erwähnt, zu dem Ergebnis kommt, daß im Rahmen einer Bank nicht zwischen kaufkraftübertragenden und kaufkraftschöpfenden Krediten unterschieden werden kann, so gibt es für die einzelne Bank natürlich auch keine Grenzen, die entweder speziell gegen die Giralgeldschöpfung oder speziell gegen die Kreditvermittlung wirken, sondern nur einheitliche Faktoren, die das Kreditgeschäft insgesamt bestimmen.

Unter den Hemmnissen, die einer grenzenlosen Kreditausweitung der Banken entgegenstehen, ist an erster Stelle die Barabhebungsquote zu erwähnen. Es handelt sich dabei um einen Erfahrungssatz, der angibt, in welchem Ausmaß im Rahmen der über die Banken geleiteten Geldzirkulation mit Barverfügungen zu rechnen ist. Für diese Barverfügungen müssen sich die Banken entsprechend rüsten, d. h. sie haben Bargeld in Form von Kasse oder Zentralnotenbankguthaben zu halten. Diese Bestände, die man üblicherweise unter der Bezeichnung "Barreserven" zusammenfaßt, bewirken eine enge Verbindung zwischen den Banken und der Stelle in der Volkswirtschaft, die die Notenausgabe beherrscht. Bei der Ausweitung ihres Kreditvolumens muß eine einzelne Bank stets damit rechnen, daß ihr ein Teil des zusätzlichen Kreditbetrages in bar abverlangt wird. Demzufolge kann die Bank an eine Expansionspolitik nur herangehen, wenn sie Gewißheit hat, daß das für eine evtl. Barleistung erforderliche Notalgeld zur Verfügung steht oder jederzeit beschafft werden kann. Die Tätigkeit der Banken auf dem Kreditsektor steht somit in engster Abhängigkeit von der Notenversorgungspolitik der zuständigen Instanzen.

In diesem Zusammenhang ist eine Feststellung einzufügen, die für eine ordnungspolitische Beurteilung der Giralgeldschöpfung von größter Bedeutung ist. Wenn es nämlich als erwiesen gilt, daß die Banken schon allein im Hinblick auf die

Barabhebungsquote außer Stande sind, von sich aus in grenzenlosem Umfang ein zusätzliches reines Kreditangebot darzustellen, dann steht es auch fest, daß eine Inflationierung des Geldwesens letztlich nicht von den Banken verschuldet sein kann, sondern ausschließlich auf das Verhalten der Zentralnotenbank zurückzuführen ist.

Neben den Bestimmungsfaktoren, denen das Geschäftsgebaren der Banken im Hinblick auf das Notenemissionsmonopol der Zentralnotenbank unterliegt, besteht eine weitere Beeinflussungsmöglichkeit in Form der Diskontpolitik. Eine Reihe von betriebs- und volkswirtschaftlichen Untersuchungen hat sich mit der Frage befaßt, ob dem Zins in der modernen Wirtschaft überhaupt noch eine regulierende Funktion zukomme. Stucken z.B. kommt zu dem Ergebnis, daß der Zins nur mehr symbolische Wirkung hat; die Zentralnotenbank und die Banken drücken demnach mit einer Variation der Sätze aus, wie sie die wirtschaftliche Lage einschätzen.¹⁾ Es kann in diesem Rahmen nicht Aufgabe sein, dieser Frage im einzelnen nachzugehen. Der Kernpunkt, auf den es hier ankommt, wird weder von der einen, noch von der anderen Seite bestritten: Eine Ermäßigung des Zinssatzes regt die Kreditnachfrage an, eine Erhöhung drängt sie zurück. Unter Zugrundelegung dieser Regeln steht es fest, daß das Zinsgefüge des Geldmarktes jedenfalls solange vom Diskontsatz bestimmt wird, wie sich der Geldmarkt aufgrund knapp gehaltener Liquidität in enger "Tuchföhlung" mit der Zentralnotenbank befindet. Aber auch für den Fall, daß sich der Geldmarkt durch fortgeschrittene Liquidisierung selbständig gemacht hat, bleibt die Wirkung der Diskontpolitik, wenn auch vielleicht nicht mehr so drastisch, erhalten. Eine Begrenzung für die kreditäre Betätigung der Banken ergibt sich nun aus der Diskontpolitik der Zentralnotenbank insofern, als schließlich maximal nur soviel Kredite zustandekommen, wie begehrt werden. Ein entgegengesetzter Versuch der Banken würde sogleich "an die Schranke eben dieses bei gegebenen Zinssätzen begrenzten Kreditbegehrens stoßen".²⁾

Eine sehr einschneidende Einwirkungsmöglichkeit auf das Kreditgeschäft der Banken ist in Gestalt der Mindestreservenpflicht gegeben. Die Zentralnotenbank hat es aufgrund gesetzlicher Ermächtigung in der Hand, von den Banken variierende Mindestsätze, gestaffelt nach den verschiedenen Depositenarten,

1) Vgl. Suchestow M., zitiert bei: Stucken R., Geld und Kredit, Tübingen 1957, S. 89

2) Lukas E., a. a. O., S. 139

als unverzinsliche Einlagen zu fordern. Es bedarf keiner näheren Erörterung, daß dieses Lenkungsinstrument der Zentralnotenbank eine äußerst schematisierende und deshalb für den Individualfall nicht immer angemessene Wirkung hat. Ursprünglich waren die Mindestreserven als Liquiditätsreserven der Banken gedacht. Heute jedoch wird diese Bedeutung der Pflichtguthaben bei der Zentralnotenbank in Fachkreisen angezweifelt. Tatsächlich kann man sehr geteilter Meinung sein, ob sich die Zentralbankguthaben im Ernstfall als "Liquiditätsspritze" effektuieren lassen. Das Erfordernis einer erhöhten Kassenliquidität kann nämlich bei den Banken auch schon gegeben sein, wenn die Einlagen keinerlei Anzeichen für ein Absinken erkennen lassen. Nur dann aber, wenn die Einlagen einen niedrigeren Stand als vorher aufweisen, können auch die Pflichtreserven vermindert werden. Insbesondere muß man sich vorstellen, daß durch eine seitens der Zentralnotenbank konzedierte Reservensenkung gerade solche gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen gefördert würden, die mit Hilfe der Mindestreserven zurück gedämmt werden sollen. Die Bedeutung der Mindestreserven ist also heute auf einem anderen Gebiet zu suchen; es handelt sich weniger um eine vorsorgliche, als vielmehr um eine restriktive Maßnahme. Dieses korrigierende Lenkungsmoment liegt eben vor allem in der Einflußnahme auf das Kreditgeschäft der Banken begründet, wobei man davon ausgeht, daß der Kreditgewährungsspielraum der Banken in erster Linie durch die Liquidität bestimmt wird. Je höher also die Barreserven festgesetzt werden, desto straffer sind die Zügel, die dem Kreditgeschäft der Banken angelegt sind.

Die beiden bisher erwähnten Lenkungsinstrumente der Zentralnotenbank, nämlich Diskontpolitik und Mindestreservenpolitik stehen in einem wechselseitigen Korrelationsverhältnis. Die Diskontpolitik ist zu einer materiellen Wirkungslosigkeit verurteilt, wenn die Banken derart liquide sind, daß sie eine Rediskontierung nicht benötigen. Die Diskontpolitik ist überhaupt nur solange dominierend, wie der Wechsel das wesentliche Instrument des kurzfristigen Kredits darstellt. Auf der anderen Seite kommt die Mindestreservenpolitik nicht zum Tragen, wenn die Banken über genügend Refinanzierungsmaterial verfügen, das sie in die Lage versetzt, sich den aus der Erhöhung der Reservesätze entspringenden zusätzlichen Bedarf an liquiden Mitteln wieder zu beschaffen. Eine Erhöhung der Reservesätze allein zwingt also die Banken nicht eo ipso zur Zurückhaltung im Kreditgeschäft. Daraus ergibt sich nun, daß speziell die Diskontpolitik und die Mindestreservenpolitik stets in sinnvoller Beziehung miteinander gehandhabt werden müssen.

Als nächstes Instrument der Einflußnahme auf das Kreditgeschäft der Banken ist die Offen-Markt-Politik zu erwähnen. Man versteht darunter das Recht der Zen-

tralnotenbank, am offenen Markt als Käufer und Verkäufer von festverzinslichen Werten, insbesondere von Staatsanleihen, aufzutreten, um damit die Flüssigkeit des Geld- und Kapitalmarktes zu regeln. Im einzelnen kann es sich um Wertpapiere handeln, die entweder dem Geldmarkt oder dem Kapitalmarkt angehören. Mit der Offen-Markt-Politik hat somit die Zentralnotenbank insbesondere die Möglichkeit, auf das Verhältnis von Kapitalanlage und Kassenhaltung in der Volkswirtschaft einzuwirken. Die Aktivierung der Offen-Markt-Politik bedeutet stets eine Veränderung des Umfangs der in der Wirtschaft umlaufenden und damit auf die Banken zukommenden flüssigen Mittel. Ein Wertpapierverkauf durch die Zentralnotenbank hat für das Kreditgeschäft der Banken eine ähnliche Wirkung, wie eine Erhöhung der Barabhebungsquote. Ob sich nämlich durch einen Wertpapierverkauf eine verminderte Kassenbereitschaft der Banken ergibt oder ob an die Barliquidität erhöhte Ansprüche zu stellen sind, in beiden Fällen wird ein tendenzieller Kreditabbau bewirkt.

Die praktische Anwendung der Offen-Markt-Politik ist in Deutschland verhältnismäßig jung. Der Grund hierfür ist nicht zuletzt darin zu suchen, dass das Wertpapierportefeuille der Banken erst in den letzten Jahrzehnten größere Bedeutung erlangte.¹⁾ Die Einsatzfähigkeit der Offen-Markt-Politik ist allerdings begrenzt; Käufe und Verkäufe die über einen, den jeweils gegebenen Umständen entsprechenden Rahmen hinausgehen, führen leicht zu Verwirrungen auf den Kreditmärkten. Der wesentliche Unterschied gegenüber dem sonstigen kreditpolitischen Instrumentarium ist bei der Offen-Markt-Politik darin zu sehen, daß sie unmittelbar sowohl auf den Geldmarkt, wie auf den Kapitalmarkt einwirkt.

In diesem Zusammenhang ist es nicht zu übersehen, daß die Offen-Markt-Politik auch für andere volkswirtschaftliche Zielsetzungen, also nicht nur für die Währungspolitik, eingesetzt werden kann. So wirkt z. B. ein An- oder Verkauf von Kapitalmarktpapieren zugleich stets richtungsweisend für die Kurse. Daraus ergeben sich dann wieder Förderungs- bzw. Stauungstendenzen für Neuemissionen etc..

Trotz ihrer weitreichenden Wirkungen gilt die Offen-Markt-Politik im Vergleich zur Diskontpolitik als geschmeidiger und anpassungsfähiger. Dies schon allein mit Rücksicht darauf, daß die Offen-Markt-Politik wesentlich geräuschloser angewandt werden kann. Außerdem ist es unter vernünftigen Verhältnissen nicht möglich, den Diskontsatz alle Tage zu ändern; der Einschuß bzw. der Entzug von Barmitteln über die Offen-Markt-Politik läßt sich jedoch praktisch

1) Vgl. auch S. 154 ff.

jederzeit durchführen. Wenn sich somit der Einfluß der Offen-Markt-Politik nicht auf den Kapitalmarkt beschränkt, so versteht es sich von selbst, daß die entsprechenden Maßnahmen mit der verfolgten Diskontpolitik abgestimmt werden müssen.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß sowohl Diskontpolitik wie Offen-Markt-Politik universelle Wirkung haben. Im Hinblick auf die vielfältigen Bedürfnisse einer differenzierten Volkswirtschaft ist deshalb in bestimmten Fällen die Anwendung dieser Instrumente der Zentralbankpolitik nicht gangbar. Die geldpolitisch leitenden Instanzen sind dann in der Regel veranlaßt, im Sinne einer punktierenden Therapie zu administrativen Maßnahmen zu greifen. Da das Angriffsfeld von Seiten der Zentralnotenbank her gesehen sehr breit ist, kann es sich bei einer derartigen Einflußnahme im einzelnen um eine sehr vielfältige Ausgestaltung handeln. Eine allgemeine Begriffstrennung unterscheidet die Kreditauslese und die Kreditrestriktion. In beiden Fällen wird das Geschäftsgebaren der Banken unmittelbar beeinflußt, sei es z. B. dadurch, daß nur Wechsel, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, zum Rediskont eingereicht werden können, oder dadurch, daß die Rediskontkontingente generell herabgesetzt werden etc.. Die Kreditrestriktion ist eine sehr grobe Waffe und insofern als ultima ratio der Zentralbankpolitik anzusehen.

In den letzten Jahren wurde auch in Deutschland eine neue Methode der Einflußnahme auf das Geschäftsgebaren der Banken entwickelt. Es handelt sich dabei nicht um Anordnungen der Zentralnotenbank, sondern vielmehr um Empfehlungen, die an eine verantwortungsbewußte, freiwillige Mitarbeit der Banken appellieren. In den angelsächsischen Ländern hat man dieses Vorgehen der Zentralbanken unter dem Begriff "moral suasion" zusammengefaßt. Allerdings hat es, was die hiesigen Verhältnisse anbetrifft, den Anschein, daß derartigen Empfehlungen durch eine gleichzeitige, gewissermaßen symbolische Änderung des Diskontsatzes Nachdruck verliehen werden muß.

d) Die Geld- und Kreditschöpfung der Banken unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten.

Nach diesen Ausführungen über die Giralgeldschöpfung und ihre Grenzen ist nochmals zurückzukommen auf die in der Literatur stellenweise erscheinende volkswirtschaftliche Wertung. Wie erwähnt, haben sich namhafte Nationalökonomien mit teilweise unterschiedlichen Vorschlägen für eine Unterbindung jeder

Möglichkeit der Giralgeldschöpfung eingesetzt. Es wurde dabei insbesondere davon ausgegangen, daß der monetäre Bereich von sich aus keine Induktionen erzeugen dürfe, die den "natürlichen" Ablauf der Wirtschaft beeinflussen könnten. Diese Erwägungen standen vor allem unter dem Eindruck einer von der Giralgeldschöpfung zu befürchtenden Kaufkraftminderung. Die praktische Frage lautet also jetzt, ob es unter Würdigung aller Belange einer modernen Volkswirtschaft überhaupt zweckmäßig wäre, das Geld an eine wie immer geartete starre Kette zu legen.

Die Diskussionen über Währungspolitik und Geldschöpfung, die seit der Abschaffung des gebundenen Währungssystems geführt wurden, kreisen in ihren Kernpunkten stets um die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Grundziele. Dazu gehören ein möglichst stetes wirtschaftliches Wachstum im Interesse der Verbesserung der Lebensbedingungen und die angestrebte Vollbeschäftigung aller produktiven Kräfte. Die Angelpunkte einer Geldpolitik, die sich die Erreichung dieser Maximen zum Ziel setzt, liegen in der Kaufkraftstabilität, in der Vollbeschäftigung und im Zahlungsbilanzausgleich begründet. Es gilt heute als erwiesen, daß diese drei Kriterien der Währungspolitik nicht a priori in ein harmonisches Verhältnis gegenseitigen Gleichmaßes zu bringen sind, sondern sich häufig nur unter erheblichen Kompromissen miteinander vereinigen lassen, da teilweise gegensätzliche Tendenzen vorhanden sind.

Die Vorschläge, die für eine Ausschaltung der in der Geldschöpfung liegenden Gefahren unterbreitet wurden, laufen praktisch immer auf eine durch ein Dekretungsregulativ bestimmte Geldordnung hinaus, womit dann auch die Zentralbankpolitik auf eine bloße Registrierung monetärer Vorgänge beschränkt bliebe. In den modernen Volkswirtschaften der Gegenwart gilt jedoch die Herstellung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung bei optimaler Ausnützung der Produktivkräfte als vornehmstes und absolut primäres Ziel jeder Wirtschafts- und Währungspolitik. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben bewiesen, daß sich dieses Ziel nur über eine aktive Währungspolitik, die mit einem elastischen Geld- und Kreditsystem manipulieren kann, erreichen läßt. Bekennt man sich also zur Vollbeschäftigungspolitik, so wird man zwangsläufig eine freie Währung und damit zugleich die in einer derartigen Geldordnung eingeschlossene Möglichkeit der Geldschöpfung akzeptieren müssen. Dabei wird nicht verkannt, daß speziell eine freie Währung eines wirksamen Schutzes gegen Mißbrauch bedarf.

In diesem Zusammenhang ist ein Problem zu streifen, das mit besonderer Ausprägung von der modernen Kredittheorie behandelt wurde. Es ist nämlich zu-

zugeben, daß die Darstellungsmöglichkeit von Krediten für die Banken grundsätzlich nicht abhängig ist von einem vorausgegangen Sparen, soweit man hier unter dem "Sparen" das freiwillige Sparen versteht. Für eine Bank ist es auf den ersten Blick gesehen unter rein kapazitätsmäßigen Gesichtspunkten nicht bedeutungsvoll, ob die liquiden Mittel, die sie im Zusammenwirken mit den anderen Banken zum Aufbau eines Kreditgebäudes befähigen, aus Sichteinlagen oder aus Spareinlagen geflossen sind.

Unter Zugrundelegung dieser Momente ergeben sich aus der Beurteilung des Kreditgeschäfts der Banken konjunkturpolitische Aspekte. Eine schon von den Klassikern der Volkswirtschaftslehre erkannte These besagt, daß jede Kreditvermehrung eine Gütervermehrung bewirkt. Unter der Voraussetzung, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt eine allgemeine Unterbeschäftigung der Wirtschaft, d. h. eine Nichtbeanspruchung von Produktivkräften vorliegt, müßte sich, sofern die strukturellen Bedingungen nicht entgegenstehen und eine genügende Bereitschaft seitens der Wirtschaftssubjekte gefunden werden kann, mit Hilfe von Kaufkraftvermehrung eine Aufschwungsperiode einleiten lassen. Die Erfahrung und die Erkenntnisse der Wirtschaftsforschung zeigen, daß in dieser Situation nur eine Kaufkraftvermehrung auf dem Investitionsgütersektor erfolgversprechend ist. Die Vorgänge, die im Zusammenhang mit einer durch Investitionen ausgelösten Zunahme des volkswirtschaftlichen Gesamteinkommens zum Tragen kommen, wurden vor allem von der Multiplikatortheorie deutlich herausgearbeitet. Man muß jedoch keine mathematischen Formeln und Koeffizienten bemühen, um verstehen zu können, daß der Multiplikationseffekt durch die Konsum- bzw. Sparneigung der Einkommensbezieher bestimmt wird. Jedenfalls innerhalb des hier gesteckten Rahmens genügt der verbale Hinweis darauf, daß sich ein aus Investitionen fließendes Einkommen nachfragesteigernd über sekundäre, tertiäre u. s. w. Einkommen fortzupflanzen tendiert, während die auf der jeweiligen Einkommensstufe gesparten Beträge als "leakage" versickern.

Die praktische Frage lautet nun dahin, ob Investitionskredite von den Banken ausgereicht werden können und sollen. Ist man der Auffassung, daß die einzelne Bank und das gesamte Bankensystem soviel und in solcher Form Kredit geben können, wie ihnen von anderen Stellen der Wirtschaft zugeführt wird, so ist die Möglichkeit einer Investitionsfinanzierung grundsätzlich zu bejahen, sofern eben die benötigten Mittel mit entsprechender Konstanz vorhanden sind.¹⁾

1) Vgl. Stucken R., Hände weg vom industriellen Anlagekredit?
Bank-Archiv 1940, S. 378

Dabei ist nochmals hervorzuheben - von den bankbetriebswirtschaftlichen Momenten sei vorerst abgesehen -, daß die Banken im Prinzip für Investitionskredite keine Spareinlagen benötigen. Die Kredite lassen sich vielmehr, rein technisch gesehen, auch aus anderen Finanzierungsquellen unter entsprechender Hilfestellung der Zentralnotenbank speisen. Für die volkswirtschaftliche Betrachtung ist es wesentlich, daß die Banken, was die Kapitalbildung anbetrifft, nicht unbedingt nur vermittelnd zwischen Sparer und Investor tätig sein brauchen. Mit Hilfe von Krediten läßt sich jedenfalls Kapital bilden und es ist eine separate Frage, wie sich der andere Zweig der Kapitalbildung, nämlich der Sparprozeß, vollzieht.

Es bedarf keiner weiteren Beweisführung, daß ein fortwährendes, für Investitionszwecke bestimmtes Kreditangebot, das ohne Berücksichtigung eines wirklichen Gegengewichtes erzeugt wird, die gleiche Folge haben muß, wie ein von der Zentralnotenbank ausgegebenes Zusatzgeld. Inflationistische Tendenzen sind unvermeidlich, wenn sich nicht im Rahmen der Einkommensverteilung eine Bremswirkung ergibt. Die Gefahr ist nicht so groß oder besteht überhaupt nicht, solange sich die Wirtschaft in den ersten konjunkturellen Aufschwungsperioden befindet. Je mehr aber das Beschäftigungsniveau der Vollauslastung zustrebt, desto notwendiger wird die Konsolidierung, d. h. es muß eine Korrektur des gesamtwirtschaftlich wirksamen Geldvolumens erfolgen, sei es über freiwilliges Sparen oder über Zwangssparen. Nur das freiwillige Sparen wird in den Bilanzen der Banken sichtbar. Bei der Eröffnung von Sparkonten geschieht nämlich gerade das, was bei der Einzahlung auf laufende Rechnung nicht geschieht und auch nicht geschehen kann: es wird effektiv Geld stillgelegt. Der Sinn der Bestimmungen des § 22 KWG liegt gerade darin, daß die Guthaben nicht für Zwecke des Zahlungsverkehrs eingesetzt werden können. Mit den Termin- und Festgeldern verhält es sich ähnlich. Unter Zugrundelegung dieser Momente kann man behaupten, daß eine Erhöhung der Spar- und Zeiteinlagen stets einen Hinweis darauf gibt, daß die Wirtschaft mit weniger Geld auskommt und im übrigen zur Währung und zu den Banken Vertrauen hat.

Bei dem erörterten konjunkturellen Vorgang spielt zweifelsohne eine Kreditschöpfung mit, denn das entscheidende Moment liegt ja gerade darin, daß über Kredit Kaufkraft am Markt erscheint, bevor ein Beitrag zum Sozialprodukt geleistet wurde. In ordnungspolitischer Hinsicht kann dies auch als ein Beweis dafür gewertet werden, daß die modernen Volkswirtschaften mit ihren vielgestaltigen Problemen, insbesondere was einen reibungslosen Verlauf des Wirtschaftsprozesses betrifft, auf ein elastisches Geld- und Kreditsystem nicht

mehr verzichten können. Für die Volkswirtschaften der Gegenwart ergeben sich immer wieder Probleme, die vom Kredit als Instrument des wirtschaftlichen Verkehrs mehr verlangen, als nur die neutrale Vermittlerrolle zu spielen.

Steht es fest, daß für die beschriebene Konjunkturbelebung eine Kreditschöpfung erforderlich war, so erhebt sich die Frage nach der Stellung der Banken im Rahmen dieser Vorgänge. Haben die Banken aus einem Fonds geschöpft? Keineswegs, denn es gab bei der Kaufkraftdarstellung aus Kredit keine Ausreichung, die über die eigenen und fremden Mittel einer Bank und des gesamten Bankensystems hinausgegangen wäre. Die Kreditschöpfung konnte von den Banken letztlich nicht autonom vollzogen werden. Man blieb vielmehr, wie das auch ausgedrückt wurde, auf die Hilfestellung der Zentralnotenbank angewiesen. Nicht nur für das skizzierte Konjunkturbild, sondern ganz allgemein gilt: Ausweitungsprozesse, die von der Zentralnotenbank nicht gebilligt werden, kommen nicht zum Tragen. Daraus ergibt sich nun, daß bei der Frage nach der letzten Endes für eine Kreditschöpfung verantwortlichen Stelle auf die Zentralnotenbank zu verweisen ist.

Die Möglichkeit, daß von den Banken tatsächlich einmal ein reines Geldangebot ausgeht, wurde zuweilen im Sinne der Nachweisung eines Kausalzusammenhangs dahingehend verallgemeinert, daß letztlich jedes Giralgeld aus Kredit entstanden sei. Hahn z. B. erklärt, man könne die Entstehung der Konten noch so weit zurückverfolgen, immer werde man an einen Zeitpunkt gelangen, jenseits dessen sich das Scheckguthaben nicht als existent nachweisen lasse.¹⁾ Derartige Spekulationen leisten für eine Erkenntnis der Gegebenheiten verhältnismäßig wenig. Vielleicht ist die erwähnte These zutreffend; das wäre aber nicht entscheidend, genau so wenig, wie es entscheidend ist, ob im Falle einer Goldumlaufwährung das Bargeld auf Goldgrabungen in Canada zurückzuführen ist. Solches Geld ist sicher einmal als "zusätzlich" erschienen, behält aber deswegen nicht zwangsläufig fortwährend den Charakter einer geschöpften Kaufkraft.

Die vorangegangenen Untersuchungen erbrachten das Ergebnis, daß jede Geldschöpfung, die zur Inflationierung führt, in ihrem letzten Ursprung von der Zentralnotenbank ausgeht. Es hat wohl noch keinen wirtschaftlichen Zusammenbruch gegeben, der allein auf eine durch das Kreditgeschäft der Banken ermöglichte Geldschöpfung zurückzuführen gewesen wäre. Dagegen ist eine ganze Reihe von Krisenerscheinungen bekannt, die durch undiszipliniertes

1) Vgl. Hahn A., a. a. O., S. 31

Verhalten der Zentralnotenbanken, insbesondere im Zusammenwirken mit dem Staat, verursacht waren. Unter Zugrundelegung dieser Erkenntnisse wird hier die Auffassung vertreten, daß den Gefahren, die von einer möglichen Geldschöpfung ausgehen könnten, genügend vorgebeugt wird, wenn für die Zentralnotenbank absolute Bankfreiheit gewährleistet ist. Dazu gehört vor allem auch eine fachkundige und verantwortungsbewußte Leitung, die hinsichtlich ihrer Position nicht von den Organen des Staates abhängig ist, so daß auch von dieser Seite her unbedingte Integrität herrscht. Eine Zentralnotenbank, die auf dieser Grundlage arbeiten kann, wird stets in der Lage sein, das gesamte Geldwesen und insbesondere auch die Betätigung der Banken auf dem Kreditsektor zu steuern und damit gegebenenfalls negative Entwicklungen, die auch einmal bei den Banken begründet sein mögen, abzufangen. Vor allem wäre dann zugleich sichergestellt, daß der Staat nicht anders behandelt würde und keinen weiterreichenden Einfluß hätte, als die Wirtschaft. Die Frage, ob eine derartige Regelung in Reinkultur für den Staat akzeptabel ist, muß unter allgemein politischen Gesichtspunkten beurteilt werden. Es ist zuzugeben, daß ein Primat der Währungs- und Kreditpolitik vor jeder Staatspolitik, auf längere Sicht gesehen, nicht unbedingt die bestmögliche Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen eines Volkes darstellen muß.

e) Die betriebswirtschaftliche Aussagefähigkeit des Debitorenausweises.

Nach diesen Ausführungen über das Kreditgeschäft der Banken in volkswirtschaftlicher Sicht, insbesondere über die Frage einer Geldschöpfung, ist zurückzukommen auf die mit den Bankbilanzen zusammenhängenden betriebswirtschaftlichen Probleme. Dabei ist bezüglich der im Rahmen dieses Abschnitts im Vordergrund stehenden Position "Debitoren" darauf hinzuweisen, daß eine Geldschöpfung anhand der auf der Aktivseite erscheinenden Zahlen nicht nachgewiesen werden kann. Eine bei einer einzelnen Bank bzw. dem gesamten Bankensystem festzustellende Kreditexpansion kann nicht im Sinne einer Geldschöpfung gedeutet werden. Eine Geldschöpfung könnte nämlich auch wirksam sein, wenn die Debitorenzahlen betragsmäßig unverändert bleiben oder sogar sinken.

Wenn zwar aus den jeweiligen Debitorenbeständen der Banken nicht auf eine Geldschöpfung geschlossen werden kann, so ergibt sich aus den Zahlen doch eine Reihe von Fragen, die im Hinblick auf die Aussagefähigkeit der Bilanzen

interessant erscheinen. Zur Veranschaulichung der jeweiligen Bedeutung des Kreditgeschäftes der Banken seien folgende Relationen vorangestellt:

Debitoren in v. H. der Bilanzsumme ¹⁾

Jahr	1913	1929	1934	1939	1951	1957
Quote	32 %	41 %	43 %	32 %	40 %	29 %

Debitoren in v. H. des Eigenkapitals ¹⁾

Jahr	1913	1929	1934	1939	1951	1957
Quote	198 %	490 %	485 %	457 %	1731%	659 %

Die Liquidität ist das Kernproblem jedes Bankbetriebes. Betrachtet man die Bankbilanzen nach rein formellen Gesichtspunkten, so zählen jedenfalls die Debitoren nicht mehr zu den leicht realisierbaren Aktiven und werden deshalb bei der Errechnung von Liquiditätsgraden nur nachrangig berücksichtigt. Diese Handhabung ist selbstverständlich mehr oder weniger schematisch, kann aber aus der Natur der Dinge heraus nicht anders sein. Die Debitoren sind nun einmal primär nicht Aktiva der Liquidität, sondern Aktiva der Rentabilität. Trotzdem erhebt sich die Frage nach der Liquidierungsfähigkeit der Kredite. Die Realisierbarkeit der Kredite ist abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kreditnehmer und es ergibt sich damit von selbst, daß die materielle Liquidität aus den Bilanzen der Banken nicht abgelesen werden kann. Für eine Beurteilung muß auf andere Unterlagen und Beobachtungen, wie z.B. die Tagespresse oder die Dauer der in den einzelnen Branchen beanspruchten Zahlungsziele etc. zurückgegriffen werden. Nimmt man eine gewisse Vergrößerung in Kauf, so ergibt sich aus den Bankbilanzen allerdings schon ein erster Hinweis: Sind nämlich die Banken reichlich liquide und haben sie demzufolge ihre Schuldverpflichtungen abgebaut, dann kann man unterstellen, daß die gesamte Wirtschaft flüssig ist. Derartige Situationen sind ferner dadurch charakterisiert, daß die kurzfristigen Kredite tendenziell zurückgehen; die materielle Liquidität der Debitoren dürfte sich somit verbessert haben.

¹⁾ Errechnet aus dem Zahlenmaterial der Statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich bzw. der Statistischen Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland (Fundstellen und Erläuterungen s. S. 63, Fußnote 2)

In der Regel dient der überwiegende Teil der von den Banken ausgereichten Kredite der Finanzierung des Umlaufvermögens der Betriebswirtschaften. In Anlehnung an das in jedem Betrieb herrschende Umschlagprinzip könnte man an ein "selfliquidating" der Kredite denken. Da man aber davon ausgehen muß, daß mit Ausnahme von bestimmten Saisonkrediten jeder Kredit zur Bewältigung eines gewissen Jahresumsatzvolumens mehr oder weniger fortdauernd benötigt wird, ist ein "selfliquidating" nur mit erheblichen Vorbehalten anzunehmen, ganz abgesehen davon, daß unter den Krediten auch solche sein können, die einer ausgesprochenen Lagerfinanzierung dienen. Es erscheint also von vorneherein sehr schwierig, einen Maßstab für die Liquidierungsfähigkeit der Kredite zu bestimmen, weshalb man auf Schätzungen angewiesen bleibt. In seinen Untersuchungen zu dieser Frage, ist Schmalenbach zu dem Ergebnis gekommen, daß die "liquide Schicht" der Unternehmungen, also der Teil ihres Vermögens, der für eine kurzfristige Rückzahlung der Bankkredite herangezogen werden könnte, normalerweise auf 10 % der Bankkredite zu veranschlagen ist.¹⁾

Die von den Banken ausgereichten Kredite können normalerweise bis zu einem bestimmten Prozentsatz des Gesamtbestandes noch auf andere Art, als durch effektive Rückführung liquidisiert werden. Es handelt sich dabei um eine Umschuldung bzw. Konsolidation durch Hypothekendarlehen oder Kapitalmarktpapiere. Die Möglichkeit der Kreditumschuldung wird von der Absicherung bestimmt. Erfahrungsgemäß befindet sich unter den Debitoren ein sehr beachtlicher Teil, der durch einwandfrei werthaltige Grundpfandrechte gedeckt ist, die auch den gesetzlichen, bzw. satzungsmäßigen Voraussetzungen für eine Beleihung standhalten. Hinsichtlich der Konsolidation sind die Kredite ohnedies meist nur Vorläufer einer beabsichtigten Aktien- oder Schuldverschreibungsemission. Sowohl für eine Umschuldung, wie für eine Konsolidation gilt jedoch als unabdingbare Voraussetzung, daß an den Kapitalmarkt herantreten werden kann, d. h. es müssen in der Wirtschaft Mittel vorhanden sein, die zu einer entsprechenden Anlage bereit sind. Hat man sich somit Gewißheit über die Situation auf dem Kapitalmarkt und speziell bei den Instituten des langfristigen Kredits verschafft, so ergeben sich hinsichtlich der Liquidierungsfähigkeit der Debitoren entsprechende Aspekte. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Banken auf die Kreditnehmer grundsätzlich solange keinen Druck ausüben, wie die laufenden Kreditkosten beglichen werden und die Kontoführung einigermaßen flüssig bleibt. Entstehen jedoch all-

¹⁾ Vgl. Schmalenbach E., a. a. O., S. 119

gemein "eingefrorene" Engagements, deren Salden sich nur mehr um die anfallenden Zinsen und Provisionen erhöhen, so ist in der Regel auch zu erwarten, daß der Kapitalmarkt nicht leistungsfähig ist. Banken, die erst zu diesem Zeitpunkt nach Umschuldung und Konsolidation streben, suchen eine Hilfe, die nicht mehr gegeben werden kann.

Wenn auch angenommen werden darf, daß ein Teil der Kredite durch werthaltige Grundpfandrechte unterdeckt ist, so gilt doch, was die Absicherungsfrage allgemein anbetrifft, daß diesbezüglich aus den Bankbilanzen nichts entnommen werden kann. Sicher basiert der überwiegende Teil der Außenstände auf Sicherheiten. Diese Sicherheiten unterliegen jedoch hinsichtlich ihres absoluten Deckungswertes größtenteils den gesamtwirtschaftlichen bzw. branchenmäßigen Schwankungen. Die Übereignung einer Textilmaschine z. B. kann von der Bank zum Schrottwert angesetzt werden, wenn in der Textilbranche eine Flaute herrscht. Ähnliches gilt für Warenübereignungen und Zessionen. Aber auch Grundpfandrechte können sich als unrealisierbar erweisen, besonders dann, wenn sie auf reinen Industrieobjekten ruhen.

Mit diesen kurzen Ausführungen wurde anzudeuten versucht, daß man zwar grundsätzlich den durch Sicherheiten gegebenen Rückhalt für die Kredite berücksichtigen kann. So, wie jedoch die Bankbilanzen selbst die Absicherungsfrage unbeantwortet lassen, muß für eine Bewertung der in Betracht kommenden Sicherheiten auf anderweitige Unterlagen bzw. Beobachtungen zurückgegriffen werden.

Neben der Absicherung interessiert sich ein Außenstehender stets für die Streuung der ausgereichten Kredite nach Branchen. Aber auch auf diese Frage bleiben die Bilanzen die Antwort schuldig. Wüßte man von einer Bank, daß sich ihre Debitoren überwiegend auf eine Branche konzentrieren, so wäre das, falls diese Branche nicht gerade im Zeichen der Prosperität steht, ein Ansatzpunkt für eine kritische Beurteilung. Die Tatsache, daß die Branchenstreuung aus der Bilanz nicht zu entnehmen ist, könnte Anlaß dafür sein, daß man darin einen Mangel oder sogar ein Gefahrenmoment sieht. Es ist aber zu berücksichtigen, daß die Verfahrensvorschriften und der Verfahrensmodus bei der Erstellung der Bilanzen in Verbindung mit dem Testat eines Wirtschaftsprüfers einen sehr weitgehenden Schutz bieten. Man darf also in der Regel davon ausgehen, daß überrnormale Risiken, die durch Branchenkonzentration verursacht sein können, durch entsprechende Wertberichtigungen festgestellt wurden. Für ausgesprochene Branchenbanken sind ohnedies besondere Gesichtspunkte maßgebend. In derartigen Fällen ist bei jeder Beurteilung die Frage des Rückhalts, der durch

die hinter der Bank stehenden Unternehmungen gegeben ist, zugleich zu beleuchten.

Eine ebenso wichtige Frage, wie die Absicherung und die Branchenstreuung, ist die Größen- und Stückzahlgliederung der ausgereichten Kredite. Soweit die Banken aufgrund gesetzlicher Vorschrift gehalten sind, einen Geschäftsbericht zu veröffentlichen, kann die Größen- und Stückzahlgliederung meist daraus entnommen werden. Die Veröffentlichung derartiger Angaben geschieht jedoch nur usancemäßig, d. h. die Banken unterliegen dabei keinem Veröffentlichungszwang. Aus der Bilanz selbst jedenfalls ist eine Aufgliederung der Kredite nicht zu entnehmen. Selbstverständlich ist es für die Beurteilung des "standings" einer Bank ausschlaggebend zu wissen, ob sich evtl. der ausgewiesene Gesamtbestand an Debitoren nur auf wenige Großkredite verteilt. Tatsächlich sind durch eine derartige Geschäftspolitik auch schon angesehene Bankhäuser in Schwierigkeiten gekommen. Es ist jedoch auch hier zu berücksichtigen, daß die heute geltenden Prüfungs- und Publizitätsvorschriften eine Verdeckung solcher Risikomomente weitgehend unterbinden.

Ein weiteres wesentliches Beurteilungsmoment stellt die Frage der Fristigkeit der ausgereichten Kredite dar. In den Bilanzen erfolgt zwar ein getrennter Ausweis für Debitoren und sog. langfristige Ausleihungen, doch hat diese nach rein formellen Gesichtspunkten vollzogene Aufgliederung einen verhältnismäßig geringen Aussagewert. Materiell gesehen, können nämlich die Grenzen zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Krediten nicht scharf gezogen werden. Der überwiegende Teil der ausgewiesenen Debitoren kann zwar grundsätzlich gemäß den Allgemeinen Geschäftsbedingungen jederzeit kündbar und zur Rückzahlung fällig gestellt werden; durch fortwährende Prolongation ist aber häufig ein sehr beachtlicher Bestand dieser Kredite, die unter "Debitoren" erscheinen, langfristig.

Die Fristigkeit der ausgereichten Kredite wird nicht zuletzt von den konjunkturellen Daten, die für die Gesamtwirtschaft jeweils bestimmend sind, beeinflusst. Erfahrungsgemäß werden während der Aufschwungsperiode Kredite aller Art verlangt. Die Wirtschaft hat in dieser Situation insbesondere auch einen Bedarf an echten kurzfristigen Krediten, die für Betriebsmittelzwecke eingesetzt werden. Je mehr die Wirtschaft der Vollbeschäftigung zustrebt, und je deutlicher sich die Grenzen für eine reale Ausweitung des Güter- und Umsatzvolumens abzeichnen, desto größere Bedeutung erlangt die Zunahme der Verdienste und Gewinne für die Finanzierung des Wirtschaftsprozesses. Man kann den Sachverhalt unter betriebswirtschaftlichen Aspekten auch dahinge-

hend erklären, daß bei fortschreitender Prosperität grundsätzlich die Tendenz für eine Anreicherung des Eigenkapitals in den Unternehmungen besteht, wobei dann die Finanzierung des Umsatzvolumens in zunehmend geringerem Maße durch Fremdkapital erfolgt. Der Konjunkturverlauf seit der Währungsreform von 1948 ist ein deutliches Beispiel dafür, wie sich eine durch Steuervorschriften veranlaßte Selbstfinanzierung auf das Kreditgeschäft der Banken auswirkt. Infolge der Thesaurierung der Gewinne verbessern sich die Kapitalstrukturen der Unternehmungen; man spricht dann von einer "reicher gewordenen Volkswirtschaft". Für solche reicher werdende Volkswirtschaften ist es symptomatisch, daß echte kurzfristige Kredite relativ schwieriger unterzubringen sind und generell ein Trend der Abnahme der Debitoren wirksam wird.¹⁾ In dieser Situation ergeben sich für die Anlagepolitik der Banken Probleme, die umso drängender werden, je teurer das Passivgeschäft wird. Grundsätzlich verläuft nämlich mit der tendenziellen Debitorensenkung ein Prozeß, der die Zinsspanne dadurch verringert, daß die kostenempfindlichen Einlagearten, wie vor allem Termin- und Spareinlagen, zunehmen. Es erscheint somit verständlich, daß die Banken einen Ausweg suchen, der ihnen aus dem regulären Geschäft eine Aufrechterhaltung des Ertragsniveaus erlaubt. Die Banken sind bei dem geschilderten Konjunkturstand mehr als zuvor geneigt, in mittelfristige Engagements "einzu-steigen", wobei allerdings die Voraussetzung besteht, daß eine kontinuierliche Liquidität nachhaltig gesichert ist und damit die Transformation gangbar erscheint.

Die angeführte Teilumschichtung von echten kurzfristigen Debitoren in mittelfristige Kredite kann aus den Bankbilanzen nicht im vollen Umfang abgelesen werden, da Engagements, die materiell längerfristigen Bestand haben, durchaus als "kurzfristig" erscheinen können. Läßt man einmal die bankbetriebswirtschaftlichen Momente außer Betracht, so kann nicht übersehen werden, daß in der Bereitschaft zur Ausreichung mittelfristiger Engagements ein konstruktiver Beitrag der Banken zum Aufbau der Wirtschaft zu erblicken ist.

In Volkswirtschaften, die in ordnungspolitischer Hinsicht dem Typ der freien Marktwirtschaft nahestehen, kann der nach vollzogenem Konjunkturaufschwung zu beobachtende Rückgang der Debitoren noch auf eine andere Ursache als die Eigenkapitalanreicherung über Gewinne zurückzuführen sein. Die Konzentration der Wirtschaft ermöglicht die Verwirklichung hoher wirtschaftlicher und technischer Ziele. Dazu gehört insbesondere auch die innerbetriebliche Rationalisierung. Im Vergleich zu einer Vielzahl von Einzelbetrieben können in einer

1) Vgl. Stucken R., Wertpapiere in den Bankbilanzen, Bank-Archiv 1940, S. 133

Großunternehmung die Beschaffungskosten, die Lagerkosten etc. entscheidend vermindert werden, ganz abgesehen von den Einsparungsmöglichkeiten, die sich aus der Vollstufigkeit, der Normung, der Typenbeschränkung usw. ergeben. Das sind natürlich alles Faktoren, die den Finanzbedarf mit erheblicher Breitenwirkung senken, so daß zu erwarten ist, daß die Banken weniger beansprucht werden. Es darf demzufolge als Grundsatz gelten, daß sich die Unternehmungen desto mehr von den Banken lösen können, je mehr sich eine Masierung des Sozialprodukts auf wenige Stellen der Volkswirtschaft durchsetzt.

Die durch eine Konzentration der Wirtschaft bewirkte Verminderung des Kreditbedarfs wird neben den betriebsinternen Rationalisierungsmöglichkeiten auch von den Finanzierungsgewohnheiten der Großunternehmungen gefördert. Für die allgemeinen Kreditbanken ist es bezeichnend, daß sie das kurzfristige Depositen- und Kreditgeschäft mit dem Emissionsgeschäft verbinden. Diese Finanzierungstechnik in einem Haus findet ihren bilanziellen Niederschlag in dem bekannten "Atmen der Aktiv- und Passivpositionen". Aktien- oder Schuldverschreibungsemissionen werden von den Einlegern erworben; der Gegenwert dient zur Rückführung von Zwischenkrediten. In der Geschäftsverbindung mit Großunternehmungen bedeutet ein Kredit häufig "nur eine Antizipation der durch die geplante Emission zu beschaffenden Kapitalbeträge".¹⁾ Dieses Atmen der Bankbilanzen kann allerdings nicht so deutlich anhand eines Vergleichs der Jahresschlußzahlen beobachtet werden, als vielmehr bei Gegenüberstellung von Zwischenausweisen. Dessen ungeachtet bleibt die Tatsache bestehen, daß eine Konzentration der Wirtschaft in sich die Tendenz zur Lösung von den Banken trägt.

Für eine betriebswirtschaftliche Betrachtung von Bilanzen ist es immer interessant, aus den einzelnen Positionen Rückschlüsse auf die Kosten- und Erlösverhältnisse zu ziehen. Selbstverständlich kann die Aufwands- und Ertragsstruktur nicht aus der Bilanz entnommen werden; soweit diesbezüglich überhaupt ein Einblick möglich ist, muß auf die Gewinn- und Verlustrechnung zurückgegriffen werden. Dessen ungeachtet sind aber die Bestände, die letzten Endes für Aufwand und Ertrag verursachend waren, in der Bilanz zu finden.

Die praktische Frage ist dahingehend zu formulieren, ob aus der Variation der Debitoren in den Bankbilanzen auf eine wechselnde Ertragslage geschlossen werden kann. Normalerweise verbessert eine Ausweitung der Debitoren die

1) Stucken R., Hände weg vom industriellen Anlagekredit?
Bank-Archiv 1940, S. 378

Rentabilität, wobei man unterstellt, daß die Banken von der Zinsmarge zwischen Aktiv- und Passivgeschäft profitieren. Wie schon früher erwähnt, ¹⁾ kann jedoch die Größe, die man unter bankwirtschaftlichen Gesichtspunkten als Zinsmarge bezeichnet, nicht aus der Bilanz entnommen werden. Abgesehen davon ist zu berücksichtigen, daß die Ertragsverhältnisse der Banken keinesfalls ausschließlich, zuweilen sogar nur zum geringeren Teil, von der Zinsmarge bestimmt werden. Ein meist sehr wesentlicher Betrag der Ertragseinnahmen der Banken stammt nämlich aus den verschiedenen Provisionen, von denen im Kreditgeschäft vor allem die Kreditprovision, die Umsatzprovision und die Überziehungsprovision zu erwähnen sind. Die in Ansatz kommenden Zinsen und Provisionen sind in Deutschland als vorgeschriebene Höchstsätze geregelt. Darin liegt zwar einerseits ein sehr weitreichender Schuldnerschutz, andererseits ist dadurch ein Ansatzpunkt für den Konditionenhandel gegeben. Bei kräftig anziehender Konjunktur sind die Kreditnehmer in der Regel bereit, die von den Banken verlangten Konditionen zu akzeptieren. Je reicher jedoch die Volkswirtschaft wird, desto stärker werden grundsätzlich die Bestrebungen, von den Banken Sonderkonditionen zu verlangen. Tatsächlich machen die Banken erfahrungsgemäß durch Festsetzung von sog. Nettosätzen erhebliche Zugeständnisse, da sie in dieser Situation ohnedies interessiert sind, Kredite unterzubringen.

Neben dem Einfluß, den die jeweilige Konjunkturlage auf die Konditionengestaltung der Banken ausübt, besteht ein weiteres Moment, das einen Einblick in die Ertragsverhältnisse verhindert, darin, daß aus den Bilanzen nicht die Umsätze entnommen werden können. In der Vermögensrechnung erscheinen nur die Endbestände. Für die Banken macht es natürlich auch in ertragsmäßiger Hinsicht einen erheblichen Unterschied aus, ob die Debetsalden von Jahresbeginn bis Jahresende unbewegt blieben, oder ob sich die Kredite umschlagen. Zwar sind die Banken im Falle der Umsatzlosigkeit eines Kontos auch berechtigt, eine Mindestprovision in Rechnung zu stellen, doch liegt dieser Betrag in der Regel wesentlich unter einem normalen Provisionsertragnis.

Wenn somit die Bankbilanzen zu den angeschnittenen Punkten keine Erkenntnis vermitteln, muß die landläufige Behauptung, daß nämlich ein relativ gleichbleibender oder sogar erhöhter Debitorenbestand auf eine bessere Ertragslage schließen läßt, mit Vorsicht behandelt werden.

In den vorangegangenen Ausführungen wurde bereits mehrmals angedeutet, daß

¹⁾ Vgl. S. 85

auch die von den Banken gewährten Kredite untrennbar mit dem jeweiligen, die Gesamtwirtschaft beherrschenden Konjunkturstand verbunden sind. Es ist zwar grundsätzlich möglich, daß die gesamtwirtschaftliche Finanzierung einer Aufschwungsperiode nicht aus den Bankbilanzen zu entnehmen ist. Ein praktisches Beispiel dafür bietet der Verlauf der Reaktivierung der Wirtschaft in den Jahren 1933/34. Seinerzeit hatten die Kredite eher die Tendenz sich zu verflüssigen, was aber nur darauf zurückzuführen war, daß aus der Stag-nation und der Krise heraus noch eine starke Verschuldung der Wirtschaft bestand und der Staat nun - insbesondere über Wertpapierfinanzierung - sukzes-sive die Stellung des eigentlichen Kreditnehmers in den Bankbilanzen einnahm. Abgesehen von den seinerzeitigen besonderen Verhältnissen kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß seitens der Wirtschaft während der Aufschwungs-periode ein intensiver Kreditbedarf besteht, wogegen nach erreichter Konsoli-dierung der Konjunktur ein tendenzielles Gleichmaß der Beanspruchung ein-tritt.

In den von den Banken ausgewiesenen Debitorenziffern spiegelt sich nicht aus-schließlich der Kreditbedarf der Wirtschaft wider, sondern es kommt auch das Preisniveau zum Ausdruck. Für die Summe der in den Bilanzen erscheinenden Kredite ist somit auch das Problem der Kaufkraft bestimmend. Die Debitoren können - vergleichsweise betrachtet - steigen, ohne daß sich das Umsatz- und Gütervolumen real erhöht. Das Charakteristikum einer inflatorischen Ent-wicklung liegt ja gerade darin, daß ein immer höher werdender Nominalgeldbe-trag dem Gütervolumen gegenübertritt und damit eine Verminderung des in-neren Geldwertes bewirkt. Diese Umstände sind bei Betrachtung der Bankbilan-zen zu berücksichtigen, da durchaus die Möglichkeit besteht, daß die Zahlen lediglich ein Ergebnis der Aufblähung des Geldvolumens sind.

Wenn man einerseits vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus zu dem Er-gebnis gekommen ist, daß die Betätigung der einzelnen Banken im Kreditge-schäft abhängig ist von der Gestaltung des Passivgeschäftes und andererseits unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten die Möglichkeit einer Einlagen-bildung als Folge der Kreditgewährung eingeräumt werden mußte, so erscheint es abschließend interessant, die Entwicklung des Kreditvolumens zur Entwick-lung der Einlagen in Beziehung zu setzen. Bei der Errechnung der Relationen wurden die Sichteinlagen, die befristeten Einlagen und die Spareinlagen zu-sammengefaßt.

Debitoren in v. H. der Einlagen ¹⁾

Jahr	1913	1929	1934	1939	1951	1957
Quote	101 %	71 %	76 %	47 %	62 %	51 %

Aus den Relationen ist ein deutlicher Trend dergestalt zu ersehen, daß die Debitoren einen fortwährend geringeren Anteil an den Einlagen haben. Es wäre jedoch trügerisch, wollte man die Relationen dahingehend auslegen, daß offensichtlich in früheren Jahrzehnten eine engere Bezogenheit als in der Gegenwart zwischen Kreditgewährung und Einlagenbildung bestand. Es sind keine Momente erkennbar, die einen Beweis dafür liefern könnten, daß heute ein schwächerer Konnex zwischen den Debitoren und den Einlagen besteht. Im Gegenteil muß angenommen werden, daß dieser Zusammenhang im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung des Giroverkehrs intensiver als früher zur Wirkung kommt. Diesbezüglich kann also aus den Relationen nichts abgeleitet werden. Dagegen zeigen die Zahlen erneut den Wandel, der sich während der vergangenen Jahrzehnte in der Struktur der Bankbilanzen vollzogen hat. Der Anteil des Eigenkapitals an der Passivfinanzierung der Banken verringerte sich, wogegen das Fremdkapital fortlaufend erweitert wurde. ²⁾ In den angeführten Relationen kommt insbesondere auch die Tatsache zum Ausdruck, daß die befristeten Einlagen und die Spareinlagen in steigendem Maße an der Passivfinanzierung der Banken beteiligt sind.

7. Wertpapiere im Aktivgeschäft

- a) Die Bedeutung der Wertpapiere für die bankwirtschaftlichen Grundprobleme der Liquidität, der Rentabilität und der Sicherheit.

Der folgende Abschnitt ist den Positionen der Bankbilanzen gewidmet, die in engster Verbindung zu den Vorgängen auf dem Geld- und dem Kapitalmarkt stehen. Dabei wird für den Begriff des Geldmarktes eine Formulierung im wei-

1) Errechnet aus dem Zahlenmaterial der Statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich bzw. der Statistischen Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland (Fundstellen und Erläuterung s. S. 63, Fußnote 2)

2) Vgl. auch S. 63, 67

teren Sinne gewählt, so daß also einerseits alle kurzfristigen Kredite in Geldform einbezogen werden; andererseits ist eine Abgrenzung dahingehend erforderlich, daß nur solche Instrumente des Aktivgeschäftes behandelt werden, die in wertpapierrechtliche Form gekleidet sind. Im einzelnen handelt es sich um die Wechselbestände, die Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes und der Länder, die Wertpapiere im engeren Sinne, die Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand sowie die Konsortialbeteiligungen.

Im Rahmen des nach Liquiditätsgraden aufgebauten Bilanzschemas stehen die angeführten Wertpapierpositionen nach den Beständen mit absoluter Liquidität, wie Kasse, Landeszentralbankguthaben und nach den Beständen mit abhängiger Liquidität, wie Guthaben bei Kreditinstituten, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine und Schecks. Der Begriff "abhängige Liquidität" findet seine Begründung darin, daß die Verflüssigung der erwähnten Forderungsrechte vom dem betriebswirtschaftlichen standing der jeweiligen Schuldner abhängig ist. Abgesehen davon, daß in der Regel ein beachtlicher Teil der Positionen mit abhängiger Liquidität nicht täglich fällig ist, besteht der wesentliche Unterschied gegenüber den Beständen mit absoluter Liquidität darin, daß sich möglicherweise Bonitätsrisiken auswirken können.

Während die den Instrumenten des Geld- und Kapitalmarkts vorangehenden Positionen zu den hohen Liquiditätsgraden zu rechnen sind, werden die nachfolgenden Aktivwerte, angefangen von den Debitoren, unter rein formalistischen Gesichtspunkten nicht mehr zu den liquiden Mitteln gezählt. Hier beginnen die Anlagen der Banken, die primär von Rentabilitätsabwägungen bestimmt werden. Die Reihe endet mit den Positionen, die weder im Interesse der Liquidität, noch der Rentabilität angeschafft wurden und als Immobil- und Mobilvermögen zu Buch stehen.

Die Einordnung der Geld- und Kapitalmarktpapiere in das Bilanzschema zwischen den Beständen mit hoher Liquidität und den lukrativen Anlagen kennzeichnet ihre Funktion für den Bankbetrieb. Wechsel, Schatzwechsel, Wertpapiere etc. sind nämlich für die einzelne Bank sowohl Aktiva der Liquidität wie der Rentabilität. Hierzu ist allerdings erläuternd festzustellen, daß die Bedeutung der Geld- und Kapitalmarktpapiere für die Banken zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich zu beurteilen ist. Ausschlaggebend ist dabei der in der Gesamtwirtschaft vorherrschende Konjunkturstand, die Frage der Geldversorgung der Wirtschaft, insbesondere der im Bankensektor gegebene Liquiditätsgrad etc.. Dementsprechend fungieren die Geld- und Kapitalmarktpapiere

papiere in Zeiten der monetären Anspannung vor allem als Instrumente der Liquiditätspolitik. Bei bestehender Geldmarktschwemme jedoch haben die Banken im Hinblick auf den begrenzten Bedarf in der Regel nicht mehr die Möglichkeit, die anwachsende Liquidität durch ein erhöhtes Kreditvolumen auszutarieren. Liquidität verursacht stets Kosten, da den Banken im Passivgeschäft keine Mittel zur Verfügung stehen, die zinslos gegeben wurden. In dieser Situation also erwerben die Banken in verstärktem Maße Forderungspapiere, um damit den durch das tendenziell zurückgehende Kreditvolumen auf die Rentabilität wirkenden Druck bestmöglich zu kompensieren. Diese Funktion der Geld- und Kapitalmarktpapiere ist für deutsche Verhältnisse allerdings noch relativ jung. Bei den amerikanischen Banken hatte man - was vor allem die Kapitalmarktpapiere anbetrifft - schon vor Jahrzehnten weniger Bedenken.

Da das Wertpapierportefeuille als Instrument der Bankbetriebspolitik erst seit jüngster Zeit größere Bedeutung erlangt, ist in der Fachliteratur noch keine abgeschlossene Behandlung dieses vielgestaltigen Problemkreises zu finden. Die im vorliegenden Schrifttum festzustellenden Ansätze für eine umfassende Darstellung des Themas beschäftigen sich überwiegend mit zeitbedingten Fragen.

In der weiteren Untersuchung werden zunächst die einzelnen Arten der Geld- und Kapitalmarktpapiere jeweils für sich behandelt, wobei gleichzeitig versucht wird, die betriebswirtschaftliche und betriebspolitische Bedeutung jeder Gruppe herauszustellen.

aa) Wechsel, Schatzwechsel und U-Schätze

Der Wechselbestand ist speziell unter deutschen Verhältnissen traditionsgemäß das wesentliche Instrument der Liquiditätspolitik der Banken. Die Grundlage hierfür bildet vor allem die Eigenschaft des Wechsels selbst, der als kurzfristiges Kreditinstrument der Finanzierung des Güterumsatzes dient. Es kann normalerweise davon ausgegangen werden, daß die einzelnen Abschnitte nach erfolgtem Güterumschlag im Produktions- bzw. Handelssektor eingelöst werden, d. h. daß sich die Kreditverflechtungen innerhalb der Wirtschaft durch den Umsatz der Güter und Dienstleistungen und deren zunehmende Konsumreife lösen. Die Einschaltung des Wechsels als Finanzierungsinstrument für den Güter- und Dienstleistungsumsatz bietet somit allein schon durch die Art der Grundgeschäfte in hohem Maße Gewähr dafür, daß eine Regulierung erfolgt. Der Wechsel trägt also bereits in sich selbst die Tendenz zur Selbstauflösung,

ein Vorgang, der in der angelsächsischen Literatur zutreffend als "self-liquidation" bezeichnet wird.

Der weitaus überwiegende Teil des Wechselportefeuilles der Banken besteht aus Handelswechseln. Die Abschnitte mit dieser Geschäftsgrundlage bildeten von jeher die Brücke zwischen den Geschäftsbanken und der Zentralbank. Auch heute noch ist das Rediskontgeschäft das wesentliche Bindeglied, wenn auch in den Beziehungen zwischen den Geschäftsbanken und der Zentralbank in der Zwischenzeit andere Mittel der Bankpolitik im Vergleich zu früheren Verhältnissen größere Bedeutung erlangten. Durch die Möglichkeit der Rediskontierung sind die Banken in der Lage, den von ihnen gewährten Diskontkredit vorzeitig zu verflüssigen bzw. sich refinanzieren. Damit hat der Wechsel neben der erwähnten natürlichen oder ursprünglichen Liquidität noch die sog. abgeleitete Liquidität, die eben dadurch zustande kommt, daß die Zentralbank den Wechselbestand im Wege des Rediskonts flüssig macht.

Allein schon durch den hohen Liquiditätsgrad, der dem Wechselbestand im Hinblick auf die natürliche und die abgeleitete Liquidität zukommt, ist das Diskontgeschäft für die Banken eine ausgezeichnete Anlagemöglichkeit. Aber auch die Frage der Rentabilität ist nicht ungünstig zu beurteilen. Wenn man den Grundsatz berücksichtigt, daß eine Anlage um so weniger rentabel ist, je leichter sie liquidiert werden kann, so muß das Ertragnis aus dem Wechselgeschäft immerhin als beachtenswert bezeichnet werden. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß eine eventuell erforderliche Rediskontierung eine sehr einschneidende Schmälerung der Rendite bedeutet.

Das dritte der bankwirtschaftlichen Probleme, nämlich die Frage der Sicherheit, wird beim Wechsel vor allem durch die klaren gesetzlichen Vorschriften, die sog. Wechselstrenge, gelöst. Allerdings befinden sich erfahrungsgemäß in den Portefeuilles der Banken zuweilen auch Abschnitte auf Bezogene, die für eine glatte Aufnahme nicht unbedingt Gewähr bieten. In solchen Fällen erfolgt die Hereinnahme "auf Einreicher-Obligo", wobei es dann auf die finanzielle Position des Kunden ankommt, ob sich die Bank für eine quotale oder volle Unterdeckung des Diskontkredits zusätzliche Sicherheiten bestellen läßt.

In diesem Zusammenhang sind einige volkswirtschaftliche Aspekte anzufügen, die sich aus dem Wechselbestand ergeben. Die Verwendung des Wechsels als Kredit- und Finanzierungsinstrument steht in enger Abhängigkeit von den Schwankungen des Wirtschaftsablaufes und hat damit die Funktion als regulie-

render Faktor im Zahlungsmittelumlauf. Zu einer Bankbilanz, die gesunde Verhältnisse widerspiegelt, gehört ein der Struktur des Zahlenmaterials angemessener Wechselbestand. Diese Feststellung bezieht sich nicht nur auf die bankbetriebswirtschaftlichen Belange, sondern ganz allgemein auch auf das Geld- und Kreditvolumen unter volkswirtschaftlichen Aspekten. Die Verwendung des Wechsels im Rahmen des Zahlungsverkehrs ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen durchaus wünschenswert, da mit diesem Instrument ein vorzügliches Elastizitätsmoment in die stets gegebenen Spannungen zwischen dem Geld- und dem Gütersektor der Wirtschaft eingeschaltet wird.

In diesem Sinne weisen die Wechselbestände in den Bankbilanzen darauf hin, daß in der Gesamtwirtschaft bezüglich des Geldes immer noch die Gesetze der Knappheit wirksam sind. Ist in einer Volkswirtschaft durch die Abundanz des Geldes der innere Geldwert vernichtet, so gibt es praktisch keine Wechselverbindlichkeiten mehr. Unter derartigen Verhältnissen sind die Bankbilanzen dadurch gekennzeichnet, daß die Position "Wechsel" leer bleibt, während andere Positionen, insbesondere die Bestände mit primärer Liquidität, enorm aufgebläht sind.

Das Wechselportefeuille der Banken gewährt auch Einblick in die vorherrschenden Konjunkturverhältnisse; allerdings ist hierzu der Vergleich von Bankbilanzen zu verschiedenen Stichtagen erforderlich. Ein Konjunkturauftrieb kann sich nur unter Ausweitung und entsprechender Anpassung des Geld- und Kreditvolumens vollziehen. Diese Situation kommt in der Regel dadurch zum Ausdruck, daß der Liquiditätsbedarf der Wirtschaft zunimmt; es werden also den Banken in vermehrtem Umfang Wechsel zum Diskont angeboten und von dort an die Zentralbank, die letzte Schaltstelle für die Liquidität in der Wirtschaft, übertragen. Damit ist der ausgewiesene Wechselbestand in Verbindung mit den Indossamentsverbindlichkeiten der Banken ein deutlicher Gradmesser für den Geld- und Kreditbedarf der Wirtschaft und gewährt zugleich einen Anhaltspunkt für die Beurteilung des Konjunkturstandes.

Bei den in den Bankbilanzen erscheinenden Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes und der Länder handelt es sich um Papiere, die von den öffentlichen Gebietskörperschaften zur Finanzierung eines kurzfristigen Geldbedarfs begeben wurden. In der Regel ist die Finanzverwaltung unter Beachtung von Höchstgrenzen und Rückzahlungsfristen generell zur Aufnahme ermächtigt. Die Laufzeit der Schatzwechsel erstreckt sich meist über 3 - 6 Monate, wogegen die sog. U - Schätze zum überwiegenden Teil erst nach 6 oder 12 Monaten fällig werden.

In ihrer betriebswirtschaftlichen Bedeutung für den Bankbetrieb sind die Schatzwechsel und die unverzinslichen Schatzanweisungen nicht einheitlich zu beurteilen. Schon die Beantwortung der Frage nach der natürlichen Liquidität gestaltet sich schwieriger als beim Handelswechsel. Will man den Begriff "natürliche Liquidität" nur für Kreditpapiere verwenden, die durch die Art des Grundgeschäftes eine Einlösung erwarten lassen, so muß man wohl diese Bezeichnung für Schatzwechsel als nicht zulässig erachten. Die von den Gebietskörperschaften aufgenommenen Mittel dienen grundsätzlich der Befriedigung kollektiver Bedürfnisse und finden dementsprechend ihre Deckung im Steueraufkommen des betreffenden Hoheitsträgers. Die Art der Verwendung der kreditierten Beträge allein bietet somit keine Gewähr für eine "self-liquidation" der Papiere.

Beim normalen Handelswechsel besteht die ursprüngliche Sicherheit - abgesehen von den rechtlichen Handhaben, die das Papier bietet - darin, daß sowohl auf die persönliche Kreditwürdigkeit des Bezogenen und des Einreichers als auch auf das Grundgeschäft abgestellt wird. Wie erwähnt, besteht bei Schatzwechseln ein Grundgeschäft in diesem Sinne nicht. Dagegen steht jedenfalls unter normalen Verhältnissen die Kreditwürdigkeit des wertpapierrechtlich Verpflichteten außer jedem Zweifel. Sollten sich unter besonderen Verhältnissen dennoch Bedenken gegen die Kreditwürdigkeit des Staates und der Gebietsverbände erheben, so verfügt dieser Schuldner jedenfalls über die Machtmittel, die geeignet sind, derartige Zweifel zu beseitigen.

Die Schatzwechsel und die sog. U-Schätze des Bundes und der Länder können unter Beachtung der von der Zentralbank festgelegten Laufzeitbestimmungen rediskontiert werden. Insofern besitzen somit auch diese Papiere, wie die den einschlägigen Bestimmungen entsprechenden Handelswechsel, eine abgeleitete Liquidität.

Wenn auch die Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen im Vergleich zu den Handelswechseln unterschiedlich zu beurteilen sind, so darf doch die liquiditätspolitische Bedeutung beider Gruppen für die Banken als gleichwertig angesehen werden. Es erscheint jedenfalls mit Rücksicht auf wirtschafts- und staatspolitische Momente undenkbar, daß die Zentralbank Staatspapiere zurückweist und damit das Odium aus einer Liquiditätskrise der Geschäftsbanken auf sich nimmt. Handelswechsel, Schatzwechsel und U-Schätze können somit als unbedingt liquide Mittel angesehen werden.

bb) Wertpapiere, Ausgleichsforderungen und Konsortialbeteiligungen.

Die nach dem Bilanzschema in einer separaten Position zusammengefaßten Wertpapiere im engeren Sinne umfassen Kapitalmarktpapiere verschiedenster Art, die nach ihrer Ausstattung mit festem oder beweglichem Ertrag, nach der Einstufung der Emittenten und nach der Börsengängigkeit unterteilt sind. Es kann vorweggenommen werden, daß die Bedeutung der Wertpapiere für den Bankbetrieb in weit höherem Maße, als dies für die vorausgegangenen Positionen zutrifft, von Rentabilitätsbewertungen bestimmt wird; das ist schließlich auch der Inhalt der vielbesprochenen Problematik, die in der Frage gipfelt, ob diese Wertpapiere als Anlageinstrument geeignet sind. Selbstverständlich hatten die Banken schon von jeher auch die Frage der Liquidierbarkeit entsprechend beachtet. In der neueren Entwicklung der Beziehungen zwischen den Geschäftsbanken und der Zentralbank kam jedoch in Gestalt der Offen-Markt-Politik ein institutionelles Moment hinzu, das dem Wertpapierbestand der Banken einen höheren Liquiditätsstatus verlieh.

Die an erster Stelle ausgewiesenen Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Bundes und der Länder stellen konsolidierte Staatsschulden dar, die wertpapierrechtlich verbrieft, mit Zinsscheinen ausgestattet und entweder auslosbar oder zu einem bestimmten Termin im ganzen rückzahlbar sind. Unter "sonstige verzinsliche Wertpapiere" werden solche Effekten erfaßt, die festverzinslich sind, aber weder vom Bund, noch von den Ländern emittiert wurden. Zum überwiegenden Teil handelt es sich somit um Pfandbriefe der Bodenkreditinstitute sowie um Kommunalobligationen. Die Einordnung in die Position "börsengängige Dividendenwerte" setzt voraus, daß es sich um variable Ertragspapiere handelt, die an einer deutschen Börse notiert werden. Für den Ausweis an dieser Stelle kommen somit vor allem die Aktien der verschiedensten Gattungen in Betracht. In die Sammelposition "sonstige Wertpapiere" sind solche Effekten einzustellen, die im Hinblick auf ihre Art oder Ausstattung nicht in einer der vorausgegangenen Positionen untergebracht werden konnten. Wertpapiere dieser Art sind z. B. nicht-notierte Aktien, bestimmte Modifikationen von Genußrechten etc..

Will man die Wertpapiere unter Zugrundelegung ihrer Eigenschaften und ihrer Ausstattung anhand der bankwirtschaftlichen Grundprobleme untersuchen, so ist zunächst festzustellen, daß ihre Eignung für die Liquidität nicht eindeutig bejaht werden kann. Eine natürliche Liquidität in dem Sinne, wie sie dem Handelswechsel zukommt, ist grundsätzlich nicht gegeben. Bezüglich der Anteilspapiere kann von einem Fälligwerden überhaupt nicht gesprochen werden;

die Forderungspapiere bieten im Hinblick auf ihre meist langfristige Laufzeit aus sich selbst heraus keinen Liquiditätsrückhalt. Die Banken sind allerdings in der Lage, innerhalb der öffentlichen Anleihen und der sonstigen Forderungspapiere eine auf Fälligkeitstermine abgestimmte Mischung zu treffen, doch dürfen diese Möglichkeiten nicht allzu hoch veranschlagt werden.

Mußte die Frage der natürlichen Liquidität grundsätzlich negativ beurteilt werden, so ist zu untersuchen, in welchem Maße von einer abgeleiteten Liquidität gesprochen werden kann. In erster Linie kommt hierfür eine Lombardierung der Effekten durch die Zentralbank in Betracht. Im Rahmen der satzungsmäßigen Beleihungsrichtlinien der Zentralbank kann in der Regel der überwiegende Teil der in den Positionen "Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder" und "sonstige verzinsliche Wertpapiere" enthaltenen Effekten zur Behebung einer kurzfristigen Liquiditätsanspannung eingesetzt werden. Demgegenüber lassen sich auch auf diesem Weg die "börsengängigen Dividendenwerte" und die "sonstigen Wertpapiere" nicht verflüssigen.

Bei der Durchsicht von Bankbilanzen kann meist eine ausgewogene Verteilung der Effekten auf festverzinsliche Forderungswerte und variabel verzinsliche Anteilspapiere festgestellt werden. Der in Erscheinung tretende Summenausweis ist jedoch meist von bilanzoptischen Erwägungen der Bankleitung beeinflusst und darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Portefeuille der börsengängigen Dividendenwerte in der Regel sowohl wert- wie mengenmäßig erheblich umfangreicher ist, als der Bestand an festverzinslichen Effekten. Die Ursache für diese Divergenz ist in den rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten für den Ausweis der Papiere sowie in dem Bestreben der Banken zu suchen, über stille Reserven ein möglichst kräftiges Krisenpolster zu bilden.¹⁾

Wie bereits angedeutet, wurde der Liquiditätsgrad des Wertpapierbestandes der Banken durch die für deutsche Verhältnisse noch junge Offen-Markt-Politik der Zentralbank positiv beeinflusst. Durch dieses Mittel der Währungs- und Konjunkturpolitik, das darauf abzielt, durch An- und Verkauf festverzinslicher Werte, insbesondere von Staatsanleihen, die als Notendeckung dienen können, auf die Flüssigkeit des Geld- und des Kapitalmarktes einzuwirken, wurde neben der traditionellen Lombardierung eine neue Form für die abgeleitete Liquidität geschaffen. In dem Einsatz der Offen-Markt-Politik durch die Zentralbank liegt heute ein ausschlaggebendes Kriterium für den Liquiditätsstatus der Banken begründet. Dabei ist es bemerkenswert, daß durch die Vorschriften

1) Vgl. hierzu auch S. 172 ff.

über die Offen-Markt-Politik und deren Handhabung seitens der Zentralbank ein im Vergleich zu früheren Verhältnissen breiteres Feld für die Anlagebereitschaft der Banken in Staatspapieren geschaffen wurde. In der Erwartung nämlich, daß die Zentralbank erforderlichenfalls über die Offen-Markt-Politik Hilfestellung leistet, zeigen die Banken der Gegenwart auch unter normalen Wirtschaftsverhältnissen größere Neigung für eine Anlage in Anleihen der öffentlichen Hand.

Aus den bisherigen Feststellungen über das Wertpapierportefeuille der Banken ergibt sich eine Zweiteilung dergestalt, daß bestimmte Effekten aufgrund institutioneller Daten als Instrumente der Liquiditätspolitik der Banken eingesetzt werden können, während sich die anderen Wertpapiergruppen hierfür nicht eignen. Tatsächlich unterscheidet die Anlagepolitik der Banken hinsichtlich der Wertpapiere zwischen solchen Effekten, die primär wegen ihrer Verwendbarkeit für die Liquiditätspolitik angeschafft werden und anderen, bei denen das Ertragsmotiv im Vordergrund steht. Die in den Positionen "Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder" und "sonstige verzinsliche Wertpapiere" enthaltenen Effekten lassen sich normalerweise unabhängig von der Konstitution auf dem Kapitalmarkt als Liquiditätsrückhalt verwenden. Die Rentabilitätsfrage ist bei diesen Papieren - von geringfügigen Schwankungen abgesehen - praktisch auf Grund ihrer Ausstattung a priori geklärt. Das Erträgnis kann als stabil und gesichert angesehen werden; außerordentliche Gewinnchancen bestehen jedoch nicht.

Demgegenüber unterhalten die Banken den Bestand an "börsengängigen Dividendenwerten" vor allem wegen der erwarteten Rentabilitätschancen. Der wertmäßige Inhalt dieser Position wird vom jeweiligen Kursgefüge entscheidend bestimmt. Neben dem im Vergleich zu den festverzinslichen Papieren meist höheren regulären Erträgnis profitieren die Banken durch Kurssteigerungen, tragen allerdings auch die Gefahr aus entsprechenden Rückschlägen.

Die Anlagen der Banken in börsengängigen Dividendenwerten zählen in der Regel zum dauerhaften Bestand; Spekulationsmotive sind nur in Ausnahmefällen anzunehmen. Die Eigenart des Bankbetriebes erfordert jedoch auch bei diesen Anschaffungen eine Auswahl nach liquiditätspolitischen Gesichtspunkten. Das Kriterium für die Liquidität der Banken ergibt sich bei den börsengängigen Dividendenwerten aus dem Grad ihrer Verwertungsmöglichkeit am organisierten oder freien Markt. Wenn somit zwar einerseits für diese Effekten weder eine natürliche, noch eine abgeleitete Liquidität angenommen werden kann, so bedeutet das andererseits nicht, daß die Papiere in ihrer Eignung als Liquiditätsrückhalt unbedingt negativ zu beurteilen sind. Die sog. künstliche Liquidi-

tät, d. h., die Verflüssigung der Effekten durch Verkauf, kann im Gegenteil bei entsprechender Marktkonstellation wesentlich höher zu veranschlagen sein, als die für festverzinsliche Werte erzielbare abgeleitete Liquidität. Dessen ungeachtet bleibt die Tatsache bestehen, daß die in der Position "börsengängige Dividendenwerte" angelegten Mittel der Banken in besonders hohem Maß von externen Bestimmungsfaktoren beeinflußt werden. Für die einzelne Bank können diese Effekten als unbedingt liquide Mittel angesprochen werden, sofern die Papiere einen großen Markt haben und keine Tendenzen für einen kumulativen Verkauf bestehen. Nach den Gesetzen des Marktes führt ein massierter Verkaufsdruck zu Kursrückschlägen, die dann einer Verwertung der Papiere entgegenstehen. Aus der bedingten Liquidität kann somit, ohne daß die einzelne Bank die Vorgänge maßgeblich beeinflussen könnte, Illiquidität werden.

Das Wertproblem der börsengängigen Dividendenwerte liegt in der Entwicklung der Kurse begründet. Solange sich die Effekten im Portefeuille der Banken befinden, werden sie von den marktmäßigen Kursschwankungen wenig oder überhaupt nicht berührt. Dies um so mehr, als Kursgewinne und Kurseinbußen normalerweise in kurzfristigen Perioden wechseln, wogegen die Papiere von den Banken meist für den dauerhaften Bestand angelegt sind. Inwieweit der ausgewiesene Bestand an Dividendenwerten von Kurseinbrüchen betroffen wird, ist von dem Umfang der in dieser Position gelegten stillen Reserven abhängig. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Banken in Zeiten der Prosperität ihre Chancen nutzen und sich durch rechtzeitige Anschaffung sowie durch kontinuierliche Anlagepolitik ein solides Krisenpolster schaffen. Ist dann einmal eine Verwertung erforderlich, so müssen im Hinblick auf die vorhandenen stillen Reserven eventuelle Kurseinbußen nicht zwangsläufig bilanziell in Erscheinung treten. Für einen im Rahmen des Konjunkturaufstiegs frühzeitig angelegten Bestand an Dividendenwerten wachsen die stillen Reserven in den guten Börsenjahren; bei rückläufiger Kursentwicklung nehmen die stillen Reserven ab, jedoch tritt von diesen Vorgängen nach außen hin, also über die Bilanz, nichts in Erscheinung.

Faßt man zusammen, so liegt die Problematik der Wertpapiere insbesondere in der Frage ihrer Eignung als Liquiditätsrückhalt begründet. Die Liquidierbarkeit der Wertpapiere ist abhängig von ihrer Übertragbarkeit (shiftability); das bedeutet vor allem Marktgängigkeit im weitesten Sinne und setzt einen hohen Stand der Kapitalbildung in der Volkswirtschaft voraus. Neben dieser künstlichen Liquidität wird die Liquidierbarkeit der Wertpapiere von der Unterbringungsmöglichkeit bei der Zentralbank bestimmt.

In zweiter Linie, deswegen aber nicht von geringerer grundsätzlicher Bedeutung als die Liquiditätsfrage, ist die Sicherheit der Wertpapieranlage zu berücksichtigen. Das Sicherheitsproblem liegt bei den Wertpapieren insbesondere in der Entwicklung der Kurse begründet, wobei davon auszugehen ist, daß Wertpapierkäufe und -verkäufe von einer bestimmten Größe an die Kurs- und Zinsbildung auf dem Kapitalmarkt berühren können. Die Risiken sind für die einzelnen Gattungen von Wertpapieren unterschiedlich zu beurteilen, da Rentenwerte auf Grund ihrer Ausstattung erfahrungsgemäß eine größere Stabilität aufweisen als Dividendenwerte.

Wenn zwar die größere Bedeutung der Wertpapiere als Anlageinstrument für deutsche Verhältnisse noch jung ist und man auch heute noch, wenn man das Wechselgeschäft gegenüberstellt, von gewissen traditionellen Hemmungen der Bankwirtschaft sprechen kann, so bestehen doch in betriebspolitischer Hinsicht bemerkenswerte Möglichkeiten. Die Wertpapieranlage bietet jedenfalls im Vergleich zum Wechselankauf und zur Kreditausreichung den Vorteil der unabhängigen Auswahl. Die Banken brauchen nicht auf den Kunden und das angebotene Material zu warten, sondern haben beim Ankauf von Wertpapieren die Möglichkeit, von Außenstehenden unbeeinflußt zu wählen.

Unter Zugrundelegung dieser betriebspolitischen Erwägungen ist ein subsidiäres Austauschverhältnis zwischen Krediten und Wertpapieranlagen der Banken festzustellen.¹⁾ Die Frage, ob das Schwergewicht der Anlagepolitik auf die Wertpapiere verlegt werden soll, ist dann akut, wenn die für erforderlich angesehenen Sekundärreserven, die geringere Erträge erbringen, als das Kreditgeschäft und die Wertpapieranlage, vorhanden sind und wenn neue Kredite nur nach Zinszugeständnissen gewährt werden können, die den Ertrag aus den Krediten unter den Ertrag aus festverzinslichen Wertpapieren von mindestens gleicher Sicherheit drücken.

Aus einer mehr übergeordneten Sicht der Dinge ist festzustellen, daß die Wertpapieranlage der Banken in das Zinsgefüge des Kreditgeschäfts, des Geldmarktes und des Kapitalmarktes ein gewisses Elastizitätsmoment bringt. In dieser stabilisierenden Funktion wirkt die Wertpapieranlage isolierten und extremen Zinsveränderungen entgegen. Ungeachtet dieser erstrebenswerten Momente bleibt die Forderung aufrecht erhalten, daß die Wertpapieranlage für die einzelne Bank nicht zu einem hinderlichen "Bleigewicht" werden darf; dies be-

1) Vgl. Thomas K., Ausleihungen, Diskontierungen und Wertpapieranlagen der Kreditbanken, Berlin 1956, S. 39 ff.

trifft vor allem die erwähnten liquiditäts- und sicherungspolitischen Probleme.

Der jeweilige Anteil der Wertpapiere im Rahmen des Anlagenkatalogs der Banken wird durch die nachfolgenden Relationen veranschaulicht; es ist jedoch dabei zu beachten, daß in der Regel ein erheblicher Bestand auf Grund der gebildeten stillen Reserven in den Bilanzen nicht in Erscheinung tritt.

Wertpapiere in v. H. der Bilanzsumme ¹⁾

Jahr	1913	1929	1934	1939	1951	1957
Quote	4 %	3 %	9 %	8 %	2 %	8 %

Wertpapiere in v. H. der Einlagen ¹⁾

(Sichteinlagen, befristete Einlagen und Spareinlagen zusammengefaßt)

Jahr	1913	1929	1934	1939	1951	1957
Quote	13 %	6 %	15 %	12 %	3 %	8 %

In diesem Zusammenhang erscheint es noch interessant zu erwähnen, daß zwar einerseits durch die Offen-Markt-Politik ein breiteres Arbeitsfeld für eine abgeleitete Liquidität von Seiten der Zentralbank geschaffen und damit für die Wertpapiere eine größere Aufnahmebereitschaft bei den Banken erreicht wurde, andererseits aber der Einflußbereich der Zentralbank eine Erweiterung erfahren hat. Damit wurde entsprechend der Konstruktion des Zentralbankwesens zugleich für den Staat ein neuer Weg geebnet, auf dem er die Instrumente seiner Wirtschaftspolitik an die Bankwirtschaft herantragen kann.

Bezüglich der Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand kann von einer natürlichen Liquidität nur mit erheblichen Einschränkungen gesprochen werden. Die Allgemeinen Ausgleichsforderungen (§ 11 UG), die bei den Banken nach wie vor den weitaus überwiegenden Anteil an den gesamten Ausgleichsforderungen repräsentieren, werden auf Grund des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. Juni 1956 ²⁾ rückwirkend ab 1.1.1956

1) Errechnet aus dem Zahlenmaterial der Statistischen Jahrbücher für das Deutsche Reich bzw. der Statistischen Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland (Fundstellen und Erläuterung s. S. 63, Fußnote 2)

2) BGBl I, S. 507

von den Schuldnern mit 1 % jährlich zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen getilgt. Außerdem wurde auf Grund des Tilgungs-gesetzes bei der seinerzeitigen Bank deutscher Länder, jetzt Deutsche Bundesbank ein Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen gebildet. In diesen Fonds fließen aus dem Reingewinn der Zentralbank bis zum Jahre 1979 40 Mill. DM jährlich, vom Jahre 1980 an 30 Mill. DM jährlich bis zu seiner Auflösung. Aus den Mitteln des Fonds werden in erster Linie Ausgleichsfor-derungen angekauft, deren endgültige Übernahme geboten erscheint, um den Gläubigerinstituten die Erfüllung fälliger Verbindlichkeiten zu ermöglichen. In zweiter Linie werden aus den Mitteln des Fonds Ausgleichsforderungen von Instituten angekauft, bei denen die Ausgleichsforderungen einen verhältnis-mäßig hohen Anteil an der Bilanzsumme haben. Soweit hiernach weitere Mit-tel verfügbar sind, sollen die Ausgleichsforderungen linear angekauft werden.

Die Bedeutung der Ausgleichsforderungen für die Liquiditätspolitik der Banken gründet sich nicht auf die natürliche Liquidität, sondern auf die abgeleitete Liquidität. Der staatliche Schuldner war sich darüber bewußt, daß die auf Grund der Ausgleichsforderungen bestehenden Ansprüche als potentieller Liqui-ditätsrückhalt mobilisierbar gemacht werden mußten. Dieses Erfordernis war insbesondere in den Jahren unmittelbar nach der Währungsreform von 1948 akut, in einer Zeit also, in der die Ausgleichsforderungen bei allen Banken einen prozentual hohen Anteil am Bilanzvolumen beanspruchten. Nach § 11 Abs. 3 des Umstellungsgesetzes sind die Landeszentralbanken berechtigt, Aus-gleichsforderungen eines Geldinstituts ihres Bezirks, soweit dies zur Aufrecht-erhaltung der Zahlungsbereitschaft des Geldinstituts erforderlich ist, zu belei-hen oder anzukaufen.¹⁾ Der Erwerb und die Veräußerung dürfen nur zum Nennwert vollzogen werden, so daß keine Buchverluste entstehen können. Die Landeszentralbank kann von dem betreffenden Geldinstitut den Rückerwerb der Ausgleichsforderungen verlangen, wenn der Grund für den Ankauf nachträglich entfällt, d. h. insbesondere, wenn sich die Liquidität des Geldinstituts wieder gebessert hat. Mit diesen gesetzlichen Möglichkeiten wurde somit für die Aus-gleichsforderungen eine abgeleitete Liquidität, die allerdings vom Nachweis des Bedarfs abhängig ist, institutionell gesichert.

Neben der natürlichen und der abgeleiteten Liquidität besteht für die Ausgleichs-forderungen noch eine künstliche Liquidität, die sich dadurch ergibt, daß eine Verfügung zum Nennwert über die eingetragenen Schuldbuchforderungen zwi-

1) Siehe auch § 24/1 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank

schen Geldinstituten, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen zulässig ist.¹⁾ Im Hinblick auf die Ausstattung (Rendite, Tilgungsbestimmungen etc.) ist allerdings die Bedeutung der künstlichen Liquidität für Ausgleichsforderungen - von einzelnen Ausnahmen abgesehen - sehr gering. Liquidierungsmöglichkeiten ergeben sich für eine Bank unter Umständen dadurch, daß die Ausgleichsforderungen bei den Hypothekenbanken als Ersatzdeckung verwendet werden können.

Die Frage der Rentabilität bedarf bezüglich der Ausgleichsforderungen keiner besonderen Erwähnung. Es ist ein vielbesprochenes Problem, daß die zum überwiegenden Teil mit nur 3 % verzinslichen Ausgleichsforderungen nicht marktgerecht ausgestattet sind und damit nach wie vor für die Banken eine erhebliche Belastung darstellen.

Die letzte Gruppe der in diesem Zusammenhang interessierenden Geld- und Kapitalmarktpapiere der Banken erscheint in den Bilanzen als Konsortialbeteiligungen. Es handelt sich dabei um noch nicht verkaufte Restbestände aus Wertpapieremissionen, an denen die betreffende Bank im Rahmen eines Konsortiums beteiligt ist. Die Eignung dieser Papiere für die Liquiditätsdisposition der Institute muß grundsätzlich negativ beurteilt werden. Eine natürliche Liquidität ist, wie das für die Wertpapiere ganz allgemein gilt, nicht festzustellen. Soweit es sich bei den Konsortialpapieren um Aktien handelt, kommt schon allein auf Grund der institutionellen Vorschriften eine abgeleitete Liquidität nicht in Betracht. Aber auch für festverzinsliche Werte läßt sich bei der Zentralbank grundsätzlich kein Liquiditätsrückhalt finden, da die Papiere - ganz allgemein gesprochen - entsprechend ihrer Marktgängigkeit und Verwertungsmöglichkeit beliehen werden. Die Konsortialbestände, auf denen die Banken "sitzen blieben", sind aber nicht placierbar, sonst würden sie nicht mehr als Aktiva in den Bilanzen erscheinen. Mit diesen Bemerkungen wurde gleichzeitig die Frage der künstlichen Liquidität der Konsortialbeteiligungen beantwortet. Soweit es sich bei den ausgewiesenen Beträgen nicht um Emissionsaktionen handelt, bei denen sich die Zeichnungsfrist zufällig über den Bilanzstichtag hinzog, ist die Möglichkeit einer Verflüssigung durch Verkauf äußerst zurückhaltend zu beurteilen. Erfahrungsgemäß vergehen bei Emissionen, die nicht schon während der Einführung glatte Aufnahme fanden, sehr häufig Jahre, bis nach dem restlosen Verkauf die Konsortialendabrechnung erstellt werden kann.

1) Siehe § 11 UG, § 11 2. DVO/UG, § 11 23. DVO/UG, § 3/4 33. DVO/UG

Die Frage der Rentabilität der Konsortialbeteiligungen kann nur nach Kenntnis der individuellen Verhältnisse, d. h. nicht von einem Außenstehenden beurteilt werden. Grundsätzlich zählen die Emissionen zu den ertragreichsten Effktengeschäften, wobei sich für die Banken der wesentliche Gewinn aus der Spanne zwischen Emissions- und Übernahmekurs ergibt.

Können die Konsortialbeteiligungen längere Zeit nicht abgestoßen werden, so geht dies möglicherweise auch zu Lasten der Rentabilität, da die Mittel der Banken gebunden sind und das Erträgnis bei einem späteren Verkauf prozentual auf die Dauer der Bestandsführung umzurechnen ist.

b) Das Wertpapierportefeuille als Ausdruck der staatlichen Wirtschaftspolitik.

Nach diesen Betrachtungen der auf der Aktivseite der Bankbilanzen erscheinenden Geld- und Kapitalmarktpapiere und ihrer Bedeutung für die bankwirtschaftlichen Grundprobleme sind einige Bemerkungen über volkswirtschaftliche Zusammenhänge anzufügen, die in den Zahlenwerken der Banken zum Ausdruck kommen. Dabei ist an erster Stelle der Einfluß des größten Kreditnehmers der Volkswirtschaft, nämlich des Staates zu erwähnen, weil seine Finanzpolitik in den letzten Jahrzehnten innerhalb des Anlagekatalogs der Banken die bedeutendsten Probleme aufgeworfen hat.

Für die hier untersuchten allgemeinen Kreditbanken war die Bankfreiheit, d. h. die Unabhängigkeit vom Staat, stets dem Grundsatz nach gewährleistet. Dennoch ungeachtet sind die Bemühungen des Staates um eine Einordnung der Banken in den Rahmen der jeweils verfolgten Wirtschaftspolitik bestimmt so alt, wie das Gewerbe selbst. Wenn auch im westdeutschen Raum die von sozialistischen Kreisen ausgehenden Bestrebungen nach einer Verstaatlichung der Banken bisher nicht durchdrangen, so konnte man doch die Erfahrung machen, daß in Zeiten des betonten nationalstaatlichen Denkens und der damit in der Regel vorherrschenden wirtschaftlichen Autarkiepolitik der Grundsatz der Bankfreiheit weitgehend unterhöhlt wird. Es wäre an dieser Stelle müßig, Überlegungen darüber anzustellen, inwieweit eine Dienstbarmachung der Banken für die Ziele der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik gutgeheißen werden kann, da objektive Ergebnisse auf Grund der jeweils unterschiedlichen subjektiven Sicht der Dinge nicht gewonnen werden können.

Im Zeitalter der Technisierung und der Konzentration der Produktionsfaktoren sind dem Staat als Träger der Wirtschaftsverfassung neue Aufgaben erwachsen. Angefangen von der Idee des Schutzes der heimischen Wirtschaft durch Zölle, der Ausdehnung des Sozialwesens, der Befriedigung kollektiver Bedürfnisse auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage bis zur Subventionierung auf dem Inlands- und Auslandsmarkt, der Branchensanierung aus Etatmitteln usw. ist eine Fülle neuer Probleme aufgetreten, die in ihrer monetären Auswirkung die unlösbare Verknüpfung zwischen der Geld- und Kreditpolitik des Bankensystems einerseits und der staatlichen Finanzpolitik andererseits, wie sie heute bekannt ist, geschaffen haben. Abgesehen von diesen und ähnlichen Maßnahmen des Staates, die man gewissermaßen schon zum regulären wirtschaftspolitischen Repertoire zählen möchte, gilt heute auch die aktive Einschaltung des Staates in die Konjunkturpolitik als eine mehr oder weniger selbstverständliche Forderung, die von den Interessenvertretungen der Wirtschaft immer wieder erhoben wird. An erster Stelle steht dabei das Verlangen, daß der Staat in Zeiten der Depression wirtschaftliche Initiative entfalten soll. Ungeachtet der Tatsache, daß bei depressiver Konjunkturentwicklung die ordentlichen Einnahmen des Staates erheblich zusammenschrumpfen, zielen die Bestrebungen der Wirtschaft ganz bewußt auf eine Defizitfinanzierung ab. Dieses im angelsächsischen Bereich entwickelte und als "deficit spending" bezeichnete Einschreiten des Staates bedeutet eine Finanzierung öffentlicher Investitionen und/oder eine Subventionierung des Konsums durch Vorgriff des Staates auf künftige Haushaltsmittel. In dieser Form ist die Defizitfinanzierung ein wesentliches Instrument der Vollbeschäftigungspolitik, da eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erreicht werden kann. Die Wirtschaftstheorie geht davon aus, daß durch eine Defizitfinanzierung des Staates keine Inflationsgefahr entsteht, da die durch die zusätzlichen Geldmengen hervorgerufene Erweiterung der Nachfrage in einer unterbeschäftigten Wirtschaft ohne marktwirksame Kosten- und Preisbewegungen befriedigt werden kann. Das Gleichgewicht des Staats- etats würde sich bei idealtypischem Verlauf der Defizitfinanzierung nach erfolgter Wiederbelebung der Wirtschaft aus den dann anwachsenden ordentlichen Einnahmen späterer Perioden ergeben.

Im Rahmen der Konjunkturzyklen trat immer wieder die Situation auf, daß der aus privaten Quellen stammende Geldkapitalstrom erlahmte mit der Folge, daß die Ausgaben für Privatinvestitionen zurückgingen. ¹⁾ Zwangsläufig ergibt sich daraus eine Verminderung des Beschäftigungsgrades, was gleichzeitig ei-

¹⁾ Vgl. Halm George N., a. a. O., S. 341 ff.

ne Senkung der Ausgaben für den Privatverbrauch zur Folge hat. In Anbetracht der mit diesen Vorgängen verbundenen Deflationstendenzen ist das private Kapital nicht zum Einsatz bereit. Die der Zentralbank für ihre Geld- und Kreditpolitik zur Verfügung stehenden Instrumente reichen dann meist nicht mehr aus, um die volkswirtschaftlich wirksame Geldmenge und die Gesamtausgaben der Wirtschaft auf den Stand zu bringen, der die Vollbeschäftigung gewährleistet. In dieser Situation erwartet man staatliche Hilfe dergestalt, daß die Fiskalpolitik im Wege der Geld- und Kreditschöpfung zusätzliche - über den ausgeglichenen Etat hinausgehende - Staatsausgaben ermöglicht, die den Geldumlauf erhöhen. Der praktische Vollzug dieser wirtschaftspolitischen Forderungen geschieht in der Regel durch Ausgabe von Schatzwechseln oder Schatzanleihen, wobei allerdings für den Erfolg dieser Maßnahmen vorausgesetzt werden muß, daß die kreditierten Mittel aus einer ad hoc geschaffenen Kaufkraft fließen. Soweit die Banken dem Staat gegen die Schatzwechsel bzw. Schatzanleihen Kredit gewähren, monetisieren sie die erworbenen Aktiva und erzeugen damit ein erhöhtes Geldvolumen. Für das reibungslose Funktionieren der Defizitfinanzierung ist die Bereitschaft der Zentralbank zur Rediskontierung bzw. Lombardierung der Staatspapiere erforderlich, um eventuellen Liquiditätsanspannungen, die sich bei den Banken aus der Erhöhung des volkswirtschaftlich wirksamen Geldvolumens ergeben, begegnen zu können. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch der Offen-Markt-Politik der Zentralbank zu. Alle Instanzen des Geld- und Kreditsystems müssen also in gleicher Richtung arbeiten, um das erhöhte Geldvolumen ohne Friktionen zur Wirkung zu bringen.

Grundsätzlich ist es im Zeitpunkt der Hereinnahme von Staatspapieren ziemlich gleichgültig, ob die Mittel von den Banken durch Übernahme kurzfristiger oder langfristiger Papiere zur Verfügung gestellt werden, denn im Zusammenhang mit der Hereinnahme von langfristigen Papieren kann es ebenso zur Geld- und Kreditschöpfung kommen, wie bei der Hereinnahme von kurzfristigen Titeln. Umgekehrt können auch Gelder, die bei den Banken verfügbar werden, mit kurzfristigen Wertpapieren ebenso wie mit langfristigen abgeschöpft werden. Für den Verlauf dieser Vorgänge ist, wie bereits erwähnt, die von der Zentralbank ausgehende Politik der Geldmengenbegrenzung ausschlaggebend. Letzten Endes entscheidet der Einsatz von Instrumenten der Geld- und Kreditpolitik der Zentralbank darüber, ob die Wertpapieranlage der Banken einen solchen Umfang annehmen kann, daß ein falsches Bild von der Kapitalbildung in der Volkswirtschaft entsteht und eine inflatorische Erweiterung des wirksamen Geldvolumens eintritt.

Neben der Defizitfinanzierung wurden für den Wertpapierbestand der Banken

die finanzpolitischen Maßnahmen bedeutsam, die der Staat im Zuge der Kriegsfinanzierung ergriff. Die sogenannte "geräuschlose Kriegsfinanzierung" bestand zum Teil darin, daß die Banken Staatsanleihen kaufen mußten. Durch die Emissionskontrolle schaltete der Staat die Konkurrenz privater Wertpapiere am Kapitalmarkt aus, so daß die Banken in ihrer Anlagepolitik schon von sich aus auf die Staatspapiere gelenkt wurden. Die Verzinsung der für diesen Zweck eingesetzten Schatzanleihen lag stets auf niederem Niveau, um die Schuldenlast für den Staat möglichst gering zu halten. Auch die Geld- und Kreditpolitik der Zentralbank mußte auf die Befriedung des staatlichen Finanzbedarfs ausgerichtet werden. In dieser Situation ist es stets erforderlich, daß ein Ersatz für die selektive Wirkung des Zinses gefunden wird, der bei der vorherrschenden Geld- und Kreditpolitik das Ausmaß der Geldversorgung der Volkswirtschaft nicht mehr bestimmen kann. Um inflationistische Tendenzen weitmöglichst auszuschalten, müssen andere Kreditwerber davon abgehalten werden, sich ebenfalls an den reichlich und billig fließenden Geldstrom, den sich der Staat auf Grund seiner dominierenden Stellung eröffnet hat, anzuschließen. Diese Abwehrmaßnahmen setzen sich aus den verschiedensten Formen quantitativer und qualitativer Kreditkontrolle zusammen.

In Zeiten hoher Staatsverschuldung erscheinen die Bankbilanzen auf den ersten Blick ungewöhnlich liquid. Den diesbezüglichen Überlegungen liegt die Tatsache zugrunde, daß die Staatspapiere in höchstem Maße für eine abgeleitete Liquidität eingesetzt werden können. Eine nähere Betrachtung der Verhältnisse kann jedoch nicht daran vorbeigehen, daß die natürliche Liquidität solcher Wertpapiere sehr fragwürdig erscheint. Das gilt vor allem für solche Staatsanleihen und Schatzwechsel, deren Gegenwert einer Kriegsfinanzierung oder anderen wirtschaftlich unproduktiven Zwecken dient. In Deutschland vollzogen sich derartige Finanzaktionen des Staates mit Rücksicht auf gewisse traditionelle Gegebenheiten vorwiegend über formell kurzfristige Papiere, wobei von vorneherein die Notwendigkeit von Prolongationen außer Zweifel stand. Mit dieser Geldpolitik kamen hinsichtlich der Liquidität zwei neue Begriffe in die bilanzkritische Diskussion. Man unterschied nunmehr zwischen echter und unechter Liquidität. Was unter echter Liquidität verstanden wird, deckt sich in materieller Hinsicht weitgehend mit dem Begriff der primären Liquidität und berücksichtigt somit den Kassenbestand, die Zentralbank- und Postscheckguthaben. Mit der Bezeichnung "unechte Liquidität" werden insbesondere die Werte der sekundären Liquidität, also die zentralbankfähigen Wechsel und die lombardfähigen Wertpapiere angesprochen. Gleichzeitig wird jedoch ein Werturteil des Inhalts gefällt, daß derartige Bestände nur unter gewissen Vorbehalten als

für den Liquiditätsrückhalt geeignet zu betrachten sind.

Das Fazit der vorangegangenen Bemerkungen ist darin zu sehen, daß eine hohe Staatsschuld zwar scheinbar liquide Bankbilanzen schafft, in sich aber die Gefahr einer Liquiditätsschwemme trägt. "Eine wachsende öffentliche Schuld erschwert es der Geldpolitik, Änderungen der Zinssätze vorzunehmen, da Zinsänderungen Schwankungen der Wertpapierkurse bedingen und die Wirtschaft empfindlich auf diese Schwankungen reagiert. In dieser indirekten geldpolitischen Auswirkung liegt in der Gegenwart die wesentliche Gefahr der Staatsverschuldung." ¹⁾

Bankbilanzen, die in ihrer Anlagestruktur von Staatspapieren bestimmt werden, sind alles andere als ein Spiegelbild für gesunde Wirtschaftsverhältnisse. Gerade die deutsche Bankgeschichte ist reich an Erfahrungen darüber, wie eine Flut von Staatspapieren zur Aufblähung der Bilanzen und damit zur Vernichtung des Geldwertes führt. Nehmen somit die aus den Bankbilanzen ersichtlichen Staatsschulden im Vergleich zu den übrigen Anlagen unverhältnismäßig zu, so ist auch für den Außenstehenden leicht erkennbar, wohin die Reise führt.

IV. Die stillen Reserven - Zentralpunkt der Betriebspolitik

Mit diesem Abschnitt ist gewissermaßen ergänzend zurückzukommen auf das Thema "Eigenkapital der Banken", da davon auszugehen ist, daß die in den Bankbilanzen ruhenden stillen Reserven als Zusatzkapital zu betrachten sind. Die separate Behandlung ist erforderlich, da die stillen Reserven im Gegensatz zum Nominalkapital und zu den offenen Rücklagen fortwährend einen Zentralpunkt der Betriebspolitik bilden und sich somit in bezug auf die Aussagefähigkeit der Bilanz besondere Perspektiven ergeben. Dabei können die mit der Besteuerung der Banken im Zusammenhang stehenden Fragen in diesem Rahmen außer Betracht gelassen werden, da die wirtschaftliche Bedeutung der stillen Reserven bereits gegeben war, bevor die Steuerprobleme das heute bekannte Gewicht erhielten.

Hinsichtlich der rechtlichen Probleme ist zu bemerken, daß das AktG die Bildung stiller Reserven grundsätzlich zuläßt, bzw. sogar fordert. Dementsprechend

¹⁾ Halm George N., a. a. O., S. 355

unterscheidet die Literatur zwischen erzwungenen und gewillkürten stillen Reserven. ¹⁾ Von reiner Willkür kann bezüglich der stillen Reserven allerdings nicht gesprochen werden, da die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung als nicht zu überschreitendes Limit wirken. ²⁾ Die tragenden Gedanken der Bewertungsvorschriften des Gesetzgebers sind u. a. darauf abgestellt, eine zu günstige Darstellung der Vermögenslage zu unterbinden. Die einschlägigen Normen dienen vor allem den Interessen des Gläubigerschutzes, sollen aber zugleich auch den bilanzierenden Betrieb selbst vor falschen Entscheidungen bewahren. Die Bilanzwerte sind deshalb so zu wählen, daß sie bei normaler fortgesetzter Betriebstätigkeit realisiert werden können. Der Verwirklichung dieses Grundsatzes dienen die in den wissenschaftlichen Bilanztheorien herausgearbeiteten Bewertungsprinzipien, von denen in diesem Zusammenhang vor allem das Realisationsprinzip und das Niederstwertprinzip zu erwähnen sind. Während das Realisationsprinzip nur den Ausweis tatsächlich erzielter Veräußerungsgewinne zuläßt, schreibt das Niederstwertprinzip vor, daß von mehreren möglichen Wertansätzen jeweils der niedrigste zu wählen ist. Das Niederstwertprinzip wurde vom AktG für die Darstellung des Umlaufvermögens übernommen.

Für die erwähnten erzwungenen stillen Reserven bietet speziell das in den Bilanzen ausgewiesene Umlaufvermögen reichhaltige Beispiele. Gemäß dieser Vorschrift sind die Anschaffungen des Umlaufvermögens höchstens mit dem Anschaffungspreis, jedoch nicht über dem eventuell niedrigeren Börsen- oder Marktpreis am Bilanzstichtag anzusetzen. Eine Bewertung unter diesen Grenzwerten ist gestattet. Anschaffungskosten bzw. Börsen- oder Marktpreis stellen jedoch einen zulässigen Höchstwert insofern dar, als die aus einer Steigerung der Preise über den Anschaffungspreis bzw. Börsen- oder Marktpreis hinaus an sich errechenbaren Buchgewinne nicht über die Bilanz zum Ausdruck kommen dürfen.

Die gewillkürten stillen Reserven sind demgegenüber dadurch gekennzeichnet, daß ihre Bildung vom Gesetzgeber nicht vorgeschrieben wird. Andererseits stehen sie aber auch nicht im Widerspruch zu den rechtlichen Vorschriften, sofern die erwähnten Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung beachtet werden.

Im Gegensatz zu den offenen Rücklagen können die stillen Reserven grundsätzlich sowohl auf der Aktiv- wie auf der Passivseite untergebracht werden. In der

¹⁾ Vgl. Birck H., a. a. O., S. 231

²⁾ Vgl. auch S. 44 ff.

Bankbilanz sind stille Reserven gebräuchlich in den Positionen Wertpapiere, Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung. Stille Reserven können ferner in den Wertberichtigungsposten auf Debitoren liegen, die meist nicht indirekt auf der Passivseite ausgewiesen, sondern direkt vom Aktivbestand abgesetzt werden. Dazu zählen auch die obligatorischen Pauschalwertberichtigungen, die seitens des Gesetzgebers zur Absicherung latenter Risiken vorgesehen und unbeschadet einer Einzelberichtigung - jedoch nicht für die gleiche Forderung - anzusetzen sind.¹⁾

Auf der Passivseite der Bilanz sind die Möglichkeiten zur Bildung stiller Reserven verhältnismäßig gering. Eine Höherbewertung echter Verbindlichkeiten ist im Interesse der Bilanzwahrheit nicht zulässig. Deshalb sind stille Reserven auf der Passivseite praktisch nur in den Positionen "Rückstellungen" und "Wertberichtigungen" - soweit sie nicht schon bei anderen Positionen berücksichtigt wurden, denkbar. Vorübergehend können im Bankbetrieb stille Reserven ferner noch dadurch entstehen, daß Währungsschulden mit einem alten Kurs angesetzt werden, obwohl dieser inzwischen gefallen ist.

Die Bildung und die Auflösung stiller Reserven ist ausschließlich eine Frage der Bewertung und des entsprechenden Ansatzes der in Betracht kommenden Aktiv- bzw. Passivpositionen. Das Ausmaß der in den Bankbilanzen ruhenden stillen Reserven ist jedoch nicht allein von den betriebspolitischen Entscheidungen der Geschäftsleitung abhängig. Vorgänge externer Natur, wie Schwankungen der Markt- und Börsenpreise, Veränderungen im finanziellen standing der Kundschaft etc., auf die also die Banken nur sehr geringen oder überhaupt keinen Einfluß ausüben können, bestimmen in sehr ausschlaggebender Form den Umfang der stillen Reserven. Die Bewertung für die Bilanz erfolgt stets von Seiten der Bank; die Wertgebung für die einzelnen Positionen aber - das betrifft in besonderem Maße die erzwungenen stillen Reserven - wird zum überwiegenden Teil außerhalb der Bank vollzogen.

Die gewillkürten stillen Reserven ergeben sich in meist sehr beachtlichem Umfang im Wege der Abschreibung und der Wertberichtigung. Deutliche Beispiele hierfür sind der Ausweis eines Merkpostens für die Betriebs- und Geschäftsausstattung oder sogar auch für die Gebäude und der um die Wertberichtigungen verkürzte Ansatz der Debitoren. Diese Maßnahmen sind insofern erfolgswirk-

1) S. Verwaltungsanordnung der Bundesregierung über die steuerliche Anerkennung von Sammelwertberichtigungen bei Kreditinstituten vom 25. Juni 1953 in der Fassung der Verwaltungsanordnung vom 28. August 1954

sam, als sie unter Verkürzung der Aktivseite eine Verkürzung der Passivseite über einen verminderten Gewinnausweis bewirken. Desgleichen führt eine künstliche Verlängerung der auf der Passivseite erscheinenden Schuldspositionen bei gleichbleibender Bilanzsumme zu einer Verkürzung des Gewinnes.

Aus der Tatsache, daß die Bemessung der gewillkürten stillen Reserven eine Erfolgsregulierung darstellt, ergibt sich zugleich eine Grenze für die Möglichkeit, solches Zusatzkapital zu bilden. Diese Grenze liegt mehr im Bereich der wirtschaftlichen Imponderabilien und wird dadurch festgelegt, daß jede Bank bestrebt ist, einen Gewinn auszuweisen, der von Außenstehenden bei vergleichsweiser Bemessung gegenüber anderen Banken ähnlichen Volumens erwartet wird. In der Praxis verzichten somit die Banken zum Teil auf eine an sich mögliche innere Stärkung, um mit ihren Erfolgsrelationen nicht hinter vergleichbaren Instituten zurückzubleiben. Eine Bank, die sich diese Erwägungen nicht zu eigen macht, erreicht zwar über eine rigorose Kürzung des ausgewiesenen Gewinnes beachtliche stille Reserven, läuft jedoch Gefahr, daß sie von der Kundschaft ausschließlich nach dem veröffentlichten Bilanzbild eingeschätzt wird. Eine daraus entstehende Beunruhigung der Einleger würde den Vorteil, der sich aus einer übernormalen inneren Stärkung ergab, ins Gegenteil umkehren.

Wenn einerseits darauf hingewiesen werden mußte, daß die stillen Reserven der Banken fortwährenden Schwankungen unterliegen, die von außen her bestimmt werden und andererseits eine enge Bezogenheit zwischen dem Ausmaß der stillen Reserven und dem Erfolg vorliegt, so erscheint es verständlich, daß die Institute bemüht sind, eventuelle negative Wirkungsfaktoren, die also das Volumen an stillen Reserven vermindern, hinsichtlich des zu veröffentlichenden Gewinnes möglichst zu neutralisieren. Zu diesem Zweck haben die Banken in der Erfolgsberechnung eine Trennung nach gewissen Geschäftssparten vollzogen, die man schon fast als "deutsches System" bezeichnen möchte. Die Unterscheidung bezieht sich auf die sog. regulären Geschäfte, wie Geldmarkt-, Wechsel- und Kreditgeschäfte, denen die sog. irregulären Geschäfte, wie Wertpapier-, Konsortial- und Beteiligungsgeschäfte gegenüber stehen. Das Prinzip der Banken ist darauf gerichtet, daß die gesamten Kosten des Bankbetriebes, die Steuern, die Abschreibungen etc. und der ausgewiesene Reingewinn von den Erträgen der regulären Geschäfte getragen werden. Dementsprechend kann der Erfolg der irregulären Geschäfte, also die in diesem Bereich erzielten Gewinne und erlittenen Verluste, innerhalb der stillen Reserven aufgenommen werden, ohne daß diese Vorgänge nach außen hin sichtbar gemacht werden müssen. Der Erfolg aus dem regulären Geschäft und damit der auszuweisende Reingewinn

wird aber selbstverständlich dann berührt, wenn eine rückläufige Entwicklung der Markt- bzw. Börsenpreise eine Korrektur der betreffenden Aktivpositionen nach unten erforderlich macht, da in diesem Falle eine Verkürzung der Aktivseite eintritt.

Die Feststellung, daß stille Reserven nicht nur zweckmäßig, sondern gerade bei den Banken sogar erforderlich sind, wird von keiner Seite angegriffen. Nun sind stille Reserven stets der Anlaß dafür, daß die Vermögens- und Kapitalverhältnisse der Betriebe nicht im richtigen Licht erscheinen. Unter Hinweis auf die Grundsätze der Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit könnte somit die Frage auftauchen, in welchem Umfang stille Reserven erforderlich und vertretbar sind. Über die erforderliche Höhe der stillen Reserven läßt sich keine allgemein gültige Aussage geben. Die verschiedenartigen Risiken, die mit Hilfe der stillen Reserven gegebenenfalls aufgefangen werden sollen, liegen jeweils zu sehr im Bereich des Zukünftigen, als daß eine Festlegung über den Umfang der gebotenen Vorkehrungsmaßnahmen möglich wäre. Die innere Stärkung macht nicht nur die Bank selbst von externen Einflüssen unabhängiger, sondern dient nicht zuletzt dem Schutz der Gläubiger. Aus dieser Sicht der Dinge findet vielleicht das Bestreben der Banken, die stillen Reserven so hoch wie irgend möglich zu dotieren, mehr Verständnis bei der Allgemeinheit.

Die Vertretbarkeit der stillen Reserven ist zunächst danach zu beurteilen, inwieweit eine derartige Abwandlung des effektiven Bilanzbildes als mit dem Grundsatz der Bilanzwahrheit vereinbar erscheint. Es treten aber dabei noch andere Fragen auf, wie z. B. die durch eine Bildung von stillen Reserven zwangsläufig verursachte Kürzung der an die Aktionäre auszuschüttenden Dividende etc.. Jedenfalls findet die Vertretbarkeit der stillen Reserven ihre Grenze dort, wo die innere Stärkung über Bilanzfrisuren im negativen Sinne, bewußte Irreführung des Bilanzlesers oder sogar Bilanzfälschung vollzogen wird.

Für einen Außenstehenden ist es grundsätzlich nicht möglich, das Ausmaß der in einer Bankbilanz ruhenden stillen Reserven auch nur einigermaßen annähernd abzuschätzen. Die Bankleitung dagegen wäre durchaus in der Lage, entsprechende Auskünfte zu geben, doch werden diese Daten als strenges Geschäftsgeheimnis bewahrt. In den Bankbilanzen der Gegenwart lassen sich daher für den Außenstehenden nur gewisse Anhaltspunkte finden, hinter denen mehr oder weniger umfangreiche stille Reserven vermutet werden können. Zu erwähnen wäre dabei die Position "Betriebs- und Geschäftsausstattung". Wenn z. B. eine der bedeutendsten Banken der Bundesrepublik mit mehr als 200 Niederlassungen und über 5000 Angestellten das Inventar mit einem Merkposten zu DM 1. -- ansetzt,

so läßt sich relativ leicht ermessen, welch beachtlicher Betrag an stillen Reserven hier enthalten ist. Unter "Grundstücke und Gebäude" weisen zwar die Banken heute noch namhafte Beträge aus, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, daß für die durch Kriegseinwirkung entstandenen Verluste an Immobilvermögen Ersatz geschaffen werden mußte. In normalen Zeiten mit einer langjährigen, ruhigen Entwicklung weisen jedoch die solide gebauten und laufend gepflegten Gebäude nicht den Wertverzehr auf, der ihnen über die Abschreibungsätze zugestanden wird.

Beteiligungen sind als Anlagevermögen grundsätzlich mit ihren Anschaffungskosten in die Bilanz eingestellt. Wenn man berücksichtigt, welch prosperitive Entwicklung der Großteil der Unternehmungen im Rahmen der aufstrebenden Konjunktur der westdeutschen Wirtschaft genommen hat, kann ermessen werden, um wieviel höher der innere Wert des Beteiligungspartefeuilles der Banken im Vergleich zum Bilanzansatz zu veranschlagen ist.

Ähnlich verhält es sich mit den nach dem Niederstwertprinzip auszuweisenden Wertpapieren. Der mit den Anschaffungskosten bzw. dem seinerzeitigen Börsenkurs angesetzte Eigenbestand der Banken hat in den vergangenen Jahren eine Wertsteigerung erfahren, die in der Bilanz nicht zum Ausdruck kommt.

Schließlich darf unterstellt werden, daß die Banken auch heute noch bei den Wertberichtigungen auf Debitoren unter Ausschöpfung aller gesetzlich zulässigen Möglichkeiten großzügig verfahren. Auch diese Position enthält also jedenfalls stille Reserven, deren Ausmaß aber für die Bank selbst nur sehr schwierig abzuschätzen sein dürfte.

Aus den vorangegangenen Betrachtungen könnte sich die Folgerung ergeben, daß die Bankbilanzen gerade im Hinblick auf die darin ruhenden stillen Reserven weitab von jeder Transparenz liegen. Es erhebt sich somit die Frage, weshalb die Banken, die ihre Geschäftstätigkeit doch auf weitgehendes Vertrauen der Kundschaft aufbauen, bei der Darstellung ihres Vermögens und ihrer Erfolge eine absolute Durchsichtigkeit vermissen lassen. Eine allgemein gültige Antwort kann nur dahingehend lauten, daß gerade die Notwendigkeit der Erhaltung des öffentlichen Vertrauens Anlaß für die Maßnahmen der Bilanzpolitik gibt, wobei allerdings lautere Motive zu unterstellen sind. Der Bankbetrieb bedingt in besonders hohem Maße die Beachtung kaufmännisch-ehrbarer Grundsätze. Im Wirtschaftsleben kann aber das Vertrauen durch Verwirklichung ethischer Grundsätze allein weder erworben, noch erhalten werden. Wirtschaftliches Vertrauen verlangt neben der Beachtung moralischer Integrität die praktikable Fähigkeit, das in Dienst gestellte Kapital, insbesondere auch das

Fremdkapital, unter Anwendung solider Geschäftsgrundsätze ertragbringend anzulegen und zu erhalten. Die Banken sind sich dieser Erfordernisse bewußt und kennen die Tragweite der Folgerungen, die sich aus einer Verlustwirtschaft ergeben würden. Somit ist eine primäre Begründung für die mehr oder weniger umfangreichen stillen Reserven im Vorsichtsmotiv zu sehen. Eventuell auftretende Mißerfolge können von den stillen Reserven "geräuschlos" aufgefangen werden. Nicht zuletzt sind die stillen Reserven für die Banken die Liquiditätspuffer, die im Bedarfsfall zuerst eingesetzt werden. Vom Standpunkt der Kundschaft aus betrachtet, sind also die stillen Reserven ein wesentlicher Teil des Garantiekapitals.

Wenn die volkswirtschaftliche Position der Banken, ihre potentielle Einflußnahme auf den Bestand der Währung und die Erhaltung eines gesunden Wirtschaftskörpers richtig gewürdigt wird, muß zugestanden werden, daß sie wie keine andere Unternehmung eine ruhige Fortentwicklung ihrer Geschäfte dringend nötig haben. Die Eigenart bankgeschäftlicher Tätigkeit bringt es jedoch zwangsläufig mit sich, daß die einzelnen Jahre mehr oder weniger großen Ertragsschwankungen ausgesetzt sind. So fallen Effekten-, Devisen- und Emissionsgewinne keinesfalls regelmäßig an, wie andererseits Debitorenverluste ein einzelnes Wirtschaftsjahr enorm belasten können. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Banken mit dem Ausweis eines relativ hohen Gewinnes sofort in das Blickfeld der öffentlichen Kritik gerückt werden, die sich erfahrungsgemäß immer mit besonderer Vorliebe der Konditionengestaltung annimmt. Größere Ertragsschwankungen würden schließlich eine lebhaftere Börsenspekulation in Bankpapieren in Gang bringen, was sich für das notwendige Vertrauen in der Öffentlichkeit sehr abträglich erweisen könnte.

Das wirksamste Mittel, das den Banken für eine den Erfordernissen angemessene Erfolgsregulierung zur Verfügung steht, ist die Bildung bzw. Auflösung stiller Reserven. Mit diesen Maßnahmen wird auch die bekannte Stabilität der Bankdividenden erreicht.

Die Einleger im weitesten Sinne bringen ihre Mittel in dem Vertrauen zur Bank, sich damit eine sichere Anlage geschaffen zu haben. Würden sämtliche wirklichen Risiken und aufgetretenen Verluste aus der Bilanz ersichtlich, so wäre die Verbreitung allgemeiner Unruhe unter den Kreditoren nicht zu vermeiden. Der unweigerlich einsetzende Abzug der Einlagen, der in seiner schlimmsten Auswirkung zum Run führen könnte, würde letzten Endes den Fortbestand der betreffenden Bank in Frage stellen, sofern nicht Stützungsaktionen seitens des Staates bzw. befreundeter Institute Abhilfe schaffen.

Neben den vielgestaltigen Bindungen gegenüber der Außenwelt, die von den Banken auf der Grundlage des wirtschaftlichen Vertrauens gepflegt werden, übernehmen die Institute auch weitreichende interne Verpflichtungen, die das Kostengefüge nachhaltig bestimmen. In erster Linie ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, daß die Banken mit der Beschäftigungsmöglichkeit für Tausende von Angestellten wesentliche Arbeitgeberfunktionen erfüllen. Wenn man heute den wirtschaftlichen Status eines Bankangestellten mit dem eines Beamten vergleichen kann, so liegt dies insbesondere darin begründet, daß die Banken in relativ hohem Maße Gewähr für eine Dauerstellung bieten. Diese Anstellungsverhältnisse auf lange Sicht liegen nicht zuletzt im Interesse der Banken selbst, da die vielfältige und teilweise komplizierte Geschäftsmaterie ein Stammpersonal mit langjähriger Erfahrung erforderlich macht. Die Bestrebungen der Banken um eine möglichst weitgehende innere Stärkung dienen somit auch der Sicherung der Arbeitsplätze für das Personal. Die Verfügungsmöglichkeit über stille Reserven macht es den Banken möglich, wenigstens das Stammpersonal auch in den Zeiten mit gewissen Schwankungen des Beschäftigungsgrades durchzuhalten, sofern nicht allgemeine Krisenerscheinungen das Wirtschaftsleben überhaupt zum Erliegen bringen. In diesem Sinne könnte man also sogar von einer sozialpolitischen Funktion der stillen Reserven sprechen.

Eine den gegebenen Verhältnissen angemessene Beurteilung muß, insgesamt gesehen, zu dem Ergebnis kommen, daß die stillen Reserven nicht im Interesse eines gewinnsüchtigen Macht- und Ausdehnungsstrebens gebildet werden, sondern vor allem im Hinblick auf das Erfordernis des gesicherten Fortbestandes der Bankwirtschaft ihre Berechtigung finden. Sicherheit nach außen und nach innen zu gewähren, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kreditinstitute. Die stillen Reserven der Banken sind in erster Linie diesem Zweck gewidmet.

V. Die Gewinn- und Verlustrechnung

Bereits bei der Behandlung der rechtlichen Grundlagen für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde erwähnt, daß die Darstellung der Erfolgsrechnung von Einzelfirmen und Personengesellschaften an ein Formblatt gebunden ist, während die unter den Rechtsformen der Aktiengesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung betriebenen Banken keine bestimmten Gliederungsvorschriften zu beachten haben.¹⁾

1) Vgl. S. 48

Die folgenden Ausführungen beziehen sich in erster Linie auf die Ertragsrechnungen der Kapitalgesellschaften, da berücksichtigt werden muß, daß diese Rechtsformen, am Geschäftsvolumen gemessen, weitaus überwiegende Bedeutung haben. Im übrigen sind die Gewinn- und Verlustrechnungen der Einzelunternehmen und Personengesellschaften für die Öffentlichkeit grundsätzlich ohnedies nicht zugänglich, da keine Publizitätspflichten bestehen.

Eine Besprechung der Gewinn- und Verlustrechnung im Hinblick auf ihre Aussagefähigkeit könnte fast als Farce empfunden werden, da bekannt ist, daß seitens der Banken jedenfalls nur eine äußerst spärliche Einblicksmöglichkeit in die effektive Aufwands- und Ertragstruktur gewährt wird. Die Methode, deren sich die Banken bei der Verschleierung der wahren Aufwands- und Ertragsverhältnisse bedienen, ist das Nettoverfahren. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird in starker Annäherung an eine reine Saldenerfolgsrechnung aufgemacht. Es ist dabei zu beachten, daß ein in der Regel nicht unerheblicher Teil der Erträge in der publizierten Erfolgsrechnung überhaupt nicht erscheint.

Unter Berücksichtigung der erwähnten Gegebenheiten wird es erklärlich, daß die Erstellung der Gewinn- und Verlustrechnung für die Bilanzpolitik der Banken ein breites Feld liefert. Die Bezeichnung "Bilanzpolitik" bezieht sich in diesem Zusammenhang nicht nur auf die Maßnahmen, die von den Banken hinsichtlich des Ausweises der Aufwendungen und Erträge getroffen werden, sondern insbesondere auch auf die Entscheidung, in welcher Höhe ein Reingewinn, der in die Bilanz zu übernehmen ist, erscheinen soll.

Damit wurde bereits das grundlegende Problem der Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken angeschnitten. Es muß nämlich effektiv als Gegebenheit hingenommen werden, daß der materielle Inhalt der Erfolgsrechnungen von der Entscheidung darüber bestimmt wird, in welcher Höhe ein Reingewinn ausgewiesen werden soll. Die diesbezüglichen Überlegungen der Banken orientieren sich an den traditionellen Daten des eigenen Betriebs, an dem Vorgehen der Konkurrenz, an bestimmten Maßnahmen, die man nach außen hin dokumentieren möchte etc., wobei natürlich der Stellung der betreffenden Bank im Rahmen der gesamten Bankwirtschaft ausschlaggebende Bedeutung zukommt.

Das von den Banken vertretene Nettoprinzip, d. h. die systematische Saldierung und Kompensation zwischen Aufwendungen und Erträgen führt dazu, daß in den Gewinn- und Verlustrechnungen nur wenige Positionen zu finden sind. So erscheint auf der Ertragsseite neben dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr meist nur ein Saldo, der nach Zinsen und Provisionen aufgegliedert ist. In relativ wenigen Einzelfällen werden noch Ertragssalden aus besonderen Geschäftssparten gezeigt,

doch ist dies nicht die Regel, da grundsätzlich keine geschäftsspartenmäßige Aufteilung der Aufwendungen und Erträge erfolgt. Diesen saldierten Erträgen werden auf der Aufwandsseite die Personalkosten und die sog. Sachaufwendungen - eventuell sogar beide Kostenarten zusammengefaßt als Handlungskosten - sowie die Steuern und Umlagen, die Abschreibungen, die Beiträge zu den Rücklagen und den Rückstellungen gegenüber gesetzt. Der als letzte Position auf der Aufwandsseite erscheinende Reingewinn erreicht, wie erwähnt, den Betrag, der sich aus der Saldierung der angeführten Aufwandsarten gegen die voraus bemessenen ausgewiesenen Erträge ergibt.

Wie es bei der Erstellung von Bilanzen - einmal abgesehen von den rechtlichen Vorschriften - möglich ist, durch Unterbewertung der ausgewiesenen Aktivpositionen und Erhöhung der Passivpositionen stille Reserven zu bilden, so läßt sich auch in der Gewinn- und Verlustrechnung die effektive Erfolgslage durch Verlängerung der Aufwendungen und Verkürzung der Erträge verschleiern. Speziell für die deutschen Verhältnisse ist es charakteristisch, daß die Banken bemüht sind, die laufenden Ausgaben und die betriebsbedingten ordentlichen Aufwendungen sowie den für einen Ausweis als erforderlich angesehenen Reingewinn ausschließlich mit den Erträgen des regulären Geschäfts zu decken.¹⁾ Dementsprechend erscheint in den Gewinn- und Verlustrechnungen, wenn überhaupt, so nur ein geringer Teil der Erträge des irregulären Geschäfts. Der in die Erfolgsrechnung nicht aufgenommene Ertrag dient grundsätzlich der Bildung stiller Reserven und "verschwindet" z.B. dergestalt, daß eine Unterbewertung von Vermögensteilen mit speziell zu diesem Zweck "konstruierten" sonstigen Aufwendungen kompensiert wird. Diese Übung der Banken ist in gewisser Hinsicht vertretbar, da auf diesem Weg eine weitgehende Nivellierung der zuweilen beträchtlichen Ertragsschwankungen der einzelnen Jahre erreicht werden kann. Die Notwendigkeit eines derartigen Spitzenausgleichs ergibt sich daraus, daß eine Bank wie kein anderer Betrieb darauf angewiesen ist, das Vertrauen der Kundschaft durch die Darstellung einer möglichst konstanten Geschäftsentwicklung zu erhalten. Die Geschäftspolitik der Banken ist stets auf lange Sicht auszurichten, so daß es auch unter diesem Gesichtspunkt geraten erscheint, Erträge mit nur zeitbedingtem Charakter weder im Reingewinn erscheinen zu lassen, noch über Zuwendungen zu den Rücklagen in die Bilanz aufzunehmen. Jedenfalls wäre es ein bedenkliches Zeichen, das allerdings vom Außenstehenden nicht wahrgenommen werden kann, wenn eine Bank zur Bestreitung ihrer lau-

1) Vgl. hierzu auch S. 175

fenden Ausgaben und der betriebsbedingten Aufwendungen auf die Erträge des irregulären Geschäfts zurückgreifen müßte.

Wenn man nach Berücksichtigung der vorangegangenen Ausführungen den ausgewiesenen Reingewinn betrachtet, so ist vor allem festzustellen, daß es sich dabei lediglich um ein rechnerisches Fragment handelt. Der effektive Reingewinn, der sich aus der Saldierung aller Erträge gegen die gesamten Aufwendungen ergibt, liegt in der Regel beträchtlich über der in der Gewinn- und Verlustrechnung angegebenen Höhe.

Die Gewinn- und Verlustrechnung einer Bank, also eines Dienstleistungsbetriebes, ist in ihrer Struktur mit den Erfolgsrechnungen der Produktionsbetriebe nicht vergleichbar. Insbesondere ist bei den Banken eine Rohgewinnermittlung nach dem Schema "Warenerlöse ./. Warenaufwendungen" nicht möglich. Wenn bei der Analyse der Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken dennoch der Begriff "Rohgewinn" verwendet wird, so kann dies eigentlich nur durch den eingebürgerten Sprachgebrauch begründet werden. Unter Rohgewinn versteht man dann die Summe aus dem ausgewiesenen Reingewinn, den Abschreibungen und den Beiträgen zu den Rücklagen, also eine Größe mit sehr heterogener Zusammensetzung, die mit den betriebswirtschaftlichen Vorstellungen vom Rohgewinn nicht in Einklang zu bringen ist. Ebenso verhält es sich mit der Anwendung des Begriffes "Bruttogewinn", womit der Sprachgebrauch die Summe der auf der Ertragsseite erscheinenden Positionen bezeichnet, obwohl normalerweise Bruttogewinn und Rohgewinn als identische Bezeichnungen für den Saldo aus Warenerlös und Warenaufwand anzusehen sind. Abgesehen von diesen abweichenden Begriffsanwendungen ist auch bezüglich dieses Bruttogewinnes zu bemerken, daß er lediglich eine fragmentarische Größe darstellt. Wie bereits erwähnt, lassen die Banken nur einen bestimmten Teil der Erträge, meist nur das reguläre Geschäft, über die Gewinn- und Verlustrechnung laufen. Der effektive Bruttogewinn liegt somit in der Regel mehr oder weniger bedeutend über den ausgewiesenen Erträgen.

Die wesentliche Frage, die sich jeder Leser der Gewinn- und Verlustrechnung der Banken vorlegt, lautet dahin, wie hoch die Zinsaufwendungen waren, die von den Zinserträgen abgezogen wurden, damit sich als Saldo die Zinsreinerträge ergaben. Es darf dabei davon ausgegangen werden, daß sämtliche Zinsaufwendungen bereits vor den ausgewiesenen Zinsreinerträgen berücksichtigt wurden. Eine Aufklärung des Problems erscheint insofern interessant, als sich damit bedeutsame Einblicksmöglichkeiten in die Aufwands- und Ertragsstruktur erschließen würden. Da aber ganz allgemein die Höhe der Zinsaufwendungen

zu den Tabus der Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken zählt, ist der Außenstehende in dieser Hinsicht zur Resignation verurteilt. Dabei kann es beruhigend wirken, wenn man bedenkt, daß trotz Bekanntgabe der effektiven Zinsaufwendungen doch keine auch nur annäherungsweise Beurteilung der den Banken verbliebenen Zinsspanne möglich wäre. Es wurde bereits an früherer Stelle erwähnt, was im Bankbetrieb als Zinsmarge anzusehen ist.¹⁾ Dementsprechend ist hier nur wiederholend zu erwähnen, daß die Banken neben den Zinsvergütungen an die Einleger noch eine Menge anderer Zinsaufwendungen zu tragen haben, die natürlich die vielbesprochene Zinsspanne entsprechend kürzen.

In den vorangegangenen Ausführungen mußte wiederholt festgestellt werden, daß die Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken in der Form, wie sie der Öffentlichkeit präsentiert werden, keine Beurteilung der wirklichen Aufwands- und Ertragsstruktur und der effektiven Erfolgslage zuläßt. Es könnte somit die Frage auftauchen, welcher Wert den Erfolgsrechnungen beizumessen ist und ob man nicht besser auf eine Veröffentlichung der manipulierten Zahlen überhaupt verzichtet. Derartige Bedenken werden noch vermehrt durch die Tatsache, daß es für eine Bank durchaus möglich ist, einen effektiven betriebsbedingten Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung zum Verschwinden zu bringen und mit Hilfe der Auflösung von stillen Reserven sogar einen Gewinn auszuweisen.

Selbstverständlich sind die Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken mit Vorbehalten aufzunehmen. Den Wert der Erfolgsrechnungen aber als fragwürdig zu bezeichnen, beweist eine äußerst skeptische Auffassung, ganz abgesehen davon, daß ein Verzicht auf die Gewinn- und Verlustrechnungen als abwegig bezeichnet werden müßte. Tatsächlich ist nämlich den Erfolgsrechnungen eine gewisse Aussagefähigkeit nicht abzuspochen. Die Beurteilungsmöglichkeit liegt allerdings auf anderen Gebieten als den besprochenen und setzt voraus, daß die bilanzpolitischen Maßnahmen der Bankleitung, soweit das überhaupt möglich ist, mit einkalkuliert werden. Dementsprechend läßt ein Vergleich von Gewinn- und Verlustrechnungen aufeinander folgender Jahre Rückschlüsse darauf zu, ob ein Geschäftsjahr relativ erfolgreich verlaufen ist und wie die Bankleitung die gesamtwirtschaftliche Lage und speziell die zukünftige Entwicklung auf dem Geld- und Kreditsektor einschätzt. Anhaltspunkte hierfür bieten insbesondere die ausgewiesenen Erträge und damit der Ansatz

1) Vgl. S. 85

des Reingewinns sowie eine veränderte Dotierung der Rücklagen und die Bemessung der Abschreibungen. Bei derartigen Aussagen ist natürlich stets Vorsicht am Platze, da sich zu viele Unsicherheitsfaktoren auswirken können. Dennoch darf aber unterstellt werden, daß eine Bank den ausgewiesenen Ertrag, den Reingewinn, die Rücklagen und die Abschreibungen nicht erhöhen würde, wenn das betreffende Geschäftsjahr nicht tatsächlich vergleichsweise erfolgreicher verlaufen wäre.

Absolute Gewißheit kann man allerdings mit solchen Rückschlüssen nicht gewinnen, da jedenfalls theoretisch die Möglichkeit einer bewußten Täuschung seitens der Bankleitung offen gelassen werden muß. Ob sich jedoch diese Möglichkeit für die Praxis auswirken könnte, darf mit einer gewissen Berechtigung angezweifelt werden. In erster Linie spricht gegen eine eventuell vollzogene Fälschung das auf gesetzlicher Grundlage beruhende Testat des Wirtschaftsprüfers. Außerdem gilt es als erfahrungsgemäß erwiesen, daß sich eine anhaltende Verlustwirtschaft nicht durch die Methodik der Bilanzierung verheimlichen läßt. Deckungsmöglichkeiten bestehen für eine Bank allenfalls nur soweit, wie dies der Umfang der stillen Reserven gestattet. Zieht man diese Momente in Erwägung, so kann die Gewinn- und Verlustrechnung der Banken bei aller gebotenen Zurückhaltung doch als wesentliche Unterlage für eine Beurteilung betrachtet werden.

VI. Der Geschäftsbericht

Wenn im Rahmen einer Untersuchung des Jahresabschlusses der Banken auch dem Geschäftsbericht ein Abschnitt gewidmet wird, so findet dies seine Begründung darin, daß es für den Bilanzleser interessant erscheint festzustellen, in welchem Maße der einzelne Geschäftsbericht seinem eigentlichen Zweck entspricht. Dabei ist davon auszugehen, daß der wirtschaftliche Zweck eines Geschäftsberichtes in der Erläuterung des Jahresabschlusses und seines Zustandekommens sowie in der Darlegung der betriebs- und volkswirtschaftlichen Momente, die für die Situation der Unternehmung bedeutungsvoll sind, bestehen soll.

Als rechtliche Grundlagen kommen die §§ 127, 128 AktG in Betracht, wonach der Geschäftsbericht durch den Vorstand aufzustellen und mit dem Jahresabschluß

und dem Vorschlag für die Gewinnverteilung dem Aufsichtsrat vorzulegen ist. Gemäß gesetzlicher Vorschrift sind im Geschäftsbericht der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft darzulegen. Ferner ist Aufschluß zu geben über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluß des Geschäftsjahres eingetreten sind; schließlich ist der Jahresabschluß zu erläutern. Die Berichterstattung hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen und kann nur soweit unterbleiben, wie überwiegende Belange der Gesellschaft oder eines beteiligten Unternehmens oder der gemeine Nutzen von Volk und "Reich" es fordern. In § 128 AktG sind in kasuistischer Reihenfolge besondere Daten der Unternehmung erwähnt, die für eine Beurteilung wesentlich, aus dem Jahresabschluß jedoch nicht ersichtlich sind und im Hinblick darauf zutreffendenfalls im Geschäftsbericht speziell erwähnt werden müssen.

Eine Formenkritik, die von wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet ist, wird in erster Linie die vom Gesetz zugestandene umfangreiche Schweißvollmacht für die Unternehmung aufgreifen. Die vom Gesetz berücksichtigten "überwiegenden Belange der Gesellschaft" können jedenfalls nicht objektiv definiert werden, so daß einer mehr oder weniger willkürlichen Entscheidung der Geschäftsleitung breiter Raum gegeben ist. Die umfassende Inschutznahme des "gemeinen Nutzens von Volk und Reich" ergab sich aus den staats- und gesellschaftspolitischen Auffassungen des seinerzeitigen Gesetzgebers und steht in engem Zusammenhang mit dem im Aktiengesetz verankerten "Führerprinzip". Eine Neufassung des Gesetzes, die insbesondere die Stellung der Aktiengesellschaft als einer Unternehmungsform einer demokratischen Wirtschaftsordnung festigen will, wird auch die Bestimmung über den Geschäftsbericht revidieren müssen.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ist bezüglich des Geschäftsberichtes vor allem darzulegen, in welcher Form die Banken ihrer Berichterstattungspflicht nachkommen und welche Usancen sich dabei herausgebildet haben. Die Geschäftsberichte der einzelnen Banken sind selbstverständlich in ihrem Umfang und ihrer Aufmachung sehr unterschiedlich. Es gibt keinen fest umrissenen Katalog der Punkte, die näher zu erläutern sind. Dessen ungeachtet kann bei einem Vergleich von Geschäftsberichten verschiedener Banken dennoch festgestellt werden, daß die Gliederung und die Auswahl der jeweils behandelten Themen mehr oder weniger einheitlich sind, so daß man bereits von einer Usance sprechen kann. In den nachfolgenden Ausführungen soll aufgezeigt werden, zu welchen volks- und betriebswirtschaftlichen Daten heute die meisten Banken in ihren Geschäftsberichten Stellung nehmen. Es ist dabei zu erwähnen, daß die Geschäftsberichte ein wesentliches Instrument der Be-

mühungen der Banken um public relations darstellen. Allerdings darf nicht erwartet werden, daß im Berichtswerk die betrieblichen Daten aufgedeckt werden, die man im Jahresabschluß "zugedeckt" hat.

Gewissermaßen die Ouvertüre des Geschäftsberichts bilden meist mehr oder weniger eingehende Erläuterungen der volkswirtschaftlichen, manchmal auch der politischen Entwicklung des geographischen Geschäftsbereichs, in dem sich die betreffende Bank betätigt. Man findet also hier Ausführungen über den Konjunkturstand, das Preisgefüge, die Situation auf den Exportmärkten, die Lage am Arbeitsmarkt usw.. Bei den entsprechenden Angaben stützen sich die Banken auf die Ergebnisse der Statistik und die Berichte der Wirtschaftsforschungsinstitute, Zuweilen werden die einschlägigen Themen sehr ausführlich behandelt, so daß die "Ouvertüre" im Vergleich zum "Hauptteil", als den man die Berichterstattung über die Lage der Bank selbst ansehen möchte, etwas unproportioniert erscheint.

Ein zweiter Abschnitt des Geschäftsberichtes ist in der Regel dem Geschäftsverlauf gewidmet, wie er sich unter dem Eindruck der auf dem Geld- und Kreditsektor vorherrschenden Verhältnisse ergeben hat. Dieses Thema behandelt somit die Ursachen für die Entwicklung des Geldvolumens, der Soll- und Habenzinsen, der Situation auf den Kreditmärkten etc.. Insbesondere wird dabei auch eingegangen auf die Auswirkungen und den Umfang der von den zuständigen Instanzen verfolgten Geld- und Kreditpolitik. Sowohl bei der Erörterung der volkswirtschaftlichen Wirkungsfaktoren, wie auch der Situation auf dem Geld- und Kreditsektor verbinden die Banken mit ihren Darlegungen häufig wirtschaftspolitische Anregungen an die verschiedensten Adressen. So lassen sich mitunter Vorschläge für eine Verbesserung der Zahlungsbilanz, einen marktkonformen Einsatz von Etatmitteln, eine den volkswirtschaftlichen Erfordernissen angemessene Beeinflussung der Investitions- bzw. Konsumgütermärkte usw. finden. Daneben gehört die Stellungnahme zur Geld- und Kreditpolitik der Zentralbank gewissermaßen schon zum traditionellen Repertoire des Geschäftsberichtes.

Nach diesen Ausführungen mit überwiegend volkswirtschaftlichem Charakter folgt eine Darstellung der Entwicklung in den einzelnen Geschäftssparten. In der Behandlung dieses Themas sind die Geschäftsberichte der Banken äußerst unterschiedlich. Einzelne Institute beschränken sich darauf, die größenmäßigen Veränderungen in den Bilanzpositionen mit Worten zu verbinden. Erläuterungen dieser Art haben natürlich nur geringen Wert, da der Interessent selbst in der Lage ist, sich durch Vergleich der Zahlen verschiedener Jahre entspre-

chende Aufschlüsse zu verschaffen. Der Außenstehende sucht nach einer Aufklärung der Umstände, die zu den entsprechenden Veränderungen geführt haben. Es ist einzuräumen, daß man den Geschäftsbericht überfordern würde, wollte man verlangen, daß die Banken der Öffentlichkeit die Motive ihrer Anlagen- und Finanzierungspolitik unterbreiten. Der Bereich der Geschäftsgeheimnisse dürfte aber nicht verletzt werden, wenn die Bilanzpositionen durch Erläuterungen über ihre Entwicklung während des Geschäftsjahres ergänzt und dabei saisonale Einflüsse oder volkswirtschaftliche Wirkungsfaktoren hervorgehoben werden.

Soweit die Geschäftsberichte Auskunft geben, werden vor allem die Entwicklung des Einlagengeschäfts und des Kreditgeschäfts dargestellt. Neben der betragsmäßigen Entwicklung der Gesamteinlagen erfolgt eine Aufgliederung nach den einzelnen Einlagearten, also Sichteinlagen, befristete Einlagen und Spareinlagen, wobei die Einlagen von Kreditinstituten gesondert erwähnt werden. Es darf als Zeichen der Aufgeschlossenheit gewertet werden, wenn eine Bank darüberhinaus die Quellen nennt, aus denen erhöhte Einlagen geflossen sind. Diese Angaben sind insbesondere für eine Beurteilung der befristeten Einlagen und der Spareinlagen bedeutungsvoll, da man daraus den Grad der Beständigkeit der Mittel ableiten kann.

Auch für die Beurteilung des Kreditgeschäftes der Banken ist es wesentlich zu erfahren, wie sich die Debitoren im Verlauf des Geschäftsjahres entwickelt haben. In der Regel kann ein ausreichender Einblick gewonnen werden, wenn die Banken die jeweiligen Quartalendbestände bekannt geben und dabei die Ursachen der Schwankungen, wie z. B. Steuertermine, Erntefinanzierungen, Beschaffungsaktionen großer Branchen etc. erläutern.

In den Geschäftsberichten der meisten Banken wird auf eine Besprechung der Zinsspanne eingegangen, die häufig mit einer Gegenüberstellung der Entwicklung des Einlagengeschäfts und des Kreditgeschäfts verbunden ist. In diesem Zusammenhang werden die Hinweise auf die Steuerlast, die Personal- und Sachaufwendungen sowie auf den beachtlichen Block unrentierlicher Anlagen angebracht.

Bei der Behandlung des Wertpapiergeschäfts nehmen die Banken Stellung zu der Situation auf dem Kapitalmarkt. Insbesondere wird dabei auf die Entwicklung des Zinses und die Aufnahmebereitschaft der in Betracht kommenden Käuferschichten eingegangen. Meist lassen sich in diesem Zusammenhang auch Angaben über die Quellen des Kapitalaufkommens finden, wie z. B. die anlagebereiten Mittel der Sozialversicherungsträger, die Ausschüttungen zu

den Zinsterminen, der Einfluß der ausländischen Kundschaft etc.. Mit der Darstellung des Wertpapiergeschäfts wird zugleich die Entwicklung des Konsortialgeschäfts erwähnt. Die Banken betrachten den Hinweis auf ein umfangreiches und glatt verlaufenes Konsortialgeschäft als äußerst werbewirksam und geben dabei bereitwillig Auskunft über die Emissionen, an denen sie mitgewirkt haben.

Als letzte Gruppe der Geschäftssparten werden die Dienstleistungsgeschäfte erwähnt. Unter dieser Rubrik des Geschäftsberichts geben die Banken in der Regel die Entwicklung des Außenhandelsgeschäfts und des Zahlungsverkehrs bekannt. Soweit hierzu Zahlenangaben erfolgen, wie z. B. die Zahl der Kontokorrentbuchungen, der bearbeiteten Schecks und Wechsel sowie der Kassaein- und auszahlungen, lassen sich daraus bedeutsame Rückschlüsse auf die Entwicklung des Geschäftsvolumens und des Kundenkreises ziehen.

Ein besonderer Abschnitt des Geschäftsberichtes wird meist der Liquidität gewidmet. Für die einzelnen Liquiditätsgrade werden bestimmte Quoten angegeben, die jedoch von einem Außenstehenden nur mit Vorbehalten angenommen werden können. Es hat sich nämlich erwiesen, daß die einzelnen Banken bei der Errechnung der Liquiditätsgrade unterschiedliche Bezugsgrößen wählen, so daß die Vergleichbarkeit nicht gesichert ist.

Die Ausführungen über den Geschäftsverlauf werden von den meisten Banken ergänzt durch Statistiken und graphische Darstellungen. Neben der bildmäßigen Darstellung der Bilanzstruktur wird die Entwicklung des Einlagengeschäfts und des Kreditgeschäfts über mehrere Jahre in Kurven - bzw. Blockzeichnung gezeigt. Häufig erfolgt auch eine graphische Aufteilung der einzelnen Einlagearten und der Kredite nach bestimmten Größenklassen.

Nach dem Bericht über die Lage der Bank und dem statistischen Teil folgen die Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle ist dieser Teil des Geschäftsberichts äußerst knapp gehalten und beschränkt sich im wesentlichen auf die Wiederholung der im Zahlenmaterial erscheinenden Positionen und ihren Vergleich zum Vorjahresbestand. Für eine Beurteilung der Bank können aus diesem Berichtsteil meist nur die kurzen Angaben über die Bewertung dienen.

Nach den vorangegangenen Ausführungen kommt man zu dem Ergebnis, daß die modernen Banken in ihren Geschäftsberichten doch eine gewisse Aufgeschlossenheit beweisen, wenn auch nicht zu übersehen ist, daß einzelne Institute hinsichtlich der Aufmachung und des Umfangs ihres Berichtswerkes noch stark hinter der usancemäßigen Norm zurückbleiben. Ungeachtet des bereits erreichten

Standes der üblichen Berichterstattung verbleiben immer noch bestimmte Themen, die von den Banken meist nur andeutungsweise berührt oder überhaupt nicht angeschnitten werden, obwohl damit keine Preisgabe von besonders zu hütenden Geschäftsgeheimnissen verbunden wäre. Ein deutliches Beispiel hierfür sind die in der Regel fehlenden Angaben über die Zusammensetzung der Kundschaft. Die Banken können sich mit verhältnismäßig einfachen Mitteln über die Aufteilung der debitorischen und kreditorischen Konten nach Inländern und Ausländern sowie über den Anteil einzelner Branchen am Kredit- und Einlagevolumen Überblick verschaffen. In den Geschäftsberichten der Gegenwart sind insbesondere Angaben über den Anteil der Ausländerkonten zu vermissen, obwohl sie bereits einen beachtlichen Stand erreicht haben dürften. Für die Beurteilung der Geschäftspolitik und der potentiellen Risiken wäre es natürlich wesentlich zu wissen, in welchem Maß die Banken mit ausländischen Wirtschaftsräumen verbunden sind und wie sich eine Veränderung der Währungskonstellationen auswirken könnte.

Hinsichtlich der Aufgliederung des Kredit- und Einlagenvolumens nach Branchen sind zwar in den Geschäftsberichten gewisse Ansätze zu finden. Die Angaben beschränken sich jedoch in der Regel auf eine Bekanntgabe der auf große Wirtschaftszweige entfallenden Prozentsätze. So werden z. B. meist der auf Industrie, Gewerbe und Handwerk entfallende Anteil global angeführt und daneben die Handelsbetriebe, die Landwirtschaft und sonstige Personenkreise erwähnt. Obwohl mit derartigen Ziffern gewisse Anhaltspunkte für die vollzogene Risikostreuung und für die Einordnung einer bestimmten Bank innerhalb der gesamten Bankwirtschaft gewonnen werden, ist auf Grund dieser Daten allein eine schlüssige Beurteilung nicht möglich. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Banken entschließen könnten, eine Aufgliederung nach den Anteilen der Montanindustrie, der Maschinenindustrie, der Elektroindustrie usw. zu geben. Im Zusammenhang damit könnten dann auch die von den einzelnen Branchen ausgehenden Wirkungsfaktoren näher behandelt werden.

Aus der Reihe der Themen, die man gewöhnlich in den Geschäftsberichten der Banken vermißt, obwohl ihre Besprechung für den Außenstehenden sehr aufschlußreich wäre, soll noch eines herausgegriffen werden, nämlich die Frage der Abschreibungen. Es kann allerdings nicht erwartet werden, daß die Banken die Abschreibungen auf uneinbringliche Debitoren bzw. die damit im Zusammenhang stehenden Auflösungen von Wertberichtigungen bekanntgeben, da diese Vorgänge zu den absoluten Geschäftsgeheimnissen gehören. Dagegen sollte es möglich sein, daß zu den Positionen "Gebäude" und "Geschäftsaus-

stattung" Stellung genommen wird. In der Gewinn- und Verlustrechnung erscheint zwar meist für diese Werte des Anlagevermögens ein Abschreibungs-
posten, doch ist bekannt, daß gewisse Abwertungen auch außerhalb der ver-
öffentlichten Erfolgsrechnung vorgenommen werden. Derartige Vorwegabschrei-
bungen, die zum Teil sogar aus der vergleichswisen Betrachtung aufeinander
folgender Bilanzen ersehen werden können, lassen für den Interessenten die
Frage nach den Motiven für die Änderung des Ansatzes entstehen.

Bei der Besprechung der Gewinn- und Verlustrechnung mußte festgestellt wer-
den, daß sie für eine Beurteilung des Jahresabschlusses den größten Unsicher-
heitsfaktor darstellt. Wenn die Banken einerseits mit einer gewissen Berech-
tigung die wahre Erfolgslage für den Ausweis manipulieren, so sollte anderer-
seits erwartet werden dürfen, daß in den Geschäftsberichten zumindest andeu-
tungsweise auf die durch Saldierung verschwundenen bzw. überhaupt nicht auf-
genommenen Erfolgsfaktoren eingegangen wird. Die diesbezüglichen Erläute-
rungen sind jedoch durchwegs sehr knapp gehalten. In einzelnen Fällen wird
eventuell noch darauf verwiesen, daß die Kosten und die sonstigen Aufwen-
dungen des Betriebs aus den regulären Erträgen gedeckt werden konnten und
auf andere Erträge nicht zurückgegriffen werden mußte. In der Regel lassen
sich jedoch keine Aufschlüsse über den Verlauf des irregulären Geschäftes fin-
den, ganz abgesehen davon, daß eine Detaillierung der Erfolgsentwicklung
in den einzelnen Geschäftssparten offensichtlich zu den streng gehüteten Ge-
schäftsgeheimnissen gehört.

Für den Außenstehenden wäre es jedenfalls wünschenswert, daß die Geschäfts-
berichte zumindest über die Ursachen der Schwankungen in den einzelnen Po-
sitionen der Aufwands- und Ertragsseite Aufschluß geben. Im engsten Zusam-
menhang damit steht die Festsetzung des ausgewiesenen Reingewinns, der in
der Regel bis auf einen geringen Restbetrag zur Ausschüttung kommt. Es wäre
daher für die Beurteilung sehr wesentlich, wenn die Banken auch über die ver-
folgte Dividendenpolitik Rechenschaft ablegen würden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Geschäftsberichte der Banken bei
voller Anerkennung der heute üblichen Berichterstattung doch noch wesentlich
eingehender gestaltet werden könnten. Auf diesem Gebiet liegt eine Aufgabe
für die Zukunft, denn die von Seiten des Staates geförderten Bemühungen um
eine breite Eigentumsstreuung setzen im Bereich des Aktienwesens voraus, daß
die Aktie als eine fest gefügte Form des Miteigentums populär gemacht wird.
Der Beitrag der Gesellschaften allgemein und speziell auch der Banken zu die-
sen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen besteht unter anderem in
einer Vertiefung der public relations. Für diesen Zweck sind insbesondere auch
die Geschäftsberichte zu aktivieren.

Dritter Teil

ERGEBNIS

I. Die Aussagefähigkeit der Bankbilanz für eine betriebswirtschaftliche Beurteilung

Die vielfältigen Aufgaben, die der Bankwirtschaft allgemein gestellt sind, erfordern von Seiten des einzelnen Instituts fortwährend strenge Beachtung betriebspolitischer Grundsätze. Im Vordergrund stehen dabei die bankwirtschaftlichen Elementarprobleme, nämlich Liquidität, Rentabilität und Sicherheit. Das Geschäftsrisiko erfährt seine besondere Ausprägung durch die Finanzstruktur und bedarf bei dieser Branche in erhöhtem Umfang entsprechender Vorkehrungsmaßnahmen.

Die Betriebspolitik der Banken wird jedoch nicht allein von der Eigenart des Betriebsgeschehens bestimmt, sondern bezieht sich in nicht geringerem Maße auch auf Wirkungsfaktoren, die im gesamtwirtschaftlichen Bereich liegen und im Hinblick auf die fundamentale Bedeutung, die dem Geld- und Kreditwesen zukommt, besondere Beachtung erfordern. Die Wirtschaftspolitik des Staates, die Vorgänge auf den in- und ausländischen Gütermärkten etc. finden zwangsläufig ihren Niederschlag im Geld- und Kreditsektor, ganz abgesehen davon, daß dem Kreditwesen selbst im Rahmen der Konjunkturentwicklung eine aktive Gestaltungsfunktion zukommt.

Unter Berücksichtigung dieser Momente ist es erklärlich, daß der Jahresabschluß der Banken, der an die Öffentlichkeit gelangt, von den betriebspolitischen Maßnahmen bestimmt wird. Wohl in keiner anderen Branche herrscht wie bei den Banken das Bestreben vor, mit der Fixierung der Ansätze in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung die Interessen des Betriebes optimal zu fördern und gleichzeitig den Erwartungen zu entsprechen, die von der Öffentlichkeit auf Grund der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage gestellt werden. Die Aussagefähigkeit der Bankbilanz und ihr Erkenntniswert bezüglich der wahren Betriebssituation sind somit durch die Betriebspolitik wesentlich beeinflusst.

Wenn die Liquidität das primäre Problem des Kreditwesens ist, so liegt es nahe, daß die Banken nicht nur auf eine laufende Erhaltung der Zahlungsbereitschaft achten, sondern darüberhinaus den in den Bilanzen auszuweisenden Liquiditätsgrad als Beurteilungsinstrument ihrer Bonität ansehen. In diesem Sinne sind die Maßnahmen zu verstehen, die von den Banken jeweils zum Bilanzstichtag ergriffen werden, um den vertretenen soliden Geschäftsgrundsätzen durch ein günstiges Liquiditätsbild nach außen hin Geltung zu verschaffen. Man spricht in diesem Zusammenhang von "window-dressing" und "Sylvester-Aufputz", womit ausgedrückt werden soll, daß die in der Bilanz ausgewiesene Liquidität nicht vorbehaltlos als normal anzusehen ist. Bekanntlich sind die Banken stets geneigt, das Liquiditätsbild durch Rediskontierung des Wechselmaterials "künstlich" zu verbessern. Dem gleichen Zweck dient eine zeitweise Umwandlung von Kontokorrentkrediten in Wechselkredite. Es muß jedoch festgehalten werden, daß der "Sylvester-Aufputz" mit Bilanzdelikten irgendwelcher Art nichts zu tun hat. Die häufig ausgewiesene übernormale Liquidität ist von den Banken aus bereits vorhandenen Vermögensteilen reell erworben. Die Banken geben dafür sogar ein "Aufgeld" in Gestalt einer Rentabilitätseinbuße. Ein im Wechselportefeuille der Bank verbleibender Abschnitt wirft z. B. zweifelsohne einen Ertrag ab, während das aus der Rediskontierung entstehende Landeszentralbankguthaben unverzinslich ist.

Neben den Bemühungen um ein günstiges Liquiditätsbild sind die stillen Reserven ein Zentralpunkt jeder Bankbetriebspolitik. Das Problem der stillen Reserven kann nur im Zusammenhang mit den Wirkungsfaktoren gesehen werden, die von der Rentabilität und den Sicherungsmaßnahmen gegen das Geschäftsrisiko bestimmt werden. In guten Geschäftsjahren wird ein in der Regel beachtlicher Teil der Ertragskraft von den Banken zur inneren Stärkung herangezogen. Bei diesen Maßnahmen steht das Vorsichtsmotiv im Vordergrund, da die Banken im Hinblick auf ihre besondere Stellung im Rahmen der Volkswirtschaft bemüht sind, durch konstante Geschäftsgrundsätze eine bestmögliche Stabilität der Fortentwicklung zu erreichen. De facto sind natürlich auch bei den Banken die einzelnen Geschäftsjahre bezüglich der Ertragslage und der zur Wirkung kommenden Risiken äußerst unterschiedlich. Mit Hilfe der stillen Reserven wird jedoch durch den inneren Ausgleich eine weitgehende Nivellierung erzielt, die insbesondere in der konstanten Dividendenpolitik der Banken zum Ausdruck kommt. Bezüglich des Umfanges der in den Bankbilanzen ruhenden stillen Reserven kann nicht übersehen werden, daß nur ein Teil dieses Zusatzkapitals durch eine Erfolgsregulierung, d. h. als Gewinnverschiebung zustande kommt, während ein meist sehr beachtlicher Betrag auf die gesetzlichen Bewertungs-

vorschriften zurückzuführen ist. Da ein erheblicher Teil des Umlaufvermögens der Banken unter dem Einfluß der organisierten Preisfestsetzung an der Börse steht, kommt dem Ausweisverbot für nichtrealisierte Gewinne in dieser Branche besondere Bedeutung zu. Der "Fonds" an stillen Reserven ist in den Bankbilanzen meist sehr reichlich bemessen und verhindert damit eine Erkenntnis der wahren Vermögenslage.

Ein weiteres Moment, das die Erfassung des effektiven Wertes der Positionen der Bankbilanz praktisch unmöglich macht, liegt in der Tatsache begründet, daß die Bonität der Anlagen und das damit im Zusammenhang stehende Risiko nicht zu erkennen sind. Während auf den Kassenbestand, die Landeszentralbankguthaben und die Postscheckguthaben im wesentlichen nur das Währungsrisiko wirkt, dessen Erkenntnis der Öffentlichkeit doch mehr oder weniger zugänglich ist, können die Zweifel schon bei einer relativ so liquiden Position, wie es die Nostroguthaben sind, einsetzen. Dabei darf allerdings unterstellt werden, daß die ausreichende Bank eine bonitätsmäßige Auswahl der befreundeten Institute getroffen hat.

In der Position "Wechsel" ist durch die Trennung in rediskontfähige und nicht rediskontfähige Abschnitte einige Klarheit geschaffen. Es kann jedoch nicht ersehen werden, wie sich das Wechselmaterial auf einzelne Branchen verteilt und welche Größenstreuung gegeben ist. Derartige Angaben würden selbstverständlich wertvolle Hinweise für die Beurteilung des Risikos liefern.

Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen sowie Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder stehen in engster Abhängigkeit von der Gestaltung des öffentlichen Haushalts und empfangen ihre Bonität letzten Endes vom Fortbestand des Staates. Welches Risiko in dieser Position liegen kann, hat die jüngste Geschichte der Bankwirtschaft gelehrt.

Bezüglich des sonstigen Wertpapierportefeuilles der Banken bleibt dem Außenstehenden jede weiterreichende Einblicksmöglichkeit verwehrt. Zwar läßt auch hier der obligatorische Ausweis der bei der Landeszentralbank beleihbaren Papiere einige Rückschlüsse zu. Es ist jedoch nicht zu erkennen, unter welchem Motiv sich die Banken den Eigenbestand angelegt haben und wie die Branchen- und Größenstreuung im Einzelfall aussieht. Bei dem Ankauf der Wertpapiere kann die Erwartung auf günstige Ertragschancen ebenso ausschlaggebend sein, wie eine beabsichtigte Stützungsaktion im Interesse befreundeter Unternehmungen. Nicht selten dürften in dieser Position solche Wertpapiere zu finden sein, die zusammen mit der Stimmrechtsübertragung aus dem Depotgeschäft einen Bestand ergeben, der zur Interessennahme bei bestimmten

Unternehmungen ausreicht.

Bei der Beurteilung der von den Banken ausgereichten Kredite gibt zwar der Geschäftsbericht, soweit er auf Grund der gewählten Rechtsform vorgeschrieben ist, einige Anhaltspunkte. Abgesehen davon, daß diese Berichterstattung der Banken noch verbessert und erweitert werden könnte, sind jedenfalls aus der Bilanz selbst keine Aufschlüsse über Größenstruktur und Branchenstreuung etc. zu entnehmen. Außerdem fehlt in den Bilanzen jede Angabe darüber, ob die ausgereichten Kredite abgesichert sind und in welchem Maß sich voraussichtlich eine Realisation aus den Sicherheiten erreichen läßt.

Von besonderer Bedeutung für Wertpapiere und Debitoren ist die Frage der liquiden Anlage. Dabei muß zwischen Liquidität und Liquiditätsbild, wie es sich aus der Bilanz ergibt unterschieden werden.¹⁾ Die Liquidität leitet sich von der individuellen Qualität der einzelnen Positionen ab und ist aus der Bilanz nicht ersichtlich.

Der Ausweis von börsengängigen Werten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Bestände sehr rasch illiquide werden können. Auch ein gut funktionierender Kapitalmarkt ist grundsätzlich nicht in der Lage, ein umfangreiches Portefeuille ohne Einbrüche aufzunehmen. Die Kehrseite, daß die Papiere einer bestimmten Unternehmung sehr kurzfristig in der allgemeinen Wertschätzung fallen können, ist außerdem zu berücksichtigen.

Der Wertpapierbestand, der auch nach Rentabilitätsmotiven angelegt wird, ist nicht zuletzt als Instrument der Liquiditätspolitik der Banken von Bedeutung. Es verdient dabei der Hervorhebung, daß das Effektenportefeuille durch institutionelle Maßnahmen der Zentralbank einen wesentlich höheren Liquiditätsgrad erreicht hat. Die entscheidende Funktion kommt in diesem Zusammenhang der Offen-Markt-Politik zu.

Bezüglich der Debitoren ließe sich eine artgerechte Liquiditätsbeurteilung nur durchführen, wenn bekannt wäre, zu welchen Zwecken die Kredite verwendet wurden. Die Vorschrift der Bilanzierungsrichtlinien, wonach Engagements mit einer Laufzeit von vier Jahren und mehr separat auszuweisen sind, gibt in dieser Hinsicht keinen Anhaltspunkt. Die Kredite werden in der Regel "bis auf weiteres" unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Kündigungsrechts gemäß den Allgemeinen Geschäftsbedingungen gewährt. Nicht selten muß aber die Bank

1) Gestrich trennt analog in "immanente Liquidität" und "rechnungsmäßige Liquidität"; vgl.: Kredit und Sparen, S. 117 ff.

erst nachträglich feststellen, daß der Kreditnehmer erhebliche Investitionen vorgenommen hat und somit der Kredit für Betriebsmittelzwecke fortdauernd benötigt wird, was zwangsläufig zu laufenden Prolongationen führt. In der Notwendigkeit der Prolongation ist eine nicht zu unterschätzende "Immobilisierung" der Bankmittel zu sehen.

Die Debitoren der Banken sind ihre ursprünglichen Rentabilitätsquellen. Obwohl grundsätzlich angenommen werden darf, daß eine Ausweitung der Debitoren zu einer Verbesserung der Ertragslage führt, ist bei derartigen Rückschlüssen doch Vorsicht am Platze. Ein wesentlicher Teil der aufwandsintensiven Geschäftsparten erscheint nämlich in der Bilanz nicht, weshalb eine Beurteilung der den Banken verbleibende Zinsmarge mit Hilfe des Zahlenmaterials allein unmöglich ist.

Diesen Bemerkungen zu den für eine betriebswirtschaftliche Beurteilung wichtigsten Positionen der Aktivseite sind die Momente gegenüberzustellen, die sich aus der Betrachtung der Passivseite ergeben. Es kann dabei vorweggenommen werden, daß das Passivrisiko weitgehend unbekannt bleibt, während hinsichtlich der Rentabilitätsfrage gewisse Anhaltspunkte gegeben sind. Die Depositionen stellen den bedeutsamsten Block des Fremdkapitals der Banken dar. Somit wird das Passivrisiko in erster Linie von dem Grad der Beständigkeit der Einlagen und den Ansprüchen auf Barrückzahlung bestimmt. Hierzu ist festzustellen, daß die Banken selbst auf Grund der Erfahrung in der Kontoführung einen gewissen Bodensatz an Einlagen, der normalerweise immer verbleibt, abschätzen können. Außerdem sind den Banken die Disponierungsgewohnheiten der Einleger bekannt, so daß sie in der Lage sind, näherungsweise den Umfang der zu erwartenden Barverfügungen zu ermitteln. Da dem Außenstehenden eine Aufgliederung der Branchen- und Größenstruktur nicht zugänglich ist, können die potentiellen Auswirkungen der von den Einlagen ausgehenden Risiken nicht veranschlagt werden. Die aus den Bilanzen ersichtliche Unterteilung nach der Befristung der Einlagen ist lediglich formeller Natur; die effektive Dauer der Belassung der Einlagen kann selbst von den Banken nicht definitiv festgestellt werden.

Im Hinblick auf die angeführten Gründe kann der außenstehende Leser einer Bankbilanz keine schlüssige Antwort auf die Frage geben, ob die getroffene Liquiditätsvorsorge, insbesondere die Barreserve, angemessen ist. Man bleibt in dieser Hinsicht stets auf Schätzungen angewiesen, die sich auf eine Gegenüberstellung der Relationen vergleichbarer Banken stützen und die Erfahrungstatsache einkalkulieren, daß jeweils ein Bodensatz an Einlagen verbleibt und

die Verfügungen nur zu einem relativ geringen Teil in bar vorgenommen werden. Schließlich geht man davon aus, daß eine solide Bankleitung im eigenen Interesse die als erforderlich angesehenen Reserven unterhält.

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die Herleitung eines Liquiditätsgrades aus der Bilanz problematisch erscheint, da die Angemessenheit des mehr oder weniger geringen Prozentsatzes nicht schlüssig beurteilt werden kann. Die errechneten Quoten können somit in der praktischen Anwendung lediglich Vergleichszwecken dienen. Der Grund dafür ist darin zu sehen, daß eine Erkenntnis über

- 1) die künftige Einstellung der Öffentlichkeit zum Geld von keinem Beteiligten und
- 2) die Qualität der einzelnen Vermögensteile von keinem Außenstehenden

gewonnen werden kann.

Der Einfluß der Einlagen auf die Rentabilität der Banken kann aus ihrer betragsmäßigen Struktur ersehen werden. Die Ertragslage wird grundsätzlich negativ beeinflusst, wenn sich eine Umschichtung von den Sichteinlagen auf die höherverzinslichen Frist- bzw. Spareinlagen vollzieht. Es ist naheliegend, daß die Banken in dieser Situation einen Ausgleich im Rahmen des Aktivgeschäfts suchen.

Neben den Einlagen verdienen für eine betriebswirtschaftliche Analyse von Bankbilanzen die "Holschulden" besondere Beachtung. Da jedoch die Nostroverpflichtungen einen wesensnotwendigen Bestandteil des Bankgeschäftes bilden, kann ihr Ansatz in der Bilanz nicht voraussetzungslos als Zeichen des Mangels an Finanzierungsmitteln gewertet werden. Diesbezügliche Aufschlüsse sind nur aus einer vergleichswisen Gegenüberstellung der Bilanzsumme, der Einlagen und des Eigenkapitals zu erhalten.

Von den unter dem Strich ausgewiesenen Positionen interessieren neben den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften etc. vor allem die Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln, da diese Position einen bedeutsamen Hinweis auf die Liquiditätslage und Liquiditätspolitik der Banken liefert.

Nicht zuletzt ist für eine betriebswirtschaftliche Beurteilung das auf der Passivseite erscheinende Eigenkapital (Grundkapital, Rücklagen und Reingewinn) zu würdigen. Dabei fällt in erster Linie die Finanzstruktur der Banken auf, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Eigenkapital neben der Eigenfinanzierung insbesondere auch als Garantiekapital dienen soll. Hinsichtlich dieser Funktion

ist allerdings der durch das Eigenkapital gebotene Rückhalt recht fragwürdig geworden.

Aus diesen knappen Andeutungen ergibt sich, daß eine Analyse der Bankbilanz nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Bezüglich der Gewinn- und Verlustrechnung ist auf den speziellen Abschnitt zu verweisen und es bleibt an dieser Stelle lediglich zu wiederholen, daß sie bei der Beurteilung der betriebswirtschaftlichen Situation einer Bank den größten Unsicherheitsfaktor darstellt. Wenn einerseits wiederholt erwähnt wurde, daß die Grundprobleme des Bankbetriebes in der Liquidität, der Rentabilität sowie der Sicherheit begründet sind und andererseits nach den vorangegangenen Ausführungen festgestellt werden mußte, daß eine schlüssige Beantwortung dieser Fragen, die den effektiven Gegebenheiten entspricht, aus der Analyse der Bankbilanzen nicht gewonnen werden kann, so ergibt sich als Fazit, daß einer betriebswirtschaftlichen Durchleuchtung der Banken anhand der Vermögenszahlen weitreichende Hindernisse entgegen stehen. Im Vergleich zu den Industriebilanzen sind die Bankbilanzen jedenfalls wesentlich undurchsichtiger. Zwar kann auch beim einzelnen Industriebetrieb z. B. aus dem ausgewiesenen Debitorenbestand nicht ersehen werden, wie die Bonität zu veranschlagen ist; Anhaltspunkte ergeben sich jedoch schon allein daraus, daß der Kreis der in Betracht kommenden Abnehmer (Verarbeitung, Handel etc.) unschwer zu ermitteln ist und Aufschlüsse über die Situation der betreffenden Branche eingeholt werden können.

Es bedarf der Erwähnung, daß die festgestellte Undurchsichtigkeit der Bankbilanzen in betriebswirtschaftlicher Hinsicht nur cum grano salis gilt. Die Geldkonten und eine vergleichsweise Betrachtung der Anlagen und Depositen zu verschiedenen Bilanzstichtagen vermittelt nämlich doch schon bis zu einem bestimmten Grade einen Hinweis auf die Liquiditätslage und die daraus abzuleitenden betriebspolitischen Zielsetzungen der Banken. Unbeschadet dessen bleibt die immanente Liquidität der Anlagen weitgehend unbekannt.

Eine nicht zu übersehende Stärke der Bankbilanzen liegt dagegen in ihrer Vergleichbarkeit begründet, die durch die Bilanzierungsrichtlinien gewährleistet wird. Durch Gegenüberstellung mehrerer Bilanzen zu einem Stichtag kann verhältnismäßig einfach ein Urteil darüber gebildet werden, welchen Rang eine einzelne Bank auf Grund ihres Volumens im Vergleich zu anderen Banken einnimmt. Es lassen sich daraus auch Rückschlüsse auf die Wertschätzung, die eine Bank seitens der Kundschaft erfährt, ableiten. Insbesondere kann natürlich aus einem derartigen Vergleich entnommen werden, auf welche Geschäfte bevorzugt Gewicht gelegt wurde und wie sich demzufolge der Kundenkreis schät-

zungsweise zusammensetzt.

Die Errechnung von Relationen zwischen einzelnen Bilanzpositionen und deren Vergleich mit den Ergebnissen aus den Bilanzen anderer Banken ist ein wesentliches Hilfsmittel für ein Urteil darüber, wie sich die einzelne Bank entwickelt hat und ob sie sich eventuell außerhalb der erfahrungsgemäßen Norm bewegt.

Neben der Beurteilung einer einzelnen Bank in bezug auf andere Banken geben die Bilanzen der Kreditinstitute zusammengenommen Ausdruck von der Lage der Bankwirtschaft allgemein. Mit Hilfe des zeitlichen Vergleichs erhält man ein plastisches Bild von dem Wachstum und der Schrumpfung der Banken, wobei der jeweils ausgewiesene Reingewinn, die Einlagenbestände, der Umfang der Debitoren und der Wertpapiere sowie die Barliquidität wesentliche Kriterien darstellen.

Der Bilanzleser, der eine betriebswirtschaftliche Analyse einer einzelnen Bank unter Zugrundelegung des Zahlenmaterials verfolgt, empfindet die relativ geringe Einblicksmöglichkeit als besonderen Mangel. Aus einer übergeordneten Sicht der Dinge ist jedoch festzustellen, daß die Banken im Hinblick auf ihre betriebliche Eigenart und die Stellung, die sie im Rahmen der Gesamtwirtschaft einnehmen, auf eine offenkundigere Darstellung ihrer betriebswirtschaftlichen Situation verzichten müssen. Der Bankbetrieb ist sowohl im eigenen Interesse, wie insbesondere auch im Interesse aller Teilnehmer am Wirtschaftsprozess in hohem Maße darauf angewiesen, daß die betriebliche Entwicklung möglichst konstant verläuft und eine innere Stabilisierung zuläßt. Da es zu den spezifischen Leistungen des Bankbetriebes gehört, daß die Risiken und eventuellen Verluste aus dem Geschäftsbetrieb nicht auf die Einleger abgewälzt werden, erscheint es erforderlich, daß ein Zusatzkapital vorhanden ist, das derartige Einflüsse abfangen und, falls notwendig, als Liquiditätspuffer eingesetzt werden kann. Der gleichen Zielsetzung entspricht es letzten Endes, wenn die Banken davon absehen, die Bonität der einzelnen Anlagen und ihre strukturelle Zusammensetzung, die eventuell zu befürchtenden Risiken und die immanente Liquidität zu verdeutlichen. In Anbetracht der Finanzstruktur der Banken besteht die schärfste Gefährdung des Betriebes in massierten Rückforderungsansprüchen der Einleger. Es erscheint somit verständlich, daß die Banken speziell bei der Darstellung ihrer Bilanz alles vermeiden, was eine Beunruhigung der Einleger bewirken könnte. Dabei ist davon auszugehen, daß sich die von den Einlegern ergriffenen Maßnahmen in ihrer gesamtwirtschaftlichen Auswirkung enorm potenzieren und nicht nur für die Banken, sondern für das gesamte Geld- und Kreditwesen die schwerwiegendsten Probleme aufwerfen würden.

Findet somit die mangelnde betriebswirtschaftliche Transparenz der Bankbilanzen ihre Berechtigung durch die Rücksichtnahme auf gesamtwirtschaftliche Belange, so erhebt sich die Frage, in welcher Form man den Interessenten einer betriebswirtschaftlichen Analyse entgegenkommen könnte. Die für die Zukunft zur Verfügung stehenden Möglichkeiten liegen vor allem in der Ausgestaltung der Geschäftsberichte. Im Rahmen der Berichterstattung über den Geschäftsverlauf und die Entwicklung der Unternehmung können die Banken ihre Publizität auch heute noch ohne Beeinträchtigung besonderer Geschäftsgeheimnisse wesentlich erweitern und damit einen gewissen Ausgleich für die geringe betriebswirtschaftliche Durchsichtigkeit der Bilanz und der Erfolgsrechnung geben.

II. Betrachtung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt

Eine Beurteilung von Bankbilanzen nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten muß davon ausgehen, daß das Geld die primäre "Ware" des Bankbetriebes ist. Da das Geld seinerseits mitten in den volkswirtschaftlichen Erscheinungen und Zusammenhängen steht ¹⁾, schlägt sich in den Bankbilanzen das "standing" wichtiger Bereiche der Volkswirtschaft und ihr Fortgang selbst nieder.

Das zwangsläufig gegebene Korrelationsverhältnis zwischen der Geldseite und der Güterseite der Wirtschaft macht die Bankbilanzen zu einem deutlichen Spiegelbild der wirtschaftlichen Wellenbewegungen. Die Tatsache, daß in den Bankbilanzen einerseits die Preise der Güter des wirtschaftlichen Verkehrs und andererseits auch die rein monetären Bestimmungsfaktoren, wie inflatorische und deflatorische Maßnahmen, zum Ausdruck kommen, läßt die Vermögenszahlen der Banken zu einem Indikator für Prosperität und Depression werden. Insofern sind die Bankbilanzen vor allem ein konjunkturelles Problem.

Die deutsche Wirtschaftsgeschichte der vergangenen 50 Jahre ist durch drastische monetäre Einflüsse gekennzeichnet. Die offene Inflation der Jahre 1919 - 1923, die zurückgestaute Inflation der Jahre 1945 - 1948 und die Maßnahmen zur Sanierung der Währung prägten das Bild der Bankbilanzen. Durch die enor-

1) Vgl. Lütge F., a.a.O., S. 180

me Senkung der Kaufkraft war das Geld nicht mehr in der Lage, seine Funktionen als allgemein gültiges Tausch- und Rechenmittel zu erfüllen. Während sich der Wirtschaftsverkehr anderer Rechenmaßstäbe bediente, waren die Bankbilanzen durch den ununterbrochenen Geldzustrom aufgebläht. Das Wachstum der Zahlen veranschaulichte nicht mehr die Entwicklung des Güter- und Umsatzvolumens, sondern wurde ausschließlich durch die Geldmengenvermehrung getrieben.

Sieht man von diesen extremen Situationen ab, so kann jedenfalls für normale Wirtschaftsverhältnisse eine enge Bezogenheit zwischen der Geld- und der Güterseite angenommen werden. In diesem Sinne vermittelt die Entwicklung der Einlagen nebst ihrer strukturellen Schichtung, der Debitoren und des Liquiditätsbildes Hinweise auf die konjunkturelle Lage. Ansteigende Debitoren und Sichteinlagen sind bei enger Bindung der Bankenliquidität an die Zentralbank stets ein Zeichen dafür, daß sich die Wirtschaft in der Ausdehnung befindet und der Beschäftigungsstand steigt. Umgekehrt gibt ein im Vergleich zu den Sichteinlagen größeres Wachstum der befristeten und Spareinlagen, eine tendenzielle Abnahme der Debitoren bei gleichzeitiger Lösung der Banken von der Zentralbank Ausdruck von der erreichten Vollbeschäftigung bzw. der mehr oder weniger stagnierenden Ausdehnung des Sozialprodukts.

Die befristeten Einlagen und die Spareinlagen lassen in ihrer Entwicklung auf die Lage des Kapitalmarkts schließen. Normalerweise ist davon auszugehen, daß eine Zunahme der fristgebundenen Einlagearten mit einer steigenden Neigung der Allgemeinheit für den Wertpapierbesitz verbunden ist. Staut sich jedoch das an sich bereitstehende Angebot in den Vorhöfen des Kapitalmarkts, so liegen bestimmte Funktionsmängel vor, die einer näheren Untersuchung bedürfen.

Abgesehen davon, daß der Kapitalmarkt vom Geldmarkt beeinflusst wird, zeigen die Bankbilanzen auch die Lage des Geldmarktes selbst. Das Umsatzvolumen am Geldmarkt wird vor allem von dem Angebot und der Nachfrage der Banken untereinander dargestellt. Dementsprechend sind als wesentliche Kriterien die Entwicklung der Einlagen von Kreditinstituten, der Nostroguthaben, der Nostroverpflichtungen und der an Kreditinstitute ausgereichten Kredite anzusehen. Es gilt als Erfahrungstatsache, daß die Verflochtenheit der Kreditinstitute untereinander grundsätzlich um so größer ist, je knapper die gesamtwirtschaftliche Liquidität seitens der Zentralbank gehalten wird. Mit zunehmender Verflüssigung des gesamten Bankapparates vermindern sich die Anlässe für einen Spitzenausgleich.

Im Zusammenhang mit den Kreditmärkten ist auch das Eigenkapital der Banken zu erwähnen. Die enorme Komprimierung dieser Position im Vergleich zur Entwicklung der Bilanzsummen kann nur unter Berücksichtigung der schon fast chronischen Funktionsmängel des Kapitalmarkts und der dadurch bedingten Börsentendenzen während der letzten 50 Jahre erklärt werden. Daneben ist in nicht geringerem Maße die inflationistische Geldpolitik des 20. Jahrhunderts als Ursache für die knappen Eigenkapitalquoten der Banken anzusehen.

Die Geld- und Kreditpolitik der Zentralbank wurde in der Wirtschaftsperiode seit dem Jahr 1900 von der staatlichen Finanzpolitik entscheidend bestimmt. Dafür waren einerseits staatspolitische Zielsetzungen, wie z.B. die Kriegsfinanzierung, andererseits wirtschaftspolitische Aufgaben, wie z.B. eine aktive Konjunkturpolitik maßgebend. Auch derartige Einflußfaktoren fanden ihren Niederschlag in den Bankbilanzen. Verfolgt man die Entwicklung der Position "Wertpapiere", so kann festgestellt werden, daß der Staat zeitweise der bedeutendste Kreditnehmer der Volkswirtschaft war. In dieser Situation sind die Banken mit Staatspapieren aller Art geradezu überschwemmt und zeigen damit ein außerordentlich gutes Liquiditätsbild. Derartige Bilanzstrukturen sind jedoch den Banken nicht als "Tugend" anzurechnen, sondern kommen "der Not gehorchend" zustande. In diesem Sinne ist ein hoher Anteil von Staatspapieren an der Bilanzsumme stets als Hinweis auf ungesunde Wirtschaftsverhältnisse anzusehen. Sofern mit der Staatsverschuldung produktive Zwecke verfolgt werden, wie z.B. eine Defizitfinanzierung zur Hebung des Beschäftigungsstandes, können diese Papiere unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Interessen positiv bewertet werden. Die von den Banken auf der Basis der Staatspapiere und mit Hilfe einer expansionsbereiten Politik der Zentralbank vollzogene Geldschöpfung enthält grundsätzlich keine inflationistische Tendenzen, da noch einsatzfähige Produktivkräfte bereit stehen. Die Lage ist natürlich anders zu beurteilen, wenn der Gegenwert der Staatspapiere für unproduktive Zwecke verwendet wird. In dieser Situation sind die Staatspapiere Anlaß für eine tendenzielle Inflationierung, so daß es für die Zentralbank erforderlich wird, Maßnahmen der Kreditkontrolle zu ergreifen, um schädliche Auswirkungen der Liquidisierung des Wirtschaftsprozesses möglichst zu verhüten.

Mit diesen Ausführungen wurde bereits angedeutet, daß die Liquiditätslage der Banken durch die Entwicklung der Gesamtwirtschaft, insbesondere auch durch die Konjunkturlage, gekennzeichnet wird. Solange die Barreserven bei relativ hohen Indossamentsverbindlichkeiten und zunehmendem Einlagenbestand eine gestraffte Liquiditätslage zeigen, darf grundsätzlich angenommen werden, daß sich die Wirtschaft in der Ausdehnung befindet und mit Hilfe von Krediten real

anreicherungsfähig ist. Dabei ist der Umfang des Wechselbestandes nicht zu übersehen, da dem Wechsel als Regulator des Zahlungsmittelumschlags eine wichtige Funktion zukommt. Stagniert dagegen der Fortgang der Wirtschaft, so ist mit einer tendenziellen Abnahme der Debitoren eine Erhöhung der liquiden Bestände verbunden.

Für eine volkswirtschaftliche Betrachtung der Debitorenziffern in den Bankbilanzen ist festzustellen, daß eine Ausdehnung des Kreditvolumens grundsätzlich eine Erhöhung des Sozialprodukts zur Folge hat. Der überwiegende Teil der Kredite wird nur solange und in dem Umfang beansprucht, wie sich die Unternehmer bei Berücksichtigung der Kosten aus dem Krediteinsatz günstige Ertragschancen erwarten. Die Kreditaufnahmefähigkeit der Wirtschaft sinkt in dem Maße, wie das Sozialprodukt in bezug auf die Absatzmöglichkeiten einem Sättigungspunkt zustrebt. In diesem Sinne ist es für reicher gewordene Volkswirtschaften bezeichnend, daß die Banken echte Betriebsmittelkredite schwieriger unterbringen. Dabei darf es als Hinweis auf einen prosperitiven Konjunkturstand bei zunehmender Vollbeschäftigung gewertet werden, wenn der Anteil der mittelfristigen Engagements im Vergleich zu den kurzfristigen Krediten wächst.

Der Kreditgewährungsspielraum der Banken wird in erster Linie von ihrer Liquiditätslage bestimmt. Es kommt dabei entscheidend auf die Zahlungsgewohnheiten der Bevölkerung an, d. h. insbesondere auf den Umfang der Barverfügungen. Ohne an dieser Stelle nochmals auf den Gegensatz zwischen klassischer und moderner Kredittheorie näher eingehen zu wollen, ist festzustellen, daß die Möglichkeit einer Geldschöpfung der Banken aus Kreditgewährung eingeräumt werden muß. Die wesentliche Voraussetzung für ein zusätzliches Geldangebot, das von den Banken ausgeht, liegt darin begründet, daß die bargeldlosen Verfügungen im Rahmen des gesamten Zahlungsverkehrs dominieren. Auf dieser Grundlage kann eine von den Banken vollzogene Kaufkraftduplikation mit Hilfe des Clearings der Banken untereinander ohne wesentliche Friktionen dargestellt werden. Auch die Entstehung von Einlagen aus Krediten ist zuzugeben, nur bleibt dabei zu beachten, daß die Initiative für die Dispositionen bei der Kundschaft liegt. Die Nachfolge von Einlagen beweist somit nichts anderes, als den von der Wirtschaft vollzogenen Güter- und Wertekreislauf.

Der Geldschöpfungstätigkeit der Banken sind sehr realistische Grenzen gezogen. In erster Linie ist dabei der für ein erhöhtes Kreditvolumen steigende Bedarf an Barmitteln zu beachten. In dieser Hinsicht besteht auf Grund des Notenemissionsmonopols eine eindeutige Abhängigkeit von der Zentralbank. Aber auch die

Instrumente der Geld- und Kreditpolitik, wie Veränderungen des Diskontsatzes und der Mindestreservensätze, Aktivierung der Offen-Markt-Politik, administrative Maßnahmen verschiedenster Art etc. wirken sich als Bestimmungsfaktoren für die Betätigung der Banken im Kreditgeschäft aus.

Für eine ordnungspolitische Wertung der Geldschöpfungsfähigkeit der Banken ist zu beachten, daß die Maximen einer modernen Volkswirtschaft, also insbesondere die Vollbeschäftigung aller produktiven Kräfte, der Zahlungsbilanzausgleich und nicht zuletzt die Geldwertstabilität, mit den Mitteln eines gebundenen Währungssystems nicht mehr erreicht werden können.

Diese Ziele erfordern vielmehr ein elastisches Geld- und Kreditsystem, d. h. eine freie Währung, in der allerdings die Möglichkeit für eine Geldschöpfung seitens der Banken eingeschlossen ist.

Wenn man somit die Debitoren- und Einlagenbestände im Hinblick auf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung würdigt, so ist festzustellen, daß die Banken mit der Betätigung auf dem Kreditsektor über ein elastisches Instrument verfügen, das entsprechend der konjunkturellen Entwicklung, insbesondere zur Anpassung des Geldvolumens an ein wachsendes Gütervolumen, eingesetzt werden kann. Dementsprechend leisten die Banken einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der erwähnten volkswirtschaftlichen Maximen, wobei nicht übersehen wird, daß letztlich die Zentralbank für alle monetären Wachstums- und Schrumpfungsprozesse ausschlaggebend ist.

Nach den vorangegangenen Ausführungen ist abschließend festzustellen, daß die Bankbilanzen bei einer Betrachtung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt, vor allem das wirtschaftliche Klima widerspiegeln. Die Tatsache, daß das Geld selbst die einzige Bezugsgröße der Bilanzpositionen ist, läßt die Bedeutung der Kaufkraft des Geldes deutlich in Erscheinung treten. Achterberg schreibt hierzu ¹⁾: "Die Bankbilanzen... vermitteln Aufschlüsse über den Schicksalsweg des Geldes in diesem Jahrhundert sowohl als allgemein über die unausgesetzte Schwunderscheinung der Einrichtung, "Geld" genannt, über den Schicksalsweg des Geldes der Banken wie auch des Geldes von jedermann - deines, meines Geldes, unseres Geldes".

Während somit einer betriebswirtschaftlichen Analyse erhebliche Hindernisse entgegenstehen und seitens der Banken in dieser Hinsicht nur beschränkte Er-

1) Achterberg E., a. a. O., Vorwort

kenntnismöglichkeiten geboten werden, gibt die Bankbilanz, von der volkswirtschaftlichen Warte aus betrachtet, Einblick in die Strukturverhältnisse des Kreditwesens und vermittelt damit aufschlußreiche Hinweise auf die Geld- und Kreditpolitik, die Stellung des Geldes in der Volkswirtschaft und den Stand der konjunkturellen Entwicklung.

LITERATURVERZEICHNIS

1) Bücher

- Achterberg E.: Wie liest man Bankbilanzen?, Frankfurt/M. 1953
- Adler, Düring, Schmaltz: Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Stuttgart 1957
- Beckmann L.: Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, München 1956
- Birck, Neumann, v. Steinsdorff: Die Bankbilanz, Wiesbaden 1951
- Carell E.: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1951
- Cassel G.: Der Zusammenbruch der Goldwährung, Stuttgart 1937
- Donner O.: Geld und Konjunktur, Berlin 1934
- Eucken W.: Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin - Göttingen - Heidelberg 1959
- Fischer G.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Heidelberg 1957
- Fischöder W.: Die deutschen und angelsächsischen Kreditbanken im Lichte ihrer Bilanzen, Berlin 1956
- Föhl C.: Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf, München - Leipzig 1957
- Forstmann A.: Geld und Kredit, Göttingen 1952
- Gambino A.: Questioni di teoria e tecnica monetaria, Padova 1953
- Gestrich H.: Kredit und Sparen, Bad Godesberg 1947
- Gilbart J. W.: History, Principles and Practice of Banking, London 1892
- Gutenberg E.: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre
Erster Band: Die Produktion,
Berlin - Göttingen - Heidelberg 1957
Zweiter Band: Der Absatz
Berlin - Göttingen - Heidelberg 1956

- Haberler G.: Prosperität und Depression, Bern 1948
- Hahn A.: Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, Tübingen 1920
- Halm G. N.: Geld, Kredit, Banken, München - Leipzig 1935
- Ders.: Geld, Außenhandel und Beschäftigung, München 1957
- Hayek F. A.: Geldtheorie und Konjunkturtheorie, Wien-Leipzig 1929
- Kalveram W.: Bankbilanzen, Leipzig 1922
- Ders.: Bankbuchhaltung, Leipzig 1926
- Ders.: Wirtschaftlichkeitsprobleme im Bank- und Kreditwesen, Berlin 1938
- Ders.: Bankbetriebslehre, Frankfurt/M. 1950
- Keynes J. M.: Vom Gelde, München - Leipzig 1932
- Ders.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München - Leipzig 1936
- Knapp G. F.: Die Staatliche Theorie des Geldes, München - Leipzig 1921
- Kniffin W. H.: The practical work of a bank, New York 1921
- Kruse A.: Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien, München 1948
- Le Coutre W.: Was sagt mir die Bilanz, Stuttgart 1956
- Lehmann M. R.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Meisenheim 1949
- Lütge F.: Einführung in die Lehre vom Gelde, München 1948
- Lukas E.: Die Aufgaben des Geldes, Stuttgart - Berlin 1937
- Ders.: Geld und Kredit, Heidelberg 1951
- Macleod H. D.: The Theory and Practice of Banking, London 1902
- Mellerowicz K.: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Berlin 1952
- Menger C.: Grundprobleme der theoretischen Nationalökonomie, Wien 1923

- Mises L. v. : Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel,
München 1912 und München 1924
- Ders. : Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik,
Jena 1928
- Ders. : Human action, London 1949
- Ders. : The Theory of Money and Credit, London 1953
- Obst - Hintner : Geld-, Bank- und Börsenwesen, Stuttgart 1955
- Phillips Ch. A. : Bank Credit, New York 1920
- Preiser E. : Grundzüge der Konjunkturtheorie, Tübingen 1933
- Ders. : Bildung und Verteilung des Volkseinkommens,
Göttingen 1957
- Röfle K. : Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956
- Ders. : Buchhaltung und Bilanz, Berlin 1949
- Sanding C. : Die Führung des Betriebes, Stuttgart 1953
- Schmalenbach E. : Kapital, Kredit, Zins, Köln 1949
- Schneider E. : Einführung in die Wirtschaftstheorie Teil III: Geld,
Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung,
Tübingen 1959
- Schumpeter J. A. : Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1952
- Ders. : Business' Cycles, New York - London 1939
- Ders. : History of Economic Analysis, New York 1954
- Sombart W. : Die drei Nationalökonomien, München-Leipzig 1930
- Steinhaus F. C. : Wertpapieranlage der Kreditbanken, Stuttgart-Berlin 1939
- Stucken R. : Geld und Kredit, Tübingen 1957
- Thomas K. : Ausleihungen, Diskontierungen und Wertpapieranlagen
der Kreditbanken, Berlin 1956
- Veit O. : Volkswirtschaftliche Theorie der Liquidität,
Frankfurt/M. 1948

- Wagner A.: Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig 1857
- Wagner V.: Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937
- Weber Ad.: Depositenbanken und Spekulationsbanken, München - Leipzig 1938
- Ders.: Geld, Banken, Börsen, München 1955
- Ders.: Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre, Berlin - München 1951
- Wicksell K.: Geldzins und Güterpreise, Jena 1898
- Ders.: Geld und Kredit, Jena 1928
- Withers H.: The Meaning of Money, London 1919

2) Zeitschriften und sonstiges

Bank - Archiv (BA)

Die Bank (Bank)

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (J.f.N.)

Die deutsche Bankwirtschaft (BW)

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (Z.f.St.)

Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (Z.f.K.)

Der Volkswirt (Vw)

Weltwirtschaftliches Archiv (WWA)

Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (Ordo)

Zeitschrift für Betriebswirtschaft (Z.f.B.)

Daraus insbesondere folgende Abhandlungen:

Birck H.: "Bilanz und Erfolgsrechnung der Kreditinstitute" in:
Bank, Bd. 3

Eisfeld C.: "Probleme um das Eigenkapital der Kreditbanken" in:
Die Unternehmung im Markt, Rieger - Festschrift,
Stuttgart - Köln 1953

Gestrich H.: "Kredittheorie und Wirklichkeit" in: WWA 1940, 52. Bd.

- Herrmann K. : "Die Sonderwechsel im deutschen Kreditsystem" in: BA 1939
- Hintner O. : "Die Buchgeldschöpfung und ihr bilanzieller Niederschlag" in: Münchener Universitätswoche an der Sorbonne zu Paris vom 13. bis 17. März 1956, München 1956
- Mellerowicz K. : "Liquidität" in: Bank, Bd. 2
- Neuhauser G. : "Kritische Untersuchung zur Kreditschöpfungslehre" in: Z. f. St., Bd. 108, 1952
- Preiser E. : "Sparen und Investieren" in: J. f. N., 159. Bd.
- Ders. : "Geldschöpfung oder Sparen?" in: J. f. N., 162. Bd.
- Schmedes H. : "Das Wesen der Spareinlagen" in: Z. f. K., 1951
- Schumpeter J. A. : "Die goldene Bremse an der Kreditmaschine" in: Kölner Vorträge, Bd. I, Die Kreditwirtschaft, 1. Teil, Leipzig 1937
- Stucken R. : "Kriegsfinanzierung und Kreditausweitung" in: BA 1940
- Ders. : "Hände weg vom industriellen Anlagekredit?" in: BA 1940
- Ders. : "Wertpapiere in den Bankbilanzen" in: BA 1940
- Theisinger K. : "Kreditgeschäft und Kreditpolitik" in: Bank, Bd. 2
- Ders. : "Effekten und Effektengeschäft" in: Bank, Bd. 2
- Weber A. : "Zusätzlicher Bankkredit durch Giralgeldschöpfung" in: BA 1938

LEBENS LAUF

Der Verfasser wurde am 26. August 1930 in München als Sohn des städt. Verw.-Oberinspektors Theodor Bock und dessen Ehefrau Emma, geb. Kretz, geboren. In den Jahren 1937 - 1941 besuchte er in München die Volksschule, von 1941 - 1945 die Oberschule, Die Schulen wurden damals allgemein vorübergehend geschlossen.

Um diese Zeit zu überbrücken, trat er am 1. Juli 1945 als Lehrling in die Dienste der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, München. Während der Lehrzeit besuchte er zwei Klassen der städt. Kaufmannsschule. Nach Wiederaufnahme des regulären Schulbetriebs wurde er zum Jahresende 1946 vom Lehrvertrag entbunden, trat zugleich in die Ludwigs-Oberrealschule in München ein und unterzog sich im Juli 1950 der Reifeprüfung.

Das Studium der Betriebswirtschaftslehre begann der Verfasser im November 1950 an der Ludwig-Maximilians-Universität und legte im Juli 1953 die Diplom-Prüfung für Kaufleute mit sehr gutem Erfolg ab. Während der Semesterferien war er jeweils als Werkstudent bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, München, beschäftigt.

Seit dem 1. September 1953 ist der Verfasser in der Kredit-Abteilung der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank tätig und betreut seit 1956 als Bevollmächtigter das Sachgebiet der staatsverbürgten Kredite.

München, den 23. Februar 1960

